

LAND.HAUS.GESPRÄCHE

Menschenrechte im Fokus

Graz 2019

Hrsg.: Direktion Landtag Steiermark, Land Steiermark

ISBN: 978-3-7011-8120-9

Vertrieb an den Buchhandel:

Leykam Buchverlagsges. m.b.H. Nfg. & Co KG, Dreihackengasse 20, Graz – Wien

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Transkriptionen:

Michaela Monschein-Perstling

Lektorat:

Gundi Jungmeier, x-tra Textgestaltung

© Direktion Landtag Steiermark, Land Steiermark

Grafische Gestaltung und Satz:

Dennis de Kort

www.artbook.at

Druck: Medienfabrik Graz GmbH, 8020 Graz

Gesamtherstellung: Leykam Buchverlag

www.leykamverlag.at

Vorwort

Mit großer Freude habe ich den ersten Bürstenabdruck dieses Druckwerkes in Händen gehalten, denn das Gesprächsformat **LAND.HAUS.GESPRÄCHE** samt dem nun vorliegenden Buchprojekt war ein lang gehegter Traum von mir. Zeit meiner politischen Tätigkeit begleitet mich die feste Überzeugung, dass Gedanken Platz und Raum abseits der täglichen Routine brauchen, um zu reifen, reflektiert und bedacht ausgetauscht zu werden. Viel zu oft wird ein für eine nachhaltige zukunftsweisende Lösung unaufgeregtes Abwägen einer schnellen Antwort geopfert.

Die **LAND.HAUS.GESPRÄCHE** boten diesen Rahmen, miteinander über wesentliche Fragen unserer Gesellschaft abseits jeglicher tagespolitischer Einengung ins Gespräch zu kommen und einander auszutauschen. Kritische Auseinandersetzung im klassischen Diskurs, der im Idealfall einen bleibenden Eindruck hinterlässt. Ein Diskurs mit offenem Blick und wachem Geist statt eindimensionaler Denkbahnen, die einen nicht selten auf eine unreflektierte ad hoc Sicht der Dinge – auf eine Momentaufnahme – beschränken.

Als ich nach 10 Jahren als Mitglied der Steirischen Landesregierung im Jahr 2015 an die Spitze des Steirischen Landesparlaments gewählt wurde, war die Zeit reif, um dieses Format zu verwirklichen. Als Landtagspräsidentin hatte ich endlich den idealen Rahmen zur Verfügung – unser wunderschönes historisches Landhaus, das Haus der Steirerinnen und Steirer im Herzen der Landeshauptstadt Graz. Ein Gebäude, das zu keinem anderen Zweck errichtet und über die Jahrhunderte verwendet wurde, als um Ideen und Gedanken zu formulieren, zu präsentieren, zu diskutieren und am Ende in abstimmbarer Form einem Mehrheitsentscheid zuzuführen.

Wo, wenn nicht in einem Parlament ist der Ort für ein offenes Wort und ein Voraus- beziehungsweise Weiterdenken?

Bei der Konzeption des Formates war es mir wichtig, den einzelnen Gesprächen eine gemeinsame Klammer zu geben, etwas, das sich wie ein „roter Faden“ durch alle Veranstaltungen zieht.

Das stete Voraugenhalten menschenrechtlicher Garantien war von Beginn an Richtschnur meiner politischen Arbeit, da es in meinen Augen immer und immer wieder die Menschenrechte sind und auch sein müssen, die Orientierung geben und gleichzeitig Grenzen aufzeigen. Mein diesbezüglicher Antrieb ist die Vorstellung einer Gesellschaft, die von einem Klima des menschlichen Respekts, einer geistigen Grund-Offenheit und dem Verständnis geprägt ist, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt kein der Sozialromantik entlehnter Begriff ist, sondern die dringend nötige Basis für eine Gesellschaftsdynamik, die nicht rückwärtsgewandt, sondern zukunftsorientiert ist.

Der Kanon der Menschenrechte definiert Werte und Ansprüche, auf die sich die internationale Gemeinschaft aufgrund jahrzehnte- und zum Teil jahrhundertelanger Auseinandersetzungen verständigt hat – auf Kernbedürfnisse der Menschheit und vor allem der Menschlichkeit.

Tendenzen der Ausgrenzung und Radikalisierung in unserer Gesellschaft führen vor Augen, dass die Verwirklichung von Menschenrechten auch mitten im Herzen Europas kein eitles Lippenbekenntnis ohne faktische Handlungsnotwendigkeit ist, sondern vielfache Ansprüche in der Alltagsrealität von Menschen auslösen.

Somit sind es die Menschenrechte – einzelne ausgewählte – die die fast logische verbindende Basis für die nun auch gebunden vorliegende Gesprächsreihe bieten.

Dieser Band gibt Ihnen einen Überblick über die unterschiedlichen Themen, die – stets unter Anwesenheit vieler interessierter Gäste – im Plenarsaal des Landtages Steiermark angeregt, aber unaufgeregt diskutiert wurden.

Ziel ist keine Leistungsschau oder Bilanz, nein, Ziel ist es, einen Impuls zu geben. Im Idealfall regt dieses Buch dazu an, wiederum eigene Gedanken anzustellen, die eigene Sicht der Dinge zu hinterfragen oder den eigenen Fokus auf ein unter Umständen bisher wenig beleuchtetes oder völlig neues Terrain zu lenken und dabei zu bestätigen oder zu provozieren, auf jeden Fall aber zu inspirieren.

Ich freue mich sehr darüber, namhafte Expertinnen und Experten, leidenschaftliche Rednerinnen und Redner davon überzeugt zu haben, Teil dieses Formates zu sein. Sie sind es, die die **LAND.HAUS.GESPRÄCHE** zum Erfolg gemacht haben – dafür richte ich auch an dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön an Sie alle für Ihre Bereitschaft, den roten Faden aufzunehmen und ein Stück weiterzuspinnen.

Ich danke auch FH-Prof. Dr. Martin Gössl für seine umsichtige wissenschaftliche Begleitung des Buchprojektes sehr herzlich und richte schließlich ein riesengroßes Dankeschön an den wunderbaren Oskar Stocker, der dieses Buch mit seinen Werken in unglaublicher Weise bereichert hat.

Ein ganz besonderer tief empfundener Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsdirektion, mit Landtagsdirektor Dr. Maximilian Weiss und seinem Stellvertreter Mag. Alexander Pircher an der Spitze: ohne euch und ohne den großen Einsatz des gesamten wunderbaren Teams wäre dieses Projekt nicht möglich gewesen – ich danke euch von Herzen. Das ist auch der Grund, warum ich diesen Band euch und eurer Arbeit gewidmet habe.

In der tiefen Hoffnung, dass dieses Buch allen Interessierten auch Lesevergnügen bereiten möge, verbleibe ich

herzlichst

Ihre Bettina Vollath

Einleitung

Als der wohl bekannte und angesehene Zeithistoriker Eric Hobsbawm über das Zeitalter der Extreme nachzudenken begann, formulierte er die bis heute treffende Analyse des langen 19. und des zu kurzen 20. Jahrhunderts der Weltgeschichte. In der Tat erscheinen die Ereignisse des letzten Jahrhunderts atemberaubend dicht an Sonnen- und Schattenseiten. Die unfassbare Not in Europa wurde binnen weniger Jahrzehnte von einem breiten Wohlstand verdrängt. Kriege, Verfolgungen, Vernichtungen und ideologische Radikalisierungen charakterisieren ebenso das 20. Jahrhundert, wie die unfassbar tiefgreifenden technischen Innovationen, die weltumspannende Globalisierung und die gesellschaftlich umwälzenden sozialen Bewegungen.

Das 20. Jahrhundert ist in der Tat ein Jahrhundert der Extreme; gesellschaftspolitisch, ökonomisch, ökologisch und technisch. Dabei wurden immer wieder Grenzen gezogen, verschoben, aufgelöst oder erweitert. Was in dem einen Moment noch als unmöglich galt, wurde nur wenige Momente später eine realistische Sequenz des Alltags.

Trotz oder gerade wegen dieser komprimierten Ereignisse, konnten revolutionäre Ideen menschlichen Zusammenlebens in tatsächliche Handlungsleitlinien Einzug halten. Die innovative Kraft, das Individuum Mensch als universelles Wesen zu benennen, dem Rechte und Pflichten unverhandelbar innewohnen, führte im letzten Jahrhundert zu einer bemerkenswerten Breite von gesellschaftlichen Debatten. Menschenrechte, die unteilbar und allgemein gültig für jede Erdenbürgerin und jeden Erdenbürger zu gelten haben, wurden so aus einem philosophischen Diskurs in eine gesellschaftspolitische Diskussion übergeführt. Menschen, die das Unfassbare der Weltkriege miterleben mussten und diese überleben durften, erkannten die Notwendigkeit, Maßstäbe für ein gemeinsames, weltumspannendes Miteinander zu formulieren.

Nachdem 1945 die Charta der Vereinten Nationen verfasst wurde und sich 51 Gründungsmitglieder zu diesem Dokument bekannten, kam es folglich unter dem Vorsitz von Eleanor Roosevelt zur Gründung einer Kommission, welche die Rechte der Menschen festschreiben sollte.

Am 10. Dezember 1948, nachdem einige Änderungswünsche berücksichtigt worden waren, konnte die „Resolution der Generalversammlung 217 A (III). Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ beschlossen werden.

Resolution der Generalversammlung

217 A (III). Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

PRÄAMBEL

Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet, *da* die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen, und *da* verkündet worden ist, daß einer Welt, in der die Menschen Rede- und Glaubensfreiheit und Freiheit von Furcht und Not genießen, das höchste Streben des Menschen gilt, *da* es notwendig ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht gezwungen wird, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen, *da* es notwendig ist, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern, da die Völker der Vereinten Nationen in der Charta ihren Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu fördern, da die Mitgliedstaaten sich verpflichtet haben, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen auf die allgemeine Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten hinzuwirken, da ein gemeinsames Verständnis dieser Rechte und Freiheiten von größter Wichtigkeit für die volle Erfüllung dieser Verpflichtung ist,

verkündet die Generalversammlung

diese Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal, damit jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft sich diese Erklärung stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung vor diesen Rechten und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende nationale und internationale Maßnahmen ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Einhaltung durch die Bevölkerung der Mitgliedstaaten selbst wie auch durch die Bevölkerung der ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Gebiete zu gewährleisten.

Artikel 1

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2

Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.

Des weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.

Artikel 3

Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

Artikel 4

Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel in allen ihren Formen sind verboten.

Artikel 5

Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Artikel 6

Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.

Artikel 7

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.

Artikel 8

Jeder hat Anspruch auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen Handlungen, durch die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzt werden.

Artikel 9

Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.

Artikel 10

Jeder hat bei der Feststellung seiner Rechte und Pflichten sowie bei einer gegen ihn erhobenen strafrechtlichen Beschuldigung in voller Gleichheit Anspruch auf ein gerechtes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht.

Artikel 11

1. Jeder, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, hat das Recht, als unschuldig zu gelten, solange seine Schuld nicht in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.

2. Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach inner-staatlichem oder internationalem Recht nicht strafbar war.

Ebenso darf keine schwerere Strafe als die zum Zeitpunkt der Begehung der strafbaren Handlung angedrohte Strafe verhängt werden.

Artikel 12

Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden. Jeder hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

Artikel 13

1. Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen.

2. Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.

Artikel 14

1. Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.

2. Dieses Recht kann nicht in Anspruch genommen werden im Falle einer Strafverfolgung, die tatsächlich auf Grund von Verbrechen nichtpolitischer Art oder auf Grund von Handlungen erfolgt, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen.

Artikel 15

1. Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit.

2. Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.

Artikel 16

1. Heiratsfähige Männer und Frauen haben ohne jede Beschränkung auf Grund der Rasse, der Staatsangehörigkeit oder der Religion das Recht, zu heiraten und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte.

2. Eine Ehe darf nur bei freier und uneingeschränkter Willenseinigung der künftigen Ehegatten geschlossen werden.

3. Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.

Artikel 17

1. Jeder hat das Recht, sowohl allein als auch in Gemeinschaft mit anderen Eigentum innezuhaben.

2. Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

Artikel 18

Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.

Artikel 19

Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Artikel 20

1. Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen.

2. Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören.

Artikel 21

1. Jeder hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken.

2. Jeder hat das Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern in seinem Lande.

3. Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muß durch regelmäßige, unverfälschte, allgemeine und gleiche Wahlen mit geheimer Stimmabgabe oder einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommen.

Artikel 22

Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuß der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.

Artikel 23

1. Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.

2. Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

3. Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.

4. Jeder hat das Recht, zum Schutze seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.

Artikel 24

Jeder hat das Recht auf Erholung und Freizeit und insbesondere auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und regelmäßigen bezahlten Urlaub.

Artikel 25

1. Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

2. Mütter und Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche wie außereheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.

Artikel 26

1. Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch. Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden, und der Hochschulunterricht muß allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offenstehen.

2. Die Bildung muß auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein.

Sie muß zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.

3. Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.

Artikel 27

1. Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.

2. Jeder hat das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihm als Urheber von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen.

Artikel 28

Jeder hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.

Artikel 29

1. Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist.

2. Jeder ist bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung

und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.

3. Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.

Artikel 30

Keine Bestimmung dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, daß sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, welche die Beseitigung der in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat.

183. Plenarsitzung

10. Dezember 1948

Doch Papier ist geduldig und dieses kann niemals das Engagement eines gelebten Miteinanders ersetzen. Gerade die Allgemeine Menschenrechtserklärung erfährt zunehmend Interpretationsaushöhlungen, polemische Übertreibungen und kategorische

Ablehnungen. Was vor wenigen Jahrzehnten als Lehre aus den schrecklichen Weltkriegen für alle allgemein gültig und notwendig erachtet wurde, ist im neuen Jahrhundert angekommen für manche uneindeutig.

Die US-amerikanische Philosophin Judith Butler findet in ihrer Dankesrede zum Erhalt des Adorno-Preises 2012 mahnende Worte für diese Entwicklung:

„Meiner Auffassung nach müssen wir, um diese Differenzierung in der Zuerkennung eines politisch gesicherten und gewollten Status zu verstehen, die Frage stellen, um welche Leben getrauert werden kann und um welche nicht. Das biopolitische Management des Unbetrauerbaren erweist sich als entscheidend für die Frage, wie ich dieses mein Leben führe und wie ich es innerhalb des Lebens, unter den Lebensbedingungen führe, die uns heute strukturell vorgegeben sind. Es geht um Fragen der folgenden Art: Wessen Leben gilt bereits nicht mehr als Leben oder gilt nur teilweise als Leben oder gilt schon als tot und verschwunden, noch bevor es ausdrücklich zerstört oder aufgegeben wurde?

Natürlich ist diese Frage am drängendsten für den- oder diejenige, die sich selbst schon als entbehrliche Art von Wesen begreift, die auf Gefühls- oder Körperebene feststellt, dass ihr Leben nicht schützens- und achtenswert ist. Ihr ist klar, dass man um sie beim Verlust ihres Lebens nicht trauern wird; sie ist jemand, der schon jetzt mit dem Wissen ‚Man würde nicht um mich trauern‘ lebt. Wenn ich mir sicher bin, dass es mir an Nahrung oder einer Zuflucht mangeln wird oder dass kein soziales Netz und keine Institution sich um mich kümmern werden, wenn ich Hilfe brauche – dann gehöre ich zu den Unbetrauerbaren.“

In der Tat sind die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts einer bisher bekannten Vergangenheit ähnlich: Migration, Armut und ungleicher Wohlstand. Nicht alle Menschen weltweit haben gleichermaßen Anteil an der sogenannten modernen Welt. Nicht jede und jeder hat die gleichen Möglichkeiten oder Zugänge, Chancen auf ein gutes Leben zu erhalten. Ganz im Gegenteil: die Gegensätze scheinen sich zu verschärfen und die Frage, mit wem werden Wohlstand, Bildung und Werte geteilt, sorgt zunehmend für Beklemmung.

„Unsere gemeinsame Gefährdung durch Prekarität ist nur ein Grund unserer potenziellen Gleichheit und unserer wechselseitigen Verpflichtung zur gemeinsamen Schaffung der Bedingungen für ein lebbares Leben. Indem wir uns eingestehen, dass wir einander brauchen, bekennen wir uns zugleich zu grundlegenden Prinzipien der sozialen und demokratischen Bedingungen dessen, was wir als ‚das gute Leben‘ bezeichnen könnten.“

Menschenrechte sind universal gültig, setzen aber gleichsam voraus, dass es ein Gemeinsames zwischen allen Menschen geben muss. Mehr noch, sie setzen voraus, dass das Schicksal des Einzelnen unmittelbar mit dem der anderen Menschen verbunden ist. Mag es ein Egoismus sein, anderen nichts antun zu wollen, was man selbst nicht erleben möchte, oder ein philanthropisches Bewusstsein, jeden Menschen lieben zu wollen: Menschenrechte mahnen Verantwortung des Einzelnen ein; gerade im Sinne eines miteinander Teilens. Denn die Frage, wo wer wie wann und von wem geboren wurde, sollte in der Führung des Lebens keinen Nachteil – schon gar keinen lebensbedrohlichen – mit sich bringen.

Der vorliegende Sammelband ist sowohl Zeitdokument als auch der Versuch, einen Diskurs über Menschenrechte zu initialisieren und diesen ins 21. Jahrhundert überzuführen. Die Herausforderungen für eine menschenwürdige Politik sind enorm und die Linien einer allgemeinen Debatte über Menschenrechte haben sich seit dem letzten Jahrhundert sichtbar verschoben. Alte Themen im neuen Gewand treffen auf dunkle Vorurteile in farbprächtigen Zukunftsvisionen. In alldem wächst die Gefahr, dass die revolutionären Ideen einer Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte an gesellschaftlicher Überzeugungskraft verliert, da ihre Grundsätze scheinbar dem letzten Jahrhundert anhaften und mit der aktuellen Zeit nichts zu tun haben. Doch die folgenden Beiträge sind der wunderbare Nachweis, wie klar, deutlich und sichtbar eine Allgemeine Erklärung der Menschenrechte im Hier und Jetzt wirkt und wirken muss. Oder in den Worten Eleanor Roosevelt von 1951:

„It isn't enough to talk about peace. One must believe in it.

And it isn't enough to believe in it. One must work at it.“

Martin Gössl

wissenschaftlicher Koordinator

Genug für alle?

Die Arbeit der Zukunft und die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme

Am Donnerstag, dem 3. November 2016, fand eine weitere Veranstaltung des Formates **LAND.HAUS.GESPRÄCHE** im Plenarsaal des Landtages Steiermark statt.

Zentrales Thema dieses Abends war die Arbeit der Zukunft verbunden mit der Finanzierung sozialer Sicherungssysteme. Zum Thema diskutierten über Einladung von Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Bettina Vollath DDr. Werner Anzenberger (AK Steiermark), Mag.^a Christine Mayrhuber (WIFO), MMag.^a Agnes Streissler-Führer (Wirtschaftspolitische Projektberatung) und Mag. Michael Christl (Agenda Austria).

Vollath zeigte sich sehr erfreut über die mehr als 100 interessierten Besucherinnen und Besucher und betonte: „Es ist ein Thema, das uns alle betrifft, das die Politik beinahe überall auf der Welt beschäftigt und uns, nicht nur in der Steiermark, auch noch einige Zeit beschäftigen wird. Die Sicherung von Arbeit ist eine der wesentlichen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft, aber: Geht uns die Arbeit aus? Wie sieht es mit den Pensionen der Zukunft aus, wie hoch soll das Arbeitslosengeld sein? Stichworte Mindestsicherung und bedingungsloses Grundeinkommen – diese und viele mehr sind Fragen, denen wir uns ernsthaft und intensiv stellen müssen. Es ist gut und notwendig, dass Expertinnen und Experten miteinander ins Gespräch kommen und damit sicher auch neue Denkanstöße zu einer großen Herausforderung geben.“

Mit einem Impulsreferat von DDr. Werner Anzenberger begann ein spannender Diskussionsabend. „In der Arbeitswelt wird sich viel verändern: Der technische Fortschritt sollte unser Leben erleichtern. Neue Formen der Arbeit schaffen neue Herausforderungen. Eine gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit – und in der Folge eine Arbeitszeitverkürzung – sind ebenso ein Gebot der Stunde wie die innovative Verankerung jeglicher Beschäftigung im Arbeits- und Sozialrecht“, meinte Anzenberger.

Die Ökonomin Mag.^a Christine Mayrhuber vom Institut für Wirtschaftsforschung gab anschließend einen fundierten und detaillierten Einblick in den Arbeitsmarkt und beleuchtete diesen auch aus makroökonomischer Sicht mit speziellem Fokus auf die gesellschaftliche Verteilung und die sozialen Transfers.

Die folgende, von PULS 4-Moderatorin Manuela Raidl geleitete Diskussion, verlief spannend und über weite Strecken durchaus kontrovers. Der Diskussionsverlauf zeigte rasch, wie viele unterschiedliche Lösungsmodelle für wichtige Zukunftsfragen bestehen. Ob Pensionsantrittsalter oder bedingungsloses Grundeinkommen, die dargelegten Argumente waren vielfältig und aufschlussreich. Darüber, dass sich Österreich in Zukunft intensiv mit Verteilungsfragen beschäftigen muss, waren sich die Referentinnen und Referenten einig und auch, dass vermehrt strukturelle Probleme bestehen, die noch aufgelöst werden müssen.

Artikel 15 GRC – Berufsfreiheit und Recht zu arbeiten; Artikel 6 (1) Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte – Recht auf Arbeit; Umkehrschluss aus Artikel 4 EMRK – Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit

FLTPⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Bettina Vollath: Sehr geehrte Damen und Herren, es ist mir eine große Freude, Sie alle im Landtag Steiermark willkommen heißen zu dürfen zu einer weiteren Veranstaltung des Formates **LAND.HAUS.GESPRÄCHE** – ein Format, das zum Nachdenken über

wesentliche Fragen unserer Gesellschaft abseits jeglicher tagespolitischer Einengung und einem „sich Einlassen“ anregt, zur kritischen Auseinandersetzung einlädt und im Idealfall vielleicht einen bleibenden Eindruck hinterlässt.

Heute Abend steht ein sehr wichtiges Thema im Fokus dieser Veranstaltung. Ein Thema, das uns alle betrifft, ein Thema, das die Politik beinahe überall auf der ganzen Welt beschäftigt und uns, nicht nur in der Steiermark, auch noch einige Zeit beschäftigen wird.

Es geht um das Thema Arbeit und um die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme. Die große Bedeutung dieser Themenstellungen wird auch dadurch unterstrichen, dass beide in die allgemeine Erklärung der Menschenrechte Eingang gefunden haben, sie enthalten dazu in den Artikeln 22 bis 24 folgendes, ich darf zitieren:

Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.

(1) Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.

(2) Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

(3) Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.

(4) Jeder hat das Recht, zum Schutze seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.

Jeder hat das Recht auf Erholung und Freizeit und insbesondere auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und regelmäßigen bezahlten Urlaub.

Zitat Ende

Nun sind mit diesen Zielformulierungen in der Erklärung der Menschenrechte zwar keine einklagbaren Rechte gegeben, aber die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verpflichtet die Staaten, ihre programmatischen Zielsetzungen an diesen Grundsätzen zu orientieren und ihre Politiken auf die Erreichung von Vollbeschäftigung auszurichten.

Den teilnehmenden Staaten wird zwar nicht vorgeschrieben, wie sie die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte der ihrer Obhut unterstellten Menschen gewährleisten, aber dass sie es tun müssen und notfalls hierfür auch andere Ausgaben hintanzustellen haben. Und das hat seinen guten Grund: Neben der Notwendigkeit des Geld-Verdienens und damit der Gewährleistung der sozialen Sicherheit schwingen noch viele weitere Faktoren wie Sinnstiftung, Selbstwert oder Teilhabe an der Gesellschaft mit, wohingegen Arbeitslosigkeit zu Armut und damit verbunden oft auch zu gesellschaftlicher Ausgrenzung und Krankheit führt.

Somit kann man die Sicherung von Arbeit als eine der wesentlichen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft bezeichnen.

Wie geht es also weiter? Betrachtet man derzeitige Arbeitslosenstatistiken, drängt sich die Frage auf: Geht uns die Arbeit aus?

Immer öfter tritt prekäre Beschäftigung an die Stelle rechtlich abgesicherter Arbeit.

Wie sieht es mit den Pensionen der Zukunft aus, wie hoch soll das Arbeitslosengeld sein?

Soll es ein bedingungsloses Grundeinkommen geben oder ist das System der bedarfsorientierten Mindestsicherung der Weisheit letzter Schluss? Bleiben die Finanzierungsformen, wie wir sie jetzt kennen, erhalten, oder wird es neue Lösungsansätze geben müssen?

Das sind Fragen, denen wir uns ernsthaft und intensiv stellen müssen.

Daher freue ich mich darüber, dass heute Abend Expertinnen und Experten – nach einleitenden Worten – auch miteinander ins Gespräch kommen und uns damit sicher auch neue Denkanstöße geben.

Meine geschätzten Damen und Herren, ich wünsche Ihnen allen einen informativen und spannenden Abend und danke herzlich für Ihr Kommen.

DDr. Werner Anzenberger: Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Moderatorin!

Danke schön für die nette Einbegleitung und vor allem der Landtagspräsidentin danke schön für die Einladung hierher.

Liest, hört oder sieht man Beiträge in den Medien zur österreichischen Innenpolitik, ist ein klagender – wenn nicht anklagender – Ton nicht zu überhören. „Die notwendigen Reformen müssen endlich angegangen werden!“ erfährt man da, oder auch: „Mit dem ewigen ‚Klein-Klein‘ und ‚Hick-Hack‘ der Regierungsparteien können die Herausforderungen der Zukunft nicht bewältigt werden.“

Das dringende Verlangen nach „Reformen“ – vor allem sozialen Reformen – setzt eines unausgesprochen voraus: Reformen sind positiv besetzt, sie sollten gesellschaftliche Verhältnisse zum Besseren verändern. Der Ruf nach Reformen betrifft vor allem unsere heutige Themenstellung, nämlich die dramatische Änderung der Erwerbsarbeit und die damit untrennbar verbundene Frage nach der Zukunft unserer Wohlfahrtssysteme. Und hier offenbart sich ein Phänomen, das sich wie ein roter Faden durch meinen Vortrag ziehen wird. Wenn Reformen eingemahnt werden, zeigt es sich, dass es in den einzelnen maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppen höchst

unterschiedliche Vorstellungen über solche Reformmaßnahmen gibt, die teilweise geradezu entgegengesetzt sind. Ich werde dies – der Zeitdisziplin geschuldet – an Hand von ein paar Beispielen zu unserem Thema erläutern.

Ich beginne mit der Arbeitszeit, weil sie geradezu symptomatisch für das steht, was in der öffentlichen Diskussion als „neue Arbeit“ bezeichnet wird.

Bevor ich diese entscheidende Zukunftsfrage anschneide, darf ich kurz einen Blick in die Vergangenheit werfen. Wir müssen uns vor Augen halten, dass noch an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert 72-Stunden-Wochen bei bis zu 14 Stunden pro Tag üblich waren. Die frühen 1.-Mai-Feiern der Arbeiterbewegung hatten deshalb ja auch das Ziel, die Arbeitszeit auf acht Stunden pro Tag und damit die brutale Ausgrenzung und Ausbeutung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu begrenzen.

Nach erheblichen Verkürzungen beschloss – und das ist mir wichtig zu betonen – die konservative Alleinregierung unter Josef Klaus 1969 das neue Arbeitszeitgesetz, das die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in Etappen bis 1975 einführte. Die Regierung ließ sich dabei gerne von den Sozialpartnern beraten, wobei allerdings auch ein von den Sozialdemokraten – hier im Bild Bruno Kreisky – unterstütztes Volksbegehren mit 900.000 Unterschriften – eines der erfolgreichsten in der Geschichte – seine Wirkung tat. Gleichzeitig wurde auch ein gesetzlicher Mindestzuschlag von 50 % für Überstunden eingeführt. Seitdem – seit mehr als 40 Jahren also! – hat sich bei der Arbeitszeit nicht mehr Wesentliches verändert, sieht man von manchen Kollektivverträgen ab, die 38,5 oder 38 Stunden pro Woche vorsehen. Dies überrascht doch, ist ja die Produktivität in der Zwischenzeit enorm gestiegen, und zwar um real – also inflationsbereinigt – knapp 80 %. Ja, im Gegenteil: Wir sind gerade dabei, die Lebensarbeitszeit durch die Anhebung des faktischen Pensionsalters zu verlängern.

Wir werden umdenken müssen, zumal – an sich zu begrüßen – mehr und mehr Arbeit wegfällt. Ich denke etwa an die Administrativkräfte/Sekretärinnen und Sekretäre, deren Arbeitsplätze aufgrund der Digitalisierung in der Zukunft vielfach verloren gehen werden. Oder auch die Robotisierung vieler Produktionsprozesse, die – ebenfalls zu begrüßen – körperliche, oft auch sehr belastende, menschliche Arbeit ersetzt.

Bei diesen Überlegungen sollten wir bedenken, dass die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der Vollerwerbstätigen in Österreich 43,5 Stunden pro Woche beträgt, also weit über das gesetzliche Normmaß hinausgeht. In Deutschland beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit 41,5 Stunden, in Dänemark 37,8 Stunden. 250 Millionen Überstunden pro Jahr müssen in Österreich geleistet werden, davon 60 Millionen unbezahlt. Die einen arbeiten rund um die Uhr, die anderen erschlägt eine sinnentleerte Freizeit.

Der Arbeitsforscher Jörg Flecker forderte unlängst in der renommierten deutschen Wochenzeitung „Die Zeit“ eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden. Allerdings geht das nicht im Alleingang in der EU, was der ambitionierte Vorstoß Frankreichs – dort wurde 2000 die 35-Stunden-Woche eingeführt – zeigt.

Die Wochenarbeitszeit ist im Übrigen in Österreich auch deshalb so hoch, weil hier sehr konservative Geschlechterrollen vorherrschen. Der Wirtschaftsforscher Markus Marterbauer wörtlich: „Der Mann macht Vollzeit mit vielen Überstunden, die Frau schafft neben Haushalt und Kindern höchstens Teilzeit.“ Das erklärt auch teilweise, warum die Lohnschere zwischen Mann und Frau in Österreich größer ist als etwa in Deutschland. Die Logik gebietet es also – und das ist nicht nur die Position der ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretungen –, sich wieder ernsthaft – so wie in den 1970er Jahren – über Arbeitszeitverkürzungen zu unterhalten. Selbstverständlich unter vollem Lohnausgleich, um die höhere Produktivität durch die technischen Errungenschaften weiterzugeben und die Kaufkraft – und damit auch eine prosperierende, wachstumsorientierte Wirtschaft – nicht zu gefährden.

Dem gegenüber fordern andere Interessenverbände ernsthaft, die Arbeitszeit wieder zu verlängern, um „konkurrenzfähig“ zu bleiben. Dazu kommt die gebetsmühlenförmig vorgetragene Forderung nach einer „Flexibilisierung der Arbeitszeit“.

Man muss wissen, dass es nach der Gesetzeslage bereits 13 Möglichkeiten gibt, die tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden auszudehnen. Bei Gleizeit ist die Grenze von 10 Stunden ohnehin üblich. Man braucht diese großzügigen Grenzen nur ausschöpfen.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in der Regel auch jetzt schon immer dann am Arbeitsplatz, wenn sie tatsächlich gebraucht werden. In der Diskussion geht es also ganz allein um die Frage der Abgrenzung zwischen Normalarbeitszeit und Überstunden und die damit verbundenen Zuschläge. Mit anderen Worten: Eine Verbilligung der gesellschaftlich ohnehin unerwünschten Überstunden und unterm Strich eine Reduzierung des Entgelts. Und das bei bereits jahrzehntelang zurückgehenden Lohnquoten. Um also auf den Reformwillen, den ich am Beginn meines Referats angesprochen habe, zurück zu kommen: Wenn es bei diametralen Vorstellungen über soziale Neugestaltung zu einem politischen Patt kommt und gar nichts geschieht, ist dies besser als eine schlechte Reform. Gegenüber sozialem Rückschritt, meine Damen und Herren, ist Stillstand immer noch ein Fortschritt.

Stellt sich also die Frage, warum die enormen Produktivitätssteigerungen seit mittlerweile 40 Jahren bei der Arbeitszeit und im Übrigen auch – darauf werde ich noch zurückkommen – im Rahmen der sozialen Verteilungssysteme nicht mehr weitergegeben werden; mit anderen Worten: Die Menschen davon konkret kaum oder gar nicht profitieren. Dies hängt – um mit dem italienischen Philosophen Antonio Gramsci zu sprechen – mit einem Wechsel in der gesellschaftlichen Hegemonie zusammen.

Der Neuanfang nach 1945 brachte das, was wir auch heute – manche etwas nostalgisch – die „Soziale Marktwirtschaft“ nennen. Sie war – und das ist ausschlaggebend – sowohl von der konservativen als auch der sozialdemokratischen Politik getragen. Die einen sahen ein, dass der ungezügelter Kapitalismus unmittelbar in Diktatur und Krieg geführt hatte, die anderen verzichteten auf ihren revolutionären Gestus, weil das Ziel des umfassenden Sozial- und Wohlfahrtsstaates auch auf dem Wege der Verhandlungen – also einer reformistischen Politik – zu erreichen war. Hier im Bild Adolf Schärf und Leopold Figl, maßgebliche Protagonisten dieser Konsenspolitik.

Dieser gedeihliche Prozess dauerte ungebrochen bis Anfang der 1980er Jahre, dann begannen sich neoliberale Konzepte durchzusetzen. Sie sahen im Sozial- und Wohlfahrtsstaat den erklärten Gegner, stattdessen wurde ungezügelter Marktwirtschaft propagiert. Die Ideen waren alles andere als neu, sie setzten viel mehr an den – eben erst überwunden geglaubten – wirtschaftswissenschaftlichen Vorstellungen der 1930er Jahre an. Die Vorstellung des sogenannten „Trickle-down“ wurde geradezu zum religiösen Credo. Demnach könne man ohne weiteres an der ökonomischen Spitze unermesslichen Reichtum zulassen, würde dieser doch von selbst nach unten sickern und auch die ärmsten Bevölkerungsschichten erreichen.

Diese krause Idee ist natürlich völlig gescheitert. Es „trickled“ – um etwas salopp zu formulieren, meine Damen und Herren – wenig bis nichts. Die Schere zwischen Arm und Reich, die sich bis Ende der 1970er Jahre mehr und mehr geschlossen hatte, öffnete sich wieder schnell und stetig.

Selbst Papst Franziskus hat das „Trickle-down-Prinzip“ in seinem apostolischen Schreiben vor einiger Zeit scharf kritisiert. Er wurde daraufhin in den – nicht nur neoliberalen – Medien als „Klassenkämpfer“ und „Sozialrevolutionär“ beschimpft, was uns von den Arbeitnehmerinteressenvertretungen schon ein wenig amüsiert, meine Damen und Herren, weil üblicherweise wir mit diesen Attributen bedacht werden. Tut sich da womöglich eine neue „heilige“ – manche werden meinen eine „unheilige“ – „Allianz“ auf?

Kommen wir zurück zur „neuen Arbeit“. Es zeigt sich, dass der Wandel in der Arbeitswelt durch den technischen Fortschritt und den in größeren Einheiten wesentlich leichter gewordenen Austausch von Waren und Dienstleistungen sich nicht in neuen – „normalen“ – Arbeitsverhältnissen niederschlägt, die gut abgesichert sind durch das verbindliche Arbeitsrecht und insbesondere kollektivvertragliche Mindestentgelte. Stattdessen boomen sogenannte „neue Selbstständige“ – „Ich-AGs“ –, die als Werkvertragsnehmer oder „freie Dienstnehmer“ arbeiten und vielfach armutsgefährdet sind. Untersuchungen aus Deutschland zeigen, dass es dort etwa nach einer Lockerung der Gewerbeordnung nahezu keine Fliesenleger in einem „normalen“ Arbeitsverhältnis mehr gibt. Die sind alle selbstständig, arbeiten rund um die Uhr und erwirtschaften wesentlich weniger Einkommen als früher, von der sozialen Absicherung ganz zu schweigen. Es muss uns gelingen, als ersten Schritt die „freien Dienstverhältnisse“ wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Dabei handelt es sich um Menschen, die zwar in keiner persönlichen, aber doch starken wirtschaftlichen Abhängigkeit zu arbeiten haben. Sozialversicherungsrechtlich sind sie bereits den „normalen“ ArbeitnehmerInnen gleichgestellt – eine große Errungenschaft von 2008. Wenn man will, geht ja doch etwas.

Es wird aber notwendig sein – meinerwegen in Etappen – diese Freelancer wieder an das Arbeitsrecht anzubinden. Denkbar wäre vorerst eine Ausdehnung der Geltung der kollektivvertraglichen Mindestentgelte in Form einer besonderen „Allgemeinverbindlicherklärung“ auch auf diese prekären Arbeitsverhältnisse. Dabei wären die Tarife für „normale Arbeitnehmer“ natürlich „aufzufetten“, also ein Aufschlag zu gewähren, weil derzeit freie ArbeitnehmerInnen keinerlei Entgeltfortzahlung bei Urlaub oder Krankenstand genießen.

Die Anbindung der „atypischen Arbeitsverhältnisse“ an das Arbeitsrecht wird umso notwendiger sein, als sich Arbeit und Kapital immer stärker über elektronische „Plattformen“ austauschen werden. Das sogenannte „Crowdworking“ ist erst der Anfang. Detailliert umrissene Werkaufträge werden über Internet angeboten, der billigste oder schnellste Werkvertragsnehmer erhält den Zuschlag. Wie sich hier das Entgelt aufgrund des offensichtlichen Machtgefälles gestalten wird – der Auftraggeber hat die Auswahl, der Auftragsnehmer muss sein Essen und seine Miete bezahlen –, will man sich gar nicht ausmalen.

Neue Arbeit der Zukunft bedeutet aber auch, dass diese immer stärker grenzüberschreitend geleistet werden wird. Ein Einfallstor für die Erosion von Lohn- und Sozialstandards. Sicher, wir haben in Österreich ein vorbildliches Gesetz, das sämtliche tarifgebundene Entgelte auch für die nach Österreich überlassenen und entsendeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sichern und unsere rechtstreuen heimischen Betriebe vor unzulässiger Konkurrenz schützen soll.

Die Praxis, meine Damen und Herren, sieht freilich anders aus, wovon gerade steirische ArbeitnehmerInnen und Unternehmen – vor allem in der Bauwirtschaft – ein Lied singen können. Die Zustimmung der Sozialpartnerschaft zur Öffnung des Arbeitsmarktes für ost- und südosteuropäische EU-Mitgliedsstaaten 2011 und 2014 setzte ja voraus, dass dort ernsthafte Bemühungen gesetzt werden, Sozial- und Wohlfahrtsstaaten zu errichten und damit das soziale Gefälle zu verringern.

Derzeit freilich eine völlige Illusion. Ich bin vor drei Wochen von einer Studienreise in den Balkan zurückgekommen. Von sozialer Marktwirtschaft – Grundlage eines Wohlfahrtsstaates – keine Spur, stattdessen Ellbogen-Kultur. Beachtliche 6 % Wirtschaftswachstum etwa in Rumänien im letzten Jahr, die „gewöhnlichen“ Menschen profitieren davon nicht. Im regnerischen Sofia ein – auf gut steirisch – „Mistkübelstierler“ neben dem anderen. Hier im Bild – ebenfalls Sofia – eine betagte Dame, die gerade ausgelegtes Taubenfutter vom schmutzwassergetränkten Zeitungspapier abkratzt. Wenn Sie so wollen, meine Damen und Herren, auch ein funktionierendes soziales Umlageverfahren: Die einen streuen – wenn schon nicht aus spezieller Menschenliebe, so doch aus Mitleid mit der Kreatur – Futter aus, die anderen sammeln es ein, um sich zu Hause ihr Müsli anzusetzen.

Und was ist das hier, meine Damen und Herren? Es ist ein Krankenhaus, ebenfalls für minderbemittelte Seniorinnen in Belgrad, im EU-Schwellenland Serbien.

Aber bitte, der Unterschied zu reicheren, aber ebenfalls neoliberal und sozial wenig ausgewogenen Ländern wie den USA, ist vielleicht ein entschieden gradueller, aber kein prinzipieller. Hier im Bild ein Krankenhaus im schönen Jackson bei Wyoming, das mir ein befreundeter Primararzt übermittelt hat. Sieht auch nicht viel einladender aus.

Wenn die Lohnkosten durch Unternehmen aus Dumping-Staaten systematisch unterlaufen werden, kann das System nicht funktionieren. Umso mehr dann, wenn die von den Arbeitnehmer-Interessenvertretungen eingeklagten Differenzzahlungen wegen Lohndumping

exekutiv in einzelnen Ost-Staaten nicht durchsetzbar sind. Ungarn etwa entwickelt sich nicht nur zu einer antidemokratischen Gesellschaftsform, sondern demontiert auch seinen Rechtsstaat.

Die Lösung des Problems kann nicht eine neuerliche Abschottung sein – die europäischen Grundfreiheiten sind ein hohes Gut –, aber es ist massiv gegenzusteuern. Als erster Schritt sollten Sozialversicherungsbeiträge von der ersten Stunde in dem Land bezahlt werden, in dem die Arbeitsleistung tatsächlich erbracht wird. Darüber hinaus ist ein Haftungsfonds zugunsten geschädigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anzudenken, der sich aufgrund einheitlicher Rechtsdurchsetzungsstandards beim Schädiger regressieren kann. Und: Kontrollen, Kontrollen, Kontrollen! Jeder Mitarbeiter der Finanzpolizei zusätzlich schützt die rechtstreuere Wirtschaft!

Damit sind wir, meine Damen und Herren, bei den sozialen Sicherungssystemen, die unmittelbar mit „Neuer Arbeit“ in Verbindung stehen. Österreich hat – wie andere Staaten des sogenannten Kerneuropas auch – im Rahmen der „sozialen Marktwirtschaft“ ein bemerkenswertes Netz an sozialer Sicherheit vor den Risiken Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und Alter geschaffen. Dazu eine Grundsicherung für jene Menschen, die selbst durch dieses Netz fallen.

Konkreter kann ich hier nur die – ich sagte schon, aufgrund der Zeitdisziplin – die Pensionen ansprechen, weil gerade sie – neben der Mindestsicherung – am stärksten in Diskussion gezogen sind.

Zur Mindestsicherung nur so viel: Ein wichtiges und richtiges Instrument, wobei Adaptierungen immer sinnvoll sein können. Etwa Sach- statt Geldleistungen dort, wo keine Stigmatisierungen entstehen. Und vom Volumen sollte diese für den sozialen Frieden so wichtige Einrichtung ohnehin völlig außer Frage stehen. 673 Millionen Euro waren es im Jahr 2015 in ganz Österreich, bloß 0,8 % des gesamten Sozialaufwandes. Nicht wenig Geld, ich will das nicht klein reden, aber nicht die große Affäre, die die aktuelle emotionale – und teilweise von Neid und Missgunst getriebene – Diskussion rechtfertigen könnte.

Ohne polemisieren zu wollen: Allein die – selbstverständlich notwendige, wir erinnern uns an die 1930er Jahre – Bankenrettung hat, je nach Rechnungsart, 12 bis 18 Milliarden Euro verschlungen. Das ist wirklich im Lichte des sozialen Friedens keine Relation.

Und wenn wir schon die Schutzsuchenden angesprochen haben. Es ist gut und richtig, dass sich Asylsuchende ein Zubrot mit gemeinnütziger Arbeit verdienen können. Aber bitte nicht 1 Euro oder 2,50 Euro es darf – im österreichischen Kommerzdeutsch formuliert – „a bisserl mehr sein“.

Nun aber zu den Pensionen: Vorerst ist zu bemerken, dass man am bewährten Umlageverfahren jedenfalls festhalten sollte. Umlagefinanzierung bedeutet, dass die Einnahmen aus den Beiträgen der Aktiven und der Anteil aus den Steuern unmittelbar ausbezahlt werden. Im Gegensatz dazu werden im kapitalgedeckten System die Beiträge am Markt veranlagt, in der Hoffnung, dass „das Geld arbeiten“ möge.

Beispiele, in denen versucht wurde, das Umlagesystem durch ein Kapitaldeckungssystem zu ersetzen oder zu ergänzen – etwa in Polen, aber auch in Deutschland – zeigen ein desaströses Bild. Agnes Streissler-Führer, die erfreulicher Weise an der heutigen Diskussion teilnehmen wird und die ich hier zitieren darf – sie wird sich dann später in erster Linie selbst zitieren –, kommt bei ihren stimmigen Untersuchungen über das Kapitaldeckungssystem zu einem ernüchternden Resümee: „Es ist wie beim Roulette: Im Regelfall gewinnt die Bank.“ Oder wie der Investment-Banker Wolfgang Flöttl bei seiner gerichtlichen Einvernahme so treffend – und so beruhigend – formulierte: „Das Geld ist nicht verloren, Frau Rat, es hat nur ein anderer.“

Und dann freilich die Demografie: Es ist natürlich richtig, dass aufgrund der – an sich erfreulichen – Alterung der Gesellschaft immer weniger Erwerbstätige immer mehr ältere Menschen finanzieren müssen.

Wie Berechnungsmodelle unserer Experten Josef Wöss und Erik Türk allerdings zeigen, ist weniger die Demografie als die sogenannte Abhängigkeitsquote aussagekräftig. Und die ist bereits derzeit sehr hoch: Auf 100 Erwerbstätige kommen 65 Leistungsbezieher wie Pensionisten und Arbeitslose. Diese Abhängigkeitsquote wird durch die Alterung der Gesellschaft naturgemäß steigen, der Anstieg kann jedoch durch eine Hebung der derzeit sehr bescheidenen Beschäftigungsquote in den nächsten Jahrzehnten gebremst werden.

Das derzeitige Umlagesystem, das Antrittsalter und die Höhe der Pensionen können in Zukunft jedenfalls aufrechterhalten werden, wenn der Arbeitsmarkt gestärkt wird.

Die notwendige Erhöhung der Beschäftigungsquote ist durch verbesserte Arbeitsbedingungen, Zurückdrängung der Überstunden und Mini-Jobs, verstärkte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Aus- und Weiterbildung, einen vernünftigeren Umgang mit älteren ArbeitnehmerInnen, flächendeckenden und qualitativ hochstehenden Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen und schließlich der Zurückdrängung der ungewollten Teilzeit – eine „Armutsfalle“ vor allem für Frauen – gewiss zu schaffen.

Schon im Jahr 1959 – also vor fast 60 Jahren – prophezeiten im Übrigen einige Medien dem österreichischen Pensions-System den baldigen Zusammenbruch. Heute lebt es immer noch und sichert den älteren Menschen im Wesentlichen den gewohnten Lebensstandard. Panik ist also unangebracht, sogenannte „Reformen“, die auf Zerschlagen und Kürzen aus sind, sind entschieden abzulehnen.

Wie Sie der Tabelle hier im Bild entnehmen können, liegt der Aufwand der Bundesmittel zur Pensionsversicherung – ohne Beamte – 2010 exakt auf dem Wert von 1985, nämlich – nach einer vorübergehenden Senkung dazwischen – bei 3 % des Bruttoinlandsprodukts.

Wer den Pensionistinnen und Pensionisten weniger vom Kuchen zubilligen will, soll dies offen aussprechen.

Und schließlich wird man ernst und sachlich – und abseits von irgendwelchem ideologischen Geplänkel – überlegen müssen, mit welchen Steuern und Abgaben man in Zukunft die sozialen Sicherungssysteme finanzieren will. Ich sage es klar und deutlich: Nicht mehr Steuern und Abgaben, sondern andere Steuern und Abgaben.

Mehr vermögensbezogene Belastung – Österreich ist da ohnehin Schlusslicht in der westlichen Welt –, weniger einkommensbezogene Belastung. Abgaben weniger auf Arbeit und mehr auf Wertschöpfung insgesamt. Das derzeitige System ist voller Anreize, gerade nicht in Unternehmen zu investieren, in denen Jobs erhalten oder geschaffen werden.

Und einmal mehr zur Klarstellung und zur Aufhellung nach den schon institutionalisierten Nebelgranaten: Es geht nicht um eine „Maschinensteuer“, weil nicht Investitionen besteuert werden sollen, sondern im stärkeren Maße Wertgewinne gegenüber bloßer Arbeit.

Es sind immer die Versuche, die einen sicher machen. Probieren wir es beim Familienlastenausgleich – einem kleinen Teil der Sozialabgaben – aufkommensneutral aus und evaluieren in angemessener Zeit das Ergebnis. Es geht um eine gleichmäßige Belastung aller Komponenten der Wertschöpfung. Also: Lohnsumme, Gewinne, Fremdkapital, Zinsen, Mieten, Pachten, Abschreibungen und Steuern.

Fazit, um zum Schluss zu kommen, meine Damen und Herren, und zurück zum Titel meines Vortrages: Wird es reichen? Meine Antwort ist klar: Ja. Mit einem vernünftigen Zugang zu den angesprochenen Problemen wird es reichen. Die sozialen Sicherungssysteme könnten – wenn nicht besondere Katastrophen eintreten – aufgrund der höheren Produktivität in Zukunft vielleicht nicht schwieriger, sondern sogar leichter zu finanzieren sein als in den Zeiten des Aufbaus der Sicherungssysteme von 1945 bis 1980.

Und freilich: Selbstverständlich wird man auch die Verteilungsfrage immer wieder neu stellen müssen. Heiner Geißler, der frühere CDU-Generalsekretär, hat es ja vor nicht allzu langer Zeit treffend auf den Punkt gebracht: „Es gibt Geld wie Dreck auf der Erde, es haben nur die falschen Leute.“

Wir sollten an unserem bewährten Weg festhalten, denn viel steht auf dem Spiel. Mit der sozialen Ausgewogenheit ist ganz offensichtlich auch die Zukunft der Demokratie verbunden. Geht es den Menschen – vor allem der Mittelschicht – immer schlechter, sind sie – wie wir wissen – eher geneigt, autoritäre Strömungen zu unterstützen.

Das erkennen mittlerweile auch Institutionen wie das Weltwirtschaftsforum in Davos oder der Internationale Währungsfonds, die von ihrem neoliberalen Heilsversprechen angesichts reeller Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat teilweise – sagen wir mal ein „laues Lüfterl“ – abrücken und mehr soziale Ausgewogenheit fordern.

In Österreich nimmt die Sehnsucht nach einem starken Mann an der Spitze unseres Gemeinwesens zu. Den hatten wir schon einmal. Warten wir also nicht zu, meine Damen und Herren, bis es zu spät ist und wieder einmal niemand etwas dafür gekonnt haben wird.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Allgemeiner Beifall)*

Mag.^a Christine Mayrhuber: Herzlichen Dank für die Einladung, hierher nach Graz zu kommen. Vielen Dank Frau Präsidentin Vollath, dass ich hier sein kann, ich hoffe, ich kann heute ein paar neue Einsichten einbringen. Ich bin ganz beeindruckt von diesem Raum hier im Landhaus – Gold und Kristall –, ich komme mir vor wie aus der Zeit gefallen. Also, aus dieser Perspektive ist die Welt wunderschön, aber ist sie das auch für alle?

Der Titel der heutigen Tagung „Genug für alle?“, welche Bilder, welche Lebenslagen sind hier angesprochen? Ein gutes Leben für alle hat zumindest drei Voraussetzungen: Erstens, braucht es körperliche und seelische Gesundheit, die zweite Voraussetzung ist eine soziale Gesundheit – der Mensch ist ein Sozialwesen, er muss sozial getragen werden und eingebunden sein. Die dritte Voraussetzung ist die ökonomische Gesundheit. Für mich als Ökonomin ist die ökonomische Gesundheit die Grundlage für die anderen beiden Bereiche. Die ökonomische Gesundheit aus meiner Perspektive bezieht sich auf eine angemessene Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Diese Angemessenheit bezieht sich auf die individuelle Position gegenüber der Allgemeinheit. Angemessenheit ist somit ein normativer Begriff, und Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik Gesellschaftspolitik passieren im Rahmen von normativen Zielen. Um die Frage des „Genug-für-Alle“ in Zukunft zu diskutieren, möchte ich im ersten Teil in der Gegenwart verweilen: Wie schaut dieses „Genug-für-Alle“ in der gegenwärtigen Situation aus? Und im zweiten Teil des Vortrages schaue ich in die Zukunft: Wird es sich ausgehen, in Zukunft? Mein Vortrag ist evidenzbasiert und damit eingangs ein wenig zahlenlastig.

Kommen wir zum ersten Punkt „Genug-für-alle?“ im Status quo. In Österreich bezieht die Mehrheit der Bevölkerung ihre ökonomische Gesundheit aus ihrem Erwerbseinkommen. Das Erwerbseinkommen entsteht aus selbständiger und unselbständiger Tätigkeit und für einen recht kleinen Teil der Bevölkerung auch aus Vermögenseinkommen. Diese drei Einkommenskomponenten summieren sich 2016 auf rund 195 Milliarden Euro. Der größte Anteil dieses Einkommens, das uns – aus makroökonomischer Sicht – zur Verfügung steht, ist das Einkommen aus der unselbständigen Tätigkeit. Knapp 80 % der 195 Milliarden Euro kommen aus unselbständiger Tätigkeit, knapp 9 % aus selbständiger Tätigkeit und ca. 11 % aus Vermögenseinkommen (darunter fallen auch Vermietungs- und Verpachtungseinkommen).

Wie verteilt sich dieses Markteinkommen nun? Werden die österreichischen Haushalte – es sind rund 3,9 Millionen Haushalte – gereiht nach der Höhe ihres Einkommens in Dezile (jeweils 10 % der Haushalte) eingeteilt, dann zeigt sich, dass die drei erwähnten Einkommenskomponenten doch sehr ungleich verteilt sind: Im ersten Dezil, in den untersten 10 % der Haushalte, also in den ersten 390.000 Haushalten mit den geringsten Einkommen, fließt vom gesamten Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit ein Prozent. Ein Prozent der Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit fällt an das erste Dezil während in das 10. Dezil, also in die 390.000 Haushalte mit dem höchsten Haushaltseinkommen, 30 % des gesamten unselbständigen Einkommens fließen. Wir sehen eine Ungleichverteilung. Diese Ungleichheit ist bei den Einkommen aus selbständiger Tätigkeit noch höher. Vom gesamten Volumen der

selbständigen Einkünfte – rund 18 Milliarden Euro im Jahr 2015, finden sich fast die Hälfte, also 45 %, im 10. Einkommensdezil, also bei den Haushalten mit den höchsten Einkommen. Die größte Ungleichheit gibt es bei den Einkommen aus Vermögen (Zinseinkommen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung). Vom gesamten Volumen der Vermögenseinkommen – 2015 waren es etwa 21 Milliarden Euro – gingen knapp 70 % in das letzte, also höchste Haushaltsdezil. Einkommen in Österreich ist genug vorhanden, allerdings bedeutet die Ungleichverteilung und die Konzentration der drei Einkommen bei den reichsten 10 % der Haushalte, dass es für sie mehr als reicht, während es für einen ebenso großen Anteil an Haushalten überhaupt kein adäquates Auskommen, keine ökonomische Gesundheit gibt.

Das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung analysiert in regelmäßigen Abständen die Einkommensverteilung und die Rolle der öffentlichen Hand in Österreich. Wie verändert sich die Verteilung des Markteinkommens (die erwähnten drei Einkommenskomponenten), und welche Rolle spielt die öffentliche Hand? Wie verändern monetäre Transfers aber auch die Realtransfers die Einkommenspositionierung und die Wohlfahrt für einzelne Einkommensgruppen? Der Erstbefund ist – ich erwähnte es bereits –, dass die Primäreinkommen sehr ungleich verteilt sind: Von dem gesamten Primäreinkommen entfällt fast ein Drittel in das oberste, 10. Dezil der Haushalte. Im untersten Dezil, also in den ersten 390.000 Haushalten in Österreich, schaut es anders aus, hier stehen nur knapp 2 % des gesamten Markteinkommens zur Verfügung. Das ist eine unerfreuliche Situation, die durch Umverteilungsmaßnahmen der österreichischen Steuerpolitik und vor allem der Sozialpolitik bedeutend verändert wird. Das Leistungsangebot der öffentlichen Hand, vom Dienstleistungsangebot im Bereich der Kinderbetreuung und der Bildung über Gesundheitsdienstleistungen bis hin zu Sozialversicherungstransfers, verändert bzw. verbessert die ökonomische Lage vor allem der unteren Einkommensgruppen erheblich.

Die gesamten monetären Sozialleistungen und die Sachleistungen der öffentlichen Hand summieren sich auf jährlich rund 53 Milliarden Euro (2015). Diese Summe wirkt auf die Wohlfahrtsposition der Haushalte. Mit dem größeren Anteil dieses Betrags werden Sachleistungen finanziert. Was sind öffentliche Sachleistungen? Das sind vorwiegend Bildungsleistungen und Gesundheitsleistungen. Werden diese Sachleistungen berücksichtigt, dann wird die Einkommensposition der unteren Haushalte, also der ärmeren Haushalte, massiv verbessert. Monetäre und reale Transfers (also Sachleistungen) sind wichtig für die Haushalte im unteren Einkommensdezil. Die horizontalen Umverteilungsziele, beispielsweise in der Familienpolitik (von Kinderlosen zu Familien mit Kindern) oder in der Gesundheitspolitik (von den Gesunden zu den Kranken), bedeutet, dass auch die oberen Einkommensgruppen Adressaten dieser Leistungen sind. Ein erklecklicher Anteil dieser monetären und vor allem realen Sachleistungen fließt auch hin in die oberen Einkommensdezile und verbessert die ökonomische Lage der Haushalte auch dort.

Insgesamt verfügen, durch die monetären und realen Leistungen der öffentlichen Hand, die unteren Einkommenshaushalte über einen Wohlfahrtsgewinn. Die Haushalte am oberen Ende der Einkommensverteilung haben durch die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge die sie leisten einen Wohlfahrtsverlust. Die Markteinkommen der 10 % der Haushalte mit den höchsten Einkommen liegen rund 32-mal so hoch wie jene 10 % der ärmsten Haushalte. Dieses Marktergebnis wird durch das Steuer- und Abgabensystem und die Leistungen der öffentlichen Hand korrigiert: Nach diesem Umverteilungsprozess übersteigt das verfügbare Haushaltseinkommen der Reichsten 10 % jenes der Ärmsten 10 % nur mehr um das 6-fache. Die ungleichen Markteinkommen – und wir beobachten, dass die Markteinkommen über die Zeit ungleicher geworden sind, eine Entwicklung die sich weiter fortsetzen wird – brauchen einen Mechanismus, der Haushalte über die Armutsschwelle hebt. Nur so kann die eingangs erwähnte ökonomische Gesundheit erreicht werden. Die positiven Folgewirkungen einer verbesserten Einkommenssituation bestehen aber nicht nur für die jeweils Betroffenen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt: Die Forschungsergebnisse der OECD zeigen, dass neben der Stärkung der Wirtschaft durch die private Konsumnachfrage eine geringe ökonomische Ungleichheit auch mit einer besseren Gesundheit der Bevölkerung und einem starken Wirtschaftsstandort aufgrund des sozialen Friedens einher geht.

Diese Umverteilungsmechanismen laufen in Österreich nicht nur über monetäre Transfers, die in der öffentlichen Diskussion stärker im Blickfeld stehen, sondern vor allem auch über soziale Sachleistungstransfers: Die Haushalte im untersten Einkommensdrittel erhalten 8 % aller Markteinkommen und 30 % aller monetären Transfers. Das untere Einkommensdrittel leistet 6 % des gesamten Steuer- und Sozialabgabenaufkommens. Und nach dem Umverteilungsprozess haben sie ein fast doppelt so hohes Einkommen zur Verfügung, sie können ihre Wohlfahrt durch die staatliche Umverteilung beinahe verdoppeln. Auf der anderen Seite halten die Haushalte im obersten Einkommensdrittel 68 % des Primäreinkommens, erhalten 32 % an öffentlichen Transfers und leisten 70 % der Sozialabgaben- und Einkommenssteuern. Ihr verfügbares Einkommen ist nach dem Umverteilungsprozess um 17 Prozentpunkte geringer. Die Ökonomie versucht die Einkommensungleichheit zu messen und die Entwicklung über die Zeit zu beobachten. Als Standardindikator dient der „Gini-Koeffizient“, benannt nach seinem Erfinder dem italienischen Statistiker Corrado Gini. Würde der Gini-Koeffizient den Wert 1 erreichen, würde das gesamte Einkommen einer Periode einer einzigen Person zufließen – je kleiner die Zahl ist, desto gleichere sind die Einkommen in der Bevölkerung verteilt. Über die Zeit sind die Markteinkommen ungleicher geworden, der Gini hat sich vergrößert. Strukturverschiebungen auf dem Arbeitsmarkt hin zum Bedeutungsgewinn von geringer entlohnten Jobs, die Zunahme der atypischen Beschäftigungsformen etc. führt dazu, dass die Einkommensungleichheiten steigen. Für die Sekundäreinkommen, das sind die verfügbaren Haushaltseinkommen nach Abzug der Steuern und Abgaben und nach Hinzurechnung der Transfers, ist der Gini-Koeffizient seit 2010 annähernd konstant geblieben. Die Ungleichheit der Markteinkommen ist größer geworden, diese steigende Ungleichheit konnte durch die Aktivitäten der öffentlichen Hand bislang kompensiert werden.

Ich komme damit zu meinem ersten Zwischenfazit: In einem der reichsten Länder der Erde gibt es genug ökonomische Ressourcen für alle, alle könnten in guter ökonomischer Gesundheit leben. Einzig, wir haben ein Verteilungsproblem: Das Erwerbseinkommen bildet die ökonomische und die soziale Grundlage für die Mehrheit der Bevölkerung, diese Grundlage ist zunehmend ungleich verteilt. Diese Ungleichheit wird durch die öffentliche Hand (Steuerabgaben, monetäre und reale Transfers) korrigiert und dadurch die ökonomische Gesundheit gefördert.

Ich komme zu meinem zweiten Block: Zukünftige Entwicklungen, diese sind immer auch pfadabhängig. Auf welchem Pfad befinden wir uns also?

Das Erwerbseinkommen aus unselbständiger und selbständiger Tätigkeit ist die Hauptquelle des Lebensunterhalts für die Mehrheit der Bevölkerung. Im erwerbszentrierten Sozialversicherungssystem ist das Erwerbseinkommen auch Grundlage für die mittel- und langfristige soziale individuelle Absicherung. Das Erwerbseinkommen stellt darüber hinaus die Beitragsgrundlage für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme dar. Die Arbeitsmarktentwicklung in Österreich ist meines Erachtens eine Erfolgsgeschichte. Die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen hat sich deutlich erhöht. Die Beschäftigungsquote ist dynamisch gestiegen. In der Krise 2008/2009 gab es leichte Beschäftigungsrückgänge, diese waren aber deutlich geringer ausgeprägt als in anderen europäischen Ländern. Trotz steigender Arbeitsmarktpartizipation – allen voran der Frauen –, trotz steigender Beschäftigungsquote sind die Lohneinkommen deutlich zurück geblieben. Dies zeigt sich aus einer makroökonomischen Perspektive auf der Grundlage der Volkseinkommensrechnung: Das Volkseinkommen umfasst die Summe der Einkommen aus Löhnen und Gehältern aller unselbständig Beschäftigten, selbständige Einkommen und Nichtlohneinkommen (Einkommen aus Zinsen, Vermietung, Verpachtung). Die Lohnquote ist der Anteil der Lohneinkommen am Volkseinkommen. Die Lohnquote ist im Zeitraum 1976 bis 2015 gefallen, ganz deutlich und massiv gefallen. Die Summe aus Löhnen und Gehältern bildet auch die Finanzierungsgrundlage für die sozialen Sicherungssysteme. Obwohl die Beschäftigungsquote deutlich anstieg, ist parallel dazu die Lohnquote gefallen. Der qualitative Indikator „Beschäftigungsquote“ ist eine Erfolgsgeschichte, wird dazu auch das Entlohnungssystem (Lohnquote) in Verbindung gebracht, zeigt sich ein anderes – weniger erfolgreiches – Bild. Alleine aus diesen beiden marktökonomischen Indikatoren ist zu sehen, dass die Sozialversicherung österreichischer Prägung, die eben auf Arbeitseinkommen basiert, ein strukturelles Finanzierungsproblem auf der Einnahmenseite hat, selbst bei Ausblendung der Ausgabenseite. Trotz steigender Beschäftigung sehen wir eine rückläufige Bedeutung der Lohneinkommen in Relation zum Volkseinkommen. Auf der anderen Seite haben sich die Nichtlohneinkommen (Einkommen aus Vermögen, Gewinnen und Verpachtung) deutlich dynamischer als die Lohneinkommen entwickelt. Das war ja auch mit ein Grund, dass in der Alterssicherung verstärkt der Umstieg auf private Finanzierungssysteme forciert wurde. Ein Trend der in der gesetzlichen Alterssicherung in Österreich nicht aufgenommen wurde. Die Nichtlohneinkommen sind bis 2009 deutlich stärker gewachsen als die Lohneinkommen. Sowohl von ihrer Höhe als auch in ihrer Dynamik sind Nichtlohneinkommen zu beachten, vor allem dann, wenn die Erosion der Einkommen aus unselbständiger Beschäftigung weitergehen wird. Welche Einkommenskomponenten können zur zukünftigen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme beitragen? Bereits 30 % des Volkseinkommens sind Vermögens- und Gewinneinkommen, diese sind aber in keiner Weise in die Finanzierung der sozialen Sicherheit eingebunden. Aus diesen zwei Entwicklungen – der Bedeutung der Nichtlohneinkommen einerseits und ihrer hohen Dynamik andererseits sollte das „Leistungsfähigkeitsprinzip“ der Abgabenlehre angewendet werden: Leistungsträger sind in die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme einzubinden. Leistungsträger sind damit nicht nur die Arbeitseinkommen, sondern in einem immer stärkeren Ausmaß auch die Nichtlohneinkommen und damit die Gewinneinkommen.

Warum ist die Lohnquote gefallen? Ein Hauptgrund liegt in der Destandardisierung der Arbeitsverhältnisse und der Einkommensverhältnisse. Das Modell einer durchgängigen Beschäftigung mit kontinuierlich steigenden Löhnen bis zum Pensionierungszeitpunkt hat für immer weniger Beschäftigte Gültigkeit. Wir sehen zumindest vier Dimensionen der Destandardisierung in Österreich und darüber hinaus in ganz Europa:

(1) Erwerbsformen ändern sich: Bis zum Jahr 2015 waren die Beschäftigungszuwächse ausschließlich von Teilzeitstellen getragen, seit 2016 gibt es erstmals wieder Zuwächse bei den Vollzeitstellen; die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse hat stark zugenommen. Bereits 270.000 Einpersonenernehmen (keine kollektivvertragliche Mindestsicherung etc.) sind bei der Wirtschaftskammer registriert, das sind 57 % aller bei der Wirtschaftskammer registrierten Mitglieder.

(2) Arbeitszeit ist ungleich verteilt: Wir haben eine Polarisierung der Arbeitszeit nicht nur zwischen Vollzeitjobs mit vielen Überstunden auf der einen Seite und 0 Arbeitsstunden der Arbeitslosen auf der anderen Seite, auch innerhalb der Arbeitslosigkeit sehen wir Polarisierungstendenzen: Eine WIFO-Studie belegt, dass 50 % der Arbeitslosentage in den Jahren zwischen 2000 und 2010 auf 6 % der Arbeitslosen entfallen. In einer Langzeitbetrachtung zeigt sich, dass Arbeitslosigkeit kein Durchgangsstadium ist, sondern vielmehr auf eine kleine Gruppe Arbeitsloser konzentriert ist.

(3) Beschäftigungsstabilität ist für eine kleiner werdende Gruppe vorhanden: Noch haben wir eine Gruppe von Beschäftigten mit stabilen Beschäftigungsverhältnissen. Nach WIFO-Berechnungen sind ein Drittel der unselbständig Beschäftigten in stabilen Beschäftigungsverhältnissen, ein Viertel hat stabile Beschäftigungs- und instabile Einkommensverhältnisse, ein Drittel ist dauerhaft instabil beschäftigt, pendelt zwischen Arbeitslosigkeit, Niedriglohn, atypische Beschäftigungsformen etc. hin und her.

(4) Entlohnung folgt den instabilen Beschäftigungsverläufen und Erwerbislücken und garantiert immer weniger langfristige soziale Absicherung vor allem im versicherungsbasierten Pensionssystem. Bei stabilen Beschäftigungsverhältnissen gibt es eher regelmäßige und reguläre Lohnzuwächse. Bei jenen, die nicht ganzjährig beschäftigt sind, bei jenen, die oftmals den Job wechseln, ist das

Einkommensniveau, gemessen am Bruttojahreseinkommen, zwischen 2000 und 2014 rückläufig gewesen. Ihre Einkommen blieben nicht nur hinter den tariflichen Mindestlöhnen (gemessen am Tariflohnindex) zurück, sondern ihre Einkommen sind real gefallen. Für Deutschland gibt es vergleichbare Studien, allerdings aus dem Jahr 2010: Der Anteil der instabil Beschäftigten lag hier bereits bei 38 %. Prekarisierung ist ein generelles Phänomen, das in Zukunft noch weiter verbreitet sein wird.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass besonders Frauen atypische Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse haben. Aber auch bei Männern ist das Normalarbeitsverhältnis ein rückläufiges Modell und für eine immer kleiner werdende Gruppe gültig. Wir haben im Bereich der unselbständig Beschäftigten einen großen Anteil von Teilzeitbeschäftigten (rund 730.000 ausschließlich Teilzeitbeschäftigte), 350.000 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, über 200.000 Befristungen im Bereich der unselbständigen Tätigkeiten, knapp 80.000 LeiharbeiterInnen etc. Daneben hat die Beschäftigungsstabilität unmittelbaren Einfluss auf die Entlohnungsstruktur: Je dynamischer jemand am Arbeitsmarkt ist, je öfter der Job gewechselt oder unterbrochen wird, desto schlechter entwickelt sich die Einkommensdynamik über den Erwerbsverlauf.

Die Arbeitsmarktintegration ist aber eine Vorbedingung für die soziale Sicherheit, sowohl für die einzelnen Personen als auch für die Finanzierung der sozialen Sicherheit. Die kurz skizzierten Entwicklungen am Arbeitsmarkt führen strukturell zu einer Verringerung der individuellen und kollektiven sozialen Absicherung. Wir befinden uns in einem sozialen Sicherungssystem, wo der Arbeitsmarkt das vorgelagerte System zur sozialen Sicherung ist. Das soziale Sicherungssystem ist dem Arbeitsmarkt nachgelagert. Verwerfungen am Arbeitsmarkt bedeuten Verwerfungen im sozialen Sicherungssystem.

Durch die Präkarisierung am Arbeitsmarkt braucht es ein Mehr an Sozialstaat zur Abfederung der Verwerfungen. Die Erwerbszentriertheit der Sozialversicherung bei zunehmender Einkommenspräkarität führt gleichzeitig zu einem strukturellen Finanzierungsengpass, der im medialen und tw. im politischen Diskurs als Ausgabenproblem und nicht als Finanzierungsproblem rezipiert wird. Wir haben hier einen klassischen Zielkonflikt zwischen flexiblen Arbeitsmärkten auf wettbewerbsorientierten Absatzmärkten und individueller und struktureller sozialer Absicherung. Klassische Zielkonflikte in der Wirtschaftspolitik und in der Sozialpolitik gibt es immer, gefährlich werden diese, wenn sie nicht als Zielkonflikte thematisiert werden und die Wechselwirkungen ignoriert werden.

Ich komme zu meinen Schlussfolgerungen. Mittel- und langfristig sind die Wirtschaftsaussichten gedämpft. Das Wirtschaftswachstum leistet einen immer kleiner werdenden Beitrag zur ökonomischen Integration aller Bevölkerungsgruppen; Produktivitätszuwächse werden kleiner und entlasten das Sozialsystem nicht mehr im gewohnten Ausmaß. Die Arbeitslosigkeit wird weiterhin hoch bleiben. Die Destandardisierungstendenzen am Arbeitsmarkt werden weitergehen. Ohne Gegensteuerung wird das bedeuten, dass es in Zukunft zu sozialen Verwerfungen kommt. Wir brauchen daher ein Mehr an sozialem Ausgleich und nicht ein Weniger an sozialen Sicherungsmechanismen. Die Sozialversicherung braucht eine breite Finanzierungsbasis, die nicht nur auf den Arbeitseinkommen beruhen kann. Wir haben andere Leistungsträger, nämlich die Nichtlohneinkommen, die die neuen „Leistungsträger“ sind. Der gesunkene Lohnanteil am Volkseinkommen und der Bedeutungsgewinn eben dieser Nichtlohneinkommen, braucht seine Entsprechung in der Finanzierung der sozialen Sicherung.

Wir leben in einer Vermögensökonomie. Das haben wir insofern zur Kenntnis zu nehmen, als dass diese Vermögenserträge in die Finanzierung der sozialen Sicherung mit einzubeziehen sind. Diese Miteinbeziehung sollte nicht auf individueller Pensionsvorsorge beruhen, sondern systematisch erfolgen: Die Einbeziehung von Vermögenseinkommen in die Beitragsgrundlage zur sozialen Sicherheit wäre ein erster Schritt in Richtung (1) Verbesserung der finanziellen Nachhaltigkeit der sozialen Sicherheit, (2) Abgabentlastung des Faktors Arbeit, (3) Forcierung der ökonomischen Gesundheit für alle Gruppen der Bevölkerung.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Allgemeiner Beifall)*

Moderatorin Manuela Raidl: Vielen Dank Mag.^a Mayrhuber. Damit sind wir bei Teil 2 des heutigen Abends. Wir starten in die Podiumsdiskussion. Genau, die Frau Streissler-Führer deutet es schon an. Bitte kommen Sie nach vorne. Ich stelle noch unsere beiden weiteren Podiumsteilnehmer des heutigen Abends vor: Diese Dame hier steht mit beiden Beinen fest in der Wirtschaft, sie leitet seit acht Jahren ihre eigene Agentur für wirtschaftspolitische Projektberatung, und sie befasst sich speziell mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Wirtschaft und auf unsere Gesellschaft. Großen Applaus für MMag.^a Agnes Streissler-Führer. *(Allgemeiner Beifall)* Sie versucht, ohne Papier auszukommen, sehe ich anhand Ihres i-Pads – ja, Digitalisierung bis ins Kleinste.

Und last but not least heute der zweite Ökonom der Runde von der Denkfabrik Agenda Austria, er befasst sich mit dem großen Themenbereich Pensionssystem und Arbeitsmarkt. Großen Applaus für Mag. Michael Christl. *(Allgemeiner Beifall)* Liebe Referenten, kommen Sie auch nach vorne. So, während sich die beiden anderen noch mit dem Mikrofon versorgen, würde ich gerne von Ihnen beiden eine erste Reaktion abholen von diesem ersten Teil des Abends. Vielleicht beginnen wir bei Ihnen, Herr Mag. Christl, was nehmen Sie mit und was ist Ihre Reaktion auf diese beiden Impulsreferate?

Mag. Michael Christl: Zunächst danke für die Einladung, ich freue mich hier zu sein. Sie haben es schon richtig erkannt, ich habe viel mitgeschrieben, ich glaube, es gibt viel zu diskutieren. Ich bin wahrscheinlich derjenige am Podium, der eine etwas andere Sichtweise der Dinge hat, aber das ist, glaube ich, auch gut so, sonst wäre es ja ein bisschen langweilig. Wir haben zuerst von Herrn Dr. Anzenberger gehört: „Arbeit fällt weg, Arbeit geht verloren.“ Ich glaube, dass das eine Fehlanalyse ist, denn ich glaube nicht, dass die Digitalisierung, die eigentlich ja schon länger stattfindet, Arbeitsplätze kostet. Der Nettoeffekt der Digitalisierung ist völlig offen. Ich glaube sogar, dass

die Digitalisierung mehr Arbeit schaffen wird und wir sehen ja auch, wie wir auch schon von Frau Mag.^a Mayrhuber gehört haben: Österreich hat derzeit Rekordbeschäftigung. Also wir haben so viele Leute in Beschäftigung wie noch nie zuvor, das ist natürlich positiv. Auf der anderen Seite haben wir derzeit auch Rekordarbeitslosigkeit. Das hängt natürlich damit zusammen, dass mehr Leute am Arbeitsmarkt tätig sind und auch Arbeit suchen; das ist prinzipiell positiv und es ist natürlich auch wichtig für die Sicherung der Sozialsysteme. Was wir natürlich schon sehen: Auch in Österreich herrscht ein gewisser Trend hin zur Job-Polarisation – das ist ein Fachausdruck, ich erkläre ihn kurz. Das bedeutet, dass wir starkes Beschäftigungswachstum bei hochqualifizierten Personen sehen, gleichzeitig ebenso bei niedrigqualifizierten, und im Mittelstand haben wir eigentlich eine Stagnation, d. h. es gibt tendenziell mehr Jobs für Niedrigqualifizierte, mehr Jobs für Höherqualifizierte, und der Mittelstand stagniert. Und wir haben weniger oder gleich viele Jobs wie noch vor 10 Jahren für diese Qualifikationsgruppe. Gleichzeitig sehen wir auch, dass wir am Arbeitsmarkt tendenziell ein strukturelles Problem haben. Das hängt natürlich auch zum Großteil mit der Bildung und mit der Ausbildung zusammen, d. h. es gibt derzeit eine steigende Zahl an offenen Stellen, die aber nicht besetzt werden. Das heißt, dass viele Unternehmen kein passendes Personal finden und das ist ein großes Problem. Das führt zur Rekordarbeitslosigkeit, und das bedeutet langfristig auch, dass wir hier strukturelle Probleme haben und die Arbeitslosigkeit nicht nach unten bringen. Im Sinne der sozialen Sicherung wäre es, glaube ich, doch wichtig, dass wir versuchen, diese strukturellen Probleme am Arbeitsmarkt auch anzugehen und aufzulösen. Wie gesagt, ich glaube tendenziell, dass die Digitalisierung positive Effekte haben wird. Und wir haben andere Sachen gehört: Eine Arbeitszeitverkürzung halte ich prinzipiell für gefährlich, natürlich wenn man sie europaweit einführen würde, dann wäre das vielleicht eine Möglichkeit. Das wird aber nicht passieren, so realistisch muss man sein. Es wäre natürlich auch für die Produktivität schädlich, das ist ganz klar. Das Beispiel Frankreich hat es ja gezeigt: Die Arbeitszeitverkürzung musste jetzt eigentlich wieder rückgängig gemacht werden. Das heißt, ein Alleingang hier von Österreich wäre ein Problem für die gesamte Wirtschaft. Was haben wir noch gehört? Wir haben gehört: „Rückläufige Lohnquoten“. Ja, die Lohnquote war rückläufig, das stimmt, bis 2006, 2007, seitdem ist die Lohnquote wieder steigend. Das hängt natürlich auch mit der Beschäftigung zusammen. Und wir haben gehört: „Die Leute verdienen heute weniger als noch vor 10, 15 Jahren.“ Das ist de facto auch falsch, denn wir haben einen Teilzeitboom. Ganz klar, die neue Beschäftigung, die entsteht, ist zum Großteil in Teilzeit. Teilzeitarbeit ist nicht immer freiwillig, aber doch zu einem Großteil, und das führt natürlich dazu, dass die Einkommen sinken, wenn wir das Aggregat betrachten. Wenn wir uns den Bruttostundenlohn anschauen, das macht das WIFO jährlich, dann sehen wir dort einen deutlichen Zuwachs über der Inflationsrate, d. h. wir haben durchaus einen Produktivitätsgewinn auch in den Einkommen. Und ich frage mich ja, wie es in Österreich möglich sein sollte, dass die Produktivität nicht abgegolten wird, gerade im unteren Einkommensbereich. Wir haben eine hohe Deckung der Kollektivverträge, das ist auch gut so, wir haben jährliche Kollektivvertragsverhandlungen, die über die Inflationsrate hinausgehen. Natürlich gibt es Bereiche, wo das nicht Fall ist, aber das sind Ausnahmebereiche. Also ich frage mich: Wie kommt man in Österreich, oder wie kommt man in den Zahlen darauf, dass man sinkende Einkommen feststellt? Und analysiert man das genauer, dann sieht man: Das ist großteils auf Teilzeit zurückzuführen. Das heißt, wenn im Aggregat viele Leute in Teilzeit arbeiten, dann ergibt das natürlich ein niedrigeres Jahreseinkommen, und dementsprechend sinkt auch die Entlohnung.

Interessant habe ich auch das Argument der ungezügelten Marktwirtschaft gefunden, die wir angeblich seit den 1970er Jahren haben. Ich frage mich, wo in Österreich die ungezügelte Marktwirtschaft ist bzw. wo der Sozialstaat zurückgedrängt worden ist. Ich sehe das jetzt nicht negativ, aber wir wissen schon auch, dass die Sozialausgaben ständig gestiegen sind, so wie auch die Steuereinnahmen. Völlig wertfrei: Ich sehe nicht, wo der Sozialstaat gelitten hätte in den letzten 20, 30 Jahren. Und ich glaube, man müsste von der Diskussion her schon auch wieder ein bisschen auf die faktenbasierte Seite wechseln, denn ich glaube, es bringt nicht viel, wenn man etwas behauptet, was nicht belegt werden kann und nicht richtig ist. Ich meine, jede ökonomische Zahl widerlegt, dass der Sozialstaat zurückgedrängt worden ist. Natürlich kann man sagen: „Man hätte ihn besser ausbauen können“, man könnte sagen: „Der österreichische Sozialstaat verteilt falsch um.“ Denn wir haben ja bei Frau Mag.^a Mayrhuber auch gesehen: Der Sozialstaat verteilt ja auch zum Teil schlecht um. Warum verteilt der Sozialstaat von der linken in die rechte Hosentasche um? Oder warum erhält das oberste Dezil Transferleistungen vom Sozialstaat? Das kann man hinterfragen. Es sind Familienleistungen für Kinder usw., ja natürlich, das kann man alles hinterfragen. Aber man kann nicht feststellen, dass der Sozialstaat zurückgedrängt worden ist.

Vielleicht kurz noch zur Sicherung der Sozialsysteme. Ich glaube, dass wir durchaus ein Problem haben, nämlich vor allem im Pensionssystem. Ich sehe dort eine starke Ungleichbehandlung der Generationen, denn es ist de facto so, dass die jüngere Generation hier deutlich mehr zur Kasse gebeten wird. Sei es durch indirekte Beiträge, die sie über den steuerfinanzierten Teil zahlt, sei es durch die Pensionsreform 2005, die voll auf Kosten der jüngeren Generationen geht, oder sei es durch das in Zukunft – wie, glaube ich, einige am Podium meinen – steigende gesetzliche Pensionsantrittsalter. Ich weiß nur, Frau Mayrhuber hat kürzlich gesagt: „Längerfristig ist das nötig“. Ich bin auch der Meinung, das ist nötig. Und wir führen Diskussionen über Einnahmen in der Sozialversicherung, aber ich glaube, man muss auch einmal die Diskussion über die Ausgaben der Sozialversicherung führen, denn Fakt ist: Die Sozialversicherung hat auch Rekorderlöse. Also es ist nicht so, dass die Sozialversicherung jetzt unter einem Rückgang der Einnahmen leidet. Das ist einfach nicht der Fall. Und ich glaube, in einer ehrlichen Diskussion muss man halt auch darüber reden, ob man das gesetzliche Pensionsantrittsalter anhebt, und wie man das am besten macht. Wir sehen das ja in ganz Europa, es wird ja darüber diskutiert. In Deutschland wird derzeit das Antrittsalter auf 67 erhöht und der Rat der Wirtschaftsweisen hat gestern wieder gesagt: „Wir brauchen eine Koppelung des Antrittsalters an die Lebenserwartung, weil es anders leider nicht mehr finanzierbar ist.“ Ich würde es gerne

finanzieren, nur ich glaube, es ist eine Gefahr für die Zukunft Österreichs und für das gesamte Sozialsystem, wenn wir nicht einschreiten und diesen Entwicklungen nicht entgegenwirken.

Moderatorin Manuela Raidl: Vielen lieben Dank Herr Mag. Christl, danke auch für die Zeitdisziplin. Wir wollen ja halbwegs pünktlich um 20:00 Uhr hier schließen, aber natürlich wollen wir auch Ihre Reaktion abholen, Frau Streissler-Führer, auf diese beiden Impulsreferate. Welche Gedanken haben Sie sich dazu gemacht?

MMag.^a Agnes Streissler-Führer: Ja, vielen Dank, Frau Raidl!

Sie haben ganz am Anfang gehofft, den Optimismus hier zu hören und den Optimismus möchte ich auch ein bisschen einbringen. Zuerst muss ich mich auch natürlich bedanken bei der Landtagspräsidentin für die Einladung. Ich finde das super, dass ich die Gelegenheit habe, hier zu sein.

Das waren jetzt unglaublich viele Themen, die wir gehört haben und ich möchte jetzt gar nicht auf alle davon reagieren. Vielleicht kommen wir dann eh noch in der Diskussion auf das eine oder andere. Ich möchte aber auf ein Thema eingehen, das auch Mag. Christl angesprochen hat, die Frage: „Was bedeutet die Digitalisierung für den Arbeitsmarkt?“ Und da bin ich mit Ihnen komplett einer Meinung, Herr Christl, denn ich möchte einfach einmal eine Geschichte erzählen. Bevor ich Unternehmerin war, war ich viele Jahre – meine Karriere habe ich begonnen in der Arbeiterkammer und ich bin 1993 in eine Abteilung gekommen, da waren wir 15 Referenten, Referentinnen, und wir hatten zwei Sekretärinnen. Diese zwei Sekretärinnen haben mühevoll unsere Papiere in einem Terminkalender koordiniert, die haben Zeitungsartikel ausgeschnitten und irgendwo eingeklebt, die haben natürlich wahnsinnig viel Tipparbeit gemacht. 2005 bin ich aus dieser Abteilung dann ausgeschieden, da gab es eigentlich nicht mehr zwei Sekretärinnen. Was es aber gab, waren zwei Office-Managerinnen oder Büroassistentinnen. Das war jetzt nicht einfach nur eine politisch korrekte Umformulierung, denn die Tätigkeiten der beiden Kolleginnen, die die gleichen waren wie 1993, hatten sich komplett geändert. Die haben auf einmal Excel-Tabellen gemacht, die haben Veranstaltungen organisiert, die haben unser Team besser organisiert, die haben unseren Web-Auftritt betreut etc., völlig andere Tätigkeiten. Und natürlich hat das sozusagen alle Sekretärinnen – und leider Gottes sind das Sekretärinnen mit kleinem „i“, das ist nun einmal so in Österreich – aber das hat alle Sekretärinnen in der Arbeiterkammer damals betroffen. Wie ist dieser Wandel gelungen, diese Veränderung? Ja, das Wichtigste war einmal Qualifikation natürlich. Und guter Weise haben auch die allermeisten der Kolleginnen gesagt: „Ja super, ich möchte mich da auch qualifizieren“. Weil es ist natürlich auch spannender, eine Veranstaltung zu organisieren, als Zeitungen auszuschneiden. Es hat welche gegeben, für die war der Wandel zu schwierig, da hat man dann vielleicht geschaut, dass man noch ein bisschen Umorganisationen im Büro macht, dass man gemischte Teams macht und halt die einfacheren Tätigkeiten jenen, die sich nicht auf die Veränderung so gut einstellen konnten, gibt, oder auch, dass man Modelle wie Altersteilzeit nimmt, damit die Leute langsam rausgleiten können. Was will ich mit der Geschichte sagen? Selbstverständlich verursacht die Digitalisierung eine Veränderung von Tätigkeiten. Und wenn wir die Studien hören: „50 % der Jobs werden wegfallen durch die Digitalisierung“ – es handelt sich um Tätigkeiten und es kommen andere Tätigkeiten dazu. Wir haben vor 30 Jahren nicht gewusst, dass es einmal Web-Hosts geben wird, Social-Media-Manager, wir haben aber auch nicht gewusst, dass es Feng-Shui-Berater geben wird oder Proteomiker oder so. Also es ist ja nicht nur, dass in der IKT-Welt Sachen dazukommen, sondern es passiert unglaublich viel. Ja, wir sind sicherlich in einer industriellen Revolution, es ist eine Technologie, die unsere Arbeitswelt und unseren Alltag komplett verändert, es ist eine Allzwecktechnologie und nicht nur auf einen Sektor beschränkt, aber sie führt dazu, dass auch völlig neue Tätigkeiten entstehen werden, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. Wir werden Menschen brauchen, die uns irgendwie erklären, wie unsere Smart Homes eigentlich am besten funktionieren und wie wir jetzt den Kühlschrank mit der Waschmaschine am besten verlinken, und all diese Sachen, in den Life Sciences wird es neue Tätigkeiten geben. Das heißt, ich habe weniger Sorge, dass aufgrund der Digitalisierung Arbeitsplätze wegfallen, es ist aber natürlich ein Transitionsprozess, es wird Menschen geben, die nicht mitkönnen mit diesem Wandel, wir müssen ganz viel in Qualifikation gehen. Wir müssen jedenfalls – und hier bin ich nicht bei Ihnen, Herr Christl – in den Branchen, wo wir tatsächlich sozusagen einen Negativsaldo haben werden, über intelligente Arbeitszeitverkürzungsmodelle nachdenken müssen, ob das jetzt die Wochenarbeitszeit ist, oder ob das Freizeitoptionen sind, oder Sabbaticals oder so, aber hier wird man besser die Arbeitszeit verteilen müssen. Christine Mayrhuber, und ich glaube auch Dr. Anzenberger, sie haben das beide betont, wie ungleich die Arbeit in Österreich verteilt ist. Manche arbeiten viel zu viel, andere arbeiten viel zu wenig, d.h. da wird etwas geschehen müssen. Aber die Digitalisierung an sich ist nicht der Feind, das sind bits und bytes, die können wir programmieren. Was wir aber sehen – und das ist in den beiden, und insbesondere im Referat von Dr. Anzenberger sehr klar herausgekommen – ist: Ja, es gibt Prekarisierung, nur, das sind Businessmodelle. Das ist nicht die Digitalisierung an sich, sondern durch die Digitalisierung werden sie – wir können sie neoliberale Businessmodelle oder wie auch immer nennen – stärker. Es sind Businessmodelle, die es ermöglichen, dass eben der Stärkere über den Schwächeren gewinnt, die sogenannten Winner-takes-it-all-Märkte, es sind Businessmodelle, die Arbeitnehmerschutzrechte aushebeln. Und da sage ich – und da kommt jetzt der Optimismus –, das können wir selbstverständlich gestalten. Wir können hergehen und sagen: „Ja, wir müssen aber auf die Arbeitnehmerschutzrechte achten, auch innerhalb der Digitalisierung“, wir haben gerade gesehen, dass vorige Woche die Stadt London gesagt hat: „Uber-drivers are workers, maybe they're not employees, but they are workers.“ Das heißt, die haben ein Recht auf Mindestlohn, die haben ein Recht auf Freizeit. In Deutschland hat die IG Metall eine große Plattform, die heißt Crowd-Watch, wo Crowdsourcing-Plattformen angeschaut und bewertet werden. Es gibt eine ganze Menge.

Letzter Punkt: ich bin auch absolut dafür, eben genau aufgrund all dieser genannten Verwerfungen, die es gibt, dass wir die soziale Sicherung auf eine breite Finanzierungsbasis stellen müssen. Christine Mayrhuber hat völlig richtig gesagt: „Wir müssen die Leistungsträger miteinbeziehen.“ Ich würde nur gerne über die Wertschöpfungsabgabe noch hinausgehen und ich bin sozusagen ein Champion der einheitlichen gemeinsamen Körperschaftssteuer in Europa, denn dann fange ich nämlich auch die gesamten Multinationals ab, die ich mit der Wertschöpfungsabgabe nicht erreiche, die ja eine nationale auf Österreich bezogene ist. Und zwar gibt es ohnehin schon die Bemühungen, die Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage zu vereinheitlichen, das macht die Kommission bereits. Ich finde aber auch, wir brauchen einen einheitlichen Körperschaftssteuersatz, denn Steuerwettbewerb in Europa ist absolut schädlich und nicht effizient, und untergräbt die soziale Sicherheit und deren Finanzierung. Und ich sehe kein Hinauftreiben des Sozialstaates, sondern wir haben seit langem einen relativ stabilen Sozialstaat. Soziale Sicherheit ist im Interesse von uns allen und muss daher von uns allen finanziert werden. *(Allgemeiner Beifall)*

Genug für alle?

Die Arbeit der Zukunft und die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme

Religion im Fokus von **LAND.HAUS.GESPRÄCHE**

Es ist ein derzeit häufig kontrovers diskutiertes und höchstaktuelles Thema: Musliminnen und Muslime in Europa. Immer mehr rücken sie in den Fokus des öffentlichen Interesses und öffnen den Raum für viele Fragen.

Aus diesem Anlass lud die Präsidentin des Landtages, Bettina Vollath, am Mittwoch, dem 5. April 2017, zu einer weiteren Veranstaltung des Formates **LAND.HAUS.GESPRÄCHE** in das Grazer Landhaus ein. Es war die erste von insgesamt drei gemeinsam mit dem Grazer **TRIALOG-FORUM** konzipierten Veranstaltungen, bei welchen die Schwerpunkte auf den drei abrahamitischen Religionen Islam, Christentum und Judentum lagen.

Über 100 Gäste folgten der Einladung von Landtagspräsidentin Vollath, welche für diesen Abend äußerst interessante Persönlichkeiten nach Graz geholt hat. Sie betonte: *„Es gibt einen immensen Wissens-, Diskurs- und Klärungsbedarf der österreichischen Gesellschaft nicht-islamischen Glaubens. Daher braucht es eine proaktive, ehrliche und öffentliche Debatte von und mit legitimierte Persönlichkeiten der islamischen Glaubensgemeinschaft. Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, dass an diesem Abend interessante Persönlichkeiten aus diesem Bereich anwesend waren und für einen spannenden Gesprächsabend sorgten.“*

Die Veranstaltung wurde moderiert von Claudia Unger, der Leiterin des Afro-Asiatischen-Instituts.

Alt-Bürgermeister Alfred Stingl, welcher im Namen des Grazer **TRIALOG-FORUMs** Grußworte sprach, unterstrich die Notwendigkeit in Zeiten großer Verunsicherungen, sich für Humanismus einzusetzen und stets das Miteinander zu fördern.

Es folgte ein einleitender Gesprächsimpuls vom stellvertretenden Chefredakteur des Herder Verlages, Stefan Orth, der für Religionen und daher auch für den Islam zuständig ist. Er ist Herausgeber mehrerer Bücher, wie *„Zur Freiheit gehört, den Koran zu kritisieren: Ein Streitgespräch“* mit Mouhanad Khorchide und Hamed Abdel-Samad. *„Eine prinzipielle Unvereinbarkeit von Islam und europäischer Kultur mit ihren rechtsstaatlich verfassten Demokratien und den zugrundeliegenden Werten, bis hin zu unserem Verständnis von der Universalität der Menschenrechte etwa, gibt es jedenfalls nicht. Ganz entscheidend wird es sein, dass die Muslime in Europa in alle Diskussionen über das Verhältnis von Staat und Religion eingebunden werden und nicht nur über sie geredet wird“*, so Orth in seinem Impulsvortrag.

An der Gesprächsrunde nahmen teil:

Ednan Aslan, er ist Professor für Islamische Religionspädagogik an der Universität Wien und Leiter des Masterstudienganges für Islamische Religionspädagogik für LehrerInnenbildung sowie Leiter der Forschungsplattform am Institut für Islamische Studien der Universität Wien.

Sein Statement: *„Die Muslime in Österreich stehen vor Herausforderungen, die sie aus ihrer eigenen Tradition nicht kennen. ‚Islam mit europäischer Prägung‘ bedeutet nichts anderes, als dass die Muslime sich der gesellschaftlichen Herausforderung stellen und Antworten auf ihre Widersprüche im Hier und Jetzt in der Gesellschaft suchen. ‚Islam mit europäischer Prägung‘ bedeutet, dass wir uns mit unseren gemeinsamen Werten in unserer neuen Heimat identifizieren und uns hier heimisch fühlen. Dieses Verständnis der Religiosität bedeutet auch, dass wir als ein Teil dieser Gesellschaft erkannt und anerkannt werden.*

Damit dürfen die vielfältigen Probleme der Migration weder theologisiert noch pädagogisiert werden. Aber der Beitrag der Religionen für die Integration der Muslime darf nicht gering geschätzt werden.“

Dudu Kücükgöl hat an der Wirtschaftsuniversität Wien studiert und arbeitete derzeit an ihrer Dissertation zum Thema „*Postkoloniale feministische Theorien und muslimische Frauen*“. Neben ihrem Beruf war sie ehrenamtlich 15 Jahre in der Muslimischen Jugend Österreich aktiv. Sie arbeitet als selbstständige Unternehmensberaterin und Referentin mit den Schwerpunkten Diversität, Muslime in Europa, Integration, Rassismus und Sexismus, postkoloniale Theorie und Feminismus.

Ihr Statement: „*MuslimInnen in Europa tragen Verantwortung und haben die Pflicht, sich positiv in die Gestaltung eines pluralistischen und friedlichen Europas einzubringen. Das bedeutet vor allem aber nicht nur Anstrengungen von ihrer Seite, damit ihr Engagement auch in der Mehrheitsgesellschaft anerkannt und unterstützt wird. Wir müssen Herausforderungen benennen und angehen ohne dabei in Pauschalurteile und in einen Zustand des Generalverdachts gegenüber MuslimInnen zu kippen. Vor allem ein innermuslimischer Dialog in einem geschützten, sachlichen und unaufgeregten Rahmen ist das Gebot der Stunde, denn Veränderungen werden mit Überzeugung und nicht mit Zwang herbeigeführt.*“

Mouhanad Khorchide ist seit 2010 Professor für Islamische Religionspädagogik und seit 2011 Leiter des Zentrums für Islamische Theologie Münster, Koordinator des Graduiertenkollegs Islamische Theologie der Stiftung Mercator sowie Leiter des Projekts „*Historisch kritischer Korankommentar unter Berücksichtigung von Aneignungs-, Transformations- und Abgrenzungsprozessen zwischen Islam und der jüdisch-christlichen Tradition*“ im Rahmen des Exzellenzclusters „*Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und Moderne*“ an der WWU Münster.

Sein Statement: „*Die Gesellschaft hat die große Aufgabe, an einem großen gesamten Wir zu arbeiten, in welchem natürlicherweise die Musliminnen und Muslime auch dazuzählen. Dafür müssen wir die Rahmenbedingungen der Etablierung eines europäischen Islams schaffen. Eine der Herausforderungen an die islamische Theologie ist unter anderem der religiös begründete Exklusivismus sowie der Umgang mit dem Koran heute und die Auslegung von Texten, die im frühen 7ten Jahrhundert erstellt wurden.*“

Artikel 9 (1) EMRK – Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; Artikel 11 (1) EMRK –
Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit; Artikel 10 (1) GRC – Religionsfreiheit

FLTPⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Bettina Vollath**: Sehr geehrte Damen und Herren, das Thema des heutigen Abends „Musliminnen und Muslime in Europa“ ist ein hochaktuelles Thema, das unsere Gesellschaft seit geraumer Zeit sehr beschäftigt und es wohl auch noch weiter tun wird. Aber: Wie kommt es eigentlich zu dieser Aktualität?

Der Islam und Musliminnen und Muslime sind in Österreich keine umwälzenden Neuerungen der letzten Jahre, nicht zuletzt das über 100-jährige Islamgesetz zeugt von einem langen Miteinander in Österreich. Allerdings hat sich in der Wahrnehmung von diesem Miteinander? Nebeneinander? – dazu komme ich dann noch – etwas gewandelt. Zumindest in der der öffentlichen – und halböffentlichen – Debatte. Umfragen, die in letzter Zeit zunehmend von unterschiedlichen Stellen veranlasst werden, zeigen auf, dass viele Assoziationen von Befragten mit dem Islam, mit Musliminnen und Muslimen eine negative Konnotation aufweisen. Um es kurz und bündig zu sagen: Das ist nicht gut!

Und es ist nicht nur nicht gut, sondern es ist zutiefst besorgniserregend. Allerdings sind gewisse Entwicklungen im Spektrum der Assoziationen – zumindest - nachvollziehbar: Nach Jahrzehnten, in denen der Islam in unserer Gesellschaft kaum im Fokus der Aufmerksamkeit stand, schaffen es sicher alle hier im Raum unverzüglich, sich einige der Schlagzeilen der letzten Wochen und Monate vor das geistige Auge zu holen: Von der Kopftuch- über die Burka- bis zur Burkinidebatte, Trumps Muslim-Bann, Diskussionen über Teilnahme von muslimischen Schülerinnen an Schwimmunterricht oder Schikursen in Schulen, Begriffe wie „*Politischer Islam*“ oder „*Islamischer Staat*“, Berichte von Gewalt an Frauen, über die Radikalisierung und Rekrutierung von europäischen Jugendlichen für den sogenannten Heiligen Krieg bis hin zu Berichten über Terroranschläge verübt von Extremisten, die gemäß ihrer eigenen Auffassung im Namen Allahs agieren.

Es ist die öffentliche Rede von der sogenannten „*Islamisierung Europas*“ ...

Und zu alledem in den Printmedien kommt eine noch viel größere Kommunikationsflut in den „*sozialen Medien*“, deren Bandbreite an Darstellungen noch deutlich weiter reicht.

Diese geballte mediale Berichterstattung trifft auf einen gesellschaftlichen Nährboden, der generell über wenig Wissen über den Islam als Weltreligion verfügt. Die Frage nach Bring- und Holschuld darf ich hier ausklammern, da mit dem sozialen Frieden ein so hohes Gut auf dem Spiel steht, dass zu dessen Wahrung alle Kräfte dieses Landes gefordert sind. Durch dieses jedenfalls kaum vorhandene Wissen nimmt eine kausale Kette ihren Lauf: Nichtwissen verursacht Unsicherheit, diese führt wiederum dazu, dass viele Menschen mittlerweile Skepsis gegenüber dieser Religion aufgebaut haben oder überhaupt beginnen, sich vor dem Islam selbst zu fürchten respektive vor Menschen, die sich zu dieser Religion bekennen oder ihr zugeordnet werden. Und – als weitere Konsequenz: auf Skepsis und Furcht folgt fast unweigerlich als nächster Schritt Ablehnung.

Das wird wiederum von Medien bestätigt, mir ist ein Umfrageergebnis erinnerlich, in denen 76 % der Befragten angaben, der Islam gehöre nicht zu Österreich, was schon historisch betrachtet eben nicht den Tatsachen entspricht. Und 61 % betrachten laut dieser

Umfrage im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds das Zusammenleben mit Musliminnen und Muslimen als problematisch. Da verwundert es dann fast nicht mehr, dass die geführten Diskussionen mittlerweile einen so hohen Grad an Emotionalisierung erreicht haben, dass eine – obwohl immer wieder eingeforderte – Differenzierung und Sachlichkeit – kaum mehr stattfindet.

Genau daran führt allerdings kein Weg vorbei, wenn man lösungsorientiert auf die derzeit herrschenden Problemstellungen einer sich verändernden Gesellschaft zugehen möchte. Wobei durchaus die Frage erlaubt sein muss: verändert sich denn die Gesellschaft an sich tatsächlich?

Oder sind es die Sorge, Angst und Orientierungslosigkeit, die auf die Gesellschaft wirken, da durch die Globalisierung und „Smartphone-Revolution“ soziale Ungleichheit, entwicklungspolitische Unterschiede, Krieg und Terror viel bewusster und sehr nah an unser alltägliches Leben herangerückt sind und damit die Selbstverständlichkeit eines sozialen und territorialen Friedens infrage stellen.

Der Schutz von Minderheitenrechten – der ja durch Beschlüsse der Mehrheit garantiert sein muss – ist in einer offenen demokratischen Gesellschaft ein hohes schützenswertes Gut. Allerdings: es ist zunehmend wahrzunehmen, dass in der jüngsten Vergangenheit immer mehr Diskussionen hart entlang der Grenze geführt werden, die durch diese Minderheitsrechte markiert wird. Vieles, was aus überzeugtem Glauben an Gerechtigkeit schon längst in Stein gemeißelt schien, wird wieder in Frage gestellt, man ringt um Formulierungen, es werden Dinge gesetzlich geregelt, die in der Vergangenheit in der persönlichen Verantwortung einzelner Individuen lagen.

Lassen Sie mich daher auch heute wieder der Diskussion den bezughabenden Artikel der EMRK voranstellen, es ist der Artikel 9 über die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, ich darf zitieren:

„Jedermann hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit des einzelnen zum Wechsel der Religion oder der Weltanschauung sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen öffentlich oder privat, durch Gottesdienst, Unterricht, Andachten und Beachtung religiöser Gebräuche auszuüben.

Die Religions- und Bekenntnisfreiheit darf nicht Gegenstand anderer als vom Gesetz vorgesehener Beschränkungen sein, die in einer demokratischen Gesellschaft notwendige Maßnahmen im Interesse der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, Gesundheit und Moral oder für den Schutz der Rechte und Freiheiten anderer sind.“

Zitat Ende.

Im Sinne dieser Zielformulierung stellen sich viele Fragen, denen wir uns stellen müssen. Zum Beispiel jene, wie wir einen sozialen Frieden als unabdingbare Voraussetzung für diese individuellen Freiheiten sichern können. Damit verbunden ist die Frage nach der Chance auf Teilhabe, auf Zugehörigkeit, nach sozialer Gerechtigkeit, damit nicht in Angst vor ökonomischer Verdrängung die Armen gegen die noch Ärmere ausgespielt werden. Damit Ab- und Ausgrenzung aufgrund von Merkmalen wie Herkunft, Sprache, Behinderung, sexueller Orientierung, Alter oder eben Religion nicht zum herrschenden Dogma wird.

Fragen, wie es gelingen kann, das Vertrauen der Bevölkerung ineinander und auch zu den demokratisch gewählten VolksvertreterInnen sowie in das österreichische Staats- und Rechtssystem wieder zu stärken und so weiter ...

Viele Fragen bedürfen wohl auch innerislamischer Debatten. Diesen soll nicht vorgegriffen werden. Jedoch gibt es – einerseits unabhängig davon, aber dennoch auch basierend darauf – einen immensen Wissens-, Diskurs- und Klärungsbedarf der österreichischen Gesellschaft nicht-islamischen Glaubens. Es braucht eine proaktive, ehrliche und öffentliche Debatte von und mit legitimierte Persönlichkeiten der islamischen Glaubensgemeinschaft.

Brennende Fragen sind diesbezüglich zum Beispiel ... Gibt es einen „europäischen“ Islam? Ist er überhaupt notwendig? Wenn ja, was macht ihn aus? Welchen Beitrag kann die islamische Gemeinde in ihrer Verantwortung als Vertretung der MuslimInnen in Österreich zum dringend nötigen Vertrauensaufbau in der Gesellschaft leisten? Wie erleben Musliminnen und Muslime europaweite Diskussionen, die – auch in Österreich – zum Teil sehr undifferenziert geführt werden, zum Beispiel bei der Vermischung von gesellschaftspolitischen und sicherheitspolitischen Fragen?

Ich habe schon von vielen Menschen muslimischen Glaubens gehört, dass sie müde werden, sich ständig gegen Unterstellungen von Extremismus verteidigen zu müssen, nur weil sie MuslimInnen sind. Wie kann die klare Abgrenzung von Musliminnen und Muslimen gegen Radikalisierungen innerhalb des Islams dennoch gut und wahrnehmbar gesellschaftlich kommuniziert werden? Verdient der Satz: „Vereinbarkeit des Islam mit dem uneinschränkbar Primat von Rechtsordnung und Demokratie“ ein Frage- oder ein Rufzeichen?

Oder: Der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wurde unter anderem eine Kairoer Erklärung der Menschenrechte gegenübergestellt, die für Europa grundlegende Menschenrechte zu relativieren scheint – was bedeutet das für in Europa lebende Musliminnen und Muslime? Und generell: Wo sehen der Referent und die Podiumsteilnehmerin und -teilnehmer Bruchlinien zwischen den unterschiedlichen Kulturen, die im Alltag im Zusammenleben Probleme verursachen? Oder anders ausgedrückt: Wieviel „Nebeneinander“ hält eine Gesellschaft aus, wieviel „Miteinander“ braucht sie? Trennt Religion? Und wo haben Religionsgemeinschaften positive Verantwortung und Möglichkeiten, das gesellschaftliche Miteinander – nicht zuletzt zum Wohle ihrer Mitglieder – zu verstärken? Sehr geehrte Damen und Herren – auf Unterschiede zu fokussieren kann für ein gelingendes Zusammenleben wohl – wenn überhaupt – nur einen äußerst bescheidenen Beitrag leisten.

Wesentlich hilfreicher ist es, durch genaues Zuhören – übrigens eine sehr hilfreiche Kulturfertigkeit in einer Demokratie und genau das wollen wir heute auch tun – Gemeinsamkeiten bewusst wahrzunehmen und auf diesen aufzubauen.

Daher darf ich mit einer kurzen persönlichen Geschichte schließen: Bei einem Gespräch mit einem unbegleiteten afghanischen Jugendlichen stellte sich heraus, dass er – gleich wie mein jüngster Sohn – Jakob heißt. Sein Erstaunen war sehr groß, warum denn mein Sohn einen muslimischen Namen hätte ... die gemeinsame Geschichte unserer beiden Religionen war ihm nicht bewusst – erst das Gespräch hat dies zutage gebracht.

Ich komme damit zum Schluss und erhoffe mir für die nächsten ca. 1,5 Stunden Einblicke in die oftmals sehr komplexen Themenbereiche, einen respektvollen Austausch womöglich unterschiedlicher Ansichten und Positionen neue Blickwinkel und Anregungen zum Nach- und Weiterdenken.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen informativen und spannenden Abend und danke herzlich für Ihr Kommen.

Ein herzliches steirisches „Glück auf!“

Dr. Stefan Orth: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrter Herr Stingl, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Europas Muslime stehen unter Druck – Frau Landtagspräsidentin hat schon davon gesprochen. Was spätestens mit dem 11. September 2001 begann, hat sich vor allem in den vergangenen drei Jahren noch einmal zugespitzt. Als Stichworte können hier das Aufkommen des sogenannten „Islamischen Staats“, dann vor allem das Attentat auf die Satire-Zeitschrift „Charlie Hebdo“ in Paris und die Reihe von weiteren Anschlägen bis hin zu denen jetzt in London und möglicherweise in St. Petersburg genügen.

Seitdem steht die Frage, welche Gewaltpotenziale der Islam aufweist, noch stärker im Fokus als dies vorher ohnehin schon der Fall war. Oder besteht das Problem in der Zwischenzeit nicht vielmehr darin, dass man den Islam als eine vermeintlich homogene Religion sieht, diese aber deutlich differenzierter betrachtet werden müsste? Gefragt wird in jedem Fall, ob der Islam nicht von seinen Traditionen her zu unseren Rechtsordnungen derart quer liegt, dass er und seine Anhänger vergleichsweise schlecht integrierbar sind.

Angesichts der muslimischen Flüchtlinge aus Syrien und anderen Teilen des Nahen Ostens wurden die Debatten zuletzt in Europa mit noch mehr Verve geführt, wobei nicht wenige Asylsuchende ja gerade selbst wegen des islamistischen Terrors in ihrem Heimatland geflohen sind. Umso paradoxer ist es da, dass aus der Angst vor Islamisten selbst massive Vorbehalte gegen Muslime insgesamt erwachsen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Protest gegen die Muslime dort am stärksten ist, wo wie etwa im ostdeutschen Bundesland Sachsen nur sehr wenige von ihnen leben.

Die „Sonderauswertung Islam“ der Studie des Religionsmonitors der Bertelsmann-Stiftung bestätigte etwa, dass in Deutschland vergleichsweise wenig zwischen „Islam“ und „Islamismus“ unterschieden wird. Obwohl andere Staaten wie Großbritannien oder Frankreich in weitaus höherem Maße Opfer terroristischer Anschläge waren, sei die Angst vor dem Islam in Deutschland ausgeprägter und die grassierende Islamfeindlichkeit mit dem Salon-Antisemitismus des 19. Jahrhunderts vergleichbar. Die konkreten Zahlen: Während 2012 bereits 51 % der Befragten der Überzeugung waren, dass der Islam nicht in die westliche Welt passe, sind dies nur drei Jahre später bereits 62 %. Entscheidend für die Ablehnung seien dabei weder politische Orientierung, Bildungsgrad oder Sozialstatus der Befragten, sondern vor allem das Alter und die Intensität des Kontakts mit Muslimen. Ein weiteres Ergebnis lautet immerhin, dass wer selbst religiös ist, im Regelfall weniger Probleme mit dem Islam hat.

Egal wo in Europa: Der Großteil der Muslime ist von den Ereignissen jetzt doppelt betroffen. Sie haben einerseits selbst massiv unter den fanatischen Glaubensbrüdern bestimmter Spielarten des Salafismus zu leiden. Und oft genug sind unter den Opfern des islamistischen Terrors auch Muslime. Andererseits werden Muslime – gleich welcher Couleur – für den brutalen Ausbruch von Gewalt verantwortlich gemacht.

Nicht wenige Muslime haben sich deshalb beklagt, dass ihnen blanker Hass entgegengeschlagen sei – was zu einer weiteren Verunsicherung führt. Die Anschläge und die Reaktionen darauf haben meiner Beobachtung nach auch das so notwendige innermuslimische Gespräch über die eigene Religion und ihre Gewaltpotenziale weiter belastet. Gerade angesichts einer Minderheit gewaltbereiter Extremisten wäre es ja umso wichtiger, dass die Muslime auch von ihren religiösen Überzeugungen her untereinander für die freiheitliche Rechtsordnung mit ihren Formen der Konfliktlösung werben. Ganz entscheidend wird es vor diesem Hintergrund sein, dass die Muslime in Europa in allen Diskussionen über das Verhältnis von Staat und Religion eingebunden werden und nicht nur über sie geredet wird.

Natürlich beunruhigt es, wenn die Zahl der jungen Menschen steigt, die sich im Internet oder in kleinen Gruppierungen radikalisieren und dies durchaus im Zusammenhang mit dem Rekurs auf islamische Traditionen geschieht. Aber selbst wenn die Zahl der gewaltbereiten Salafisten in den vergangenen Jahren gestiegen sein mag: Diese kleine Minderheit der Islamisten lässt sich nur mit den Muslimen zusammen bekämpfen. Man wird dabei auch immer unterscheiden müssen zwischen sozialen Problemen und religiösen Begründungen, die manches Mal eben auch mehr Vorwand für eine Art gesellschaftlichen Protest als Ausdruck tiefer Religiosität sind.

Die in mancher Hinsicht dramatische Situation ist insofern besonders misslich, als sich etwa in Deutschland gerade im vergangenen Jahrzehnt immerhin ein neuer Umgang mit den Muslimen im Land herausgebildet hatte – in Österreich war man hier ja schon etwas weiter. Die Diskussionen über Schulversuche zum islamischen Religionsunterricht und der Bau repräsentativer Moscheen in Großstädten hatten den Islam bereits um die Jahrhundertwende als eine Religion in Deutschland stärker ins Bewusstsein gebracht. Die „Deutsche Islamkonferenz“ hatte dann eine Studie angestoßen, nach der mit vier Millionen deutlich mehr Muslime im Land leben, als man zuvor

gedacht hatte. Unmittelbar war klar, dass die Versuche, einen islamischen Religionsunterricht zu etablieren, verstärkt werden müssen. Nicht zuletzt die Zentren Islamischer Theologie an staatlichen Universitäten in Deutschland wurden von der Islamkonferenz angeregt. Die Etablierung dieser wissenschaftlichen Einrichtungen schreitet seitdem im vergangenen Jahrzehnt mit hohem Tempo voran. Eine Vielfalt muslimischer Theologie im Rahmen der europäischen Wissenschaftstradition ist dabei geradezu erwünscht.

Eine junge Professorgeneration und viele Nachwuchswissenschaftler, darunter bemerkenswert viele selbstbewusste Frauen, zeigen inzwischen, wie sich der Islam im europäischen Kontext zu etablieren vermag. Wichtig ist dabei, nicht zuletzt zur Kenntnis zu nehmen, mit welcher Differenziertheit und welcher Eloquenz sich muslimische Denker inzwischen in die Debatten einmischen, ohne dass das von der Mehrheit der Bevölkerung wahrgenommen würde.

Man mag darüber streiten, ob für diese Entwicklung der Begriff „Euro-Islam“ glücklich gewählt ist, weil er für die meisten Muslime zu stark nach Assimilation klingt. In jedem Fall aber scheint mir eindeutig zu sein, dass es hier beachtliche Aufbrüche einer Artikulation von Muslimen innerhalb unserer europäischen Gesellschaften gibt – wenn auch weiterhin offen ist, ob sie auch die Mehrheit derer erreichen, die ihre Religion bewusst praktizieren.

Eine prinzipielle Unvereinbarkeit von Islam und europäischer Kultur mit ihren rechtsstaatlich verfassten Demokratien und den zugrundeliegenden Werten, bis hin zu unserem Verständnis von der Universalität der Menschenrechte, gibt es jedenfalls nicht, wie hier zu lernen ist. Aus meiner Sicht kann es, wenn bestimmte Prinzipien gewahrt sind, dann in mancher Hinsicht auch ein Nebeneinander geben. Das ist nicht zuletzt der Kern einer pluralistischen Gesellschaft, die genau so unsere Werte widerspiegelt.

Daneben wird immer wieder behauptet, dass Religion und Politik im Fall des Islam besonders eng miteinander verwoben sind. Die gegenwärtigen Entwicklungen in der Türkei unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sind zumindest Wasser auf die Mühlen dieser These. Oder ist Erdogan mehr die Ausnahme, die die Regel eines prinzipiell modernefähigen Islam bestätigt, wie gerade auch die Geschichte der Türkei im 20. Jahrhundert lehrt? Ein anderes Beispiel wäre das hier ja noch besser bekannte Bosnien.

Wahrscheinlich besteht das Hauptproblem – zumindest in Deutschland – darin, dass die Muslime nicht zuletzt aufgrund mangelnder Institutionalisierung und geeigneter Strukturen bei uns noch zu wenig als zivilgesellschaftliche Akteure wahrgenommen werden. Ich bin mir aber sicher, dass sich das in den nächsten ein, zwei Jahrzehnten ändern wird – zu lange sind Muslime einfach nur als „Gastarbeiter“ ohne religiöse Überzeugungen gesehen worden, die irgendwann wieder gehen werden. Und genau das hat sich geändert.

Umso mehr Verunsicherung haben da allerdings die jüngeren Entwicklungen einer auch religiös begründeten Gewalt durch Menschen mit muslimischem Hintergrund ausgelöst. Als Frage wird da immer wieder gestellt: „Inwieweit sind Muslime und ihre Repräsentanten wirklich bereit, sich kritisch mit diesen Vorgängen, aber auch mit ihrer eigenen Tradition auseinanderzusetzen und sich dann auch öffentlich dazu zu äußern? Welche Geltung dürfen die Passagen des Korans beanspruchen, die zur Gewalt aufrufen? Wie sind sie zu interpretieren?“

Vor diesem Hintergrund hat sich die Herder Korrespondenz als Monatszeitschrift für Gesellschaft und Religion, dessen stellvertretender Chefredakteur ich bin, zuletzt intensiv mit der Frage nach der Zukunft des Islam in Europa auseinandergesetzt und etwa ein Themenheft dazu vorgelegt. Die skizzierten Entwicklungen haben darin intensiv ihren Niederschlag gefunden.

Angesichts der massiven Anfragen an den Islam einerseits und andererseits den aus meiner Sicht durchaus ermutigenden Entwicklungen einer aufgeklärten islamischen Theologie im europäischen Kontext erschien es uns zudem notwendig, diese Positionen in einem Streitgespräch sichtbar werden zu lassen, weil es zu den meiner Ansicht nach dringenden Aufgaben derzeit gehört, jene Fragen ausführlich und in der direkten Auseinandersetzung zu bearbeiten. In diesem Fall – er wurde schon erwähnt – haben das für uns geleistet: Der deutsch-ägyptische Politikwissenschaftler, vehemente Islamkritiker und Bestseller-Autor Hamed Abdel-Samad auf der einen, und auf der anderen Seite der liberale muslimische Theologieprofessor an der Universität Münster, Mouhanad Khorchide, der ja heute Abend auch als Gesprächspartner da ist.

Warum wird dem Islam heute insgesamt ein Gewaltproblem nachgesagt? Welche Rolle spielt die Gründungsfigur des Propheten Mohammed dabei? Wie ist der Koran eigentlich zu lesen? Und darf man ihn überhaupt kritisieren? Kann man mit Salafisten diskutieren? Und wie kann man dem sogenannten Islamischen Staat und anderen Strömungen des islamistischen Terrorismus begegnen? Was kennzeichnet den Menschen aus der Sicht des Islam? Was ist das Zueinander von Mann und Frau? Wie sind auf der anderen Seite die neuen Ansätze islamischer Theologie in Europa zu bewerten? Wie sinnvoll ist dabei die Rede von einem Euro-Islam als Bollwerk gegen islamische Vorstellungen, die sich nicht mit unserem Verständnis von Demokratie, Menschenwürde und Rechtsstaat vereinbaren lassen? Welche Rolle spielen dabei die muslimischen Verbände? Und welche Rolle werden die Muslime schließlich zukünftig in der europäischen Zivilgesellschaft spielen können, damit es wirklich zu einem Miteinander kommt?

Diese Fragen haben das Streitgespräch dominiert, das wir dann in voller Länge veröffentlicht haben. In ihm findet man sowohl die gegenseitigen Anfragen, aber auch die Argumente für die jeweilige Position. Wie könnte es auch anders gehen, als angesichts der schwierigen Fragen ernsthaft und direkt miteinander zu sprechen, um Missverständnisse zu klären, Unterschiede zu benennen und Perspektiven für das Miteinander aufzuzeigen, dessen Balance aus eigener Identität und gegenseitiger Verwiesenheit auch im Fall des Islam gelingen kann? Wie sollten diese Herausforderungen bewältigt werden können, wenn es nicht gelingt, dass muslimische Protagonisten selbst über alle diese Fragen miteinander ins Gespräch kommen?

Ich freue mich deshalb sehr, dass das auch heute Abend wieder der Fall sein wird – und bin nun selbst sehr gespannt auf das Gespräch. Vielen Dank. *(Allgemeiner Beifall)*

Moderatorin Dr.ⁱⁿ Claudia Unger: Danke schön Herr Dr. Orth. Bevor wir in die Diskussion eintreten, gibt es jetzt noch die kurzen Antworten der Gäste am Podium und ich darf als Erstes Herrn Prof. Aslan ans Pult bitten. Er ist aus der Türkei stämmig, seit September 2008 Professor für Islamische Religionspädagogik an der Universität Wien, Leiter des Masterstudienlehrgangs für Islamische Religionspädagogik am Zentrum für Lehrer- und Lehrerinnenausbildung, und Leiter der Forschungsplattform am Institut für Islamische Studien der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Didaktik und Methodik des Islamischen Religionsunterrichtes, vor allem im Hinblick auf die Vermittlung des Korans und auf die Lehrplanentwicklung, sowie auf der Thematik „Muslime in Europa“.

Prof. Dr. Ednan Aslan: Meine Damen und Herren, herzlichen Dank für diese Einladung!

Das sind sehr viele Fragen, die ich gerne beantworten würde, aber fünf Minuten sind dafür zu wenig. Aber das ist wirklich wahr, was die Frau Präsidentin gesagt hat, wie wir die Muslime wahrgenommen haben. Wir haben die Muslime immer am Rande der Gesellschaft wahrgenommen. Nun, seit dem 11. September hat sich diese Wahrnehmung gewaltig geändert. Da wir die Muslime erst durch diese Gewalttaten in der Mitte der Gesellschaft wahrnehmen und sie als einen Teil dieses Terrors, sie als einen Teil dieser Gewalt wahrnehmen. Wie viel Gewalt steckt eigentlich im Islam? Wie viel können die Muslime einen eigenen Beitrag leisten, dass das Bild des Islam in Europa anders wahrgenommen wird? Diese Fragen werden Inhalt meiner kurzen Darstellung sein. Ich werde es einfach aus muslimischer Perspektive betrachten: Was tun wir, wenn uns die Gesellschaft so wahrnimmt? Wie viel haben wir selbst dazu beigetragen, dass so ein Bild des Islam entstanden ist? Welchen Beitrag können wir leisten, dass in dieser Gesellschaft ein anderes Bild von Muslimen und vom Islam entsteht? Wir stehen wirklich unter dem Druck, wie wir diese Fragen beantworten können. Zurzeit haben wir in der muslimischen Community zwei unterschiedliche Positionen. Einmal Isolation, in der Isolation einfach Verteidigung des Islam: „Das hat alles mit dem Islam nichts zu tun. Terror hat mit dem Islam nichts zu tun, Gewalt hat mit dem Islam nichts zu tun, Muslime sind nur Opfer.“ In dieser Haltung werden wir sicherlich keine Lösungen finden, weil die Muslime sich in dieser Opferrolle auf ewig festzementieren. Eine kritische Haltung neben dieser Version, die wir an vielen Universitäten, auch in einigen Organisationen vertreten: „Ja, diese Gewalt hat mit dem Islam, diese Gewalt hat mit den Muslimen etwas zu tun, der IS hat mit dem Islam, mit den Muslimen etwas zu tun. Auch Vereinsstrukturen in Europa, die diese Gewalt begünstigen, teilweise diese Gewalt wollen, haben auch natürlich mit den Muslimen etwas zu tun.“ Aber diese Tatsache, die wir da einfach zur Kenntnis nehmen, ist für uns eigentlich keine – sage ich einmal – schlechte Nachricht. Das könnte auch eine Chance sein, dass die Muslime sich selbst mit ihrer eigenen Tradition, mit ihren eigenen traditionellen Werten, die man als Religion wahrnimmt, kritisch auseinandersetzen. Hat das mit dem Islam etwas zu tun, wenn die Menschen in Syrien Homosexuelle hinrichten? Vielleicht hat das etwas damit zu tun, was wir vielleicht unbemerkt in unseren Moscheen, in unseren Hochschulen gepredigt oder vorgetragen haben? Ob dieser IS ein Produkt der eigenen Tradition ist, diese Fragestellung schadet den Muslimen nicht – einfach zu sagen: „Hat das mit dem Islam etwas zu tun?“ Auf der anderen Seite einfach diese Frage zu stellen reicht nicht aus. Wir stehen vor dieser Herausforderung, wie wir den Islam neu prägen können. Deshalb sehe ich den Islam europäischer Prägung als eine Chance, dass die Muslime, wo sie leben, ihre Religion, ihre Religiosität, aus ihrem eigenen Kontext heraus prägen. Diese Prägung ist eine Selbstverständlichkeit, die man auch mit eigener Tradition begründen kann. Dass eine neue Prägung des Islam, die ich hier in Europa als Islam europäischer Prägung bezeichne, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Muslime mit ihren geistigen Fähigkeiten ihre Religion in dieser Gesellschaft neu prägen. Aus dieser Prägung werden, meine Damen und Herren, jede Menge Chancen entstehen, dass die Menschen hier in dieser Gesellschaft uns nicht mehr als Fremde wahrnehmen. Unsere Moscheen werden nicht als fremd wahrgenommen, unsere Schulen werden nicht als fremde Schulen wahrgenommen. Die Muslime werden sich, vor allem die muslimischen Organisationen, vor diesen ausländischen Einmischungen befreien. Sie werden nicht nach den Zeitungsberichten aus der Türkei, aus Ägypten, aus den Golfstaaten reagieren, sondern werden einfach aus ihren eigenen Interessen heraus ihre Vereinsstrukturen gestalten. Sie werden Muslimbruderschaft, jede Menge Organisationen nicht mehr zulassen, die aus dem Ausland gesteuert werden und den Alltag der Muslime in Europa prägen und bestimmen. Aus diesem Bewusstsein heraus sehe ich in dieser Phase vielleicht eine kritische Phase, die uns weh tut, dass allein zu sagen. Viele Glaubensgeschwister, die sich einfach immer noch in dieser Verteidigungsrolle, in dieser Opferrolle identifizieren, unterstellen mir: „Warum sagt man das so? Kann man den Islam nicht loben? Einmal die schönen Seiten des Islam darstellen?“ Meine Damen und Herren, das hilft uns wenig. Was uns jetzt weh tut, wird eine Chance für uns sein, dass wir unsere Zukunft dadurch anders gestalten können. Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben. *(Allgemeiner Beifall)*

Moderatorin Dr.ⁱⁿ Claudia Unger: Danke schön. Da bietet sich schon einiges an Themen für die weitere Diskussion. Ich darf nun den zweiten Sprecher ans Podium bitten, Herrn Professor Mouhanad Khorchide, er stammt aus Beirut, ist in Saudi-Arabien aufgewachsen und hat Islamische Theologie und Soziologie in Beirut und Wien studiert. Er ist seit 2010 Professor für Islamische Religionspädagogik und seit 2011 Leiter des Zentrums für Islamische Theologie in Münster. Außerdem ist er Koordinator des Graduiertenkollegs Islamische Theologie der Stiftung Mercator sowie Principal Investigator des Exzellenzclusters „Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und Moderne“ an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Aufgefallen ist Herr Professor Khorchide unter anderem mit seiner Dissertationsarbeit und zuletzt auch mit dem Buch „Islam ist Barmherzigkeit“, indem er für die Modernisierung der Religion eintritt und damit sehr kontroversielle Diskussionen in der muslimischen Community ausgelöst hat. Bitte um Ihre Worte. *(Allgemeiner Beifall)*

Prof. Dr. Mouhanad Khorchide: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, verehrte Damen und Herren!

Als ich den Titel der Podiumsdiskussion, der Diskussion heute, gelesen habe „Musliminnen und Muslime in Europa“ und eben nicht wie sonst „Der Islam in Europa“, war ich sehr positiv überrascht, weil wir in der Tat von den Akteuren, von den Subjekten sprechen wollten. Der Islam an sich ist ja kein Subjekt. Es ist nicht der Islam, der hier in den Raum hereinkommt und sich vorstellt – sich vorstellt und sagt: „Ich bin Folgendes ...“, sondern wir Muslime sind es, die den Islam auslegen. Wir sind die Subjekte dieser Religion, die hier sitzen. Und wenn drei Muslime miteinander diskutieren und womöglich auch mit drei unterschiedlichen Ansichten oder drei unterschiedlichen Islamvorstellungen, das gehört das zur Natur der Sache. Deshalb sollten wir, wenn wir vom Islam sprechen oder vom Islam in Europa, wie gesagt, hauptsächlich von den Akteuren, von den Muslimen und Musliminnen sprechen. Wer sind die Muslimen und Musliminnen in Europa, gerade jetzt hier in Österreich? Wenn wir uns jetzt fokussieren auf Österreich ist die Situation sehr ähnlich wie in Deutschland oder in der Schweiz, wir sprechen von ehemaligen Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern, großteils natürlich, die in den 1960er und 1970er Jahren als solche gekommen sind, unter anderem aus muslimischen Ländern. Warum erwähne ich das? Weil vieles, von dem wir heute reden oder über das, was wir heute diskutieren, im Namen des Islams – vieles davon sind soziale Herausforderungen, typische soziale Herausforderungen der Arbeit mit Migration – die, wie Professor Aslan vorhin zu Recht auch angedeutet hat, seit dem 11. September sehr stark islamisiert wurden. Frau Landtagspräsidentin hat auch von einem Wandel in der Gesellschaft gesprochen, es hat auch ein Wandel in der Wahrnehmung stattgefunden. Die ehemaligen Gastarbeiter, die wir spät in den 1980er Jahren als Ausländer und noch später als Menschen mit Migrationshintergrund wahrgenommen haben – heute pauschalisieren wir und nehmen wir die alle auf als „die Muslime“ und wir sprechen von „dem Islam“, um unter anderem nicht nur religiöse, sondern auch soziale und politische Probleme anzusprechen. Aber der theologische Diskurs, also dieser religiöse Diskurs alleine löst keine sozialen und keine politischen Debatten. Wir brauchen eine Ganzheitsbetrachtung, um das alles zu berücksichtigen, wenn wir von Musliminnen und Muslimen in Europa sprechen. Viele junge Menschen, gerade Angehörige der zweiten, dritten Generation, die hier in Europa geboren und aufgewachsen sind, das sind ja die Subjekte, das sind die Akteure, die das Islambild nach außen tragen. Viele, muss man auch offen sagen, ohne – und da gebe ich auch Professor Aslan Recht – in den Opferdiskurs zu verfallen, dennoch muss man auch erwähnen, dass viele – und das kenne ich auch von vielen Erfahrungen mit meinen eigenen Studierenden, mit vielen Identitätsverletzungen – hier ihre Religion entfalten, weil es uns noch immer nicht gelingt in Europa von einem großen „Wir“ zu sprechen, wir Europäer, wir Österreicher, wir Deutsche, und selbstverständlich gehören dazu auch die Muslime. Wir reden immer von „wir Österreicher und die Muslime“, oder „wir Europäer und die Muslime“, Muslime werden immer als Subjekte, also „die anderen“ betrachten, aber nicht als Teil von uns. Aber wenn wir von den jungen Menschen sprechen, die hier geboren und aufgewachsen sind, für sie ist das selbstverständlich, dass das ihre Heimat ist, aber „meine Heimat“ stellt mich in Frage, immer wieder. Und zurecht hat das Frau Landtagspräsidentin auch erwähnt, dass sehr viele junge Menschen ziemlich genervt, sogar gekränkt sind, wenn sie sich immer wieder rechtfertigen müssen, egal was für Verfehlungen in dieser Welt geschehen im Namen des Islam. Ob jetzt irgendwer in Somalia einen Anschlag macht oder in Saudi-Arabien oder warum in Saudi-Arabien Frauen nicht Autofahren dürfen oder dieses oder jenes in der Welt oder IS, da fühlen sich die jungen Menschen hier in ein Eck gedrängt. Sie müssen sich dafür rechtfertigen, als wären sie selber dafür verantwortlich. Wobei, wie vorhin auch schon gesagt wurde: Der Terrorextremismus ist ein Phänomen, das uns alle trifft, Muslime wie Nicht-Muslime. Die Grenze verläuft nicht zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen, sondern eben zwischen menschenfeindlichen und menschenfreundlichen Interpretationen, Auslegungen unserer Weltanschauungen, nicht nur Religionen. Das heißt, wenn wir von Musliminnen und Muslimen sprechen und von einem europäischen Islam, oder von Musliminnen und Muslimen in Europa sprechen, dann haben wir als Gesamtgesellschaft eine Aufgabe, an diesem großen „Wir“ zu arbeiten. Selbstverständlich, wie gesagt, gehören die Muslime dazu. Das ist ein langer Weg, das muss verortet werden, vor allem dieses große „Wir“ in der Sozialisation, die jungen Menschen gerade in Bildungssystemen, in Kindergärten, in den Schulen usw., aber es ist die Aufgabe der Gesamtgesellschaft. Aber ich möchte hier auch in den verbleibenden zweieinhalb Minuten auf die Aufgabe der Islamischen Theologie eingehen, denn wie wir wissen: Zusammenleben, ein großes „Wir“ muss von beiden Seiten gewollt sein, und nicht nur gewollt sein, sondern auch von beiden Seiten begründet sein. Für mich als muslimischen Theologen ist sehr interessant, die Fragen zu stellen, die zum Teil schon gestellt wurden: Was ist eigentlich ein europäischer Islam oder ein europäisch geprägter Islam? Der Name spielt jetzt keine Rolle, aber wir wissen, wovon wir sprechen, also ein Islam, der harmoniert mit unserem Verständnis, wie Dr. Orth das gesagt hat, von Menschenrechten, von demokratischen Grundwerten, ein Islam, der damit harmoniert, das ist unser Verständnis davon. Es wurde jetzt mehrfach auf die Studie, eine repräsentative Studie von der Bertelsmann-Stiftung, zumindest für Deutschland, hingewiesen, die auch unter anderem zeigt, dass über 90 % der Musliminnen und Muslime in Deutschland – es gibt ähnlich Studien auch bezogen auf Österreich und andere Länder in Europa – dass über 90 % dieser Musliminnen und Muslime keine Probleme haben mit demokratischen Grundwerten. Und wenn man auf die Straße geht, oder wenn ich meine zwei Kollegen hier frage, wenn wir gleich diskutieren werden, natürlich haben wir alle keine Probleme mit dem Rechtsstaat und mit den demokratischen Grundwerten. Nur die Frage ist: Wie ist das jetzt, wenn diese 90 % der Menschen das religiös begründen wollen oder sich mit der Islamischen Theologie auseinandersetzen? Dann beginnen die Bausteine und das ist das, woran wir arbeiten: Professor Aslan, meine Wenigkeit in der Ausbildung von Religionslehrerinnen und -lehrern oder überhaupt von Theologinnen und Theologen, diese Bausteine zu reflektieren, bestimmte Positionen auch kritisch zu hinterfragen. Dazu gehören unter anderem – es gibt eine lange Liste, aber die Hauptherausforderungen in meinen Augen an die Islamische Theologie heute sehe ich – nur exemplarisch erwähne ich das – eine Stelle,

der religiös begründete Exklusivismus, also dass Muslime exklusiv nur denen gehört, die ewige Glückseligkeit: „Gott ist nur Muslimen gnädig zugewandt“. Das ist eine Position, die viele Muslime nicht so vertreten, weil sie sich mit der Theologie zum Glück nicht auseinandergesetzt haben. Aber wenn man sich mit der Theologie auseinandersetzt und sich anschaut, was sich da durchgesetzt hat unter dem sogenannten Mainstream-Islam, ist eben diese Position der religiös begründeten Exklusivismus-Muslime, weil sie eben Muslime sind, sind sie bessere Menschen, auch vor Gott, als andere Menschen, das ist nicht unproblematisch, darin gibt es auch einen Kern für die Legitimation von Gewalt. Denn ein Gott, der sich selbst legitimiert, Menschen zu verewigen in Verdammnis oder in einem Höllenfeuer für das, was sie sind, nicht für das, was sie verbochen haben, nicht für das, was sie gemacht haben, sondern für das, was sie sind – sie sind zwar unschuldig, aber sie sind keine Muslime, dann legitimiert sich dieser Gott, sie zu verewigen im Höllenfeuer, darin ist eine gewisse Legitimation auch dieser Menschen hier auf der Erde, gegen andere Gewalt auszuüben im Auftrag dieses gewalttätigen Gottes eigentlich. Aber damit müssen wir uns Muslime auseinandersetzen, mit diesem religiös begründeten Exklusivismus. Ich erinnere nur daran, dass das ein grundsätzliches Problem in den Theologien ist. Die Katholische Kirche hat das auch erst im Zweiten Vatikanischen Konzil in den 1960er Jahren, also vor 50 Jahren, abgelegt, aber vorher war das auch stark im katholischen Kontext vertreten. Es wurde von Dr. Orth auch die Frage angedeutet: Umgang mit dem Koran, Umgang mit Passagen, die Gewalt ansprechen, die die Gewalt auch bejahen im Koran, die gibt es, das ist nicht die Erfindung des IS oder von den Radikalen, die gibt es auch im Text. Aber es ist eine grundsätzliche Frage: Wie gehen wir heute mit dem Koran um? Ist es der Wortlaut, auf den es ankommt, oder müssen wir nicht vielmehr den Koran in seinem historischen Kontext verorten, in seinem historischen Kontext des 7. Jahrhunderts damals in Mekka, mit dem der Koran verkündet und entsprechend diese Passagen nicht als Imperative an uns heute im 21. Jahrhundert sehen, sondern eben als deskriptive Beschreibungen. Viele andere Fragen, die Biografie des Propheten betreffen, da muss man auch einiges kritisch reflektieren: Ist alles wirklich hinzunehmen, wie es in der Theologie drinnen ist, ein Prophet, der sich legitimiert hat mit Mitteln der Gewalt zu missionieren, Menschen zum Islam konvertieren zu lassen? Oder haben wir hier nicht auch einen Bedarf im Islam, auch darüber zu sprechen? Es gibt viele andere Themen, nur abschließend der Satz: Wir müssen über die Rahmenbedingungen der Etablierung eines europäischen Islams sprechen. Und wie gesagt, ich fasse es in einem Satz zusammen, weil meine fünf Minuten schon um sind. Einerseits ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an uns alle gerichtet: Wie können wir Muslimen zumindest das Gefühl – gerade denen, die hier geboren und aufgewachsen sind – vermitteln, anerkannt, respektiert zu sein in ihrer Andersheit, dass wir nicht andauernd Probleme konstruieren und über Moscheebauten und Minarette und Kopftücher usw. reden, sondern über das, was uns zusammenhält? Das ist auf der einen Seite, und auf der anderen Seite islamisch-theoretisch-theologischen Rahmenbedingungen auch zu schaffen innerhalb der islamischen Theologie, auch das, was dann in den Moscheen gepredigt wird, dass das auch entsprechend kompatibel ist mit dem Leben der Menschen hier auf Augenhöhe unter einem gemeinsamen „Wir“. Das sind in meinen Augen die zwei großen Baustellen, an denen wir noch sowohl gesamtgesellschaftlich, als auch islamisch-theologisch noch arbeiten müssen, worüber wir auch gleich diskutieren können. Vielen Dank für Ihr Zuhören. *(Allgemeiner Beifall)*

Moderatorin Dr.ⁱⁿ Claudia Unger: Danke vielmals. Es gibt natürlich noch viel mehr zu besprechen, aber wir haben danach noch Gelegenheit in der Diskussion. Ich darf jetzt für die Wortmeldung noch Mag.^a Dudu Kücükgöl aufs Podium bitten. Sie ist in Ankara geboren, aufgewachsen in Niederösterreich und hat an der Wirtschaftsuniversität Wien Wirtschaftspädagogik studiert und arbeitet derzeit an ihrer Dissertation zum Thema „Postkoloniale feministische Theorien und muslimische Frauen“. Neben ihrem Studium und Beruf war sie ehrenamtlich 15 Jahre lang Mitglied in der Muslimischen Jugend Österreich und Vorsitzende der Bundesjugendvertretung. Sie war außerdem Mitbegründerin des MiA-Awards, das ist ein Preis für besonders erfolgreiche Frauen mit internationalem Hintergrund und sie arbeitet als selbständige Unternehmensberaterin und Referentin mit den Schwerpunkten Diversität, Muslime in Europa, Integration, Rassismus und Sexismus, sowie postkoloniale Theorie und Feminismus. Bitte. *(Allgemeiner Beifall)*

Mag.^a Dudu Kücükgöl: Hallo und schönen guten Abend!

Ich entschuldige mich vorab für die Unterbrechungen durch meine Heiserkeit und meine raue Stimme. Ich möchte mich nochmals herzlich bedanken für die Einladung zum Sprechen und Diskutieren hier im Landhaus und ich möchte mich auch ganz speziell bedanken bei Ihnen für die beiden Ansprachen, die wirklich sehr pointiert, sehr on point, einfach wirklich sehr gut und vor allem sehr gut überlegt waren. Ich glaube, wir hätten auch genauso mit Ihnen weiterdiskutieren können, mit Ihren Standpunkten weiterdiskutieren können, ich danke vielmals. Es ist sehr viel angesprochen worden und ich möchte einen Punkt herausgreifen, der mich in den letzten Tagen sehr viel beschäftigt hat: Sie haben alle die öffentliche Darstellung der Musliminnen und Muslime angesprochen, die mediale Darstellung, und Herr Dr. Orth, Sie haben angesprochen, dass es notwendig ist, dass Musliminnen und Muslime auch eine kritische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit beginnen. Ich bin heute in der Früh aus Deutschland gekommen, ich war auf einer Konferenz an der Evangelischen Akademie Loccum zu einem sehr interessanten Thema, nämlich „Frauen in Moscheen, mehr Raum wagen“. Es waren hauptsächlich muslimische Frauen anwesend aus unterschiedlichen muslimischen Communities, aber es waren auch evangelische Theologinnen anwesend und auch eine Medienvertreterin. In erster Linie haben wir muslimischen Frauen gesprochen, wir haben referiert, wir haben reflektiert, sehr viel kritisiert natürlich, es waren nur Frauen anwesend. Ein Feedback, das wir bekommen haben, war: „Es ist so schade, dass so viel von der internen Kritik, die hier passiert, und von der ganz heftigen Kritik auch, die unter Frauen passiert und die in diesen geschützten Räumen passiert, wenn die Öffentlichkeit sozusagen nicht mit der Kamera direkt dabei ist, sondern nur einmal da ist, um

passiv zuzuhören, oder eigentlich um aktiv zuzuhören, wie gut es doch wäre, wenn auch solche Diskussionen in der Öffentlichkeit geführt werden würden.“

Ich möchte hier auch den heutigen Tag als Anlass nehmen, mit Ihnen einige Gedanken zu teilen, die wir dann hatten, auch in intensiven Gesprächen. Als wir gesagt haben, vor allem die Frauen, die auch in der muslimischen Community verankert sind und dort noch tätig sind, wenn die sich dort kritisch für Veränderungen einsetzen – wir kämpfen ein bisschen und ich glaube, meine beiden Kollegen vorher haben das auch angesprochen, wir kämpfen ja an verschiedenen Fronten. Wir arbeiten mit der allgemeinen Öffentlichkeit, wir arbeiten mit der muslimischen Community und wir haben sehr viel Kommunikationsarbeit zu leisten. Die Frage ist nur: Wie können öffentliche, kritische Debatten von und mit Musliminnen auch stattfinden in einer gesellschaftlichen Atmosphäre, die – wie meine VorrednerInnen auch herausgearbeitet haben – teilweise auch als eine toxische wahrgenommen wird? Und dann müssen wir immer wieder abwägen: Was kann ich in der Öffentlichkeit rüberbringen und was sage ich in der Öffentlichkeit? Was wäre eventuell ein zu großer Angriff auf die muslimische Community, sodass ich eventuell dann auch meine Autorität und Handlungsmöglichkeit in der Community verlieren würde? Ich kenne ähnliche Positionen von Frauen aus anderen religiösen Communities, die sagen: „Ja, wir möchten kritisieren – wir möchten kritisieren –, aber wir müssen diese Kritik gut dosieren und diese Kritik step by step, also Schritt für Schritt, äußern, damit wir nämlich auch noch intern, in der Community die Möglichkeit haben, wirklich uns für Veränderungen einzusetzen.“ Das ist vielleicht auch eine interessante Diskussion für Sie, mitzubekommen, dass sehr viel kritische Auseinandersetzung passiert, aber sehr vieles nicht unbedingt sofort oder in diesem Ausmaß in der Öffentlichkeit passiert. Diese Frage stelle ich mir selber immer wieder: Wie viel davon kann ich äußern? Wie viel davon würde mir eventuell meine Legitimation in der Community entziehen und mich daran hindern, dort weiter zu arbeiten und weiter für Entwicklung zu sorgen? Das sind so diese Themen, mit denen – glaube ich – sehr viele Kolleginnen und Kollegen in der Öffentlichkeit, die als Musliminnen und Muslime sprechen, immer wieder zu kämpfen haben. Eine weitere Anmerkung nämlich ist auch noch, dass Änderungen nicht mit der Brechstange durchgesetzt werden können. Änderungen, nachhaltige Änderungen bedürfen Überzeugungsarbeit, bedürfen Überzeugungsarbeit und wirklich sehr viel Geduld. Sie erfordern auch ganz explizit den Zugang zur Community. Und wenn die Musliminnen und Muslime – und Sie haben das alle angesprochen – in der öffentlichen Debatte durchaus auch kritisiert werden, und da bin ich nicht die einzige, die dann in die sogenannte „Opferrolle“ verfällt und das sagt, sondern da gibt es Studien dazu: „Wie ist denn die öffentliche Auseinandersetzung mit Musliminnen?“, dass da sehr wohl eine sehr selektive Wahrnehmung passiert. Kai Hafez, das ist ein deutscher Kommunikationswissenschaftler, schreibt regelmäßig zu diesen Themen, und dass eben die Auseinandersetzung mit dem Islam, mit Musliminnen auf eine selektive und negative Art und Weise passiert. In einer so negativen Atmosphäre stellt sich dann die Frage: Wie viel kann man durchsetzen? Ich würde sagen, auch nach diesem Wochenende, das ich mit den Frauen verbracht habe: Folgen Sie ruhig den Frauen aus den Communities, ich glaube, dass die Frauen an vielen Orten sehr, sehr gute Hinweise immer wieder geben. Ich habe auch sehr viele Kolleginnen aus Deutschland kennengelernt, die eben an den Universitäten tätig sind, und da ist sehr viel Potential für Kritik, aber die Frauen machen das, glaube ich, durchaus auf eine geschickte Art und Weise, indem sie nämlich Kritik wohldosieren, und während die einen von außen ziehen, drücken die anderen von innen sozusagen dagegen. Das ist, glaube ich, durchaus ein gangbarer Weg.

Und eine Sache natürlich auch, das war auch immer eine Überzeugung natürlich meinerseits: Ich glaube, wenn wir Fortschritt wollen in der Community, in der muslimischen Community, aber auch in der Gesellschaft allgemein, so ist es ohne die Beteiligung von Frauen nicht möglich. Es ist kein Fortschritt ohne Frauen möglich. Danke vielmals. *(Allgemeiner Beifall)*

Die Pflege von morgen – oder: Wie viel Roboter verträgt der Mensch

Am Mittwoch, dem 4. Oktober 2017 fand in der Landstube des Grazer Landhauses das vierte **LAND.HAUS.GESPRÄCH** unter dem Titel „Die Pflege von morgen – oder: Wie viel Roboter verträgt der Mensch“ statt, zu welchem die Präsidentin des Landtages, **Bettina Vollath**, einlud.

Thema des Abends war die Zukunft des Pflegebereiches im speziellen Hinblick auf die technischen Errungenschaften der Roboterforschung und deren Anwendungsmöglichkeiten in der Pflege. Zu diesem wesentlichen Zukunftsthema diskutierten namhafte ExpertInnen und sorgten für einen intensiven und teilweise durchaus kontroversen Abend.

Zwei Impulsvorträge eröffneten den Abend: **Markus Vincze** leitet den Forschungsbereich „Sehen für Roboter“ an der TU Wien. Sein besonderes Interesse gilt der Erforschung von Methoden, um Robotern das Erkennen und Verstehen ihrer Umgebung beizubringen. In seinem Impulsreferat mit dem Titel „Roboter als Helfer“ beschrieb er aus technischer Sicht die Einsatzmöglichkeiten von Robotertechnologie und deren Nutzen für uns Menschen.

Martina Mara leitet den Forschungsbereich RoboPsychology am Ars Electronica Futurelab in Linz, wo sie sich mit Bedingungen einer menschenfreundlichen Robotik beschäftigt. Sie hielt das zweite Impulsreferat des Abends und befasste sich hierbei mit der Frage, wie man sich einen Pflegeroboter vorstellen könne.

An der folgenden Diskussion nahmen neben den Impulsvortragenden **Monika Wild** und **Christine Brunensteiner** teil.

1993 wurde **Monika Wild** Leiterin der Gesundheits- und Sozialen Dienste des Österreichischen Roten Kreuzes, im Juli 2017 Leiterin des Bereiches Einsatz und Gesundheit. Sie ist seit 2010 Mitglied des Obersten Sanitätsrates.

Christine Brunsteiner war 30 Jahre lang als Journalistin sowie TV- und Radiomoderatorin beim ORF Steiermark tätig und ist seit 2010 Leiterin der Generationenplattform WIR FÜR UNS.

In professioneller Art und Weise wurde der Abend von Kleine Zeitung-Redakteurin **Claudia Gígler** moderiert. Die musikalische Umrahmung übernahmen Studierende der Kunstuniversität Graz.

Unter den BesucherInnen fanden sich auch hochrangige Gäste und VertreterInnen der steirischen Landespolitik in der Landstube ein. Darunter Volkshilfe-Präsidentin **Barbara Gross**, die Landtags-abgeordneten **Sandra Krautwaschl**, **Barbara Riener**, **Andrea Michaela Schartel**, **Hedwig Staller**, Med-Uni Rektor **Hellmut Samonigg**, Gesundheitsstadtrat **Robert Krotzer** und viele weitere.

Statements:

Bettina Vollath: *„Robotertechnik hat ja längst Fuß in unserem Leben gefasst und das in unzähligen Bereichen unseres Alltags, wahrscheinlich sogar stärker, als uns allen bewusst ist. Im industriellen Bereich nicht schwer vorstellbar, wird der Einsatz von Robotern im Bereich der Pflege durchaus kontrovers diskutiert. Gerade in der Pflege tätige Menschen tragen eine große Verantwortung und das tagtäglich. Physisch, aber auch psychisch haben sie größte Herausforderungen zu bewältigen.*

Nach Lösungswegen zu suchen, die den Arbeitsalltag wenigstens von körperlich schwerer Arbeit entlasten, ist das Gebot der Stunde. Und naheliegend, auch die Rolle von Robotern im Pflegebereich dabei zu ventilieren. Welche Vorteile bringen sie? Welche Nachteile?“

Christine Brunsteiner: *„Es wird die Verantwortung der kommenden Generationen sein, bei aller Begeisterung für das technisch Machbare, zu erkennen, dass in einer humanen Gesellschaft die menschliche Berührung und das Berührtwerden niemals ersetzt werden können. Pflege heißt vor allem auch Empathie, Fürsorge und Zeit zum Zuhören. Aufgabe der Politik ist es, die Bedingungen für die Pflegenden zu verbessern, und damit auch eine Kultur der Gemeinsamkeit und Achtung in unserer Gesellschaft.“*

Martina Mara: *„Roboter werden dann akzeptiert, wenn sie Menschen ergänzen, nicht ersetzen. Im Bereich der Pflege muss unsere Vision daher sein, dass smarte Maschinen das Personal entlasten – beispielsweise in der Logistik oder bei schweren Hebetätigkeiten – und somit*

wieder mehr Zeit für die Urform der Pflege bleibt: füreinander da sein, miteinander reden und lachen. In diesen Dingen sind Roboter nämlich furchtbar schlecht.“

Markus Vincze: „In absehbarer Zeit werden uns Roboter zu Hause helfen und unterstützen. Sie werden Dinge vom Boden aufzuheben, zusammenräumen, Gegenstände suchen, uns anregen fit zu bleiben und in einer Notsituation Hilfe holen. Menschen pflegen werden sie so bald nicht können. Da vertraue ich auf Menschen.“

Monika Wild: „Der Einsatz von Robotern und Technologie in der Pflege kann die Lebensqualität von pflegebedürftigen Menschen und die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften verbessern. Das kann aber nur gelingen, wenn dabei die Selbstbestimmung der Menschen, das ethische Prinzip des Nichtschadens und das Prinzip der Gerechtigkeit gewahrt bleiben: So einen Roboter müsste man sich ja auch leisten können.“

Artikel 1 GRC – Würde des Menschen; evtl. Artikel 35 GRC – Gesundheitsschutz

FLTPⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Bettina Vollath:** Sehr geehrte Damen und Herren,

bereits auf der Einladung zu diesem **LAND.HAUS.GESPRÄCH** stellen wir eine Frage in den Raum, die den Schwerpunkt des heutigen Abends umreißt. Wie könnte die Pflege von morgen aussehen, ergänzt mit einer auf eine mögliche Zukunft abzielende Fragestellung: Wie viel Roboter trägt der Mensch?

Robotertechnik hat ja längst Fuß in unserem Leben gefasst und das in unzähligen Bereichen unseres Alltags, wahrscheinlich sogar stärker, als uns allen bewusst ist. Es ist auch absehbar, dass diese Entwicklung rasant voranschreiten wird, daher war es für mich naheliegend, sich auch einmal der Frage zuzuwenden, wie viel Robotertechnik ist denn überhaupt gut für uns Menschen? Oder, nachdem uns die Geschichte lehrt, dass ohnehin alles, was technisch möglich ist, uns auch irgendwann tatsächlich in der Realität begegnet, vielleicht die Fragestellung weniger nach dem Ob, sondern eher nach dem Wie: Wie muss kommende Robotertechnik aussehen, damit sie von uns Menschen auch im Alltag angenommen werden kann? Dass wir uns durch sie tatsächlich unterstützt und nicht im Gegenteil beeinträchtigt oder gar bedroht fühlen?

Seit Anbeginn der Menschheit bestimmten technische Erfindungen das Überleben und Weiterbestehen des Homo Sapiens. Heute sind wir so weit, dass Maschinen oder eben Roboter Arbeiten leisten können, zu denen ein Mensch in diesem Ausmaß, mit dieser Präzision, mit dieser Geschwindigkeit – oft allem gemeinsam – nicht im Stande wäre. In der industriellen Fertigung haben wir mit der Vorstellung, dass Roboter im Einsatz sind, meist keine Probleme, natürlich abgesehen von der damit untrennbar verbundenen und sehr dringenden Frage nach der Zukunft vieler Arbeitsplätze und dem richtigen fiskalen Umgang mit der zum Teil völlig veränderten Arbeitswelt.

Die Autoherstellung zum Beispiel findet heute schon zu 80 % in automatisierter Form statt. Die Erforschung des Weltalls oder der Tiefsee sind ohne den Einsatz von Robotern nicht mehr denkbar. Alleine die Erkenntnisse, die mit Hilfe eines Roboters am Mars gewonnen werden konnten, sind für die Wissenschaft von unvorstellbar hohem Wert. Der Mars ist allerdings in unserem Alltag eher nicht ständig präsent – jedoch finden sich auch in diesem bereits unzählige kleine helfende „Roboter“, die – oft nicht als solche benannt – unser Leben vermeintlich oder tatsächlich erleichtern.

Rasenmäherroboter, automatische Staubsauger, sprachgesteuerte Hilfsassistenten oder Unterhaltungsgeräte – ob für Groß oder Klein – finden sich in vielen Haushalten. Die Nachfrage steigt stetig. Technische Hilfs- oder Unterhaltungsgeräte werden immer kostengünstiger und die Bevölkerung hat in vielen Bereichen Roboter in ihrer Mitte akzeptiert, sieht sie oft schon als selbstverständlich an.

Auch im Gesundheits- und Pflegebereich sind Roboter längst angekommen und damit bin ich beim eigentlichen Thema des heutigen Abends: Alles rund um Gesundheit und Pflege bewegt Menschen, weil wir höchstpersönlich betroffen sind oder zumindest zukünftig betroffen sein werden. Der Altersdurchschnitt in Österreich wird den Prognosen zufolge stets weiter ansteigen. Bis zum Jahr 2075 werden rund 30 % der Österreicherinnen und Österreicher über 65 Jahre alt sein. Darauf müssen wir uns einstellen und vorbereiten.

Gerade in der Pflege tätige Menschen tragen eine große Verantwortung und das tagtäglich. Physisch, aber auch psychisch haben sie größte Herausforderungen zu bewältigen, sie leisten jeden Tag Schwerstarbeit. Nach Lösungswegen zu suchen, die den Arbeitsalltag wenigstens von körperlich schwerer Arbeit entlasten, ist das Gebot der Stunde. Und es ist naheliegend dabei auch die Rolle von Robotern im Pflegebereich zu ventilieren. Welche Vorteile bringen sie? Welche Nachteile?

Fragen gibt es dazu viele, einige davon können wir uns auch heute Abend stellen. Werden Pflegeroboter eine zentrale Rolle in der Zukunft der Pflege spielen? Sind sie der Schlüssel zu einem Altern in Würde oder führt die Entmenschlichung der Pflege zum Gegenteil? Was gibt es bereits auf diesem Gebiet? Wie kann ich mir einen Pflegeroboter vorstellen?

Und: Mein roter Faden durch die **LAND.HAUS.GESPRÄCHE:** Wie sieht es mit dem Schutz von Grund- und Menschenrechten aus? Die Unantastbarkeit der Menschenwürde, das Recht auf Gewährleistung von Gesundheit und Wohl und notwendige soziale Leistungen, das Recht auf Privatleben; oder die Fragen des Datenschutzes, was wird alles aufgezeichnet?

Heute darf ich dazu den allseits bekannten Art. 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zitieren: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist zu achten und zu schützen.“ Ist dieser Schutz der Würde bei Anwendung von Robotern, frei von menschlicher Empathie, überhaupt möglich?

Offene Fragen und Diskussionsbedarf gibt es also zur Genüge. Daher bin ich gespannt darauf, wie dieses wichtige Zukunftsthema im Rahmen unseres vierten **LAND.HAUS.GESPRÄCHE**s beleuchtet und diskutiert wird. In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen informativen und spannenden Abend und danke Ihnen allen nochmals sehr herzlich für Ihr Kommen.

Ein herzliches steirisches „Glück auf!“

Ao.Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Markus Vincze: Danke vielmals für die Einladung, danke vielmals für die sehr netten Worte und die Vorstellung. Ich leite die Forschungsgruppe Sehen für Roboter an der TU Wien, Institut für Automatisierungs- und Regelungstechnik. Wir beschäftigen uns damit, Robotern Sehen beizubringen. So wie vor knapp mehr als 20 Jahren glaube ich immer noch, dass Maschinen die Umgebung wahrnehmen müssen, um wirklich drauf reagieren zu können. Wobei ich jetzt gar nicht auf die Reaktion von Menschen auf Roboter eingehen will, das macht dann Martina. Wir arbeiten an der Erkennung der Umgebung: Wo sind die Gegenstände und wie kann man sie erkennen und mit dem Roboter greifen? Aber bevor ich jetzt lange über meine eigene Arbeit spreche, möchte ich das Thema „Wie viele Roboter brauche ich“ ein bisschen breiter angehen und habe mehrere Beispiele auf den Folien mitgebracht.

Die Roboter, die stückzahlenmäßig am meisten verkauft wurden, sind Staubsaugerroboter. Ich bin sicher, dass es hier bereits viele gibt, die damit ein bisschen gespielt haben und die eine oder andere positive oder negative Erfahrung gemacht haben. Oder mit Rasenmäher-Robotern? Oder mit anderen kleinen Robotern, von denen es so viele verschiedene gibt? Daher ist diese Frage so wunderbar berechtigt: Wie viele von diesen Robotern brauche ich, weil es gibt so viel verschiedene Möglichkeiten und Ausführungen. Zum Beispiel haben wir hier die kleinen Helfer zu Hause, aber es gibt auch komplett andere Roboter, von Industrie-Robotern angefangen, über Drohnen, Kommunikations-Roboter, und in der Folie Mitte links unser Hobbit-Roboter, der am Schluss noch einmal vorkommen wird. Und um in das Thema noch ein bisschen mehr hineinzugehen und um speziell auf das Thema Pflege einzugehen, habe ich einige Beispiele herausgenommen, an denen ich vor allen Dingen zeigen möchte, dass, aus meiner Sicht als Techniker, eine große Diskrepanz besteht zwischen: Was wünschen sich die Literaten, was kommt in Filmen vor und was geht dort nicht alles? Und wie schaut es in der Wirklichkeit aus?

Ich beginne bei den schon angesprochenen Spielzeug-Robotern, die dann in etwas größerer Form mit etwas mehr Sensoren als Therapie-Roboter verwendet werden mit positiven und negativen Auswirkungen. Ich weiß, dass im Haus der Barmherzigkeit in Wien mit der Robbe die Erfolge bei Demenzkranken eher eingeschränkt sind, während in Japan dieser Roboter sehr beliebt ist. Er bekommt „einen Schnuller“ als Steckdose, damit er sich bewegt. Man kann ihn streicheln, um Emotionen zu wecken und damit versuchen, Demenzkranke etwas anzuregen. Und dies hilft: Je mehr Sinne angesprochen werden, desto größer ist die Reaktion, vor allem bei demenzkranken Personen. Das Thema der Schwerstarbeit wurde schon stark angesprochen und ich habe schlechte Nachrichten. Gerade das Heben von Patienten, hier die zwei, meines Wissens nach, am weitesten entwickelten Systeme, immer noch Prototypen, sehr große Geräte, alles nur nicht einsatztauglich. Ich würde mich wahrscheinlich, als risikobereiter Techniker und noch ganz gesund, heben lassen. Ich würde es meiner Mutter nicht empfehlen. Ich glaube, da sind wir leider noch ganz weit weg von einer Unterstützung von Pflegern. Ich sehe hier andere Techniken, wie bewegliche Betten und ähnliche Hilfen früher kommen, als einen Roboter, der hier direkt unterstützen kann.

Was ich eher sehe sind Exoskeletons – sicher schon gehört – Exo heißt nicht viel mehr, als ein außen anliegendes Skelett. Diese greifen die Muskelaktivität mit Sensoren ab, um zu spüren, welche Bewegung der Mensch machen möchte. Das Exoskeleton versucht dann, die Bewegung nachzumachen und zu verstärken. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass dies in der Rehabilitation nach Unfällen sehr rasch kommen wird. Stellen Sie sich einfach nur den Effekt vor, wenn Sie mit einer Maschine nach Hause gehen, die eingestellt ist auf ihr Problem: Sie würden praktisch den ganzen Tag üben und an Ihrer Reha arbeiten und nicht nur eine Stunde am Tag oder überhaupt nur eine Stunde in der Woche in der Reha-Station Übungen machen und das war's dann. Weil zu Hause, sind wir ehrlich, wer macht schon die Übungen? Meist nur noch Wenige. Also da sehe ich wirklich eine große Hilfe, die durch solche Maschinen kommen könnte.

Ein nächstes Thema sind diese berühmten „Tablets auf Rädern“. Es gibt dutzende Roboter, hier habe ich nur vier Beispiele, die versuchen, in der Wohnung herumzufahren, die Kinder zu sehen, die Kinder zu beobachten. Ich glaube, alles sehr, sehr eingeschränkt, wenn ich wirklich skypen möchte oder ein Videotelefonat machen möchte, dann mache ich dies über mein Tablet, da brauche ich nicht unbedingt einen Roboter. Es ist praktisch unklar, was der Roboter hier für eine Funktion erfüllt. Deshalb sind diese Roboter auch noch nicht sehr erfolgreich. Meistens finden sie gar nicht von Raum zu Raum, denken Sie an Ihren kleinen Staubsauger-Roboter, der hat keine Vorstellung davon, welche Räume Sie in Ihrer Wohnung haben. Das ist aber der nächste Schritt, erste Firmen – u. a. auch in Österreich – arbeiten daran, dass sie den Roboter einmal durch die Wohnung schicken und er sendet dann auf Ihr Handy einen Vorschlag: „Heißen die Räume so, wie ich sie jetzt hier benenne? Und wenn nicht, dann korrigiere das bitte“, damit er endlich ein Bild, einen Plan der Wohnung hat. Das heißt aber auch, derzeit es ist relativ schwer, den Roboter in die Küche zu schicken: „Jetzt schau mal, was die Oma macht in der Küche! Schau ihr beim Kochen zu und rede ein bisschen und unterhalte sie“, und Ähnliches. Das ist alles noch weiter weg, als wir das glauben.

Kommunikation – vielleicht kommt von Martina dann mehr dazu – ist auch ein wichtiger Gesichtspunkt. Oft wird das angedacht: „Jetzt werden wir alle mit den Robotern reden“, ich persönlich glaube eigentlich nicht daran, dass ich mit dem Roboter reden will, ich würde ihm lieber einfach ein Kommando geben und er macht es dann, z. B. aufräumen, das wäre so aus meiner Sicht das, was ich am liebsten hätte, das er macht. Da gibt es auch ein breites Spektrum an Robotern. Z. B. von links oben ein menschenähnlicher Roboter mit Rollen,

der Kopf ist sehr wichtig, um Aufmerksamkeit anzudeuten. Wenn Sie der Roboter anschaut, ist Ihnen klar: Jetzt kann ich vielleicht mit dem Roboter reden. Wenn er auf den Boden schaut und herumfährt, ist mehr oder minder klar, dann tut er etwas Anderes, jetzt kann ich eigentlich nicht mit ihm reden. So sind sehr einfache Gesten mit dem Kopf meist sehr hilfreich für eine Kommunikation. Das wirkliche Sprechen stellt sich noch als schwierig heraus. Wir haben in Versuchen dann den Touchscreen verwendet, weil Spracheingabe nicht so zuverlässig war.

Womit ich wieder beim Thema „Aufräumen“ lande. Links unser Hobbit-Roboter, einer der ganz wenigen Roboter, die auf den Boden greifen können. Dazwischen von Toyota einer der Roboter, der auf den Boden greifen kann, meines Wissens der einzige Kehrroboter. Der Roboter rechts ist sehr beliebt als Pflegeroboter, kann aber nicht auf den Boden greifen und somit nichts aufheben.

Warum ist Aufräumen aus meiner Sicht so spannend? Es fällt hinein in die schwierigeren Aufgaben. Und die gilt es mit Robotern zu lösen. Sie sind alle – oder viele von Ihnen – aus dem Pflegebereich, ich habe jetzt zwei Folien, um diese Diskrepanz zwischen: „Was kann der Roboter und was brauchen wir für Pflege?“, darzustellen. Meistens geht man von Aktivitäten des täglichen Lebens aus, und die sechs grundlegenden, von denen viele auf einer Pflegebedarfserhebungen basieren, sind hier abgebildet. Auf Mobilität bin ich schon eingegangen, also das ist die tägliche Mobilität innen und außen, da können Roboter bisher wenig helfen. Das Aufstehen, habe ich bereits gesagt, ist ebenso sehr schwierig für Roboter. Stellen Sie sich vor: Sie haben eine kleine Kiste zuhause als Roboter, sobald Sie den von der Seite ziehen, fällt der eher um, als dass er Ihnen irgendetwas hilft, also genau das ist ein Problem, das nicht geht.

Baden, persönliche Hygiene, Anziehen und Essen habe ich gleich weglassen, weil alle Lösungen, die bisher von der Robotikseite kommen, sind liebevoll, patschert, aber gar nicht für den Einsatz brauchbar und ganz sicher keine Hilfe. Also gerade diese wirklich grundlegenden Dinge: Wir sind ganz schlecht in der Robotik, wir schaffen es einfach nicht, das ist noch weit weg. Hier gibt es noch viel Potential für zukünftige Entwicklungen.

Ein bisschen besser ist es, wenn man die Aktivitäten erweitert, also praktisch einen Schritt zurückgeht, bevor diese Tätigkeiten für den Menschen schwierig werden und nicht mehr funktionieren. Da gibt es die sogenannten instrumentalen Aktivitäten des täglichen Lebens. Dazu gehören Dinge, die sich fast durch einen Computer schon regeln lassen, wie Erinnerungen an Medikamente, Aufpassen, dass man das Geld richtig ausgibt, Unterstützung beim Kommunizieren, daran erinnern: Ja, man sollte wieder einmal die Enkel anrufen. Da brauche ich eigentlich gar keinen Roboter dazu, das sind so Dinge, die eigentlich leichter gehen mit einem Computer oder Mobiltelefon.

Einkaufen? Entweder durch externe Hilfe, es gibt die ersten Einkaufsroboter, es gibt die ersten Roboter, die Dinge bringen können, extern, da gibt es nette Versuche dazu. Und dann bleiben nur noch Tätigkeiten in der Wohnung übrig. Meistens ist es Reinigen und Kochen, aus meiner Sicht vor allem Aufräumen, wo wir beginnen könnten. Genau dort haben wir nun angesetzt. Also da glaube ich am ehesten, dass der Roboter etwas tun kann und wie gesagt, es ist nicht immer nur der Roboter, es kann auch sein, dass es der Computer allein ist, der Hilfe bieten kann.

Noch einige Zahlen dazu: Computerleistung verdoppelt sich alle zwei Jahre, momentan eher alle zweieinhalb Jahre. Die mechanische Leistung eines Roboterarms, z. B. was er heben kann, verdoppelt sich alle zehn Jahre. Die mechanische Entwicklung ist also weitaus langsamer als die Beschleunigung von Prozessoren. Dies sollte man immer im Hinterkopf haben, wenn eben die Robotik ein wenig hinterherhinkt. Es schaut dann so aus, als wenn die Mechanik dann hinterherhinkt – sie hinkt hinterher, leider.

Zurück zum Aufheben. Professor Gisinger vom Haus der Barmherzigkeit ist auf uns zugekommen und hat gesagt, dass Sturz alter Personen zu Hause ein Problem ist. Sie hatten zu viel Fälle, wo die Knöpfe nicht funktioniert haben. Die Personen hatten sie oben, aber 200 Tage nicht benützt – Gott sei Dank, sie sind nicht gestürzt, ich meine, das sollte ja nicht sein. Sie wussten gar nicht mehr, dass sie dieses Ding hatten. Sie hatten es genau zu diesem Zeitpunkt nicht drauf, weil sie sie ja 200 Tage nicht gebraucht hatte. Und viele ähnliche Fälle. Er hat vorgeschlagen: „Können wir nicht so einen kleinen Roboterhund bauen, der so wie ein kleines Haustierchen regelmäßig kommt und schaut, ob sein Benützer noch da ist, gesund ist und so wie der Hund den guten, sehr positiven Effekt hat, anzuregen: „Bitte, jetzt muss ich aber Gassi gehen, gehen wir!“ Wir haben den Roboter gebaut und Frau Gerti hier im Bild hat sich dankenswerter Weise bereit erklärt, für die Presse den Roboter auszuprobieren. Sie hat den Roboter gesehen und gesagt: „Kann nicht Fenster putzen, brauche ich nicht!“, was uns natürlich zutiefst schockiert hat, der ORF war vor der Tür und wollte sie interviewen. Sie hat dann ihre Meinung grundlegend geändert. Denn der Roboter konnte ihr etwas vom Boden aufheben. Hier ein Video, das ein Neffe von seinem Opa zuhause gemacht hat, der das ausprobiert hat in der Wohnung, das Ganze im Video vier Mal so schnell, wie es in Wirklichkeit geht. Also, Sie brauchen noch etwas Geduld, hier spielt auch die Sicherheit mit: wenn der Roboter den Arm ausfährt, sollte das langsam passieren, der Arm ist relativ leicht, ist ganz sicher nachgiebig, aber er bewegt sich. Er hat kein Empfinden, er hebt daher das Ding hoch, schaut nach, ob es noch am Boden liegt, und wenn es nicht dort liegt, nimmt er an, dass er es gegriffen hat und legt es in seine Schale. Sie sehen, es geht, der Roboter kann helfen. Frau Gerti war hellauf begeistert. Ich bin auch beeindruckt, endlich ein Roboter der uns zu Hause helfen kann. Wir setzen das jetzt um und hoffen, dass es bald auf den Markt kommt, leider nicht mit einer österreichischen Firma, mit einer taiwanesisch-amerikanischen Firma. Mit anderen Worten: Ich glaube, Roboter könnten uns sehr viel helfen. Und ich bräuchte nur einen einzigen, der aber alles kann, wir müssen ihn einfach nur noch bauen. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Mara: Herzlichen Dank für die Einladung, herzlichen Dank für die nette Vorstellung. Ich habe mir hier mein Handy mit der Zeit hingelegt, ich hoffe, ich kann das vergleichbar machen, einhalten, ich neige manchmal zum Überziehen. So, wo ist die Zeit? Okay.

Ich habe meinen kurzen Impuls so genannt, wie ich mir meinen persönlichen Pflegeroboter vorstelle, oder die Idealvorstellung eines Pflegeroboters, unter anderem deswegen, weil ich gerade kürzlich im Juli im Rahmen eines größeren internationalen Forschungsprojektes bei mir in Linz eine Fokusgruppe zu diesem Thema leiten durfte, und da habe ich Ihnen auch heute ganz frisch aus der Analyse quasi ein paar Statements dazu mitgenommen. Also es geht nicht nur um meine persönliche Idealvorstellung, sondern auch um die ganz vieler zukünftiger Nutzerinnen und Nutzer, so denke ich. Ganz grundsätzlich möchte ich mal sagen, als eine, die sich sehr viel mit Ängsten und Wünschen an die Robotik und gegenüber der Robotik beschäftigt: Wenn wir die Menschen da draußen fragen, wo Roboter in Zukunft eingesetzt werden sollen, bzw. so wie es die EU-Kommission getan hat, in dieser hier auf der Folie zitierten Studie, wo Roboter verboten werden sollen, dann ist der Bereich Kinder- und Altenbetreuung an oberster Stelle genannt mit sehr deutlichem Abstand, d. h. das ist der Bereich, wo ganz viele Leute spontan sagen: „Dort dürfen keine Roboter hin!“ Trotzdem diskutieren wir ja heute über diesen Bereich. Warum ist das so, warum sagen 60 % der Europäerinnen und Europäer: „Also in der Altenbetreuung auf keinen Fall“? Meine These dazu unter anderem deswegen: Weil sie nämlich ohne nähere Beschreibung, ohne mit dem Markus Vincze über die Realität des Pflegeroboters gesprochen zu haben, eher diese Bilder im Kopf haben. Das ist ein Screenshot von der Website Shutterstock, das ist eine sogenannte Bilddatenbank auf die Medien zugreifen. Medien, die eine Geschichte über Robotik, über künstliche Intelligenz schreiben, Printmedien beispielsweise, suchen sich dann dort ihre Bilder raus. Versuchen Sie einmal eine Google-Bildersuche mit den Schlagworten „Roboter“ oder „künstliche Intelligenz“, Sie bekommen immer diese Bilder. Sie bekommen immer das Bild des künstlichen Menschen, des Roboters sozusagen, der uns Menschen in unserer gesamten Komplexität nachbildet. Und wir haben jetzt schon mit dem Vortrag zuvor gehört, dass es so gar nicht aussieht, aber trotzdem genau das sind die Bilder, die so angstbehaftet sind. Das merke ich in meiner Forschungsarbeit als Psychologin tagtäglich. Jetzt ist es so, dass das Gros der Roboterforschung gar nicht in diese Richtung geht, aber dann gibt es schon vereinzelt immer wieder Ansätze, und hier z. B. ein Video eines Roboterprototypen einer „androiden Krankenschwester“ des japanischen Robotikers Hiroshi Ishiguro, mit dem ich auch in den letzten Jahren immer wieder zu tun hatte, der tatsächlich die Vision verfolgt, Roboter zu bauen, die in Zukunft – ganz genau beziffert er es nicht, wann es so sein soll – mal nicht mehr unterscheidbar sein sollen von uns Menschen, und wo in diesem Einzelfall zumindest am Bild einer „androiden Krankenschwester“ gearbeitet wird. Ich kann gleich entwarnen: Sie sieht sehr menschlich aus, sie ist aber nicht wahnsinnig schlau, sie kann die ganzen Tätigkeitsfelder, die du vorher genannt hast, auch nicht ausführen, aber sie ruft große Ängste hervor. Und das ist etwas, was ich in meiner eigenen Forschung auch immer wieder gesehen habe und dazu gibt es ein ganz interessantes psychologisches Phänomen, das zu erklären versucht, woher diese Ängste gegenüber hochgradigen menschenähnlichen Maschinen kommen, das sogenannte Uncanny-Valley-Phänomen oder zu Deutsch: Das unheimliche Tal. Ich gehe jetzt nur ganz kurz darauf ein. Sie sehen da so eine relativ kompliziert aussehende Grafik, ich vereinfache es jetzt ein bisschen als so einen kurvig-linearen Zusammenhang, der da beschrieben wird. Also auf der X-Achse von links nach rechts haben wir den Grad der Menschenähnlichkeit einer Maschine, von links, sagen wir einmal recht unmenschlich ein Industriearm-Schwenkroboter, bis ganz, ganz, ganz rechts wäre der echte Mensch. Auf der Y-Achse von oben nach unten kann man simpel sagen der Sympathiegrad seitens des Publikums, also wie positiv oder negativ der Roboter empfunden wird und ganz unten wäre sehr negativ und oft auch sehr gruselig, sehr unheimlich. Also diese hochgradigen menschenähnlichen Roboter, so wie die „androe Krankenschwester“, die Sie da kurz gesehen haben, werden in der Regel – also ich kann aus meiner Erfahrung sagen – von den allermeisten Menschen spontan als unheimlich, als gruselig, als furchterregend empfunden. Man will das eigentlich nicht haben und meine Empfehlung aus der Sozialwissenschaft kommend ist immer: Bleiben wir doch in einem Bereich der Menschähnlichkeit, wo wir als Menschen noch gut damit umgehen können, wo wir die Maschine noch eindeutig als Maschine kategorisieren können. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Diese Unheimlichkeitseffekte oder Akzeptanzprobleme nicht nur bei visueller hochgradiger Menschenähnlichkeit, sondern – wenn man so möchte – auch bei menschenähnlicher Software, also wenn es darum geht, dass uns Maschinen vortäuschen wollen, beispielsweise sehr emotional zu sein, da gibt es eine ganz interessante Studie, für den Pflegebereich, denke ich, interessant, von asiatischen Kollegen, die einen Roboter im Krankenhauskontext eingesetzt haben und der Roboter hat Patientinnen und Patienten am Arm berührt. Der Hälfte der Testpersonen in dieser Studie wurde gesagt: „Der Roboter berührt dich am Arm, weil das technisch notwendig ist, weil es eine medizinische Funktion hat, weil beispielsweise Daten von deiner Hautoberfläche abgenommen werden“, und der anderen Hälfte wurde gesagt: „Der Roboter möchte dich trösten, der Roboter ist empathisch.“ Das ist ja durchaus auch was, woran manche Roboterentwickler arbeiten, an dieser quasi simulierten Empathie. Und diese Empathie, diese empathische Berührung war etwas, was die Patientinnen und Patienten auch wiederum gar nicht wollten, wohingegen das Funktionale durchaus akzeptiert war.

Ich habe es schon angedeutet, ich habe Ihnen jetzt noch ein paar Statements mitgenommen von Teilnehmerinnen und Teilnehmer meiner Fokusgruppe, die ich zum Thema Assistenz und Pflegeroboter gerade im Ars Electronica Futurelab im Juli geleitet habe und was wir da unter anderem besprochen haben: Was soll jetzt so ein Roboter können, ein Pflegeroboter oder Assistenzroboter? Ich muss wiederum sagen, es ist auch in dieser Fokusgruppe mehr um die Vision eines Pflegeroboters für Zuhause gegangen, also Assistenz für daheim, um länger daheim bleiben zu können. Was wollen die Menschen jetzt eigentlich von so einem Roboter? Ich habe in der Fokusgruppe absichtlich jüngere Personen drinnen gehabt, also unter 25-Jährige und auch ein bisschen ältere, Ende 50, 60. Die Anita, eine Jugendliche, hat gesagt: „Beweglich sein, greifen, Befehle verstehen, aber nicht auf der emotionalen Ebene“, das ist immer ganz interessant, dass das immer spontan von den Leuten auch so formuliert wird. Die Ulli hat gesagt: „Im Haushalt Arbeiten übernehmen, Fenster schließen beispielsweise, Medikamente überprüfen, Hausarbeit, Unterstützung bei körperlich anstrengenden Tätigkeiten“, das

ist, glaube ich, ganz ein wichtiger Punkt. Die Angelika hat gesagt: „Der Roboter soll vieles selbständig machen können“, das war ja auch ein Punkt, über den können wir vielleicht in der Diskussion dann auch noch sprechen, also Autonomie des Roboters, Autonomie der Maschine, Kontrollverlust möglicherweise beim User, also: Wie selbständig dürfen Roboter sein? Die Angelika war da ein bisschen offen, sie hat gesagt: „Ja beispielsweise medizinische Überwachung seitens des Roboters durchaus gewünscht“. Und was ich auch ganz interessant gefunden habe, ein Punkt, der auch gekommen ist und der dann auch sehr zustimmend in der Gruppe behandelt wurde: Der Roboter soll auch einfach verschwinden können. Also wenn ich ihn nicht mehr sehen will, wenn ich nichts mehr mit ihm zu tun haben will: Raus aus meinem Sichtfeld! Wie soll der Roboter aussehen, der mich zuhause unterstützt? Habe ich ganz interessant gefunden, die Ulli hat gesagt: „Für mich ist der ideale Roboter so ein Blechtrottel“, also ich übersetze das dann oft mit: Ein sympathisches Werkzeug eher. Also der darf durchaus ein nettes Gesicht haben, „Kindchenschema“, sagt sie, oder eher so neutralisiert wie der Staubsauger, den sie aber auch süß findet, und anthropomorphisiert. Die Sorita hat gesagt: „Je menschenähnlicher, desto gruseliger“, also ich kann durchaus sagen, auch in solchen Fokusgruppen, in solchen qualitativen Studien sieht man, dass dieser Uncanny-Valley-Effekt, der vorhin beschriebene, durchaus auch von vielen Menschen so empfunden wird. Trotzdem sagen aber viele Leute dann so etwas Ähnliches wie die Angelika: „Nicht menschenähnlich, aber trotzdem so ein freundliches Äußeres, eher weiche und warme Oberflächen“. Also das total Maschinoide, das kalte Maschinelle ist dann auch wieder nicht gewollt. „Nicht wie eine Maschine“, beispielsweise sagt die Teilnehmerin, „jetzt also auch nicht menschenähnlich, aber schon ein bisschen Mimik, nicht einfach ein Quadrat oder Quader“. Das heißt, die Aufgabe der Roboterdesigner ist, hier auch einen guten Mittelweg zu finden. Und ja, ich bin wirklich gut auch in der Zeit, letzte Folie.

Das heißt, mein persönliches Bild eines idealen Pflegeroboters, um jetzt ganz wenige simple Punkte einmal anzusprechen, das aber auch natürlich auf meiner Tätigkeit in meinem Bereich beruht, das Aussehen betreffend: Einerseits sehr hohe Menschenähnlichkeit bei Robotern, sehr oft unheimlich, wirkt sehr oft furchterregend, andererseits, wie schon gesagt, also ein sehr stark maschinoides Design ist ebenfalls nicht erwünscht, d. h. es geht hier wirklich um den Mittelweg, ein bisschen Freundlichkeit, ein bisschen etwas Sympathisches darf durchaus drinnen sein, und wie schon gesagt, ich verwende oft den Begriff des sympathischen Werkzeuges. Von den Tätigkeiten her ein Punkt, der mir sehr, sehr wichtig ist, den man noch viel stärker vermitteln muss, auch weg von diesen Bildern des künstlichen Menschen, weg von dieser Substitutionslogik, also wo es immer darum geht, dass wir in unserem komplexen Menschsein simuliert werden sollen, hin zu einem komplementären Denken, d. h. Roboter die uns ergänzen statt ersetzen. Und es gibt ganz viele Bereiche, wo Roboter, wenn man so möchte, besser sind als wir Menschen, wo wir uns durchaus helfen lassen können. Und dann gibt es ganz viele Kernkompetenzen von uns Menschen, wo uns der Roboter ohnehin nicht das Wasser reichen kann. Das heißt, meine Vision ist für den Pflegebereich, dass Roboter mehr Autonomie bringen für Pflegebedürftige und den Menschen, die auch tätig sind in diesen Arbeitsfeldern, Pflegerinnen und Pfleger und anderem Personal mehr Zeit und mehr Ressourcen wieder zu schenken, um die Dinge zu tun, die wir Menschen gut und gerne machen. Und im Pflegebereich geht es eigentlich um die Urform der Pflege, d. h. ideal wäre ein Roboter, der uns wieder mehr Zeit gibt, um dann füreinander da zu sein, um Gespräche zwischen Pflegerinnen, Pflegern, Patientinnen und Patienten zu ermöglichen, gemeinsam zu weinen und zu lachen. Das ist ja etwas, wo ich auch aus Besuchen in Pflegeheimen beispielsweise weiß, dass viele aus dem Personal klagen, dass sie dafür eigentlich zu wenig Zeit haben. Das heißt, der ideale Pflegeroboter würde genau dafür wieder Zeit und Ressourcen schaffen. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

Moderatorin Mag.^a Claudia Gigger: Jetzt darf ich Ihnen Christine Brunensteiner vorstellen, d. h. ich brauche Sie Ihnen eigentlich nicht vorstellen. Ich glaube, es kennen sie alle, sie war ganz lange als Journalistin, TV-, Radiomoderatorin beim ORF Steiermark tätig und leitet jetzt seit dem Jahr 2010 die Generationenplattform „Wir für uns“ und der Verein hat sich zur Aufgabe gemacht, das zu tun, was oft im täglichen Leben fehlt, nämlich durch ganz einfache Handreichungen Hilfestellungen, unbürokratisches Dasein, wenn es gebraucht wird, die Lebenssituation von älteren Menschen zu verbessern. Als Buchautorin hat sie sich dem Thema Gesundheit und Altern gewidmet, auch das ist bekannt. Frau Brunensteiner, was geht Ihnen durch den Kopf, wenn Sie die Vision insbesondere hören, die wir zuletzt gehört haben, dass das eigentlich ja nicht als Bedrohung zu sehen ist, sondern genau wieder als Schritt auf dem Weg, vielleicht mehr zu ermöglichen, an Zeitbudget freizuspielen, auf diese Weise Assistenz zu bekommen, sodass das Leben für die älteren Menschen wieder einfacher wird? Und wovor fürchten Sie sich vielleicht auch?

Christine Brunensteiner: Also durch den Kopf geht mir zunächst einmal Bewunderung für alles, was möglich ist. Ich bin im technischen Bereich sehr untalentierte und sehe alles, was man da erfahren hat, mit wirklich großer Bewunderung und als großen Fortschritt, nämlich im Wissen: Was ist möglich? Aber vor allem dieser letzte Satz hat mich jetzt doch irritiert: „Mehr Zeit, um füreinander da zu sein“, dieser Satz, glaube ich, ist ein sehr optimistischer und ich gehe nicht davon aus, dass in Zukunft Roboter entwickelt werden, damit die Pflegenden mehr Zeit haben für die zu Pflegenden da zu sein. Das wäre schön, aber daran glaube ich nicht. Ich glaube, dass es im Endeffekt daraus hinauslaufen wird, dass man sich eben Menschen bei der Pflege erspart und vieles von Maschinen übernommen werden soll. Und ich muss ehrlich sagen, die „androide Krankenschwester“ ist mir gleich unheimlich wie alle anderen Gesichter, die ich da gesehen habe, aber so wird es vielen gehen. Ich würde mir wünschen, dass viel technische Unterstützung möglich ist bei Dingen, die körperlich schwere Arbeit von Pflegenden erfordern, wenn man viel heben muss oder tragen muss oder diese Dinge. Ich kann mir vorstellen, dass es sinnvoll ist, wenn man eine Apparatur erfindet oder findet, die jemanden in die Badewanne heben kann, aber ich möchte nicht, dass meine Mutter, mein Onkel gewaschen wird von so einer Apparatur. Also ich möchte nicht die Berührung vermissen, das kommt mir ja geradezu pervers vor, dass mich ein Roboter streichelt, das ist für mich unvorstellbar.

Moderatorin Mag.^a Claudia Gigler: Danke für diesen ersten Input, ich komme dann nachher gleich wieder darauf zurück. Ich möchte nur vorher die Vierte im Bunde ins Gespräch einbeziehen, Frau Mag.^a Monika Wild, auch sie ist den meisten hier gut bekannt. Sie hat das Studium der Pädagogik und Pflegewissenschaften absolviert und dann auch den Hochschullehrgang für Gesundheitsförderung und beschäftigt sich mit Gesundheitsmanagement und Nursing Science, und sie ist auch die Leiterin der Gesundheits- und der Sozialen Dienste des Österreichischen Roten Kreuzes. Sie ist seit 2010 Mitglied des Obersten Sanitätsrates, d. h. sie hat ganz viel mit den Menschen zu tun, die mit Pflege befasst sind, die mit Zugehen auf Menschen befasst sind und deren Arbeit jetzt ganz leicht ersetzt werden können soll oder eben nicht, wie wir ja gehört haben. Was denken Sie sich, wenn Sie den Befund hören: Wo meinen Sie oder wo hoffen Sie, dass Sie Unterstützung erfahren? Und wo meinen Sie, dass sie auch eine Bedrohung vielleicht für sich und für die Ihnen Anvertrauten empfinden?

Mag.^a Monika Wild: Vielen Dank!

Die Pflege, also der Beruf der Gesundheits- und Krankenpflege beruht ja auf dem Beziehungsprozess. Wir haben in der Ausbildung noch gelernt, und nach wie vor ist das in der Ausbildung ein großer Bestandteil: Erst wenn die Beziehung zwischen dem Patienten, dem Klienten, dem Bewohner hergestellt ist – das ist quasi die Basis –, dann kann ich die Pflegeleistungen durchführen. Ich bin sehr beruhigt nach dem Vortrag vom Herrn Vincze, der uns sagt, wie weit die Roboter hier entfernt sind. Ganz wichtig: Also grundsätzlich bin ich sehr technikfreundlich und ich glaube, jede Technik, die die Pflege unterstützt, wie Sie das auch angeführt haben, ist zu begrüßen. Das tut allen Pflegekräften gut, wenn es hier gerade bei der Mobilität, also jetzt wenn ich an Transfers denke, die eben körperlich sehr anstrengend sind, wenn es hier technische Unterstützung gibt. Es gibt ja zum Teil schon – also wir tun so, als ob es die Technologie in der Pflege nicht geben würde – das gibt es ja schon seit vielen Jahren, es gibt halt andere Geräte. Auch hier sehen wir immer wieder die große Frage: Die Frage der Akzeptanz. Also alle technologischen Unterstützungen, ob das jetzt ein Roboter ist oder ein anderes technisches Gerät, es muss eine Erleichterung, eine Unterstützung sein, sowohl für die pflegebedürftigen Personen, wenn es eben zuhause ist, dann auch für die Angehörigen, als auch für die professionellen Pflegekräfte. Ich kann mich erinnern, in meiner Praxis und auch jetzt noch gibt es manchmal eben Unterstützungsmethoden, die sehr umständlich sind, wo man manche Dinge dann ohne diese Hilfen macht. Mein Anliegen wäre eher, hier zu investieren, jetzt auch bei der Forschung, die bestehenden Möglichkeiten weiter zu entwickeln, als gleich an die „androe Krankenschwester“ zu denken, die sowieso hoffentlich auch nicht kommen wird, zumindest in den nächsten 50 Jahren, sage ich einmal. Was dann passiert, weiß man nicht. Grundsätzlich ein wichtiger Aspekt bei dem Ganzen ist schon auch diese Selbstbestimmung. Es müssen immer die Personen selbst entscheiden können: Verwende ich eine Technik oder verwende ich sie nicht? Hier sehe ich eine kleine Gefahr – gerade jetzt auch, wo eben das Thema Sicherheit nicht nur im Wahlkampf, sondern auch generell, wo unser ganzes Leben eigentlich dieser Sicherheitsdoktrin unterstellt wird, dass wir eigentlich dazu aufgerufen werden: Wir müssen jetzt den Wohnraum mit Sturzmatten auslegen, damit, sobald jemand stürzt, ein Alarm ausgegeben wird. Alles wird nur mehr unter dieser Sicherheitsdoktrin gesehen. Hier ist mein Anliegen eben schon, das Recht auf Selbstbestimmung zu achten, hier dieses Recht auf Risiko. Nur weil ich älter bin, habe ich trotzdem auch ein Recht auf Risiko und kann mir sagen: „Nein, und ich möchte das jetzt nicht!“ Und da sehe ich ein bisschen die Gefahr bei dieser Weiterentwicklung der Robotik und insgesamt bei dieser Technologie: Wie weit haben wir dann als Individuen noch die Möglichkeit uns frei zu entscheiden und zu sagen: „Nein, ich verwende diese Technologie nicht“, wo dann vielleicht ein Fördergeber sagt: „Na ja, wenn du das nicht verwendest, dann bezahlen wir aber auch die sozialen Dienste nicht, die du dazu brauchst.“ Das sind viele Dimensionen, die hier mitzubedenken sind.

Moderatorin Mag.^a Claudia Gigler: Danke für das Einbringen dieser Dimensionen. Wir haben jetzt alle so ein bisschen beruhigt, wenn ich das so sagen darf: „Es ist eh alles nicht so schlimm, also Roboter können eh nicht alles und eigentlich brauchen wir uns nicht zu fürchten, und es wird schon nicht so schlimm kommen und in 50 Jahren sehen wir weiter.“ Wir alle wissen natürlich, dass die Visionen zum Teil ganz andere sind, dass man davon redet, dass in den nächsten fünf bis zehn Jahren schon ein ganz massiver Sprung sein wird, und zwar nicht, weil plötzlich Roboter alles perfekt können, so wie Sie es uns auch gezeigt und gesagt haben, natürlich wird es das nicht sein. Aber auf dem Weg dorthin wird sehr vieles möglich werden und es wird sehr vieles an Teilschritten erledigt werden können von Maschinen. Und dann wird sich die Frage stellen: Wollen wir das? Wollen wir das nicht? Was bringt es? Was kostet es? Und was es kostet, ist immer eine relevante Größe in diesem Land.

Darf ich bei Ihnen noch einmal beginnen, Herr Professor Vincze. Wenn Sie jetzt nicht in der Kategorie des perfekten Roboters denken, sondern wenn Sie dorthin denken, was schon möglich ist, was schon probiert wurde und wovon Sie ausgehen, dass es in fünf Jahren bereits Realität sein wird: Was würden Sie uns da für eine Kulisse malen wollen?

Ao.Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Markus Vincze: Ich fürchte, das ist wieder enttäuschend. Fünf Jahre sind sehr knapp, ich habe es schon einmal kurz erwähnt: Die mechanische Entwicklung ist relativ langsam. Ich könnte mir vorstellen, dass es in fünf Jahren erste Roboter gibt, die Dinge vom Boden aufheben, die wissen, in welchem Raum Sie sind in Ihrer Wohnung, die vielleicht schon herumschauen könnten in Ihrer Wohnung, was wo ist, also dieses Suchproblem angehen. Wir hatten sehr viele alte Leute bei den Versuchen mit Hobbit, die, nachdem der Roboter bei ihnen drei Wochen in der Wohnung war, zu uns gekommen sind und gesagt

haben: „Ihr habt gar keine Ahnung, wie oft ich Brillenetui, Fernsteuerung, Telefon, Schlüsselbund usw. suche.“ Da könnte ich mir schon vorstellen, dass es einige Möglichkeiten gibt. Von anderen Tätigkeiten, das wird länger brauchen. Gerade diese Transfertätigkeiten sind so risikoreich, wir haben das untersucht. Das ist für einen kleinen autonomen Roboter praktisch unmöglich, Sie würden den Roboter viel eher umwerfen, als dass er Ihnen irgendeine Unterstützung bringt. Selbst dann, wenn die Person am Boden liegt, zum Aufstehen, ist er praktisch nicht brauchbar. Die Versuche zeigen: Das einzige, was man dann machen kann ist ein leichtes „Styroportrepper!“ bringen, an dem sich die Person dann hochhanteln kann. Aber der Roboter kann nicht sinnvoll eingreifen. Das sehe ich auch nicht in mehr Jahren kommen, das ist unglaublich schwierig, weil dies eine dynamische Interaktion ist und immer sicher sein muss. Es darf nicht sein, dass der Roboter umfällt, ja, das ist das Schlimmste, was passieren kann. Und gerade mit alten Leuten ist das viel kritischer als z. B. mit Spielzeugrobotern. Wir wissen das von den Staubsaugerrobotern, die ersten sind einfach gefahren bis sie angestoßen sind, dann hat der Bumper (Stoßstange) angesprochen, sie haben umgedreht und sind weitergefahren. Das kann man zuhause mit alten Leuten nicht machen, ich kann alten Personen nicht wiederholt an den Fuß stoßen. Vielleicht sind die Füße empfindlich oder wund, das ist absolut unmöglich. Daher sind wir mit Hobbit schrittweise nähergekommen und haben noch einmal nachgefragt: „Soll ich noch einmal näherkommen?“, um auf der sicheren Seite zu sein. Also dieser Sicherheitsaspekt, der ist sehr wichtig, um ein grundlegendes Vertrauen in den Roboter aufzubauen. Ich fürchte, fünf Jahre ist ein bisschen zu eng gegriffen, um das zu erreichen.

Ich möchte noch einen Punkt aufgreifen, den fand ich sehr spannend, den Sie erwähnt haben: Die Versicherung zahlt nur, wenn ich verletzt bin oder ein Gebrechen habe. Aus meiner Sicht wären ein paar Sachverhalte umgekehrt anzudenken. Bevor die Person daliegt und der Sturz nicht erkannt wurde, wäre es sehr spannend, eigentlich aus medizintechnischen Gründen, das umgekehrt zu sagen: bevor man für die medizinischen Folgekosten aufkommen muss, wäre es vielleicht spannender: Wieso zahlt man nicht jedem, der sturzgefährdet ist – und das ist relativ leicht erhebbar – einen Roboter oder irgendein anderes Gerät als Hilfe?

Moderatorin Mag.^a Claudia Gigler: Ich möchte mehrere Aspekte ansprechen. Das eine ist, wie gesagt, dieser Roboter, der verlässlich agiert und der jeden vor dem Sturz bewahrt und der alle Tätigkeiten manuell ausführen kann, soweit sind wir noch nicht. Wir sind aber schon sehr weit, was den Weg dorthin betrifft. Ich habe z. B. einmal im deutschen Fernsehen einen Bericht gesehen aus einem Seniorenheim, da haben sie einen Roboter gehabt, ein allerliebstes Gerät, das auch hübsch hergerichtet war mit einem netten Gesicht und blinkenden Augen, und dieser Roboter hat die älteren Menschen – wenn ich so sagen darf – spazieren geführt, das ist unglaublich gut angenommen worden. Da möchte ich Ihnen ein wenig widersprechen und das habe ich auch ganz interessant gefunden, weil es gerade in Linz im Museumsbereich – habe ich einmal gesehen – so einen Test gibt, den jeder selber auch machen konnte: Wie reagiert man auf einen Roboter, der aussieht wie eine Maschine? Und wie reagiert man auf einen Roboter, der aussieht wie ein Baby oder wie ein Rehlein oder mit Gesicht mit Äuglein? Also da reagiert man offenbar schon als Mensch. Gibt es da für Sie jetzt eine Perspektive, wenn Sie das so hören? Sie wissen ja noch viel mehr als ich und viele von Ihnen auch, was es da schon gibt an Entwicklungen in dem Bereich. Wo würden Sie da sehen in fünf, oder vielleicht zehn Jahre, aber nicht weiter darüber hinaus, was da schon in der Realität für uns in Graz, in der Steiermark, in Österreich, angewendet werden könnte?

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Mara: Sie meinen jetzt hauptsächlich auf die Optik bezogen, nicht wahr?

Moderatorin Mag.^a Claudia Gigler: Hilfs-mittel sozusagen, die auf maschinelle Art als Roboter daherkommen und ebenso Teilleistungen erbringen.

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Mara: Wenn es jetzt um die Optik geht, das ist nämlich etwas, was sehr interessant ist, dass natürlich diese visuelle Menschenähnlichkeit oft bei uns die Wahrnehmung mitbringt, dass diese Maschine auch sehr intelligent ist. Also wenn es um die Optik geht, was Sie angesprochen haben, Roboter mit blinkenden Augen, mit Silikonhaut und Kunsthaar von mir aus, wie wir gesehen haben in dem Video, ja das gibt es natürlich alles schon. Das heißt aber nicht, dass diese Maschinen auch besonders schlau sind oder eben diese Tätigkeiten durchführen können, von denen wir schon gehört haben, dass sie eigentlich viel schwieriger sind, als wir alle annehmen mit unserer Mediensozialisation, wo wir quasi zweibeinige Roboter, die sich ganz elegant durch Menschenmassen bewegen, ja schon seit Jahrzehnten am Bildschirm gesehen haben. Also in der Optik kann man natürlich alles Mögliche machen. Wenn es jetzt wirklich um sinnvolle Tätigkeiten geht oder um maschinelle Helfer, also ich sehe auch sehr viel Potential und da würde mich auch deine Einschätzung interessieren bei den Exoskeletten, die du ja auch schon angesprochen hast. Da denke ich, dass sich momentan viel tut und dass man da vielleicht auch in absehbarer Zeit – wobei ich auch sagen muss: Fünf Jahre sind so kurz gedacht, normalerweise denke ich irgendwo in 15, 20 Jahren. Also in Exoskelette, finde ich, liegt großes Potential und da brauchen wir diese blinkenden Äuglein gar nicht, wobei man auch überlegen muss, wie man die dann wiederum designt, weil so, wie sie momentan aussehen, kommt bei den allermeisten Menschen sofort das Terminator-Bild auf, also der Terminator zum Anziehen sozusagen. Sofort kommen auch Ängste vor Kontrollverlust und „die Maschine übernimmt meinem Körper“, da kann man sicher auch noch mehr daran arbeiten. Was ich auch momentan sehe, das mag aber damit zusammenhängen, dass ich in den letzten Jahren auch sehr viel mit der Mobilitätsbranche zusammengearbeitet habe, alles was in Richtung autonome Transportsysteme geht, da tut sich momentan wahnsinnig viel. Wobei immer die große Frage ist: Funktioniert das? Es gibt so Konzepte „autonome Rollstühle“ beispielsweise oder andere autonome Transportsysteme, wo man nicht nur Waren

transportieren kann, sondern auch ältere Personen, mit denen man Pflegebedürftigen beispielsweise auch wieder mehr individuelle Mobilität erlauben kann. Manchmal funktionieren diese Prototypen nur in Prototypenstudios, wo überall Marker platziert sind und dann für Konzeptvideos das schon gut funktioniert und im echten Leben sozusagen noch nicht. Aber generell, um das jetzt zusammenzufassen: Also autonome Transportsysteme sehe ich momentan als ganz, ganz großen Bereich, wo sich auch in den nächsten Jahren, denke ich, einiges tun wird.

Mehrheitsförderndes Wahlrecht – Demokratiebelebung oder Entdemokratisierung?

Zum fünften **LAND.HAUS.GESPRÄCH** lud Landtagspräsidentin **Bettina Vollath** am Freitag, dem 17. November 2017, in den Plenarsaal des Landhauses, wo namhafte und profunde Expertinnen und Experten zu Überlegungen rund um das Thema „Mehrheitsförderndes Wahlrecht“ ins Gespräch kamen.

Das Mehrheitswahlrecht gibt es in vielen verschiedenen Formen und Varianten, es sichert der politischen Partei, die als Sieger aus Wahlen herausgeht, mehr Einfluss zu, als sie es in einem Verhältniswahlrecht hätte. Dies löst viele Probleme, wirft aber ebenso viele neue Fragen und Problemstellungen auf. Die Liste der „Für und Wider“ ist daher lang, weswegen es an diesem Gesprächsabend genug Diskussionsstoff gab.

Über 100 interessierte Gäste besuchten an diesem Abend das Grazer Landhaus, um dem kontroversen Diskurs zu lauschen.

Nach einleitenden Gesprächsimpulsen von Bundesminister **Jörg Leichtfried** und der ehemaligen Gründerin des Liberalen Forums, **Heide Schmidt**, fand eine spannende Diskussion mit ebendiesem und Universitätsprofessorin **Iris Eisenberger** sowie Verfassungsberater **Theo Öhlinger** statt.

Günter Encic vom ORF Steiermark führte durch den spannenden Gesprächsabend und sorgte für eine lebhafte Debatte.

Bettina Vollath: *„Wie Heraklit erkannte: Die einzige Konstante ist die Veränderung. Alles, was für uns heute Gewohnheit ist, wurde – mal in der jüngeren, mal in der älteren Vergangenheit unter bestimmten Rahmenbedingungen gut überlegt und abgewogen und ist durch Veränderung entstanden. Rahmenbedingungen ändern sich, weiter gut bleibt man also nur, wenn man immer wieder Altbewährtes hinterfragt, überprüft und anhand neuer Erkenntnisse und Überlegungen durchdenkt. Daher freue ich mich, dass wir uns heute Abend über unsere Demokratie Gedanken machen.“*

Jörg Leichtfried: *„Demokratie zu leben, heißt auch darüber zu diskutieren, wie unser demokratisches System beschaffen ist oder sein sollte. Blockaden in der Regierungsarbeit führen zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Für eine handlungsfähige Regierung braucht es nicht nur den Willen, sondern auch entsprechende Mehrheiten. Deshalb sollten wir auch über unser Wahlsystem und andere Modelle, wie etwa ein Mehrheitswahlrecht, diskutieren“*

Iris Eisenberger: *„Es gibt meiner Meinung nach genauso viele Vorteile wie Nachteile. Dennoch habe ich noch keinen guten Grund gehört, warum man ein lang etabliertes Wahlsystem, welches an und für sich auch gut funktioniert, abändern sollte. Am Beispiel Großbritanniens konnten wir sehen, wie ein Mehrheitswahlrecht nicht funktioniert. In der Einführung eines Mehrheitswahlrechtes sehe ich vor allem machtstrategische Interessen als Effizienzgedanken. So können beispielsweise auch über kurz oder lang Kleinparteien aus unseren Parlamenten verschwinden.“*

Theo Öhlinger: *„Ein Mehrheitswahlrecht hat vor allem einen Effekt: Es erspart dem Land die lähmenden Koalitionen. Es begrenzt die Macht einer Partei nicht simultan, wohl aber in der Zeit, weil es regelmäßig zu einem Wechsel der Regierungsparteien führt, den eine Regierung nur durch Leistung hinausschieben kann. Es stärkt darüber hinaus die Verantwortung der Abgeordneten gegenüber ihren Wählern und ihre Position gegenüber der Parteiführung und verlebendigt so die Demokratie. Um den Kulturschock eines Mehrheitswahlrechtes abzufedern, plädiere ich für ein Mischsystem.“*

Heide Schmidt: *„Das Wahlrecht dient dazu, im Parlament ein Spiegelbild der Meinungen der Bevölkerung abzubilden und ist nicht dazu da, den Kurationsprozess der Regierung zu erleichtern. Aus diesem Grund scheint es mir weit wichtiger, die Proportionalität, also ein Verhältniswahlrecht, sicherzustellen, als ein Mehrheitswahlrecht, das zugegebenermaßen manchmal das Regieren leichter machen kann.“*

Artikel 3 des 1. ZP EMRK – Recht auf freie Wahlen;

Artikel 10 EMRK – Freiheit der Meinungsäußerung

FLTPⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Bettina Vollath**: Geschätzte Damen und Herren,

wer die **LAND.HAUS.GESPRÄCHE** kennt weiß bereits jetzt, dass heute sicher wieder ein außerordentlich interessanter Abend vor uns liegt. War im letzten Landhausgespräch im Oktober der Einsatz von Robotern in der Pflege Schwerpunkt des Abends, so steht heute die Demokratie im Mittelpunkt.

Die **LAND.HAUS.GESPRÄCHE** stehen immer im Zeichen eines oder mehrerer Menschenrechte. Heute betrifft es das Recht auf freie Wahlen als ein verankertes Grundrecht. Ich darf dazu auszugsweise den Artikel 21 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zitieren: *Jeder Mensch hat das Recht, an der Leitung öffentlicher Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen.*

Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muss durch periodische und unverfälschte Wahlen mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht bei geheimer Stimmabgabe oder in einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommen. Zitat Ende

Auch zu diesem Thema gibt das verankerte Recht nicht vor, wie es umgesetzt werden soll, in diesem Fall also, welches politische Modell in den Unterzeichnerstaaten verwirklicht werden soll, aber die Festlegung ist klar: Jeder Mensch hat das Recht, frei gewählte Vertreter in das Parlament zu wählen.

Meiner tiefen Überzeugung nach zählt neben dem unbedingten Erhalt von Frieden vor allem die Demokratie und mit ihr als unabdingbare Grundlage das Wahlrecht, beides in Einheit zu den am schützenswertesten Gütern unserer Zeit. Dennoch ist es gerade in Umbruchszeiten notwendig, das Wie zu hinterfragen und zu überdenken und gegebenenfalls unsere Demokratie weiterzuentwickeln.

Der heutige Abend soll ganz dieser Reflexion und diesen Überlegungen gewidmet sein.

Und gerade dieser Rahmen – das Herz der steirischen Legislative – eignet sich natürlich besonders gut dafür:

Ein geschichtsträchtiger Raum in einem historischen Gebäude, das mit der Demokratie tagtäglich sehr viel zu tun hat. Die derzeit 5 Fraktionen mit ihren insgesamt 48 Abgeordneten wurden nach unserem gewohnten Wahlrecht gewählt und legitimiert.

Doch was ist, wenn man dieses in Frage stellen würde? Schließlich ist, um Winston Churchill zu zitieren, „die Demokratie die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen, die bisher versucht wurden“.

Unsere Demokratie wird also nie perfekt sein. Und vor allem Verbesserungen sind natürlich immer möglich.

Daher ist es mir wichtig, dass wir uns damit auseinandersetzen. Denn, so meinte der frühere deutsche Bundespräsident Gustav Heinemann: „Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“ Und Heraklit erkannte: „Die einzige Konstante ist die Veränderung.“ Alles, was für uns heute Gewohnheit ist, wurde – mal in der jüngeren, mal in der älteren Vergangenheit – unter bestimmten Rahmenbedingungen gut überlegt und abgewogen und ist durch Veränderung entstanden.

Rahmenbedingungen ändern sich, weiter gut bleibt man also nur, wenn man immer wieder Altbewährtes hinterfragt, überprüft und anhand neuer Erkenntnisse und Überlegungen durchdenkt.

Das ist vor allem in der Steiermark gut bewährter Stil. Gerade in der vergangenen Gesetzgebungsperiode haben Landesregierung und Landtag in grundlegenden Diskussionen viele gewohnte Strukturen hinterfragt, und nach gründlichen Überlegungen auch einige davon verändert und damit die Steiermark auf ein neues Fundament gestellt.

Auch im steirischen politischen System kam es dabei zu einer maßgeblichen Änderung: Die seit Jahrzehnten selbstverständliche Zusammensetzung der Landesregierung durch das Proporzsystem wurde überdacht, diskutiert und schließlich abgeschafft.

Heute Abend wollen wir also über unser Wahlrecht reflektieren. Was würde für eine Änderung zu einem mehrheitsfördernden Wahlrecht sprechen, was dagegen? Wer beginnt sich damit auseinanderzusetzen stellt schnell fest: Argumente für beide Positionen gibt es zur Genüge. Eine spannende Diskussion ist daher vorprogrammiert.

Was dabei immer bewusst sein sollte: Es geht hier um keine Kleinigkeit. Die Änderung unseres Wahlrechtes, wie wir es kennen, wäre tatsächlich eine Entscheidung mit großen Auswirkungen, mit viel Veränderung.

Die großen Fragen des Abends liegen auf der Hand: Braucht Österreich eine Reform des Wahlrechts? Braucht es neue Modelle oder soll der Status quo fortgeschrieben werden? Wollen wir eine Weichenstellung zu mehr Polarisierung oder zu mehr Pluralität? Was wären dabei Chancen, was Risiken?

Ich orte jedenfalls viele offene Fragen und damit ordentlich Diskussionsbedarf. Daher bin ich gespannt auf unser 5. **LAND.HAUS.GESPRÄCH** und freue mich sehr, dass wir für diese umfassende Diskussion namhafte Expertinnen und Experten und Menschen mit Erfahrung in gewählten Funktionen gewinnen konnten.

Ich wünsche uns allen einen interessanten und spannenden Abend und danke Ihnen allen nochmals sehr herzlich für Ihr Kommen.

Ein herzliches steirisches „Glück auf!“

Bundesminister Mag. Jörg Leichtfried: Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Präsidentin!

Es ist für mich ein großes Vergnügen, hier bei Ihnen sein zu dürfen, hier mit Ihnen diskutieren zu können. Man muss sich nur die Frage stellen: Warum bin ich eigentlich da? Weil ich glaube, wenn man die letzten Wahljahre gegooglet hat, kommt zu „Leichtfried“ allerhand, aber mehrheitsförderndes Wahlrecht vielleicht nicht so. Man muss als Politiker manchmal tiefer in die Vergangenheit eintauchen und da hat es bei mir einen Moment gegeben, wo diese Diskussion für mich eine sehr interessante war und ich mit einigen anderen sehr intensiv

darüber diskutiert habe. Das Resultat war eine sehr einfach gestrickte Homepage, die sich „www.mehrheitswahlrecht.at“ nennt. Ich habe jetzt einmal nachgeschaut, die gibt es noch immer, also im Internet verschwindet nichts. Das ist manchmal gut, manchmal weniger gut, in dem Fall ist es aber gut, weil es mir die Gelegenheit verschafft hat, zu diesem Thema einige Dinge anzusprechen. Warum beschäftigt man sich immer wieder – und Herr Encic, Sie haben das sehr gut gesagt – in Kreisen, die damit wirklich intensiv arbeiten müssen, mit dem Wahlrecht? Weil, wenn alles so in Ordnung wäre, bräuhete man ja über diese Dinge nicht zu diskutieren. Wir leben jetzt in Österreich sehr lange mit einem Wahlrecht, das von der Konstruktion her ein, würde ich meinen, sehr effektives und gutes Verhältniswahlrecht ist, das insbesondere dem Gedanken der partizipativen Demokratie, aber vor allem auch dem Gedanken der repräsentativen Demokratie in sich trägt. Diese repräsentative Demokratie hat, meines Erachtens, sehr, sehr viel dazu beigetragen, dass unser Land diesen Erfolgsweg, den es einschlagen konnte, auch eingeschlagen hat, und gerade die Abfederungswirkung, die dieses System in der Regel ausübt, meines Erachtens nicht so schlecht ist. Aber das System hat insgesamt einige Dinge, die immer wieder diskutiert werden und als Schwächen gesehen werden und die Frage war: Wie kann man diese Schwächen mit einem anderen Wahlrecht vielleicht beheben? Es ist natürlich auch eine Wertungsfrage: Sind das wirklich so enorme Schwächen, oder ist das eh alles nicht so schlimm? Das hängt an dieser Diskussion natürlich immer dran. Da sind mir an sich drei Dinge aufgefallen, die unser jetziges Wahlrecht etwas zum Nachteil wandelt, wenn Sie mir diesen Begriff gestatten. Wenn man mit den Menschen im Wahlkampf spricht, nach dem Wahlkampf spricht, wenn man aktiver Politiker ist und man diskutiert viel, kommt immer wieder eine Frage, die für uns Profis relativ einfach zu beantworten ist, aber für die, die sich nicht so intensiv mit Politik befassen, eine doch wesentliche und nicht zu beantwortende Frage ist, nämlich die Frage: „Ihr versprecht vor der Wahl etwas und dann wird es, wenn ihr in der Regierung seid, nicht umgesetzt.“ Der Grund dafür ist ein sehr einfacher: Es gibt keine absoluten Mehrheiten mehr in unserem Land derzeit. Es ist notwendig, in Koalitionen zu gehen, es ist notwendig, Kompromisse einzugehen, es ist notwendig, bei den Koalitionsverhandlungen sehr viel von dem, was man eigentlich tun möchte und was man im Wahlkampf verspricht und sagt, dass man es tun möchte, aufzugeben. Hier ist ein Wahlrecht, dass diese Systematik nicht in sich trägt, natürlich von Vorteil. Ein Wahlrecht, das dafür sorgt, dass das, was man tun möchte natürlich im gewissen Rahmen – wir bewegen uns immer im Rahmen der Bundesverfassung, wir bewegen uns auch immer im Rahmen der anderen Einschränkungen, die es gibt, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, unsere Mitgliedschaft beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte usw. usf. –, dass man doch die Möglichkeit hat, das, was man im Wahlkampf, in der Wahlauseinandersetzung als seine Ideen präsentiert, dass man diese Ideen dann auch bei Regierungsverantwortung umsetzt. Das ist etwas, was meines Erachtens sehr dazu beitragen würde, die Akzeptanz des politischen Systems, bei denen die wählen gehen, bei denen, die dann Erwartungen haben, bei denen, die in unserem System jetzt mit gewissen Enttäuschungen konfrontiert sind, das würde das Vertrauen in dieses System, meines Erachtens, stärken.

Ein zweites Problem – man muss es jetzt nicht als Problem klassifizieren, aber ein zweiter Sachverhalt ist schon, dass das Wesen des freien Mandates teilweise ein sehr theoretisches ist. Wenn man sich manche Vorgänge bei uns, die üblich sind und die ihren Sinn haben, anschaut, wie beispielsweise der sogenannte Klubzwang, so ist das freie Mandat schon an gewissen Grenzen angelangt, die für den einzelnen Abgeordneten, für die einzelne Abgeordnete nicht so einfach zu überwinden sind. Das ist auch etwas, über das, meines Erachtens, wir verstärkt nachdenken sollten und das auch etwas zur Minderung der Akzeptanz unseres Systems beiträgt.

Das Dritte ist, dass wir ein Phänomen in den letzten Jahren, ich würde schon fast meinen, im letzten Jahrzehnt, verfolgen können, dass diese Interessensgemeinschaften, die politische Parteien an sich sind, Interessensgemeinschaften mit gemeinsamen Vorstellungen, gemeinsamer Ideologie, mit gemeinsamen Zielen, dass diese Interessensgemeinschaften schon noch im System vorhanden sind, auch massiv vorhanden sind, aber dass sich eine zweite Art von wahlwerbenden Bewegungen bei uns eigentlich etabliert hat, die in die Richtung nicht Interessensgemeinschaft gehen, sondern hier geht es im Wesentlichen darum, dass eine Person, eine populäre Person, da ist, und unter dieser Person oder mit dieser Person sich eine Liste sammelt und diese Liste meistens gewählt wird. Dann aber das Problem auftaucht, wenn diese Person irgendein Problem hat – wenn man das einmal so sagen kann –, die ganze Liste in Wahrheit dasselbe Problem hat und die demokratische Legitimation derer, die dann drinnen sitzen, diskutiert werden kann. Wir haben in Österreich einige Beispiele dafür gehabt, ich darf den Herrn Martin erwähnen, wo das im Wesentlichen so gelaufen ist, die Liste Stronach, das BZÖ und vielleicht noch einige andere. Bei der letzten Nationalratswahl haben wir das ja drastisch gesehen, was da passieren kann, wenn es so personalisierte Listen gibt. Also, das ist auch eine Situation, die meines Erachtens in ihrer demokratischen Legitimationsfähigkeit einige Fragen aufwirft, die man diskutieren müsste. Weil, sagen wir es ganz drastisch: Ich glaube, niemand oder fast niemand, abgesehen von den engsten Familienangehörigen, hat bei der Liste Pilz jemand anderen als Peter Pilz gewählt. Der Peter Pilz ist weg und die anderen sitzen drinnen, was heißt das? Ist es das, was wir wollen? Man kann natürlich sagen: „Ja, das ist so. Das entspricht unserer Idee des Verhältniswahlrechts.“ Da muss ich aber schon sagen, bin ich anderer Auffassung. Das ist die Situation wie sie ist, und die Frage ist: Wie kann man diese Problemkreise umschiffen? Meine oder unsere Idee damals war – und da muss ich mich jetzt entschuldigen, weil der Titel heißt ja „mehrheitsförderndes Wahlrecht“, aber die Idee war ein Mehrheitswahlrecht, ganz simpel 183 Wahlkreise in ganz Österreich. Legen Sie mich bitte nicht genau fest, aber wenn ich es richtig in Erinnerung habe, wenn man das so aufteilt bei der Anzahl der Wahlberechtigten, sind das so an die 35.000 bis 40.000 Wahlberechtigte pro Wahlkreis. In diesem System ist bei absoluter Mehrheit klar, der/die Erste ist drinnen im Österreichischen Nationalrat, wenn es keine absolute Mehrheit gibt, gibt es einen Stichwahl zwischen den beiden Ersten. Das wäre das System gewesen, dass diese Problemlagen, die ich jetzt angesprochen habe, wahrscheinlich beseitigen kann. Es würde Mehrheiten geben, die entscheidungstauglich sind im Nationalrat. Es wäre nicht notwendig, Koalitionsverhandlungen zu führen, man könnte das, was man im Wahlkampf vorher versprochen hat, auch genauso umsetzen, mit der

Konsequenz, wenn die Mehrheit mit der Umsetzung zufrieden ist, ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Regierung noch einmal eine Mehrheit bekommt, relativ hoch. Wenn man übertriebenen Forderungen gestellt hat, wenn man Dinge im Wahlkampf behauptet hat, die nicht umsetzbar sind, ist die Wahrscheinlichkeit, dass die noch einmal gewählt wird, eine relativ geringe. Das würde natürlich auch Auswirkungen auf die Ausübung des Mandates haben. Ich habe eine sehr interessante Diskussion als Europa-Abgeordneter gehabt, ich war da in England und habe mit mehreren Unterhaus-Abgeordneten gesprochen. Da habe ich einen Herrn kennengelernt, der war MP für Hastings. Er hat mir erzählt – er war zur Zeit Tony Blairs – es ist darum gegangen, ob das Vereinigte Königreich in den Irak eindringt, eine Invasion startet, den Irak-Krieg beginnt, er war ein Labour-Abgeordneter, er hat mit den Damen und Herren in seinem Wahlkreis, mit seinen Anhängern diskutiert. Die haben zu ihm gesagt: „Wenn du da mitstimmst, dann wirst du von uns sicher nicht mehr gewählt werden.“ Sein Abstimmungsverhalten war dann so, dass der Tony Blair keine Freude gehabt hat. Er ist unter dem Tony Blair auch nie mehr etwas geworden, aber er hat seine Wählerinnen und Wähler, seinen Wahlkreis vertreten. Das ist etwas, was in so einem System auch anders sein müsste. Und die dritte Problemlage: Ich nehme an, der Peter Pilz hätte in Wien sicher sein Mandat gemacht, ob in so einem System alle anderen dieser Liste ein Mandat gemacht hätten, kann ich nicht einschätzen, die Wahrscheinlichkeit ist dafür aber nicht allzu hoch, denke ich.

Ja, das wäre im Wesentlichen die Idee. Es gibt natürlich auch noch einige Nachteile, die diese Idee hat, aber ich gehe davon aus, dass ich die jetzt nicht selber referieren muss, sondern dass das noch eingewandt wird und dann kann man das ja noch in aller Ruhe diskutieren. Danke schön. *(Allgemeiner Beifall)*

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Heide Schmidt: Danke schön für die Einladung!

Sie haben Recht, ich habe mich wirklich zurückgezogen und wundere mich dann immer, dass ich mich an Plätzen wiederfinde, die mir ein Déjà-vu bereiten, aber es sind mir angenehme Déjà-vus. Ich halte nämlich die Beschäftigung mit der Struktur unserer Demokratie für jeden Bürger und für jede Bürgerin für wichtig, natürlich mit einem unterschiedlichen Aufwand, mit unterschiedlichen Kompetenzen. Aber über die Auswirkungen eines Systems, auf die Gesellschaft und auf das individuelle Leben nachzudenken, dafür scheint mir immer wert zu sein, Zeit zu investieren, daher danke für die Einladung. Sie werden sich vielleicht noch erinnern oder haben es auch nicht wahrgenommen, dass vor dem Sommer eine Umfrage von SORA veröffentlicht wurde und dem Verein für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Zeitgeschichte, von denen immer wieder Demokratiefragen abgeklopft werden. Vor dem Sommer war die mir bekannte letzte Umfrage, die als Ergebnis gehabt hat, dass 78 % der befragten Menschen die Demokratie als die beste Regierungsform erachtet haben. Jetzt kann man sagen: „Das ist noch nicht beunruhigend“. Für mich ist das aber insofern beunruhigend, weil ich mich frage: Was wollen die anderen 22 % der Menschen in diesem Land? Und der zweite Beunruhigungsfaktor ist, dass zehn Jahre zuvor, nämlich im Jahr 2007, noch 86 % die Demokratie als die beste Form angesehen haben. Zehn Prozent Veränderung, über den Daumen gerechnet, in zehn Jahren ist nicht wenig.

Zweiter Punkt dieser Umfrage: 32 % dieser Menschen sind mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden, d. h. der Rest sagt zwar, es ist die beste Regierungsform, aber zufrieden sind sie nicht mit dem Funktionieren. Und 52 % dieser Unzufriedenen sagen, das sei vor allem deswegen, weil sie das Gefühl haben, keinen Einfluss auf das Regierungshandeln zu haben. So, das ist ein Kapitel dieser Umfrage. Ein anderes Kapitel – auch das wird immer wieder abgefragt – diesmal, 2017, haben 43 % der Menschen dem Ruf nach dem sogenannten „starken Mann“ zugestimmt. Es wird ja immer nach dem starken Mann und nicht nach der starken Frau gefragt, zurecht in diesem Fall, weil das ja eine ganz bestimmte Konnotation hat. 43 % haben also diesem Ruf zugestimmt, 23 % dieser Menschen haben noch zusätzlich gemeint, ein solch starker Mann solle sich weder um Wahlen, noch um das Parlament kümmern müssen – das ist schon ein bemerkenswert hoher Prozentsatz. Jetzt will ich diese Studie, vor allem, weil sie mir nicht in ihrer Genauigkeit geläufig ist – vielleicht weiß Professor Öhlinger mehr –, will ich also gar nicht heruminterpretieren. Es ist jedenfalls eine seriöse Studie, welche Schlussfolgerungen man daraus zieht, liegt sowieso bei uns. Eine Schlussfolgerung, die meiner Meinung nach auf der Hand liegt, ist jene, dass die Demokratie in einer kritischen Phase ist, um es einmal relativ allgemein zu formulieren. Die Orientierungsmacht und die Parteien an sich bröckeln. Ich sage das als jemand, und einige von Ihnen werden es mit mir erlebt haben, obwohl auch einige junge Leute heute da sind: Ich bin noch in einer Zeit groß geworden, wo zwei Parteien in diesem Land über 90 % der Stimmen der Wählerinnen und Wähler auf sich vereinigen konnten. Das kann man sich heute überhaupt nicht mehr vorstellen, das ist ein völlig anderes System. Demokratie ja, aber zwei Parteien wussten über 90 % der WählerInnen hinter sich. Diese Macht bröckelt. Die Parteienlandschaft zersplittert sich. Als wir 1993, konkret im Februar 1993, das Liberale Forum gegründet haben, hatten wir zum ersten Mal ein Fünf-Parteien-Parlament, das war schon eine ordentliche Umstellung. Ich erinnere mich auch noch, wie die Grünen vorher ins Parlament gekommen sind, was das schon für eine Veränderung war und dann mit den Liberalen noch dazu, auch das ist ein Kulturwechsel, möchte ich fast sagen. Und zugegebenermaßen, die Regierungsbildungen werden schwieriger. Wenn ich mir aber das Thema anschau, unter dem die heutige Diskussion steht, „Mehrheitsförderndes Wahlrecht – Demokratiebelebung oder Entdemokratisierung?“, dann glaube ich, dass ein demokratisches Wahlrecht nicht vornehmlich der Demokratiebelebung zu dienen hat, da stehe ich ein bisschen im Gegensatz zu meinen Vorrednern. Aber wenn wir von der Belebung reden – das wollte ich eigentlich lieber vorher sagen –, haben wir immer zwei Diskussionsansätze. Einer ist die Diskussion um einen Ausbau der direkten Demokratie und der Zweite ist eben das Wahlrecht. Und bei beiden Ansätzen glaube ich, muss man verdammt vorsichtig sein. Ich kann zwar in diesem Zusammenhang den Zug zur direkten Demokratie noch eher nachvollziehen, bin aber mehr als skeptisch dazu. Aber das ist ein anderes Thema, darüber würde ich auch gerne diskutieren, denn ich glaube, dass dieser

Weg in eine völlig falsche Richtung führt. Aber heute sind wir beim Wahlrecht. Wenn es so ist, dass die Demokratieunzufriedenheit der Menschen in erster Linie darauf begründet ist, dass man das Gefühl hat, keinen Einfluss auf das Regierungshandeln zu haben, oder wie Leichtfried auch gesagt hat: „Die Politiker versprechen das eine und halten es dann nicht“, auch das vermittelt letztlich das Gefühl, keinen Einfluss auf das Regierungshandeln zu haben, dann muss man meiner Meinung nach zu anderen Anknüpfungspunkten als dem Wahlrecht kommen. Die Unzufriedenheit und das Unbehagen sind also im Gefühl von mangelndem Einfluss begründet. Aber die Politik hat auch an Handlungsspielraum verloren, das ist eine Realität, die auch vermittelt werden muss. Und zwar nicht nur in Österreich. Sie hat an Handlungsspielraum verloren zugunsten der Wirtschaft, zugunsten der Finanzmärkte. Das, glaube ich, lässt sich nicht wegdiskutieren, und das spüren die Menschen. Aber sie hat nicht nur an Gestaltungsspielraum verloren in diesen Zusammenhängen, sondern die nationalen Politiken haben natürlich auch an Gestaltungsspielraum verloren, weil wir in größeren Zusammenhängen denken müssen. Das gibt uns die Globalisierung vor, das gibt uns aber auch unser Europa vor, nämlich unsere Entscheidung, uns in einem größeren Ganzen wieder zu finden und in diesem größeren Ganzen die Entscheidungen zu finden. Dass dieser Weg dann bis zur Frau Müller und zum Herrn Schmid in seiner Gemeinde, dass das ein längerer ist als der, den er bisher überschaut hat, das darf uns nicht verwundern, und dass daraus ein Gefühl der Ohnmacht entsteht, auch nicht. Wenn das aber so ist, dann glaube ich, dass über das Wahlrecht das Problem nicht zu lösen ist, wie ich überhaupt meine, dass das Ziel des Wahlrechtes nicht vornehmlich sein kann, Regierungsfähigkeit herzustellen, sondern ein Parlament zu wählen, und zwar ein Parlament, in dem die Vielfalt der Meinungen, der Bevölkerung abgebildet ist. Das ist für mich die Wasserscheide des Denkens, ob ich sage: „Das Parlament ist vornehmlich da, um eine Regierung zu ermöglichen“, also ein Kreativorgan der Regierung, oder ob ich sage: „Das Parlament ist da, um ein Spiegelbild der Meinungsvielfalt der Gesellschaft zu sein“. Weil ich von Letzterem überzeugt bin, ist auch der Grund, warum ich eben immer noch glaube, dass die Parteien nicht ersetzt werden können, durch irgendwelche merkwürdigen – oder auch nicht merkwürdigen – Bewegungen, sondern mein Anspruch an die Vertretung im Parlament ist, dass es hier unterschiedliche Gruppen mit einem jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Konzept gibt und dass ich unterscheiden kann: Für welches gesamtgesellschaftliche Konzept steht A und für welches B? Dass es Überschneidungen gibt, dass man Positionen auch ändern kann, alles das ist damit inkludiert. Aber dieser Anspruch mit einem Interessensausgleich der unterschiedlichen Vorstellungen der Gesellschaft, das macht für mich Demokratie aus. Demokratie ist nicht nur der gewaltlose Machtwechsel, sondern Demokratie heißt auch Interessensausgleich. Und Interessensausgleich muss in einem Gremium mit Spielregeln stattfinden. Die Entscheidung sollte auch die Vielfalt abbilden und nicht nur die Mehrheit, die alles natürlich bequemer macht. Wenn die Praxis besteht, Minderheitenmeinungen im Entscheidungsfindungsprozess nicht zu berücksichtigen, überträgt sich das auf das Wahlverhalten. Das heißt, sie werden schon im Wahlverhalten einen Zug zu den größeren Parteien haben, weil man die Sinnlosigkeit für eine kleine Partei zu stimmen viel stärker vor Augen geführt bekommt. Und wenn die Bildung von Mehrheiten durch das Wahlrecht zusätzlich erleichtert wird, hat das Auswirkungen auf die Gesellschaft, die ich nicht für demokratiebelebend halte, sondern das Gegenteil ist meiner Meinung nach der Fall. Denn dieses Gefühl: „Ich habe nichts zu reden“, dieses Gefühl: „Auf meine Meinung kommt es nicht an“, wird natürlich noch viel ausgeprägter sein, wenn ich nicht gerade zu jener Mehrheitspartei tendiere, die halt dann gerade an der Macht ist. Was damit für die Demokratie an Belebung stattfinden soll, erschließt sich mir nicht. Aber ich gebe zu: Es ist mit einem Mehrheitswahlrecht natürlich möglich, leichter zu regieren und das, was man verspricht, im Augenblick umzusetzen. Das ist aber nicht mein Verständnis von Demokratie, dass man das mit dem Recht des Stärkeren macht, ich halte das für eine gefährliche Umdefinition unseres Demokratiebewusstseins, dass wir das Recht des Stärkeren dann als das demokratische Prinzip empfinden und sagen: „Wir müssen die Strukturen so schaffen, dass wir auf diese Weise zu einer leichteren Regierbarkeit kommen.“ Wenn also die Ursache der Demokratiemüdigkeit in der Zersplitterung der Parteien, in dem Nicht-ernstgenommen-Werden der BürgerInnen liegt, dann, glaube ich, muss man woanders ansetzen, nämlich die Verantwortlichkeit der Entscheidungsträgerinnen und -träger dem Wähler und der Wählerin gegenüber ändern und das Vertrauensverhältnis zwischen diesen beiden Polen stärken. Das kann durchaus auch durch ein Wahlrecht passieren, aber meiner Meinung nach nicht durch ein Mehrheitswahlrecht, sondern durch ein modifiziertes Verhältniswahlrecht, darüber lässt sich reden. Im Übrigen bin ich auch in einem Arbeitskreis, wo wir Vorstellung dazu entwickelt haben, etwa die Erhöhung der Zahl der Mandatare. Ich sage Ihnen aber gleich, es würde auf Kosten des Bundesrates gehen, weil den würden wir im Gegenzug abschaffen – ich weiß, wovon ich rede, ich war seinerzeit im Bundesrat. Es geht um eine Neustrukturierung insgesamt und ich glaube, eine Diskussion darüber täte uns ganz gut. Wir würden die Zahl der Mandate verändern, unsere Vorstellung war 199, und 100 Mandate würden auf Gesamtbundesebene vergeben werden, 99 in Direktwahlkreisen. Damit glaube ich, würde man Mandatar und Bürger wieder näher zusammenbringen, und ein solches Wahlrecht würde an der Wurzel ansetzen und nicht nur die Interessen der Regierenden bedienen. Denn das halte ich für einen wirklich unfairen Weg, den Menschen zu sagen: „Wir beleben die Demokratie“, und letztlich geht es um nichts Anderes, als die Interessen der Regierenden zu bedienen. Ich gebe schon zu: Wenn es bei den Regierenden nicht funktioniert, dann schlägt sich das auf das Unbehagen in der Bevölkerung nieder. Also insofern hängen die Dinge natürlich zusammen, aber wo setze ich die Priorität? Und ich meine, mit einem Gesetz kann man den Bedeutungsverlust der Parteien nicht ausgleichen, sondern das müssen dann schon die handelnden Personen selbst tun. Strukturen an eine Negativentwicklung anzupassen und sie damit quasi zu stützen, kann nicht die Lösung sein. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

Moderator Mag. Günter Encic: Herzlichen Dank Frau Dr. Schmidt. Wir kommen jetzt in die Phase der Diskussion. Zwei Protagonisten gibt es, die für die Replik sorgen werden, die möchte ich Ihnen jetzt vorstellen. Die eine ist Juristin, ist Leiterin des Institutes für

Rechtswissenschaften an der BOKU in Wien, derzeit lehrt sie an der TU in München. Sie war als Juristin u. a. im Europäischen Parlament tätig sowie auch im Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes. Erlauben Sie mir ein klein wenig Lokalpatriotismus: Sie stammt aus Graz. Bitte begrüßen Sie mit mir Univ.-Prof. Dr. Iris Eisenberger. *(Allgemeiner Beifall)*

Die zweite Person, die für die Replik sorgen wird, ist ebenfalls Jurist, ein wirklich beachtliche universitäre Laufbahn hat er hinter sich: Er war u. a. Vorstand des Institutes für Staats- und Verwaltungsrecht an der Uni in Wien, er war Ordinarius für Öffentliches Recht, Sie werden ihn vielleicht als gefragten Interviewpartner fast aller Medien kennen. Ich habe ja heute ein kleines Aha-Erlebnis gehabt – und das meine ich jetzt als Kompliment –, ich habe mir gedacht: „Oh, ihn gibt es ja außerhalb der medialen Realität tatsächlich.“ Ich habe ihn heute zum ersten Mal kennengelernt, er ist auch Mitglied des Österreich-Konvents gewesen, bitte begrüßen Sie mit mir den mittlerweile emeritierten Univ.-Prof. Theo Öhlinger. *(Allgemeiner Beifall)*. Und dann darf ich noch die beiden Impulsreferenten in die Diskussionsrunde bitten.

Frau Prof. Eisenberger, darf ich vielleicht an die Spitze Ihrer Replik eine ohnedies offene Frage stellen? Sie haben jetzt die Position von Bundesminister Leichtfried gehört, die Position von Frau Dr. Schmidt. Wenn Sie die beiden Positionen hernehmen und das Spektrum, das dazwischenliegt: Wo können Sie sich verorten? Innerhalb des Spektrums? Wenn ja, wo? Oder außerhalb?

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Iris Eisenberger, M.Sc. (SLE): Vielen Dank, auch an die Frau Landtagspräsidentin, für die Einladung heute.

Die beiden VorrednerInnen machen es mir nicht ganz leicht; viele Argumente haben sie nicht übriggelassen. Sie haben gezeigt, dass die Frage, ob man ein Verhältniswahlrecht oder ein Mehrheitswahlrecht präferiert, letztlich eine Frage des Standpunktes ist und dieser bestimmt bekanntlich die Perspektive.

Es gibt, wie wir von den beiden VorrednerInnen gehört haben, sehr gute Gründe für beide Systeme, sie haben beide Vor- und Nachteile. Wie der Herr Minister schon gesagt hat, ist es letztlich eine Wertungsfrage, ob man das Verhältniswahlrecht dem Mehrheitswahlrecht vorzieht. Ich habe dem Herrn Minister zwar im Vorfeld schon versprochen, ihm hier widersprechen zu wollen. Dieses Versprechen kann ich allerdings nur eingeschränkt einhalten, denn ich teile seinen Befund: Ich glaube auch, dass das Mehrheitswahlrecht in bestimmten Konstellationen zu einer besseren Regierbarkeit führen kann. Jedoch – und hier bin ich ganz bei Heide Schmidt – ist die bessere Regierbarkeit letztlich nicht primäres Anliegen des Wahlrechts.

Aus meiner Sicht überwiegen die Vorteile des Mehrheitswahlrechtes keinesfalls, um vom Verhältniswahlrecht abzuweichen. Ich möchte dazu auf zwei, drei Punkte, die mir persönlich besonders wichtig sind, eingehen:

Auf Dauer fördert ein Mehrheitswahlrecht die Bildung von Großparteien und drängt kleinere Parteien eher an den Rand. Ich halte kleine Parteien aber für demokratiepolitisch essentiell: In Systemen, in denen es ein Verhältniswahlrecht und daher in der Regel auch kleinere Parteien gibt, kommen Minderheiten und Frauen zum Beispiel eher ins Parlament als in Systemen mit Mehrheitswahlrecht. Letztere tendieren dazu, etablierte Eliten zu reproduzieren. Das Beispiel der USA zeigt das sehr anschaulich. Man kann dies alles wollen oder auch nicht. Es ist, wie gesagt, eine Wertungsfrage. Ich persönlich will es nicht.

Die Frau Landtagspräsidentin hat zurecht gesagt, dass Veränderungen wichtig für eine Demokratie seien. Ich denke, es ist das Wesen einer Demokratie, sich permanent zu verändern. Beim Wahlrecht wäre es mir hingegen lieber, wenn es sich nicht verändert. Wir haben eine sehr lange Tradition des Verhältniswahlrechts. Davon abzugehen, würde unser System massiv verändern. Es gibt für mich keine guten Gründe, warum wir vom Verhältniswahlrecht abweichen sollten. Ich glaube, die Motive, ein Mehrheitswahlrecht einzuführen, liegen in erster Linie in machstrategischen Überlegungen und in Überlegungen, das Regieren effizienter zu gestalten. Meiner Meinung nach hält die Demokratie es allerdings aus, wenn demokratische Entscheidungen länger brauchen, wenn Konsens gesucht und gefunden werden muss. Wenn man das Wahlrecht ändern möchte, dann wäre ich für ein personalisiertes Verhältniswahlrecht. Ich hielte es beispielsweise für sinnvoll, einen erfolgreichen Vorzugsstimmenwahlkampf einfacher zu gestalten, indem man den dafür notwendigen Stimmenanteil herabsetzt.

Wenn man die Diskussion zum Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht weiterführen will, dann fände ich es erstrebenswerter, zu fragen, wie sich das Mehrheitswahlrecht auf Minderheiten auswirkt; wie auf die Gesellschaft insgesamt und welche Auswirkungen es auf die soziale Umverteilung hat? Diese Fragen wären weit interessanter als die Frage, ob die Regierung schneller und besser entscheiden kann. *(Allgemeiner Beifall)*

Moderator Mag. Günter Encic: Ich danke. Herr Professor Öhlinger, Sie haben jetzt in der letzten Phase der Replik eine Reihe von Kontra-Argumenten gehört, also wir alle haben sie gehört. Soweit ich im Vorgespräch auch gesehen und nachgelesen habe, haben Sie ja eher eine Pro-Haltung, pro mehrheitsförderndes Wahlrecht. Könnten Sie begründen, warum?

Em.o.Univ.-Prof. Dr. Theo Öhlinger: Sie haben Recht, dass ich im Prinzip ein Sympathisant eines Mehrheitswahlrechts bin, allerdings keines radikalen, sondern – und da finde ich mich wieder in Übereinstimmung mit der Frau Schmidt: Genau jenes Wahlrechts, das sie skizziert hat, ist im Prinzip auch das, das ich mir wünsche. Ein Wahlrecht, ob es jetzt 100 oder 90 oder wie viele immer sind, bei dem etwa die Hälfte der Parlamentarier direkt gewählt wird – und das ist an sich ein typisches Merkmal eines Mehrheitswahlrechtes, denn in einem Wahlkreis, in dem diese Parteien kandidieren, kann immer nur die Mehrheit entscheiden – finde ich ideal, aber mir ist klar, dass man in Österreich auch auf Traditionen Rücksicht nehmen muss und es daher einen Ausgleich durch ein ähnlich großes Kontingent von

Abgeordneten durch eine Verhältniswahl braucht. Das würde zweifellos den kleinen Parteien bessere Überlebenschancen geben, als ein reines Mehrheitswahlrecht, wobei das auch nicht unbedingt so ist, dass ein reines Mehrheitswahlrecht kleineren Parteien überhaupt keine Chance lässt. Natürlich in einem so radikalen Wahlrecht wie in Großbritannien mit relativer Mehrheit, da haben kleine Parteien wirklich nur minimale Chancen. Aber wenn wir den Blick nach Frankreich richten – und das ist im Grunde das Modell, das Herr Leichtfried hier angesprochen hat als sein Ideal –, dann sehen wir, dass kleine Parteien durchaus eine Chance haben, zu überleben. Einem Argument, dem ich auf jeden Fall widersprechen würde, das ist jenes meiner Co-Diskutantinnen, dass es nicht das Ziel der Wahlen sei, eine handlungsfähige Regierung zu ermöglichen. Es ist eine Fiktion, das Parlament als Spiegelbild der Gesellschaft sehen. Das ist in der Realität einfach nicht so, und zwar, weil es eben die Notwendigkeit gibt, letztlich zu Entscheidungen zu kommen. Wenn man jenen Gedanken konsequent verfolgt, dann müssten alle Entscheidungen im Parlament fallen, und zwar im Grunde genommen einhellig. Das würde dann zu gar keinen Entscheidungen führen. Schon wenn Sie eine Mehrheitsentscheidung in einem Parlament treffen, haben Sie ein Mehrheitselement. Ohne das kommt man nicht aus.

Ich glaube, dass der Anlass, der immer wieder zu den Ideen eines Mehrheitswahlrechtes führt, die Situation in Österreich mit ihren Koalitionsregierungen bildet, in denen es zu überhaupt keinen Entscheidungen kommt. Es ist ja dann nicht so, dass man rational fragt: „Was ist letztlich für uns alle das Beste?“, sondern es ist so, dass die eine Partei diese Idee hat und die andere Partei jene Idee, beide sind nicht kompatibel, daher kommt gar nichts. Da würde ein Mehrheitswahlrecht in einer, wie gesagt, modifizierten Form durchaus einen gewissen Durchbruch herbeiführen können, weil das ja dann nicht bedeutet, dass die Überstimmten jetzt völlig unterdrückt werden, sondern, was ein Mehrheitswahlrecht auch ermöglicht: Die relativ rasche Abwahl einer Regierung. Eine Regierung, die auf einem Mehrheitswahlrecht beruht, hat ihr Programm, das muss sie umsetzen. Wenn die Bevölkerung nicht einverstanden ist, dann wird diese Partei bei der nächsten Wahl eben abgewählt werden. Das geht beim Mehrheitswahlrecht relativ einfach, beim Verhältniswahlrecht ist das Ergebnis, dass sich vielleicht die Proportionen zwischen den Parteien verändern, aber wir haben weiterhin den Zwang zur Koalition. Und bisher sind die großen Koalitionen so lange erfolgreich gewesen, als es wirklich um nationale Anliegen ging: Das eine war der Staatsvertrag, das Zweite war der EU-Beitritt. In dieser kurzen Phase hat sie sich wieder bewährt, aber wenn es um alltäglichere Probleme geht, dann ist der Effekt unseres Wahlsystems eine sich wechselseitig blockierende Regierung. Hier kann ein Mehrheitswahlrecht eben doch einiges lösen. Die Menschen wählen ja in Wahrheit bei uns gar nicht den einzelnen Abgeordneten ihres Wahlkreises. Wer von Ihnen kennt den? Hier sind Interessierte, daher werden das einige sein, aber wer von der großen Mehrheit der Bevölkerung weiß überhaupt, wer jetzt „mein“ Abgeordneter ist? Man weiß, welche Partei man gewählt hat, aber nicht welche Person man gewählt hat, die jetzt meine Interessen repräsentieren würde. Dieser Repräsentationsgedanke hat ein hohes Image, weil er mit repräsentativer Demokratie, die wir alle wollen, irgendwie zusammenhängt. Unsere Abgeordneten repräsentieren aber nicht wirklich die Bevölkerung, sondern das sind die Parteien, die das tun, und die dann aber nicht jene Diskussionsfähigkeit haben, wie das ideal wäre, aber in der Realität nicht gegeben ist. Und daher bin ich ein Freund eines vernünftigen, nicht eines radikalen, eines vernünftigen Mehrheitswahlrechtes, das einerseits ermöglicht, dass die Bevölkerung wirklich einen konkreten Menschen wählen kann, den sie dann auch als ihren Repräsentanten empfinden kann. Aber es ist klar: Für kleine Parteien ist jede Form eines Mehrheitswahlrechtes eine schwere Hürde, und da ich umgekehrt auch ein Freund der Parteienvielfalt bin, meine ich, dass eben zum Ausgleich dieser mehrheitlich gewählten Abgeordneten auch etwa die Hälfte, ein Teil jedenfalls der Abgeordneten nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden sollte. (*Allgemeiner Beifall*)

Moderator Mag. Günter Encic: Ich bedanke mich. Nun sind ja schon einige Gegenpositionen angesprochen worden. Frau Dr. Schmidt hat schon signalisiert, dass sie sich zu Wort melden möchte – alle eigentlich. Ich möchte nur noch einen kleinen Gedanken davorsetzen: Ganz offenbar gibt es jetzt so zwei Elemente, die immer wieder auftauchen, auf der einen Seite die sogenannte gerechte Vertretung im Parlament, ob das jetzt Vielfalt miteinschließt oder was auch immer, und auf der anderen Seite eine Stärkung der parlamentarischen Mehrheit, um sie etwa handlungsfähiger zu machen. Soll oder muss – vielleicht können Sie das auch in Ihre Antworten miteinschließen – man nach einer, auf gut steirisch formuliert, Mischkulanz suchen, also ein Teil mehrheitsfördernd und ein Teil nach dem Verhältniswahlrecht? Frau Dr. Schmidt bitte.

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Heide Schmidt: Wir haben, glaube ich, nicht die gleiche Vorstellung bei diesen 199 Plus. Denn wir sind uns zwar einig, in den 99 Wahlkreisen ist es ein Mehrheitswahlrecht, weil wer gewinnt, gewinnt. Meine Vorstellung ist aber, dass durch die 100 anderen Mandate der Ausgleich geschaffen wird, dass also die Mandate so verteilt werden, dass die bereits konsumierten 99 angerechnet werden, sodass unter dem Strich das Verhältniswahlrecht gewährleistet ist. Wenn wir uns da einig sind, bin ich ganz glücklich, weil damit hätten wir einen sehr fundierten und prominenten Mitstreiter, das macht mir wirklich Freude, wenn das ein Ergebnis des Gedankenaustausches ist. Ich glaube nämlich, weil Sie das auch angesprochen haben, diese Mischkulanz, das ist kein Selbstzweck, und ich sage das nicht aus Befangenheit als Mitglied einer kleinen Partei, die auch einmal eine kleine Partei gegründet hat, sondern das ist mein Demokratieverständnis, dass eben sich in den Parteien sehr wohl die unterschiedlichen Vorstellungen des gesellschaftlichen Zusammenseins abbilden. Und ich widerspreche Ihnen, Herr Professor Öhlinger, in einem, wenn Sie sagen: „Das ist eine Wunschvorstellung, das Parlament bildet das nicht ab.“ Ich gebe Ihnen zwar Recht, dass die Abgeordneten der Parteien die Grundsätze, die in ihren Programmen stehen, nicht immer ernst nehmen und dass man deswegen enttäuscht ist und daher dann das Gefühl hat: „Das ist es nicht!“ Aber vom Anspruch her an das System, und ich glaube, dass man den formulieren muss und nur falsifiziert, wenn es gar

nicht geht, wenn man zum Ergebnis kommt: „Es funktioniert nicht!“. Wenn aber nur die Praxis schlecht ist – unter Anführungszeichen – , muss deswegen nicht der Rückschluss gezogen werden, dass das System schlecht ist. Das heißt, weil Mandatare der Partei A, B, C sich nicht an ihre Grundsätze halten und sie über Bord werfen, wenn es halt gerade lustig ist, heißt das nicht, dass an sich eine Partei als wahlwerbende Gruppe von vorne herein nicht mehr das bringt, was wir uns einmal gewünscht haben. In einem Parteiprogramm ist nachzulesen – Sie können sagen: „Papier ist geduldig!“ –, aber man findet sich zusammen auf eine Vorstellung, wie eine Gesellschaft idealerweise funktionieren sollte, welchen Spielraum jedes Mitglied der Gesellschaft bekommen soll, auf welchem Weg es das bekommen soll. Das ist nun einmal ein wirklich großer Unterschied, wenn ich einen Konservativen frage, wie er sich denn vorstellt, wie die Geschlechterverhältnisse gefördert, nicht gefördert, betont, nicht betont werden, oder wenn ich einen Progressiven und eine Progressive frage. Kein Mensch will für die Frau etwas Schlechtes, das wissen wir schon, also die Zeiten sind hoffentlich – oder hat es auch gar nicht gegeben, soll sein, aber jeder bestimmt halt, was das Gute ist, aber genau das ist es: Es versteht eben ein Progressiver etwas Anderes unter dem Guten als ein Konservativer, und das ist in Ordnung so, deswegen gibt es ja diesen Wettstreit der Ideen, ob man das Gefühl hat, es entspricht meinen Vorstellungen mehr oder weniger und das meine ich jetzt damit. Daher ist es sehr wohl ein Spiegelbild der Gesellschaft und sogar die Aufsplitterung der Parteien, dass wir jetzt mehr haben, macht das deutlicher, weil sie eine andere Differenzierungsmöglichkeit haben. Deswegen bin ich der Meinung, dass, auch wenn es dann ein Kompromiss ist, und da haben Sie natürlich Recht, dass das ein Mehrheitselement ist, da sind dann die Interessen der Minderheit eben nicht ausreichend berücksichtigt, da haben Sie Recht, aber Sie müssen erstritten werden. Sie müssen argumentiert werden, sie müssen – oder sie sollten – so argumentiert werden, dass einerseits die Bevölkerung die Abwägung der Argumente wahrnimmt und dass es einen Grund gibt, jene Partei, die unterlegen ist, das nächste Mal zu stärken, wenn man das Gefühl hat: „Das wäre mir wichtig gewesen!“ Jetzt muss ich auch auf den Minister Leichtfried eingehen, weil er gemeint hat: „In einer Koalition kann man halt nicht halten, was man verspricht“, da haben Sie ja völlig Recht. Natürlich kann man, wenn man nicht die Mehrheit hat, nicht alles halten, was man verspricht, sondern muss Kompromisse machen, aber ich glaube, wir unterschätzen die Menschen, wenn wir ihnen nicht zutrauen, dass sie das auch verstehen können, es wird ihnen nur nicht erklärt. Und mein großes Problem bei den Kompromissen innerhalb der Politik ist, dass – es verändert sich jetzt schon ein bisschen, aber früher war es ganz deutlich immer so: Man hat sich auf einen Kompromiss geeinigt und dann haben beide Teile gesagt, wie toll das denn sei, nämlich das Ergebnis, anstatt dass sie gesagt hätten: „Ich hätte mir A, B, C gewünscht, aber ich habe nur die und die Größenordnung und ich habe daher A, B, C nicht durchgesetzt, aber dafür habe ich D bekommen.“ So ist das eben bei den Mehrheitsverhältnissen. Und ich behaupte, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger das auch verstehen würde, aber wenn sich beide hinstellen und sagen, wie „klass“ das ist, als hätten sie überhaupt kaum Abstriche gemacht und auf einmal etwas völlig Neues herauskommt, dann können die Menschen das nicht verstehen. Das halte ich für das Übel und nicht das System an sich.

Moderator Mag. Günter Encic: Besten Dank, ich möchte jetzt Bundesminister Leichtfried die Möglichkeit geben, sein skeptisches Wiegen mit dem Kopf zu verbalisieren. Erlauben Sie mir, dass ich aber auch da noch eine Frage bei Ihnen dranhänge, nämlich Sie haben in Ihrem Referat gesagt, Sie präferieren das Mehrheitswahlrecht, und wenn man in der Literatur nachschaut, dann sieht man, dass gerade die Frage der sogenannten gerechten Vertretung stark ideologisch bestimmt wird und auch stark strategisch, heißt also ganz konkret: Sie als mutmaßlicher Vertreter einer Oppositionspartei, bleiben Sie bei dieser Positionierung?

Bundesminister Mag. Jörg Leichtfried: Ich vertrete ja hier ein Modell – ich muss Ihnen das offen sagen –, wo ich schon auch teilweise berechnete Zweifel an diesem Modell habe, wo aber der Gedanke in mir wohnt: Man muss das einmal wirklich ernsthaft diskutieren und auch die Vorteile dieses Systems anschauen, hinterfragen, aber gleichzeitig auch die Nachteile unseres jetzigen Systems, die ja zweifelsohne gegeben sind. Und das Zweite ist, dass ich schon der Auffassung bin, wenn es Wahlrechtsmodelle gibt, dann müssen diese Wahlrechtsmodelle auch für die, die sich nicht wirklich dafür interessieren, die nicht die Zeit haben, das durchzudenken, denen das in Wahrheit egal ist – und da gibt es genug Menschen in unserem Land, wo das auch jetzt so ist –, irgendwie verständlich sein. Ich habe das Modell von Ihnen in den Zeitungen, ich glaube heute oder gestern, erblickt, ich bin da ein bisschen „drübergeflogen“, habe jetzt zugehört, wie es sein könnte und da bin ich wahrscheinlich schon besser informiert, als die meisten, die sich nicht so sehr mit Politik beschäftigen, aber ich habe es immer noch nicht durchschaut. Das ist schon etwas, was meines Erachtens wichtig ist: Wenn man ein Modell hat, muss es für jeden halbwegs klar sein, wie es funktioniert. Da sind mir eigentlich eindeutige Modelle im Prinzip lieber und wenn wir echt ein Modell hätten mit 183 Wahlkreisen, 35.000 Leute ungefähr, jeweils die Entscheidung in diesem Wahlkreis, dann sind schon einige Dinge da eigentlich miterledigt, die nicht so ungünstig wären. Nämlich, man weiß dann, wer seine Abgeordnete, sein Abgeordneter ist, man hat einen Ansprechpartner, diese Abgeordneten sind verantwortlich im Wahlkreis. Also das ist schon etwas, was meines Erachtens ein bisschen anders wäre, als das System jetzt und gewisse Vorteile mit sich bringen könnte. Was mich noch mehr freut, und da komme ich zu Ihrer Frage, ist, dass ich jetzt wahrscheinlich in dieser Diskussion erstmal unverdächtig bin, etwas anhand der jetzigen Verhältnisse an Begünstigung erlangen zu wollen. Weil, wenn diese Wahl so ausgegangen wäre mit einem Mehrheitswahlrecht, wie ich es mir jetzt gerade so vorstelle, dass wäre ich nicht nur bald Ex-Minister, dann wäre ich auch schon Ex-Abgeordneter. Also das ist, denke ich, klar. Das sind aber auch klare, notwendige Konsequenzen, man hat diese Position ja nicht als Selbstzweck inne, sondern es geht darum, am Ende ein Parlament zu haben, wo meines Erachtens schon Entscheidungen etwas leichter und klarer möglich sein sollten, und ich sehe das im Kontext dessen, wo wir jetzt sind. Dieses Parlament, das mit einem Mehrheitswahlrecht konstituiert werden würde, lebt ja nicht alleine

für sich hin, sondern es ist eingebettet in unser System des Föderalismus, d. h. wir hätten in den Landtagen immer noch das Verhältniswahlrecht, und natürlich auch im europäischen Gesamtzusammenhang, wo das Europäische Parlament im Verhältniswahlrecht gewählt wird. Das heißt, das wäre nicht so, dass jetzt das alleine das bestimmende System wäre, sondern man muss es eben in diesen Gesamtzusammenhängen sehen, und man muss schon auch etwas sehen, was meines Erachtens wichtig ist – Frau Schmidt, Sie haben das angesprochen –, nämlich, dass die Politik an Gestaltungsspielraum immer stärker verloren hat und unter Umständen weiter verliert. Ich würde das von der Terminologie her etwas anders sagen, ich würde sagen: Sie hat sich selbst den Gestaltungsspielraum genommen. Das ist ja nicht Gottgewollt passiert, sondern es haben Mehrheiten so entschieden, dass das, was jetzt ist, Faktum ist. Es ist ja nicht notwendigerweise so, dass es in Europa 27 unterschiedliche Steuergesetzgebungen geben müsste, die diesen Gestaltungsspielraum einschränken. Es ist ja nicht notwendigerweise so, dass es diese Steueroasen geben müsste. Wenn es Mehrheiten in der Entwicklung der Europäischen Union gegeben hätte, die das anders hätten haben wollen, dann wäre es anders gekommen, ist es halt nicht. Es ist so gekommen, wie es jetzt ist und gerade in einer solchen Phase würde ich meinen, wäre ein Nationalstaat, der in der Lage ist, klare politische Entscheidungen in die eine oder in die andere Richtung zu treffen, was ein Mehrheitswahlrecht zweifelsohne bedingt, doch besser in der Lage, mit dieser Situation umzugehen, als wir es jetzt in Österreich sind.

Moderator Mag. Günter Encic: Entschuldigung, nur ganz kurz: Meinen Sie jetzt ein echtes Mehrheitswahlrecht oder ein mehrheitsförderndes Wahlrecht?

Bundesminister Mag. Jörg Leichtfried: Ich bin jetzt eher für das echte Mehrheitswahlrecht hier in der Diskussion. Wie gesagt, ich will schon anmerken, dass es Dinge gibt, die man diskutieren muss, aber ich nehme jetzt bewusst diese Rolle einmal ein, damit wir das sehr klar diskutieren können. Das heißt, ein Österreich mit einem Parlament, das durch das Mehrheitswahlrecht relativ akzentuiert in die eine, zweite oder dritte Richtung geht, wenn diese Richtung den Menschen in Österreich so passt, nicht abgewählt wird, wenn sie nicht fast abgewählt wird, könnte wahrscheinlich akzentuierter in dieser Situation auch in der europäischen Union agieren.

Ich wollte aber auch gerne einige Dinge ansprechen, die jetzt in der Diskussion angesprochen wurden. Weil wir immer so tun, als sei die jetzige Situation so positiv anders, als wenn wir ein Mehrheitswahlrecht hätten: Kleinere Parteien; wir haben jetzt im Verhältniswahlrecht gesehen, dass dieses Verhältniswahlrecht keinerlei Garantie dafür bietet, dass Parteien, die nicht eine gewisse Größe haben, ewig in diesem Parlament sein müssen, obwohl sie zu den bemerkenswerten – bemerkenswert ist vielleicht das falsche Wort, aber obwohl sie zu den stabilsten politischen Bewegungen zählen, die unser Land eigentlich hat, nämlich die Grünen beispielsweise. Herr Klubobmann, mir tut es persönlich leid, aber so etwas passiert auch im Verhältniswahlrecht. Das ist nicht so, dass das im Mehrheitswahlrecht passieren muss. Und diese Einbeziehung aller gesellschaftspolitischen Gruppen ist ja auch durch die Vier-Prozent-Hürde, oder Fünf-Prozent-Hürde, die es ab und zu in diesen Systemen gibt, auch eingeschränkt. Also, es ist nicht so, dass das Verhältniswahlrecht jetzt diese Dinge alle so gut regeln würde, als dass das Mehrheitswahlrecht der Feind dessen wäre. Und das, Frau Professor, was Sie angesprochen haben – ich habe es mir nicht böswillig herausgesucht, sondern weil es mich selbst auch interessiert hat und ich mir auch in dieser Frage unsicher war, weil immer wieder auch das Argument kommt, dass da im Mehrheitswahlrecht Frauen benachteiligt werden würden, ich habe jetzt geschaut: Das House of Commons hat in der jetzigen Periode ein Verhältnis von 32 % zu 68 %, also 32 % Frauen, 68 % Männer. Der Österreichische Nationalrat hat in der letzten Periode 31 % Frauen, 69 % Männer gehabt und hat jetzt 34 zu 66, also bei uns ist es besser geworden, aber das ist meines Erachtens auch nicht unbedingt ein Ausfluss des Wahlrechts. Ich glaube, wenn man das alles mitüberlegt und in eine Gesamtüberlegung einfließen lässt, dann hätte so ein Wahlrecht schon auch Vorteile, aber wie gesagt, es gibt ernstzunehmende Bedenken, die meines Erachtens wichtig sind. Es gibt auch ein paar Detailfragen, über die man noch diskutieren muss. Zum Beispiel gibt es im italienischen System etwas – ich glaube, das ist in Italien –, was sehr interessant sein könnte insbesondere für kleinere Parteien und insbesondere auch für die Mehrheitsfindung, nämlich, dass, wenn es Koalitionen geben sollte, diese Koalitionen vor der Wahl abzuschließen sind in Form von Wahlbündnissen. Ich glaube, das wäre auch für die Wählerinnen und Wähler sehr viel interessanter, als nachher immer wieder zu rätseln, was dann kommen mag, wenn die Wahl erfolgt ist. Wenn kleinere Parteien der Auffassung sind: „Es ist für mich in diesem Wahlsystem etwas gefährlich, außerdem hätte ich gerne Regierungsverantwortung getragen“, dann muss man sich vorher einigen und dann stehen diese zur Wahl. Österreichische Verhältnisse, beispielsweise wenn die Sozialdemokratie und die Grünen vor der Wahl erklärt hätten: „Wir wollen gegen die anderen antreten“, wer weiß, wie das dann ausgegangen wäre, unter Umständen wieder anders. Also, das sind auch Dinge, die man natürlich auch in so ein Mehrheitswahlsystem miteinfließen lassen kann.

Moderator Mag. Günter Encic: Entschuldigung, ist diese Bindung vor der Wahl verfassungsrechtlich bindend nach der Wahl?

Bundesminister Mag. Jörg Leichtfried: Verfassungsrechtlich bindend wahrscheinlich nicht.

Moderator Mag. Günter Encic: Das heißt, das könnte also nach der Wahl wieder anders sein?

Bundesminister Mag. Jörg Leichtfried: Das ist bei Koalitionen immer, aber ich glaube, wenn man das einmal macht: Man schließt sich vorher zusammen und nach der Wahl sagt man: „Ätsch, liebe Bürgerinnen und Bürger, wir machen es doch nicht“, dann viel Spaß bei der

nächsten Wahl. Das liegt nicht am Wahlrecht würde ich sagen, dass es solche Dinge gibt. Aber am Ende stimme ich mit Ihnen, Frau Schmidt, vollkommen überein: Das Wahlrecht entscheidet es nicht, ob die Menschen mit dem politischen System zufrieden sind. Das Wahlrecht ist ein Mittel zum Zweck, dass gute Politik gemacht werden kann, so oder so. Es ist am Ende eine Wertungsfrage, was das ist.

Entwicklungszusammenarbeit – Interessensgeleitete Außenpolitik oder partnergeleitete Entwicklungspolitik?

Dieses Jahr wäre der Grazer Ehrenringträger Karlheinz Böhm 90 Jahre alt geworden. Der Schauspieler und Humanist setzte sich bis zu seinem Tod 2014 in verschiedensten Bereichen für Menschen in Äthiopien ein, indem er mit der von ihm gegründeten Hilfsorganisation „Menschen für Menschen“ unzählige Projekte zur Selbsthilfe der Menschen vor Ort schuf.

Aus diesem Anlass stand am Mittwoch, dem 25. April 2018 das Thema „Entwicklungszusammenarbeit“ im Zentrum der sechsten Veranstaltung von **LAND.HAUS.GESPRÄCHE**, zu welchem wieder interessante Persönlichkeiten zu einem spannenden Gesprächsabend zusammenkamen.

Landtagspräsidentin **Bettina Vollath** freute sich darüber, dass so viele Interessierte ihrer Einladung zum bereits sechsten Teil ihrer Veranstaltungsreihe gefolgt waren.

„Es braucht viel Einsatz und Willenskraft, um sich für die Rechte und das Wohl anderer Menschen einzusetzen. Karlheinz Böhm war einer dieser Menschen, der genau das tat. Er gilt als Pionier in Sachen Entwicklungszusammenarbeit und damit auch als Kämpfer für die Menschenrechte“, so Vollath.

Gesprächsgäste zum Thema des Abends waren **Morgane Fritz**, Wissenschaftlerin und Grazer Uni-Lektorin für Nachhaltigkeitsmanagement, **Sarah Reindl**, Mitbegründerin von „das Gramm“, der Geschäftsführer des Kompetenzzentrums für Menschenrechte an der Universität Zürich, **Res Schuerch** sowie der Grazer Wirtschafts- und Politikwissenschaftler **Bernhard Ungericht**. Moderiert wurde das **LAND.HAUS.GESPRÄCH** von Ö1-Moderator **Udo Bachmair**.

Neben der Gesprächsrunde gab als weiteren Höhepunkt des Abends **Almaz Böhm**, die Witwe von Karlheinz Böhm, Einblicke in ihr soeben erschienenes Buch und damit auch in das Leben und Wirken ihres verstorbenen Ehemannes: „Karlheinz Böhm – Freunde und Wegbegleiter erinnern sich“.

Zitate:

Morgane Fritz: „Nachhaltigkeit in Zulieferketten ist nicht nur eine große Verantwortung für Unternehmen, sondern auch für viele weitere Akteure wie Politiker, Konsumenten, NGOs oder Medien. Sie haben großen Einfluss auf die Nachhaltigkeit in Zulieferketten und daher ist es wichtig, alle diese Akteure zu identifizieren und ihre Rollen zu verstehen, um die Nachhaltigkeit zu verbessern sowie die verschiedenen Prioritäten zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten festzustellen.“

Sarah Reindl: „Man sollte bei Projekten der Entwicklungszusammenarbeit nicht immer den Westen als Vorbild nehmen. Konsum wird in unseren westlichen Ländern oft als Zeichen für Wohlstand angesehen. Dabei vergisst man oft, wie wenig ressourcenschonend viele Produktionen vonstattengehen und dass unsere Umwelt einer starken Belastung ausgesetzt ist, wie es beispielsweise bei der Milch- oder Fleischproduktion der Fall ist. Es ist wichtig, dass das Bewusstsein für mehr Nachhaltigkeit in unserem Leben gestärkt wird, um zu einer positiven Veränderung beizutragen.“

Res Schuerch: „Im Sinne eines holistischen Ansatzes zur Entwicklungszusammenarbeit haben global operierende Unternehmen nebst Staaten und zivilgesellschaftlichen Organisationen ein großes Potential, einen positiven Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Hierbei ist es zentral, dass Unternehmen innerhalb ihres Einflussbereiches, einschließlich ihrer Lieferketten, die international anerkannten Menschenrechte achten und es vermeiden, negative Auswirkungen auf die Menschenrechte zu verursachen und bereits entstandenen Auswirkungen wirksam begegnen.“

Bernhard Ungericht: „Entwicklung bedeutet, die eigene Rolle kritisch zu reflektieren: Inwieweit führen unsere Konsummuster, Geschäftsmodelle, Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik zu Problemen anderenorts? Wir sind das Problem, das wir lösen müssen. In unserem eigenen Interesse sollten wir lernen, unsere Bedürfnisse regional zu befriedigen. Dies reduziert unsere enorme Fremdbhängigkeit und wir können vermeiden, auf Kosten anderer und zukünftiger Generationen zu leben.“

FLTPⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Bettina Vollath**: Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zur heute bereits sechsten Ausgabe der Veranstaltungsreihe **LAND.HAUS.GESPRÄCHE**. Auch für heute Abend ist es uns wieder gelungen, interessante und namhafte Persönlichkeiten, ausgewiesene profunde Expertinnen und Experten einzuladen, die für einen kurzweiligen und spannenden Gesprächsabend sorgen werden. Darüber hinaus freue ich mich besonders, dass Frau Almaz Böhm ihr Buch vorstellen wird.

„Alles, was wir heute tun, tun wir auch und vor allem für die zukünftigen Generationen. Wir haben die Pflicht, unseren Kindern eine nachhaltig lebenswerte Welt zu hinterlassen.“

Dieses Zitat von Karlheinz Böhm, der am 16. März seinen 90. Geburtstag gefeiert hätte, stelle ich heute an den Beginn meiner Begrüßungsworte, weil ich finde, dass mit diesem Satz schon sehr vieles treffend gesagt und auf den Punkt gebracht ist, was unser heutiges Thema – die Entwicklungszusammenarbeit ausmacht: Nämlich, dass es Einsatz und Willenskraft braucht, um sich für die Rechte und das Wohl anderer Menschen einzusetzen. Karlheinz Böhm war einer dieser Menschen, der genau das tat. Er gilt als Pionier in Sachen Entwicklungszusammenarbeit und damit auch als Kämpfer für die Menschenrechte. Dank seines unglaublichen Einsatzes konnten in Äthiopien viele Menschen den Weg aus der Armut beschreiten und können heute ein würdiges selbstbestimmtes Leben führen. Sie versorgen sich selbst und haben Zugang zum Bildungssystem und auch die Gesundheitsversorgung wurde nachhaltig verbessert. Schätzungsweise 5 Millionen Menschen profitieren heute in Äthiopien von seinem Lebenswerk.

An dieser Stelle möchte ich auch Ihnen, liebe Frau Böhm für ihre unermüdliche Unterstützung bei zahlreichen Projekten danken, in Ihnen hat Karlheinz Böhm eine Seelenverwandte gefunden! Wir freuen uns auf den Auszug, den Sie uns heute im Anschluss an die Diskussion aus Ihrem Buch, das anlässlich seines 90. Geburtstages erschienen ist, vortragen werden.

Karlheinz Böhm hat früh erkannt und dies durch sein Wirken auch zum Ausdruck gebracht, dass Entwicklungszusammenarbeit sehr stark mit dem Thema Menschenrechte verknüpft ist.

Entwicklungszusammenarbeit wird nur dann eine positive Entwicklung zur Folge haben und das ist auch meine tiefe Überzeugung, wenn mit ihr eine nachhaltige Stärkung der Menschenrechte in den Entwicklungsländern verbunden ist.

Wie wichtig Sprache für tatsächliches Handeln ist, zeigt meines Erachtens die immer wieder vorgenommene Unterteilung der Staaten in Geber- und Nehmer-Länder. Denn dadurch zeigt sich schon ein wesentlicher Teil der Problematik in diesem Zusammenhang, der auch Fehlentwicklungen in der Vergangenheit nachvollziehen lässt. Wie schon die heute gängige Bezeichnung **Entwicklungszusammenarbeit** ganz richtig suggeriert, geht es eben nicht um Nehmen und Geben. Karlheinz Böhm hat genau diese Zusammenarbeit im wahrsten Sinne des Wortes gelebt. Auf Augenhöhe, mit viel Verstand und vor allem mit viel Herz und Menschlichkeit.

Ja, selbstverständlich ist die Staatengemeinschaft dafür verantwortlich, die Rahmenbedingungen so zu sichern, dass menschenrechtliche Garantien verwirklicht werden können. Das ist das Fundament, das niemals bröckeln darf und das einzige, auf dem nachhaltig gebaut werden kann.

Und was auch nicht ausgeblendet werden darf: Rechte einzuräumen, ist die eine Seite, Rechte auch wahrnehmen zu können, die andere. Dafür braucht es auch Kraft und Vertrauen und Mut. Menschlichkeit kann kein Staat der Welt regeln. Menschenwürde, ja. Menschenrechte, ja. Aber Menschlichkeit kommt von Herzen, ist ansteckend und kann Berge versetzen. Trifft beides zusammen, entsteht eine Kraft, die die Welt ein Stück verändern kann, im Kleinen wie im Großen ... Karlheinz Böhm hat Kraft, Vertrauen und Mut gehabt. Und er hat Kraft, Vertrauen und Mut weitergeschenkt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der rote Faden durch die **LAND.HAUS.GESPRÄCHE** ist ja das Thema Menschenrechte und normalerweise zitiere ich in meinen Begrüßungsworten immer das bezugshabende. Beim heutigen Thema Entwicklungszusammenarbeit sind es allerdings mannigfaltige menschenrechtliche Standards, die es zu gewährleisten gilt, daher verzichte ich diesmal auf das Zitieren und spreche die einzelnen Rechte nur mit Überschriften an: es geht um Partizipation und Bildung, im Bereich der Wirtschaft um menschenwürdige Arbeitsbedingungen, es geht um Kinder- und Frauenrechte, den Aufbau von und Zugang zu sozialen Sicherungssystemen sowie die ökologische und soziale Verantwortung von Unternehmen. Und mehr denn je ist eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung vor Ort ein Garant für Stabilität und Sicherheit.

Am 27. September 2015 wurde im Zuge eines hochrangigen Gipfeltreffens der Vereinten Nationen in New York auch die „Agenda für Nachhaltige Entwicklung 2030“ beschlossen. Österreich hat sich im Jänner 2016 dazu verpflichtet, diese international festgelegten Richtlinien umzusetzen. Unsere Unternehmen sind daher zusätzlich zu ihrem Fokus auf Gewinnorientierung gefordert, durch den Transfer von Know-how zur Verbesserung der rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen vor Ort beizutragen. Es geht auch um Initiativen für fairen Handel (im Sinn von FAIRTRADE), um das Einhalten der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und um die Stärkung der unternehmerischen Verantwortung bei Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards, auch und gerade im Zusammenhang mit internationalen Wertschöpfungs- und Lieferketten. Die große Aufgabe ist es, die Interessen einzelner Unternehmungen und einzelner Staaten den globalen Interessen so weit wie möglich unterzuordnen und gerade dieser Balanceakt ist es, der die Wirtschaft immer wieder an die Frage heranführt: über allem der Profit oder doch ein altruistischer Zugang bei der Lösung von Fragestellungen ...

Klar muss sein, dass Entwicklungszusammenarbeit nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Politik, Wirtschaft, ehrenamtlich Engagierter und der Zivilbevölkerung mit Leben erfüllt werden kann. Oder – um es noch einmal am Beispiel Karlheinz Böhm

festzumachen: er ist (und bleibt) das lebendige Beispiel dafür, dass auch wir als Bürgerinnen und Bürger nicht die gesamte Verantwortung dafür delegieren können, in welcher Welt wir leben wollen. Er hat einen nahezu übermenschlichen Beitrag dazu geleistet, diese unsere Welt ein wenig gerechter und vor allem chancengerechter zu machen.

In diesem Sinne freue ich mich auf spannende Vorträge und eine interessante Diskussion.

Ein herzliches steirisches Glück auf!

A.o. Univ.-Prof. Dr. Bernhard Ungericht: Vielen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, einige Gedanken zum Thema Entwicklungszusammenarbeit beizusteuern. Ich möchte von drei naheliegenden Fragen ausgehen und eine Schlussfolgerung anschließen.

Die erste Frage muss natürlich sein: Worüber reden wir, wenn wir über Entwicklungszusammenarbeit sprechen? Wer soll sich entwickeln? Wohin soll sich dieser Jemand entwickeln? Und vor allem: Welcher Art ist diese Zusammenarbeit? Im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit gibt es seit Jahrzehnten etablierte Antworten und Bilder. Es sind sehr wirkungsmächtige Bilder. Erstens: Die Notwendigkeit, sich zu entwickeln liegt immer bei den anderen, bei den von uns als unterentwickelt Bezeichneten – also die, die noch nicht so weit auf dem Modernitätspfad vorangeschritten sind wie wir selbst. Und als Entwicklung gilt das, was unserem Bild von (ökonomischem) Fortschritt entspricht. Zusammenarbeit bedeutet in diesem Kontext, dass wir unsere Expertise den so definierten Unterentwickelten zur Verfügung stellen. Damit ist die gängige Vorstellung von Entwicklungszusammenarbeit hierarchisch, paternalistisch und ökonomisch expansiv.

Die zweite Frage: Wo kommen eigentlich diese wirkungsmächtigen Bilder zur Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit her? Das Konzept „Entwicklung als Fortschritt“ bzw. als Höherentwicklung ist in einer ganz bestimmten Phase der europäischen Geschichte entstanden: in der Hochphase des europäischen Kolonialismus im 19. Jahrhundert. Im Zentrum stand dabei die Annahme, dass wahre Menschlichkeit und Entwicklung erst durch die Unterwerfung und Kontrolle von Mensch und Natur möglich sind, und vor allem dass die dazu notwendige Rationalität selbstverständlich in Europa verortet ist. Man sprach deshalb auch von der „Bürde des weißen Mannes“, andere Menschen und Kulturen zu verbessern. Das heißt, diese Zweiteilung in entwickelte und weniger entwickelte Länder in der Entwicklungszusammenarbeit ist direkt aus dem Kolonialismus übernommen und die „Entwicklung der Unterentwickelten“ schließt nahtlos an die Zivilisierung der Unzivilisierten an. Es ist somit ein kolonialer Blick, der durch die gängige Vorstellung von Entwicklungszusammenarbeit verbreitet wird. Das Eigene wird zur idealen Norm erklärt und das Andere als eine historische Vorstufe dieser Norm oder als eine defizitäre Abweichung, jedenfalls als etwas Rückständiges.

Die dritte Frage: Was sind die Konsequenzen dieser zumeist unbewussten, über Jahrzehnte, vielleicht sogar Jahrhunderte tradierten Vorstellungen? Was sind die Konsequenzen dieses Fortschritts und Entwicklungsverständnisses? Die drei Wichtigsten möchte ich kurz ansprechen. Die erste Konsequenz ist natürlich ein Entwicklungspaternalismus. Entwicklungshilfe beruht auf der Idee, dass die Lebensweise der Rückständigen durch Projekte auf der Grundlage von westlichem Expertenwissen verbessert werden muss. So hat 1961 der südafrikanische Historiker und Ökonom Jan Sadie in deutlicher Offenheit die gängige Vorstellung von Entwicklungspolitik im *Economic Journal* beschrieben. Er schreibt: „Die ökonomische Entwicklung eines unterentwickelten Volkes bedarf einer vollständigen Umwälzung der sozialen, kulturellen und religiösen Institutionen und Gewohnheiten, der psychologischen Haltung, der Philosophie und der Lebensweise. Was also erfordert wird, kommt in Wirklichkeit einer sozialen Desorganisation gleich. Unglück und Unzufriedenheit in dem Sinn, dass man mehr wünscht, als zu jedem gegebenen Zeitpunkt verfügbar ist, muss hervorgerufen werden. Das Leiden und die Entwurzelung, die dabei verursacht werden, mögen anstößig sein, aber das scheint der Preis zu sein, der für ökonomische Entwicklung zu zahlen ist.“ Leiden und Entwurzelung als Voraussetzung und Motor einer bestimmten Vorstellung von Entwicklung: In Indien sind seit den 1950er-Jahren mehr als 50 Millionen Menschen allein aufgrund von Staudammprojekten zwangsumgesiedelt worden. Seit der Öffnung der chinesischen Wirtschaft für ausländisches Kapital in den 1980er-Jahren wurden 70 Millionen Bauern von ihrem Land vertrieben. Nach offiziellen staatlichen chinesischen Angaben gibt es jährlich etwa 70.000 Proteste gegen die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden aufgrund von Industrieansiedlungen. Der damalige sudanesischer Vizepräsident hat Ende der 1990er-Jahre als Reaktion auf den Widerstand der Dinka und Nuer gegen das ihre Lebensweise bedrohende Jonglei-Kanalprojekt gesagt: „Wenn nötig, werden wir sie mit dem Stock ins Paradies treiben!“ Die Annahme, dass Entwicklung nach westlichem Vorbild sowohl positiv wie auch unausweichlich ist, hat zur Legitimation von unzähligen Interventionen gegen den Willen der Betroffenen geführt. Die Zerstörung von Lebensräumen, die Zerstörung von funktionierenden Subsistenzwirtschaften, die Zerstörung von Solidarstrukturen, von sozialem Zusammenhalt, kulturellen Traditionen und lokalem Wissen sind und waren die Konsequenzen dieser Vorstellung von Modernität, Fortschritt und Entwicklung.

Die zweite Konsequenz: Das Ausblenden der eigenen Rolle. Unsere Vorstellung von Entwicklungszusammenarbeit ist ein Denkabbruch genau an der Stelle, an der es unbequem werden könnte. Im gängigen Bild von Entwicklungszusammenarbeit sind die Rollen klar verteilt: Der Ort der Probleme ist im Süden und die Problemlösungskompetenz ist im Norden zu finden. Was damit ausgeklammert bleibt, ist klar: Inwieweit nämlich der Norden Problemverursacher ist. Und das, obwohl eigentlich heute völlig klar ist, dass der Ressourcenverbrauch und die Konsummuster des Nordens sich längst als untragbar für den Planeten erwiesen haben. Das bedeutet, man tut so, als bestünde zwischen den Lebensbedingungen von Menschen in sogenannten Entwicklungsländern und Industrieländern keinerlei Beziehung. Die

Realität ist eine andere: Österreich verbaut täglich 22 Hektar Wald, Acker, Wiesen – also Flächen, die für die Nahrungsmittelproduktion gebraucht werden. Österreich hinterlässt einen ökologischen Fußabdruck von etwa der fünffachen Größe seines Staatsgebietes. Deutschland benötigt für seinen ökologischen Fußabdruck die Fläche fast ganz Europas. Deutschland beansprucht durch den Agrarhandel über fünf Millionen Hektar Ackerland im Ausland, einen Großteil davon für den Sojaanbau. Im vermeintlich umweltbewussten Österreich werden täglich etwa 800.000 Coffee-to-go-Becher in den Müll geworfen, das sind im Jahr 280 Millionen und das hat natürlich Auswirkungen an anderen Orten. Deshalb schreibt der Wiener Politikwissenschaftler Ulrich Brand von einer imperialen Lebensweise, und der deutsche Soziologe Stephan Lessenich spricht von westlichen Extremkonsumgesellschaften oder Externalisierungsgesellschaften. Was damit ausgedrückt werden soll: Wir greifen selbstverständlich auf Ressourcen andernorts zu und lagern aber gleichzeitig die Kosten dafür aus. Es ist relativ klar, wer hier Entwicklungsbedarf hat.

Die dritte Konsequenz: Ressourcenkonflikte und Ressourcenkriege. Ernst Friedrich Schumacher hat in seinem wunderbaren, augenöffnenden Buch „Small is beautiful“ Anfang der Siebzigerjahre auf etwas ganz Wichtiges hingewiesen. Er schreibt: „Der Wille zum immer Mehr, die künstliche Erschaffung von Bedürfnissen steht im Widerspruch zur Vernunft, Freiheit und Frieden, d. h. zur menschlichen Entwicklung.“ Warum? Schumacher meint, dass Gesellschaften, die ihre materiellen Bedürfnisse bescheiden halten und diese Bedürfnisse regional mit möglichst wenig Mitteleinsatz befriedigen können, friedlicher sind, als Gesellschaften, die hohe materielle Bedürfnisse haben und diese durch ein weltweites Handelssystem befriedigen. Es ist klar: Das westliche Entwicklungsmodell und seine Wachstumsfixierung müssen in einer Welt endlicher Ressourcen notwendigerweise zu Ressourcenkonflikten führen. Wenn wir diese Konsequenzen betrachten, ist eines klar: Wir müssen Entwicklungszusammenarbeit völlig neu denken. Entwicklung kann ja nichts Anderes sein, als die eigene Entwicklung, sonst ist sie ein Diktat. Und Entwicklung beruht immer auf Selbstreflexion. Das heißt, wenn wir Entwicklungszusammenarbeit tatsächlich ernst nehmen würden – ohne kolonialen Blick – dann würde das bedeuten, dass wir ganz neue Fragen stellen müssen, zum Beispiel: Wie können wir unseren eigenen Lebensraum zukunftsfähig und lebensfreundlich reorganisieren? Wir müssen also die Frage beantworten, wie wir uns heute auf kommende Krisen vorbereiten und unser enormes Maß an Fremdhängigkeit reduzieren können. Wie wir das Lebensnotwendige regional selbst bereitstellen können. Und damit ist nicht Autarkie gemeint, um einem möglichen Missverständnis vorzubeugen. Eine Studie der deutschen Bundeswehr 2012, durchgeführt vom Dezernat Zukunftsanalyse, zum Peak Oil – also zur Erschöpfung von fossilen Energieträgern – kommt zum Schluss, dass Peak Oil notwendiger Weise und mit hundertprozentiger Sicherheit zum Zusammenbruch von internationalen Handelsbeziehungen führen wird, und auch zu Hungerkrisen auch in westlichen Industrieländern. Das heißt, wir müssten eigentlich ein fundamentales Interesse daran haben, unsere eigene Entwicklung mit in den Blick zu nehmen. Das wäre wirklich eine zukunftsfähige, regionale Entwicklung. Wir haben vom Impulszentrum Zukunftsfähiges Wirtschaften dazu im Auftrag des Landes eine Studie durchgeführt, in der wir praktische Beispiele für eine zukunftsfähige Regionalentwicklung vorgelegt haben. Eine Politik, die stolz darauf ist, dass wir nun – nach dem Wirtschafts- und Staatsbesuch in China vor drei Wochen – noch mehr Milch nach China liefern können, ist natürlich nicht zukunftsfähig. Meilenweit entfernt von einer reflektierten und selbstkritischen Position zur Entwicklungszusammenarbeit scheint leider auch die derzeitige Regierung zu sein. Im „Regierungsabkommen 2017–2022“ steht viel zu Export, zu Standortpolitik und zu Wettbewerbsfähigkeit. Ich habe es gezählt: Das Wort „Wettbewerbsfähigkeit“ kommt 68 Mal vor. Es gibt einen ganz knappen Absatz zur Entwicklungszusammenarbeit – 167 Worte, also etwas mehr als das Doppelte der Häufigkeit des Wortes Wettbewerbsfähigkeit. In diesem kurzen Absatz zur Entwicklungszusammenarbeit wird diese vermischt wird mit Katastrophenhilfe im Falle von Krieg, Natur und Hungerkatastrophen. Das ist etwas völlig Anderes. Und zusätzlich wird noch die Gewährung von Geldern in solchen Krisensituationen explizit an die Bereitschaft von Drittstaaten zur Kooperation bei der Rücknahme abgelehnter Asylwerber gekoppelt. Das ist mehr Ausdruck einer schäbigen Haltung als eine zeitgemäße Konzeption von Entwicklungszusammenarbeit. Entwicklungszusammenarbeit heute würde für die wohlhabenden Länder bedeuten, einen verantwortbaren Wohlstand im Auge zu haben, d. h. die eigene Wirtschaftspolitik auf regionale Resilienz, auf Suffizienz auszurichten, auf die Befriedigung lokaler Bedürfnisse mit möglichst lokalen Mitteln auszurichten. Wir in den reichen Ländern haben noch die größten Handlungsspielräume. Wer sollte also mit einem Paradigmenwechsel beginnen, wenn nicht wir, die wir noch die größten Handlungsspielräume haben? Aber je länger wir zuwarten, umso stärker reduziert sich unser Handlungsspielraum. Wenn wir heute nicht handeln, dann schränkt sich unser Handlungsspielraum ein und wir werden reaktiv. Aber das Problematische am reinen Reagieren ist, dass man dann meistens katastrophale Entscheidungen trifft. Natürlich ist das eine Herausforderung, weil es einen Kulturwandel brauchen würde. Ein Kulturwandel hin zu einer Haltung: „Wir haben genug“, dieses Wir-haben-Genug ist die Voraussetzung dafür, dass man überhaupt erst neue kooperative internationale Beziehungen andenken kann. Kulturwandel bedeutet auch Entwicklung und Lebensqualität nicht mit der Menge an gekauften Gütern gleichzusetzen. Man könnte sich auch an anderen Merkmalen guter Gesellschaften orientieren: Gastfreundschaft, Friedfertigkeit, ein Leben in Würde statt eines mit Privilegien auf Kosten anderer, und das, glaube ich, ist unsere Entwicklungsaufgabe im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Vielen Dank. *(Allgemeiner Beifall)*

Dr. iur. Res Schuerch: Herzlichen Dank für diese Einführung. Zuerst möchte ich mich ganz herzlich für diese Einladung hier in den Landtag bedanken, insbesondere bei Frau Vollath. Ich hatte letzten Oktober das Vergnügen, Frau Vollath ein erstes Mal kennenzulernen, als der Landtag Steiermark beim Kantonsrat in Zürich zu Besuch war und dieser einen Besuch an unserem Kompetenzzentrum organisiert hatte. Es freut mich deshalb umso mehr, dass ich hier im schönen Graz den Besuch erwidern kann.

Unser Kompetenzzentrum für Menschenrechte, wie bereits erwähnt wurde, beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Wirtschaft und Menschenrechte. Für diesen Themenbereich sind wir auch im Rahmen des schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR), welches in Bern ansässig ist, zuständig. Wir hatten ein sehr spannendes erstes Impulsreferat, welches uns einen sehr guten, kritischen, Überblick über die Begrifflichkeit und unsere Perspektive zur Entwicklungshilfe gegeben hat. Ich werde mich in meinem Referat spezifischer im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte bewegen. Frau Vollath hat hier auch bereits einige Worte dazu gesagt, auf welche ich dann noch zu sprechen kommen werde.

In den nächsten gut zehn Minuten werde ich vor allem auf das Potential und die Chancen, welche sich im Zusammenhang mit globalen Lieferketten für die Entwicklungszusammenarbeit ergeben, eingehen. Folgende zwei Fragen werde ich im Verlauf dieser Kurzpräsentation beantworten. Weshalb sind Unternehmen, insbesondere transnational agierende Unternehmen, überhaupt Teil des Entwicklungszusammenarbeitsdiskurses? Und was ist die Rolle von solchen Unternehmen im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung? Bevor ich zur ersten Frage komme, ist es nötig, den Begriff der „globalen Lieferkette“ genauer zu definieren. Hier stütze ich mich auf eine im Jahr 2016 vom Internationalen Arbeitsamt gewählte Definition. Demnach bezieht sich der Begriff „globale Lieferkette“ auf „... die grenzüberschreitende Organisation der Tätigkeiten, die erforderlich sind, um Güter und Dienstleistungen zu erstellen und sie mithilfe von Inputs und über verschiedene Entwicklungs-, Produktions- und Lieferphasen zu den Verbrauchern zu bringen“ (Internationales Arbeitsamt, Menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten, Int. Arbeitskonferenz 105. Tagung, 2016, S.1, Ziff. 5). Die Koordination des globalen Handels erfolgt typischerweise über eine Leitfirma, welche für den Endverkauf des Produktes zuständig ist und oftmals ihren Sitz in den Industrieländern hat. Diese Firma kontrolliert die globale Lieferkette und legt die Vorgaben fest, nach denen sich andere Firmen innerhalb dieser Lieferkette richten müssen (ibid., S. 5f. Ziff. 15).

Nachdem wir nun den begrifflichen Rahmen abgesteckt haben, wende ich mich der Frage zu, weshalb in der jüngeren Vergangenheit vermehrt die Rolle von Unternehmen im Entwicklungszusammenarbeitsdiskurs thematisiert wurde. Wie wir bereits gehört haben, ist Entwicklungszusammenarbeit traditionellerweise eine staatliche Aufgabe. Ein Grund, dass Unternehmen inzwischen ebenfalls als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit genannt werden, liegt meines Erachtens darin, dass das Verbreiten des Phänomens der globalen Lieferketten die Art und Weise der Produktion, der Investitionen, des Handels wie auch der Beschäftigung grenzüberschreitend und grundlegend verändert hat (Ibid., S. 5 Ziff. 14). Global agierende Unternehmen üben somit einen stetig steigenden Einfluss auf unsere gesamte Gesellschaft wie auch die Lebensbedingungen von einzelnen Personen und Angestellten aus. Die Rolle von Unternehmen bei der weltweiten Forderung einer nachhaltigen Entwicklung wird denn auch in den unterschiedlichen Zielen der von den Vereinten Nationen vor drei Jahren verabschiedeten Agenda 2030 hervorgehoben. Unter anderem werden in Ziel 8 ein dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit gefordert. In Ziel 12 werden insbesondere große und transnationale Unternehmen dazu „...ermutigt, nachhaltige Verfahren einzuführen und in ihre Berichterstattung Nachhaltigkeitsinformation aufzunehmen“. Der Diskurs über die Verantwortung von Unternehmen vis-à-vis der Gesellschaft wurde zudem stark geprägt von den im Jahre 2011 vom UNO-Menschenrechtsrat verabschiedeten UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, auf welche ich in einem kurzen Augenblick noch genauer eingehen werde.

Zusammenfassend hängt der verstärkte Fokus auf transnational agierenden Unternehmen innerhalb des Entwicklungszusammenarbeitsdiskurses somit mit dem enormen Potential und Einfluss zusammen, welche diese Unternehmen de facto vis-à-vis unserer Gesellschaft und Einzelpersonen ausüben.

Ich komme nun zur Beantwortung der zweiten Frage und der Rolle von transnationalen Unternehmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Zuallererst muss ich hier hervorheben und das ganz ausdrücklich: Es ist nicht die Pflicht von Unternehmen, die Rolle des Staates zu ersetzen und die sozioökonomische Entwicklung in anderen Staaten voranzutreiben. Vielmehr geht es um eine komplementäre Rolle von Unternehmen in jenen Bereichen, welche in ihrem unmittelbaren Einflussbereich liegen. An dieser Stelle möchte ich auf zwei Aspekte näher eingehen, welche die Wichtigkeit der Rolle von transnational agierenden Unternehmen im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung unterstreichen.

Erstens: Aufgrund der Vielfalt der Bedürfnisse, wie wir bereits von Professor Ungericht gehört haben, welche durch die heutige Gesellschaft abgedeckt werden wollen, gepaart mit den richtigen wirtschaftlichen und technologischen Rahmenbedingungen, reichen globale Lieferketten heute in entlegenste Regionen mit unterschiedlichsten Kulturen. Oftmals bereisen die Güter auf ihrem Weg zum Endkonsumenten eine Vielzahl von Ländern, welche für die unterschiedlichsten Produktionsschritte zuständig sind. Die geografische Reichweite von globalen Lieferketten birgt somit das Potential, dass eine nachhaltige Entwicklung auch an Orten gefördert werden kann, an welchen staatliche Entwicklungszusammenarbeit nur beschränkt oder ungenügend vorhanden ist. Ein Beispiel für einen Beitrag von Unternehmen zur nachhaltigen Entwicklung in diesem Kontext besteht z. B. aus der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Weitergabe von Know-how, welche mit der Generierung von Wertschöpfung in unterschiedlichsten Regionen einhergehen. Daraus ergeben sich auch potentiell positive Auswirkungen auf das persönliche und familiäre Umfeld der Beschäftigten und die Verwirklichung einer Reihe von weiteren Menschenrechten für die involvierten Parteien.

Der zweite Aspekt bezieht sich auf eine quantitative Komponente, nämlich die enorme Anzahl von Arbeitskräften, welche in globalen Lieferketten beschäftigt werden. Ein paar Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen illustrieren das eindruckliche Potential von Unternehmen in diesem Bereich: Rund 60 % des weltweiten Handels finden heute in globalen Lieferketten statt, und mehr als 450 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind darin beschäftigt

(<http://www.ilo.org/berlin/sozialpartner/globale-lieferketten/lang--de/index.htm>). Das Potential von global agierenden Unternehmen zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen, liegt hier insbesondere in der Gestaltung von angemessenen Einstellungs- und Arbeitsbedingungen entlang der Lieferkette, welche eine Vielzahl von unterschiedlichen Arbeitsrechten tangieren, so z. B. den Anspruch auf einen gerechten Lohn, nichtdiskriminierende Anstellungsbedingungen oder die Sicherheit am Arbeitsplatz, um nur einige zu nennen. In einem weiteren Sinne haben positiv ausgestaltete Arbeitsbedingungen ebenfalls einen positiven Einfluss auf weitere grundlegende und in der allgemeinen Menschenrechtserklärung verankerten Menschenrechte, wie das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Nahrung, Familie, Bildung, usw.

Diesem Potential von Unternehmen, einen positiven Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten, steht jedoch eine Realität gegenüber, welche diesem Potential nicht oder zumindest nicht immer gerecht wird. Hier spreche ich die negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte im Zusammenhang mit global agierenden Unternehmen an. Der Einfachheit halber bleibe ich im Bereich der Arbeitsrechte, um Ihnen mögliche negative Auswirkungen auf die Menschenrechte innerhalb von globalen Lieferketten zu demonstrieren. Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation zufolge gibt es immer noch rund 150 Millionen arbeitende Kinder zwischen fünf und 17 Jahren und ca. die Hälfte davon arbeitet unter gefährlichsten Bedingungen (<http://www.ilo.org/global/topics/child-labour/lang--en/index.htm>). Rund 25 Millionen Personen verrichten ihre Arbeit zudem unter Zwang, wovon 16 Millionen dem privaten Sektor zuzurechnen sind (<http://www.ilo.org/global/topics/forced-labour/lang--en/index.htm>). Des Weiteren können Druck auf Herstellerpreise, Liefermengen und Lieferfristen massive negative Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer innerhalb einzelner Produktionsstufen haben (Internationales Arbeitsamt, Menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten, Int. Arbeitskonferenz 105. Tagung, 2016, S.2, §8 und S.22, § 60).

Während ich das Beispiel der Arbeitsbedingungen gewählt habe, um aufzuzeigen, welches Potential, aber auch welche Gefahren für die Menschenrechte im Zusammenhang mit globalen Lieferketten bestehen, so muss jedoch ergänzt werden, dass die Art und das Ausmaß dieser Auswirkungen auf die Menschenrechte von Unternehmen zu Unternehmen und von Sektor zu Sektor unterschiedlich sein können. Ich habe eingangs erwähnt, dass es nicht Aufgabe der Unternehmen ist, die Rolle des Staates im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu ersetzen. Vielmehr geht es darum, dass sich Unternehmen innerhalb ihres enormen Einflussbereiches für die Einhaltung der Menschenrechte und eine nachhaltige Entwicklung einsetzen. Im Gegensatz zum Staat haben Unternehmen denn auch keine unmittelbare, sich aus dem internationalen Recht ableitende Pflicht, die Menschenrechte innerhalb der globalen Lieferketten einzuhalten. Vielmehr ist es der Staat, welcher dafür zu sorgen hat, dass in seinem Hoheitsgebiet und von seiner Jurisdiktion unterstehenden Personen die Menschenrechte eingehalten werden.

Wie bereits angesprochen, orientiert sich der heutige Diskurs über die Verantwortung von Unternehmen zu einem großen Teil an den UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Der erste Teil dieser Leitprinzipien behandelt die staatliche Pflicht, den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten. Der zweite Teil richtet sich an Unternehmen. Diese werden dazu angehalten, die international anerkannten Menschenrechte zu achten, und es zu vermeiden, negative Auswirkungen auf die Menschenrechte zu verursachen oder dazu beizutragen und den bereits entstandenen negativen Auswirkungen effektiv zu begegnen. Hierbei nehmen die Leitprinzipien insbesondere auch Bezug auf die Geschäftsbeziehungen von Unternehmen, was mit Blick auf globale Lieferketten von großer Bedeutung ist.

Als Instrument, um diesen menschenrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen, wird eine menschenrechtliche Sorgfaltsprüfungspflicht für Unternehmen stipuliert. Aus unternehmerischer Sicht einzigartig ist die detaillierte Anleitung, wie und auf welchen Stufen innerhalb eines Unternehmens eine solche Sorgfaltsprüfungspflicht durchzuführen ist. In diesem Sinne bietet die in Pfeiler 2 der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte enthaltene Anleitung auch die Möglichkeit, dass Unternehmen ihre Strategien zur Vermeidung von negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte nach denselben Prinzipien wie andere Unternehmen und mit einem zentralen Fokus auf die Menschenrechte ausrichten. Das Konzept der menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung wird damit zum zentralen Element bei der Wahrung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen.

Obwohl dieses Rahmenwerk, wie bereits erwähnt, formell zwar nicht rechtsverbindlich ist, so hat der breit angelegte Konsultationsprozess im Rahmen der Entstehung und die nachträgliche Rezeption dieser Prinzipien von Staaten, der Zivilgesellschaft, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften bis hin zu Unternehmen eine Dynamik ausgelöst, welche das Potential dieses Instruments offenbart.

Gleichwohl der Tatsache, dass Unternehmen innerhalb der globalen Lieferkette in Abwesenheit von verbindlichen nationalen und internationalen Rechtsgrundlagen keine Verpflichtung haben, eine menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung zu implementieren und negative Auswirkungen auf die Menschenrechte zu verhindern, so macht es nach meinem Dafürhalten Sinn, dass sich Unternehmen proaktiv für eine stärkere Einhaltung der Menschenrechte und für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen sollten. Während die gängigen Begründungen in diesem Bereich zu Recht Bezug auf finanzielle Einbußen für das Unternehmen durch Reputationsschäden, kostspielige Verantwortlichkeitsklagen, Sicherheitsvorkehrungen oder Streik von Personal nehmen, möchte ich hier zum Schluss noch auf einen weiteren Aspekt hinweisen. Während Stand heute auf internationaler Ebene nur nicht rechtsverbindliche Instrumente zur Unternehmensverantwortung existieren (mit wenigen Ausnahmen im Bereich des Völkerstrafrechts), so besteht die Möglichkeit, dass anhaltende und grobe Verstöße von global agierenden Unternehmen gegen die international anerkannten Menschenrechte und gesellschaftliche und soziale Wertvorstellungen früher oder später ebenfalls stufenweise Eingang in die nationale und internationale

Rechtsordnung respektive Strafrechtsordnung finden können, unabhängig davon, ob die Unternehmen in den Normierungsprozess involviert waren. In diesem Sinne liegt es im Interesse der Unternehmen, die Einhaltung von Menschenrechten innerhalb ihres Einflussbereiches proaktiv mitzugestalten und es empfiehlt sich aus meiner Sicht eine Abkehr vom Motto: Alles, was nicht gesetzlich geregelt ist, ist erlaubt. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Moderator Udo Bachmair, Bakk.phil.: Ja, meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu einer Diskussionsrunde zum Thema. Danke übrigens noch einmal für die beiden wirklich interessanten Impulsreferate.

Zu uns neu dazu gestoßen sind die beiden Damen links und rechts von mir. Frau Dr. Fritz, von mir aus rechts gesehen, beschäftigt sich seit Jahren schon intensiv mit alledem, was sich mit Nachhaltigkeitsmanagement umschreiben lässt. Sie unterrichtet als Lektorin an der Universität Graz Nachhaltigkeitsmanagement in Zulieferketten und Forschungsmethode. Zu den Zulieferketten haben wir auch schon im Impulsreferat einiges gehört.

Zu meiner Linken Sarah Reindl, sie hat das ja in Graz bekannte und geschätzte Lebensmittelgeschäft „das Gramm“ mitbegründet. Sie hat damit ein Zeichen gesetzt, dass mehr und mehr Menschen auch die Möglichkeit haben, oder auch lernen, ressourcenschonend zu konsumieren. Ressourcenverschwendung war ja auch der studierten Umweltsystemwissenschaftlerin immer schon ein Dorn im Auge, ich glaube, uns allen wahrscheinlich hier im Raum.

Es war jetzt viel in den Impulsreferaten die Rede von Nachhaltigkeit, von Wirtschaft und Ethik, von Zerstörung von Lebensräumen zu hören. Und der eine Satz: „EZA neu denken“ von Professor Ungericht, da möchte ich meine Frage anschließen, Frau Dr. Fritz: Was heißt das aus Ihrer Sicht, EZA neu denken? Also diese Argumentation Nachhaltigkeit, Nachhaltigkeitsmanagement, eine Art des Managements, die ja für die Entwicklungspolitik eigentlich existenzbegründet wäre, was bedeutet das für Sie?

Morgane Fritz, PhD: Also für mich ist Nachhaltigkeitsmanagement ein Bereich, wo man drei Dimensionen berücksichtigen muss: Umwelt, Ökonomie an der Wirtschaft und Gesellschaft. Und in diesen drei Dimensionen sind verschiedene Aspekte, in der Umwelt z. B. CO²-Emissionen, das ist ein Thema für mehrere Unternehmen, in sozialen Aspekten sind Arbeitsrechte z. B. oder keine Diskriminierung in Arbeitsfeldern. Man soll das kombinieren im Management, so dass man eine nachhaltige Entwicklung fördern kann. Das ist ein Thema für mich, präsent in Unternehmen, aber auch in Kommunen oder in der Stadt z. B., das ist ein Thema, wo man sich damit intern in jeder Organisation beschäftigt, aber auch extern mit anderen Akteuren, z. B. den Medien oder die Konsumenten. Für mich hat jeder hier eine Rolle zu spielen, nicht nur die Unternehmen oder nicht nur die Stadt.

Moderator Udo Bachmair, Bakk.phil.: Ist Nachhaltigkeitsmanagement etwas, das schon im Bewusstsein der Menschen als wichtig angesehen wird, oder wäre da noch sehr viel Aufklärungsarbeit notwendig?

Morgane Fritz, PhD: Ich glaube, das hängt davon ab, mit welcher Person man spricht und es hängt davon ab, welche Ausbildung man hat. Manche Leute wissen sehr viel, Leute, die z. B. Umweltsystemwissenschaften studiert haben. Wir können schon erwarten, dass Nachhaltigkeit klar für sie ist, aber das ist auch eine Herausforderung, finde ich, in der Gesellschaft, weil es gibt verschiedene Definitionen von diesem Wort Nachhaltigkeit, und es kann sehr viele Bedeutungen haben. Es ist auch eine Frage, wie man das schaffen kann, dass wir das alle gleich verstehen, sodass wir auch in die gleiche Richtung gehen können.

Moderator Udo Bachmair, Bakk.phil.: Was wäre, kurz gesagt, die ideale Bedeutung von Nachhaltigkeitsmanagement? Was ist für Sie da das Wichtigste?

Morgane Fritz, PhD: Für mich die häufigste Definition, das ist diese Kombination von umwelt-, sozialen und ökonomischen Aspekten und dass man die Ressourcen schont, aber nicht nur die Ressourcen, die man in der Natur findet, sondern auch in den Menschen.

Moderator Udo Bachmair, Bakk.phil.: Sarah Reindl, Sie sind schon jetzt auch indirekt angesprochen worden als Umweltsystemwissenschaftlerin, der der Begriff Nachhaltigkeit und all das, was damit zusammenhängt, ja keineswegs fremd ist. Im zweiten Impulsreferat ist in diesem Zusammenhang auch die Rolle der transnationalen Unternehmen beschrieben worden. Wie sieht aus Ihrer Sicht diese Rolle aus, wenn Sie das jetzt vergleichen mit Ihrer Rolle als Inhaberin einer kleinen Firma, die in eine ganz andere Richtung arbeitet? Wo sehen Sie da die größten Diskrepanzen?

Sarah Reindl, MSc.: Vorweg möchte ich mich bedanken für die Einladung, danke, dass ich heute hier sein darf. Zu Ihrer Frage: Es ist mir besonders auch durch die zwei Impulsreferate wieder sehr bewusst worden, womit ich mich hier alltäglich beschäftige, nämlich mit der Rolle der Konsumentinnen und Konsumenten und der Wirklichkeit in Ländern, die wir jetzt auf die herkömmliche Art und Weise als Entwicklungsländer vielleicht definiert haben – das ist ja jetzt in Frage gestellt worden, ob das überhaupt die richtige Beschreibung ist. Aber sagen wir einmal so: Wir leben ja als Gesellschaft eine Rolle vor und wir leben vor, was das heißt, wenn man entwickelt ist, nach dieser alten Definition. Die Werte, die wir leben, die transportieren wir ja nicht nur durch politische Ebenen. Aber so, wie ich das

mitbekomme, bewerben wir das und strahlen wir das sehr stark aus durch soziale Medien, durch die die Globalisierung, die einfach so stark passiert, dass wir als Gesellschaft eines Landes, das eben entwickelt ist, ein Vorbild sind für Menschen, die die schönen Seiten unseres Lebens über Plattformen konsumieren, die aber nicht sehen, was da dahintersteckt, unsere Herausforderungen. Und genau dieser Schritt, also das, was da passiert, dass einfach wir so ein starkes Vorbild sind, ob wir es wollen oder nicht. Ob Leute soziale Medien konsumieren oder nicht, können wir nicht beeinflussen. Da ist es, glaube ich, einfach sehr wichtig, dass die Gesellschaft bei uns sich entwickelt, genauso wie der Herr Ungericht das angesprochen hat. Eine Möglichkeit dafür ist es für die Konsumentin und den Konsumenten, genauer hinzuschauen, um zu schauen: Wo kommt mein Produkt her? Und sich zu engagieren, das ist auch schon angesprochen worden, dass man selbst die Zügel in die Hand nimmt. Das ist auch meine Meinung und dadurch, dass wir jetzt zwei Geschäfte betreiben und dieses Kommunizieren mit den Konsumentinnen und Konsumenten, die bei uns schon sehr aufgeschlossen sind und sehr viel wissen, das zeigt mir aber auch, dass doch genau diese Leute schon Scheuklappen aufhaben. Wir sind ein Unternehmen, wir agieren sehr transparent, wir versuchen wirklich sehr stark, Leute darüber zu informieren, wo die Produkte herkommen usw., und wenn das dann manche Leute hören, denken sie sich: „Na ja, dann kaufe ich das nicht!“ Es ist irgendwie ein ungutes Gefühl, wenn man Bohnen aus China kaufen muss, weil es sie bei uns nicht gibt, und die das dann in meinen Augen vielleicht bevorzugen, das von einem Unternehmen zu kaufen, das dann nicht so transparent ist, das es den Kunden einfach schwieriger macht darauf zu schauen: Was steckt denn wirklich dahinter? Mir ist das sehr stark bewusst geworden, dass es doch für Unternehmen im aktuellen Wirtschaftssystem nicht so viele Anreize gibt, so transparent zu agieren, dass die Kunden und Kundinnen sich wirklich gut informieren können darüber, wo das alles herkommt. Das wäre ein Schritt, das zu belohnen, für Unternehmen verantwortlich zu handeln und transparent zu agieren.

Moderator Udo Bachmair, Bakk.phil.: Sie haben vorhin auch den Satz aufgegriffen: „Gerade auch unsere Gesellschaft muss sich entwickeln.“ Wie ist das jetzt zu verstehen im Zusammenhang mit der Einstellung zu Menschenrechten? Das hat ja auch mit der Migrationsentwicklung eng etwas zu tun, man hat so das Gefühl, dass in der öffentlichen Wahrnehmung dieses Thema, also das Thema Menschenrechte im Speziellen, kaum mehr Relevanz hat. Da gibt es natürlich verschiedene Ursachen, die sich in den letzten zwei Jahren offenbar im Bewusstsein vieler Menschen verändert hat und einen gewissen Aufbau von Feindbildern, speziell auch durch den Boulevard sehr gefördert – Flüchtlinge, Asylwerber, die man als Feindbilder aufbaut und damit möglicherweise jegliche Empathie für Notleidende, für Hilfesuchende dadurch verpufft, kann man sagen. Sehen Sie das als ein Problem, dass da auch in Ihrer speziellen Arbeit Vorurteile merkbar sind?

Sarah Reindl, MSc.: Also direkt in meiner Arbeit merke ich nicht, dass es da Vorurteile gibt. Was ich aber sehr wohl merke: Wir verkaufen zwar jetzt nur Lebensmittel, aber wir haben ja Diskussionen über andere Bereiche auch und ganz, ganz stark – und das ist auch aus aktuellem Anlass – die Modeindustrie ist da ein großes Thema, wo man einfach auch merkt, dass es den jungen KundInnen wahrscheinlich sehr stark an Empathie fehlt, weil sie auch nicht das Bewusstsein dafür haben, was es bedeutet, so wie wir zu konsumieren und was das für ganze Lieferketten oder so bedeutet, und für Leute, die den tatsächlichen Preis dann bezahlen müssen.

Moderator Udo Bachmair, Bakk.phil.: Zur Frage – Menschenrechte, wie steht man dazu? Warum scheint dieses Thema vielen Menschen nicht mehr sehr wichtig zu sein, auch den Medien im Speziellen? – wer möchte dazu aus der Runde noch etwas sagen?

Dr. iur. Res Schuerch: Menschenrechte ist ein sehr weit gefasster Begriff, er beinhaltet sehr viele Rechte, aber auch sehr viele unterschiedliche Perspektiven zu Rechten. Ich glaube, ein Grund, weshalb die Wahrnehmung vielleicht da ist, dass wir oder die Medien uns weniger mit Menschenrechten beschäftigen, ist natürlich auch, weil bei uns die Voraussetzungen erfüllt sind, dass viele grundlegende Rechte für uns alle selbstverständlich sind. Bei uns sind die Menschenrechte, die ich in meinem Referat angesprochen habe, das Recht auf Bildung, das Recht auf Familie, all diese grundlegenden Rechte, unsere Grundrechte, in diesem Sinn nicht umstritten, sie sind gegeben für die Gesellschaft. In diesem Sinne ist der Diskurs über Menschenrechte stark abhängig vom gesellschaftlichen und sozioökonomischen Kontext, in welchem der Begriff verwendet wird. Wenn man in andere Länder geht, wo diese Voraussetzungen nicht dieselben sind, da ist der Diskurs zu den Menschenrechten natürlich auch ein anderer und es sind andere Rechte im Vordergrund. Schlussendlich, glaube ich, muss man wirklich auch unterscheiden, dass es sehr viele verschiedene Rechte gibt.

Du hast selbst auch die Erfahrung gemacht, dass es sehr viele Leute gibt, die sich mit der Thematik der Menschenrechte beschäftigen, jedoch kommt es auch darauf an, in welchem Sektor man arbeitet. Ich persönlich arbeite natürlich in einem Bereich, indem sich viele Leute damit beschäftigen, wo man sich sehr viel und oft austauscht, da haben wir natürlich auch eine andere Perspektive und man beschäftigt sich natürlich auch mit anderen grundlegenden Menschenrechten, als jene, welche ich genannt habe und die hier für die meisten Leute einfach quasi gottgegeben sind.

Moderator Udo Bachmair, Bakk.phil.: Was das Stichwort Entwicklungshilfe/Entwicklungszusammenarbeit auch in diesem Zusammenhang betrifft, gibt es ja, wie ich eingangs erwähnt habe, auch Kürzungen, jedenfalls keine Steigerungen, keine Stärkung der Hilfe. Ja, man könnte annehmen, dass es da vielleicht einen größeren Aufschrei in der Öffentlichkeit gibt, aber man muss sehen, dass es vielen Menschen eigentlich relativ egal zu sein scheint. Ich hoffe, ich bin nicht zu pessimistisch, nur ein paar Zahlen dazu: Der Absturz

von den ohnehin schon geringen 0,42 % des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2016 auf 0,3 % des Bruttonationaleinkommens 2017, das ist schon einmal eine Kürzung, die doch spürbar ist. Wenn man aber bedenkt, dass, wie erwähnt, auch die Bundesregierung von diesem niedrigen Niveau aus weitere Kürzungen im Doppelbudget 2018/2019 vorsieht, ist das ja kaum mehr zu erklären. Oder ist das doch zu erklären, Herr Professor Ungericht?

A.o. Univ.-Prof. Dr. Bernhard Ungericht: Na ja, ich weiß nicht, ob ich es erklären kann, aber wenn man über Jahre hinweg ein Klima der Bösartigkeit und ein Eigennutzdenken fördert, dann ist es nicht wahnsinnig erstaunlich, dass das durchgeht. Mir ist in meinem Beitrag wichtig gewesen, dass man sich nicht für blöder stellt, als man eigentlich ist, und andere nicht für blöd verkauft. Wir müssen nur die Augen aufmachen und Fragen stellen. In meiner Profession – ich bin Professor für Betriebswirtschaftslehre – ist ja diese Art der Ignoranz ziemlich weit verbreitet. Da wird immer von Wertschöpfungsketten gesprochen – aber eigentlich wird da etwas verwechselt. Denn, wenn ich von Wertschöpfungsketten spreche, dann muss ich darüber reden, welche Werte denn da geschaffen werden und für wen? Wertschöpfung wird also fröhlich verwechselt mit Profitschöpfungsketten. Das ist aber ganz was anderes. Also sich nicht selber blöder stellen, als es eigentlich notwendig ist. Wenn wir die Augen aufmachen sehen wir: wirtschaftliche Entwicklung hat überhaupt nichts mit Gerechtigkeit zu tun. Ein höheres Bruttosozialprodukt oder höhere Wettbewerbsfähigkeit führen nicht von selbst zu mehr Gerechtigkeit. Deshalb gibt es einen ganz starken Diskurs in der kritischen Entwicklungsforschung, den Entwicklungsbegriff überhaupt aufzugeben. Es ist ein schwammiges Wort. Wir können auch die Frage stellen worum es eigentlich geht. Es geht um globale Gerechtigkeit beispielsweise, es geht um menschliche Werte. Wirtschaft hat immer mit Interessen zu tun, deshalb ist Wirtschaft immer eine politische Frage. Und weil es eine politische Frage ist, ist es auch immer eine ethische Frage. Gerade in meiner Profession und Disziplin tut man ja oft so, als wären die Wirtschaft, der Markt, die Preise, objektive, natürliche Gegebenheiten, die uns zu etwas zwingen. Wir sprechen dann gerne von ökonomischen Sachzwängen. Natürlich zwingt uns überhaupt keine „Sache“ zu etwas. Markt, Wirtschaft, Preise sind nichts anderes als unsere Vorstellungen. Es sind Fiktionen, die wir zwischen uns und andere Menschen stellen. Der Markt ist nichts anderes als eine Beziehung zwischen Menschen, ein Preis eines Produktes ist nichts anderes als eine Beziehung zwischen zwei Menschen, die dieses Produkt austauschen. Wirtschaft ist etwas, das wir gestalten. Häufig hören wir auch „der Wettbewerb zwingt uns“ – aber den Wettbewerb gibt es nicht. Es geht immer um gestaltbare Beziehungen zwischen Menschen.

Ein kurzer Seitenhieb: Das Regionalentwicklungskonzept der steirischen Landesregierung 2018, nennt zwei wichtige Punkte: Einer davon ist die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen. John Maynard Keynes, einer der größten Ökonomen des vergangenen Jahrhunderts hat gewusst, dass übergroße internationale Wettbewerbsfähigkeit ein Problem ist. Deshalb hat er vorgesehen, dass Länder, die Exportüberschüsse haben, Strafen zahlen müssen, die in einen von den Vereinten Nationen verwalteten Topf kommen, dessen Mittel dann den ärmeren Ländern zugute kommen sollten. Warum? Weil klar ist: Wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit erhöhen (meistens auf Kosten der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung hier), setzen wir andere unter Druck, ihre Sozial- und Umweltstandards noch weiter zu senken. Wenn die aber erfolgreich sind, dann werden sie natürlich uns wieder unter Druck setzen. Das ist fernab von Entwicklung und das ist fernab von Zusammenarbeit. Deshalb glaube ich, dass ein Paradigmenwechsel unbedingt notwendig ist.

Statement von Hrn. Prof. Dr. Ungericht samt vorhergehender Fragestellung des Moderators 16 Minuten später:

Moderator Udo Bachmair, Bakk.phil.: Wie sollte die Entwicklungszusammenarbeit in zehn Jahren aussehen? Muss man pessimistisch sein? Ihr Resümee und Ihre Prognose.

A.o. Univ.-Prof. Dr. Bernhard Ungericht: Mit Prognosen haben die Ökonomen noch nie besonders viel Erfolg gehabt. Aber bevor ich versuche, darauf zu antworten, was sein wird – schauen wir uns an, wie die derzeitige Situation ist. Die Frau Präsidentin hat zurecht darauf hingewiesen, dass gar nicht so klar ist, wer Geberland und wer Nehmerland ist. Ich möchte das mit einigen Zahlen bekräftigen: Die internationale Organisation Eurodad hat 2014 berechnet, dass die Länder des Südens jährlich etwa 150 Milliarden Dollar an Entwicklungshilfe erhalten. Gleichzeitig bezahlen diese Länder aber über den Schuldendienst 500 Milliarden an den reichen Norden. Hinzukommen noch Verluste für diese Länder durch Steuerprivilegien und Steuerflucht von transnationalen Konzernen in der Höhe von 380 Milliarden Dollar jährlich. Das heißt das Siebenfache der Entwicklungshilfegelder fließt zurück. Eine unverdächtige Stimme – der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz – hat in seinem Buch „Die Chancen der Globalisierung“ geschrieben: „Was ist das für eine verrückte Welt, in der die Armen die Reichen subventionieren.“ Das ist die Realität und nicht, dass wir die Guten sind, die die Armen unterstützen. Da belügen wir uns selber.

Nun zu ihrer Frage – Was ist in zehn Jahren? Ich würde eher die Frage stellen: Was sind die großen Herausforderungen in den nächsten zehn Jahren? Verändern wird sich sowieso alles: Klimawandel, Migrationsströme, Peak everything – nicht nur Peak Oil, Verlust der Artenvielfalt, Ressourcenproblematik, ökonomische Instabilitäten etc. Die Frage ist nicht, ob sich etwas verändert, sondern wie wir mit den Veränderungen umgehen. Nehmen wir das einfach hin, versuchen wir, uns durch zu schummeln, oder versuchen wir, jetzt gegenzusteuern. Und das ist die große Herausforderung, die wir heute angehen müssen. Die große Herausforderung ist die Selbstdeprivilegierung in unseren Gesellschaften – nicht auf Kosten anderer zu leben. Bill McKibben hat ganz einfach vorgerechnet: Wir wissen – um das 2-Grad Klimaziel zu erreichen, dürfen wir bis Mitte des Jahrtausends nicht mehr als 565 Gigatonnen CO² in die Luft

blasen. Aber die derzeit bekannten Vorräte an Öl, Kohle und Gas betragen 2795 Gigatonnen. Das heißt die Konzerne müssten auf vier Fünftel ihres Vermögens verzichten, wenn sie das im Boden belassen müssen. Das ist kein Win-Win-Programm, sondern die Vernichtung eines Geschäftsmodells. Das Gleiche gilt für andere nicht nachhaltige Branchen: die Automobilindustrie und Fluggesellschaften etwa. Das heißt dieser Paradigmenwechsel wird konfliktreich sein. Es ist eine Illusion, zu glauben, dass das konfliktfrei ablaufen wird. Die Frage ist: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? In einer Gesellschaft die rücksichtslos auf Kosten anderer und zukünftiger Generationen lebt? Die zentrale Herausforderung wird sein, ob wir es schaffen, die zivilisatorischen Errungenschaften über die wir in unseren Gesellschaften noch verfügen, wie ein Rechtsstaat, einigermaßen demokratische Beteiligungsmöglichkeiten, ein Wohlfahrtsstaat mit medizinischer Versorgung, Bildungssystem und Altersversorgung etc., im Rahmen einer nachhaltigen Ökonomie zu erhalten und weiter zu kultivieren. Einen optimistischeren Ausblick kann ich leider nicht geben.

Meine geschätzten Damen und Herren, somit sind wir am Ende des heutigen **LAND.HAUS.GESPRÄCHS** – Ich hoffe Sie waren auch so gefesselt wie ich und behalten diesen Abend in guter Erinnerung.

Abschließend lade ich Sie alle sehr herzlich in den angrenzenden Rittersaal zu einem Empfang ein, in dessen Rahmen wir uns weiter austauschen können.

Bevor Sie aber heute nach Hause gehen, darf ich Sie noch sehr herzlich einladen, sich in Gästebuch einzutragen, das beim Hinausgehen für Sie aufliegen wird.

Ich wünsche uns allen noch einen schönen Abend!

Danke für Ihr Interesse, bleiben Sie diesem Format treu!

Bleiben wir im Gespräch!

Familie 3.0

Über die Zukunft der Familie, der Ehe, von klassischen Rollenverteilungen und mehr wurde am Montag, dem 11. Juni 2018 in der Landstube des Grazer Landhauses diskutiert.

Unter dem Titel „Familie 3.0“ lud die Präsidentin des Landtages, **Bettina Vollath**, zur bereits siebenten Ausgabe des Veranstaltungsformates **LAND.HAUS.GESPRÄCHE** ein.

Für eine lebhaft und vor allem spannende Gesprächsrunde sorgten der bekannte deutsche Bestseller-Autor, Trend- und Zukunftsforscher **Matthias Horx**, die Vorsitzende der Katholischen Frauenbewegung, **Lydia Lieskonig**, die ehemalige Vizebürgermeisterin der Stadt Graz, **Lisa Rücker** sowie der Leiter des Ethik und Armutsforschungszentrums Salzburg, Professor **Clemens Sedmak**.

Landtagspräsidentin Vollath begrüßte die Gesprächsteilnehmenden sowie zahlreiche Interessierte und leitete das Thema des Abends „Familie 3.0“ ein: *„Wie auch unsere Gesellschaft wird sich das Familienbild, so wie es viele noch aus ihrer Kindheit kannten, weiter verändern und weiterentwickeln, kurzum: Es wird sich an den Zeitgeist anpassen. Wie das aussehen wird und was das für Auswirkungen auf uns alle haben wird, ist schwer festzumachen. In jedem Fall muss auf neue Familienformen oder veränderte Rollenverteilungen reagiert werden und die Rahmenbedingungen angepasst werden“*, so Vollath.

Moderiert wurde der Abend von Falter Redakteurin **Barbara Tóth**, musikalisch umrahmt von einem Saxophon-Quartett des Johann-Joseph-Fux Konservatoriums unter der Leitung von **Martin Harms**.

Nach den Impuls-Vorträgen von Matthias Horx und Clemens Sedmak folgte eine spannende Diskussion mit allen Gesprächsteilnehmenden:

Zitate

Matthias Horx: *„Die klassische Kleinfamilie war immer überfordert und wurde in festgeformte Rollenbilder gezwängt. Es braucht also eine Erweiterung von Familienformen. Diese Familienformen passen sich heute an die jeweiligen Gesellschaftsformen an, sie sind ein Organismus, der sich anpasst. Familien werden vielfältiger, unruhiger und abwechslungsreicher. So entstehen neue Formen, wie beispielsweise Co-Living, die Produkte dieses Wandels sind.“*

Lydia Lieskonig: *„Schon immer hat sich der Begriff Familie und das, was man darunter versteht, gewandelt. Seit jeher ist Familie etwas, das Sicherheit gibt, eine Zusammensetzung einer Gemeinschaft, die Gefühle zulässt, und der Zuneigung. Sicherheit ist aber immer mit Herausforderung verbunden. Doch Zuneigung, Gefühle und Wohlbefinden in einer Familie haben immer Zukunft.“*

Lisa Rücker: *„Familie wird auch in Zukunft für uns alle eine starke Bedeutung haben. Für die einen ein Traum, der nie in Erfüllung geht, für andere vielleicht ein Albtraum? Für viele von uns ein selbst gewählter oder uns geschenkter Ort der Geborgenheit, des Gemeinsam-Lebens. Vielfältig, variantenreich und stetig in Veränderung.“*

Clemens Sedmak: *„Ohne Familie als Ort unkündbarer Primärbeziehungen wird es auch in Zukunft nicht gehen, weil wir Menschen Orte brauchen, an denen wir ohne Mitgliedsbeitrag akzeptiert sind und gestärkt werden, auch um Verantwortung einzuüben.“*

Artikel 8 (1) EMRK – Recht auf Achtung des Privat und Familienlebens; Artikel 7 GRC –

Achtung des Privat und Familienlebens; Artikel 9 GRC – Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen; Artikel 33 (1) (2) GRC – Familien- und Berufsleben

FLTPⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Bettina Vollath:** Sehr geehrte Damen und Herren,

was ist „Familie“? Was verstehen wir unter diesem Begriff, der ursprünglich aus dem lateinischen kommt und für „Hausgemeinschaft“ stand? Diese auf den ersten Blick aus der Sicht vieler sicher leicht zu beantwortende Frage ist bei genauerem Hinsehen gar nicht so eindeutig und auch nicht abschließend zu klären. Schon hier in dieser Runde finden wir wahrscheinlich zig Ideen und Vorstellungen davon, was Familie ist oder was Familie sein kann. Im traditionellen Verständnis ist Familie ein Ehepaar, das zusammen mit seinen Kindern in einem Haushalt wohnt. Das heißt, „Familie sein“ ist geprägt durch das Vorhandensein von zwei Generationen und von zwei Geschlechtern, die Ehe des Elternpaares, verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Familienmitgliedern und einer Haushalts- und

Wirtschaftsgemeinschaft. Dieses Familien- und Rollenverständnis ist immer noch weit verbreitet, stimmt allerdings mit der Lebenspraxis einer wachsenden Zahl von Menschen immer häufiger nicht mehr überein.

Herausgebildet und verbreitet haben sich hingegen zahlreiche Lebensformen, die von diesem Modell abweichen. Beispiele dafür sind nichteheliche Lebensgemeinschaften mit ihren Kindern, gleich-geschlechtliche Paare, die mit den Kindern eines Partners oder einer Partnerin zusammenleben, Alleinerziehende, zu denen auch ich mich über viele Jahre gezählt habe, und Paare ohne Kinder, die nicht zusammenwohnen, aber solidarisch verbunden sind und füreinander sorgen. Sind das auch Familien? Wann ist man Familie?

Für mich gibt es ein paar entscheidende Punkte, die eine Familie ausmachen, nämlich ob eine gewachsene persönliche Bindung entstanden ist, ob Vertrauen, Liebe und Solidarität vorhanden sind und ob man sich in der Gemeinschaft geborgen fühlt und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit besteht. Unter diesen Aspekten tritt es in meinen Augen in den Hintergrund, ob Eltern miteinander verheiratet sind oder nicht, ob sie gleichgeschlechtlich sind oder alleinerziehend, Kinder die selben Eltern haben, oder ob sie Adoptiv-, Stief- oder Pflegekinder sind. Jede Form der Familie muss ihre Berechtigung in unserer Gesellschaft haben.

So ist es auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention in Artikel 8 festgeschrieben – jedermann hat Anspruch auf Achtung seines Privat- und Familienlebens.

Darüber hinaus beschreibt Artikel 16 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte den grundlegenden Schutz von Ehe und Familie, nämlich die Freiheit zur Eheschließung, die Gleichberechtigung der Ehepartner und die Freiheit zur Familiengründung. In besagtem Artikel 16 wird die Familie beschrieben als „die natürliche und grundlegende Einheit der Gesellschaft“.

Gerade die Gesellschaft und die Rahmenbedingungen für Familien sind es aber, die sich in den letzten Jahrzehnten rasant verändert haben, deshalb fällt der Alltag oft schwer. Wo bleibt Platz für die Familie in Zeiten einer sich völlig verändernden Arbeitswelt, die insbesondere die Flexibilität der Arbeitskräfte als einen hohen Wert sieht.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Eltern ist also nach wie vor ein großer Knackpunkt und so bleibt für viele Frauen auch im 21. Jahrhundert noch immer viel zu oft die Frage: Familie oder Karriere? Vor allem auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist eine familienfreundliche Politik eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. Es müssen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden, unter denen Familien unterstützt und gestärkt werden.

Der Alltag moderner Familien ist oft genug ein Kraftakt – die Aufgaben werden so gut es eben geht verteilt – alles eine Frage der perfekten Organisation. Unvorhergesehenes darf allerdings nicht passieren, dann bricht alles zusammen. Dass bei genug Disziplin und Organisation eine Vereinbarkeit möglich ist, ist also nach wie vor eine Beschönigung, denn in Wahrheit bleibt es ein Nebeneinander zweier völlig unterschiedlicher Lebensbereiche, die sich, wenn man sie gleichzeitig ausübt, unweigerlich addieren. Weil beide Bereiche genau dieselben Anforderungen an die Eltern stellen; sowohl in der Familie als auch im Beruf sollen sie idealer Weise allzeit verfügbar, flexibel und immer auf die Sache konzentriert sein.

Glücklich schätzen können sich also Familien, die auf die dritte Generation, die Großeltern zurückgreifen können – sie sind noch in vielen Fällen die notwendige Ergänzung und eine große Unterstützung im Alltag, bringen ihre Kompetenzen und ihr Wissen ein, springen ein, wenn ein Kind plötzlich krank wird. Ich sage bewusst „noch“ – denn natürlich sind auch Großeltern, so sie noch nicht Pensionsalter erreicht haben berufstätig. Ich selbst bin so eine berufstätige Großmutter und kann für meine Enkelin nicht einfach so einspringen, wenn ihre Eltern beruflich verhindert sind.

Familienarbeit ist eine ernstzunehmende, aufwändige und gesellschaftlich existentielle Arbeit – aber in den Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft haben jene, die die Familienarbeit leisten – und das sind nach wie vor in hohem Maße Frauen – leider nach wie vor gravierende Nachteile.

Wird sich das in Zukunft ändern? Wie werden Familien tatsächlich in 20 oder 30 Jahren aussehen? Wird es in Zukunft endlich gelingen, dass Kinder vom ewigen „Frauenthema“ zum Familienthema werden und die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen so nachjustiert und verändert werden, dass es für Paare gleichberechtigt, aber auch für Alleinstehende ohne Nachteile möglich wird, Kinder zu erziehen?

Die OECD wagt in ihrem Bericht „Future of Families 2030“ einen Ausblick und prognostiziert das schleichende Ende des klassischen Familienbildes – der gesellschaftliche Wandel bildet sich zunehmend auch in Familienkonstellationen ab. „Es wird mehr Alleinerziehende geben, die traditionelle Familienkonstellation aus verheirateten Eltern mit Kindern wird seltener“, schreiben die Autorinnen und Autoren. Dagegen wachse die Zahl der Scheidungen und jener Paare, die zwar zusammen sind, aber nicht zusammenwohnen. Außerdem gebe es immer mehr Alleinerziehende und gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Fast jedes zehnte Kind in OECD-Ländern lebt heute laut dem Bericht in einer Patchwork-Familie, etwa 15 % in einem Alleinerzieher-Haushalt. Immerhin jedes 15. Kind wächst bei seinen Großeltern auf.

In jedem zweiten Haushalt in fast allen OECD-Ländern gibt es dem Bericht zufolge heute gar keine Kinder mehr. Dieser Trend werde weiter anhalten. Für Österreich prognostizieren die StudienautorInnen, dass die Zahl der Partnerschaften ohne Kinder bis zum Jahr 2030 um rund 28 % zunehmen wird. Damit sei der Trend zur Kinderlosigkeit in Österreich innerhalb der OECD besonders deutlich – neben Deutschland und Japan. Im Jahr 2030 werden außerdem rund 40 % aller Haushalte in Österreich Singlehaushalte sein, jede dritte Familie mit Kind(ern) wird ein Alleinerzieher-Haushalt sein.

Migration wird zu einer Diversifizierung von kulturellen Werten und Familienbildern beitragen. Immer mehr Frauen werden einer bezahlten Arbeit nachgehen, die Ausbildungszeiten junger Menschen werden länger, die Lebenserwartung steigt und viele alte Menschen leben alleine.

All diese neuen Rahmenbedingungen führen mit Sicherheit dazu, dass zumindest die Erwartungen, die Menschen an das Familienleben haben, andere sein werden. In diesem Sinne freue ich mich auf spannende Vorträge und eine Diskussion, die uns vielleicht den einen oder anderen Blick in die Zukunft der Familie werfen lässt.

DDDr. Clemens Sedmak: Schönen Abend!

Liebe Landtagspräsidentin, dieser Raum schüchtert mich ein. Ich habe 10 bis 15 Minuten Zeit für neun Gedanken, da muss ich schnell sprechen – ganz, ganz schnell.

Erster Gedanke: Es ist auffallend, dass wir nach wie vor mit Gewinn Aristoteles lesen können, der sich über Freundschaft und Bindungen Gedanken gemacht hat, wenn gleich seine Naturphilosophie schon ein bisschen veraltet scheint. Das ist 2.400 Jahre her, dass er sich darüber Gedanken gemacht hat. Das gibt Anlass zur Vermutung: So schnell werden sich Grundfesten der *conditio humana*, wenn es um Geborgenheitsbedürfnis und Sicherheitsbedürfnis, um Oikos und die Hausgemeinschaft geht, nicht ändern.

Zweiter Gedanke: Ich sollte nachdenken über Zukunft der Familie. Da sind mir einige, ich nenne es einmal *areas of concern*, eingefallen, Bereiche, über die man nachdenken sollte. Ich sage jetzt nicht realisieren, sondern um Gottes Willen, sondern die man sich anschauen sollte. Die Lebenserwartung der Menschen steigt und wird weiter ansteigen. Das hat verschiedene Implikationen für Familie, z. B. dass man die Elternschaft hinausschieben kann und immer noch etwas vom Leben übrig bleibt, z. B. dass die Adoleszenz durch die Rahmenbedingungen der Gesellschaft schneller einsetzt. Wir reden hier manchmal von akzelerierter Adoleszenz, so dass die Kinder sehr viel schneller ins Jugendlichen-Stadium katapultiert werden und die Zeit, wo die beschützenden Eltern und die treu zu ihnen aufblickenden Kinder eigentlich immer knapper wird. Es heißt auch steigende Lebenserwartung, dass sich mitunter vier Generationen in einem Konvolut zusammenfinden müssen. Es kann heißen, dass die Zeit, wo Kinder und Eltern partnerschaftlich auf Augenhöhe unterwegs sind, länger wird mit all den Konsequenzen, die das haben kann: Meine Frau und meine Tochter waren heute gemeinsam mit mir auf Augenhöhe shoppen in Salzburg. Das war der zweite Gedanke.

Der dritte Gedanke: Die Diversität und Pluralität wird sicherlich weiter zunehmen. Biografie und Diversität, wenn ich mir anschau, was wir für Bewerbungen bekommen oder Studierende an der Universität, sind jetzt schon die Biografien sehr viel weiter auseinander als zu meiner Zeit, als wir an die Uni kamen. Ich habe mich damals schon fast geschämt, ich wurde in Bad Ischl geboren, bin in Bad Ischl aufgewachsen, habe in Bad Ischl maturiert und komme aus Bad Ischl, das war mein Lebenslauf. Und die anderen haben einen anderen Lebenslauf gehabt – damals, 1989, als ich zu studieren begonnen habe. Mittlerweile ist diese Diversität sehr viel größer. Die Biografien haben eine größere Pluralität und das erzeugt größere Abstimmungsaufwände. Ich gebe ein Beispiel: Eine Kollegin von mir, auch Alleinerzieherin, ist Mutter einer Tochter und eines Sohnes, und ihre Tochter hat ihr, als die Tochter 18 Jahre alt geworden ist, eröffnet, dass sie eigentlich ein Bub ist. Sie hat jetzt diesen Transgenderweg auf sich genommen und meine Kollegin beschreibt ihre Hilflosigkeit, wie viel an Dominosteineffekten hier jetzt zu tragen kommt. Sie ist Katholikin und Theologin und sagt: „Die Kirche ist da nicht besonders hilfreich in der Sprache, die die Kirche anbietet“, und das ist dann so ein Dominoeffekt. Was bedeutet das dann für die nächste Generation, die übernächste Generation u. ä.? Also dritter Gedanke: Diversität und die Pluralität, das wird auf jeden Fall größer werden. Vierter Gedanke: Die Optionalität steigt, also Optionen, du kannst sagen: „Das will ich, das will ich nicht!“ Denken Sie nur an medizinische Möglichkeiten, da kannst du ja oder nein sagen, pränatale Diagnostik, da kannst du ja oder nein sagen. Es gibt ein Buch, das einmal geschrieben werden müsste mit dem Titel: „What options can not bring?“, was die Optionen nicht bringen können. Dann gibt es so einen gewissen Vorteil, den ich auch manchmal habe, dass Optionen eine gute Sache sind und je mehr Optionen, desto besser. Das ist aber nicht ganz richtig. Da gab es einmal eine Umfrage, die man in der Schweiz und in den USA gemacht hat: „Wenn Sie die Wahl haben zwischen zwei Eissalons, der eine Eissalon bietet 10 Sorten, der andere 300, in welchen Eissalon gehen Sie?“ Zwei Drittel der Amis natürlich – *the more, the better* – natürlich, 300 Sorten ist gut –, mehr als die Hälfte der Schweizer sagen: „10 Sorten, das reicht, Vanille ist dabei.“ Weil bis ich die 300 angeschaut habe, habe ich wieder ein halbes Arbeitsleben verloren, das heißt, es ist ein Preis zu zahlen für die Optionen. In dem Moment, wo ich eine Option habe, muss ich mich positionieren. Der Aufwand steigt. In dem Moment, wo mir die Medizin etwas anbietet, muss ich mich dazu positionieren. Das heißt, Familienleben wird künftig noch mehr mit Nachdenken zu tun haben müssen, als es jetzt schon der Fall ist.

Fünfter Gedanke: Verrechtlichung. Wir beobachten hier – und die Juristinnen und Juristen hier werden das vielleicht mit Wohlwollen sehen – eine gewisse Verrechtlichung von mehr und mehr Lebensbereichen, die aber auch Opportunitätskosten, sage ich jetzt vorsichtig, mit sich bringt. Ich gebe ein Beispiel: Cathrine Bolten ist eine Sozialanthropologin, die in Sierra Leone geforscht hat zu den Konsequenzen, die die Einführung des Diskurses über Kinderrechte in Sierra Leone mit sich gebracht hat. Ist das verständlich? Sierra Leone, Kinderrechte, das ist jetzt in der Schule großes Thema und was hat das für Konsequenzen? Viele tolle Konsequenzen, aber auch die Konsequenz, dass traditionelle Betreuungsverhältnisse zusammenbrechen, dass Eltern und Großeltern sich zurückziehen, weil sie die Beziehungen nicht definiert wissen wollen über Entitlements über Ansprüche, über Pflichten ihrerseits und das, was selbstverständlich war auf einmal mit einem Rechtsanspruch ausgestattet wird. Es verschieben sich hier Beziehungen und Verhältnisse. Das ist einfach eine Opportunitätskostenstelle, die man sich anschauen muss und das fällt unter Verrechtlichung.

Sechstens: Stress. Es gibt diesen Begriff in der Familienforschung: „Over schedule family lives“, man will alles hineinpressen in ein Wochenende oder in einen Urlaub. Das wird nicht weniger, hängt auch mit der Optionalität zusammen: Je mehr Optionen ich habe, desto weniger möchte ich auf etwas verzichten. Das heißt, der Druck auf die Familie steigt, und das ist stressig. Es gibt das Phänomen in der Familiensoziologie: „Erschöpfte Familien“, Familien, die erschöpft sind, die nicht einmal mehr die Post aufmachen können, weil sie überfordert sind mit dem was der Alltag, oder vor allem der Verlust des Alltags mit sich bringt. Die steigende Ungleichheit ist ein weiterer Stressor. Denn natürlich ist es schön, wenn du ein wohlbehütetes Leben hast, die Rechnungen bezahlen kannst. Ich bin jetzt in South Pent auf einer der reichsten Unis der Welt. Und wenn man am Campus herumgeht, trifft man andere reiche Leute – ich bin jetzt kein Reicher, aber ich kann meine Rechnungen zahlen – trifft man andere Leute, die Rechnungen zahlen können und da ist relativ wenig Konfliktpotential. Also man schimpft ein bisschen auf den Trump und so, aber es ist relativ harmlos. Und wenn man die Blase des Campus verlässt – South Pent hat echte Armut – merkst du: Da gibt es Stressfaktoren. Die Weltbank hat Anfang des Jahrtausends eine Studie gemacht, wo sie 40.000 Menschen, die von Armut betroffen sind, interviewt haben, wie sie Armut erleben und der wichtigste Faktor war: Familien bröseln, zerbröseln, brechen zusammen unter dem Druck der Armut. Es steigt das Konfliktpotential, es ist ein Stressfaktor, Ungleichheit ist ein Stressfaktor, der die Familie bedroht.

Siebenter Gedanke: Projektionsfläche Sehnsucht. Wir haben ein Bedürfnis nach Geborgenheit, nach Sicherheit. Ich bin gerne bei einem Klub, wo ich keinen Mitgliedsbeitrag entrichten muss, ich habe das gerne, wenn ich nicht gefragt werde, mich nicht ständig erklären muss, in einer Beziehung, wie das die Familie ist. Weniger und weniger Beziehungen haben diesen unkündbaren Primärbeziehungscharakter, weniger und weniger. Jetzt wird sehr viel auf das Kind geschoben, also das Kind als die letzte unkündbare Primärbeziehung, die bleibt und auch das überlegt man sich, wenn die Kinder in die Pubertät kommen. Dann hast du so ein bisschen das Gefühl: Auf der Familie lastet dieser Druck, in der Arbeitswelt, in meiner Kirche, im Freundeskreis hat man überall kompetitive Verhältnisse, die Familie muss alles entlasten. Also sie muss diesen Druck stemmen, dass sie das ganz Andere uns bietet. Ich sage das einmal als Vater: Es ist ziemlich stressig.

Achtens, schon vorletztens, achtens: John Rawls, ein berühmter Philosoph, hat im Jahr 1971 ein Buch geschrieben: „Eine Theorie der Gerechtigkeit“. Da hat er gesagt: „Solange es Familie geben wird, kann es keine Gerechtigkeit geben.“ Solange es Familien geben wird, kann es keine Gerechtigkeit geben, denn Gerechtigkeit braucht Unparteilichkeit und Familie bedeutet Parteilichkeit. Ich habe größeres Interesse am Wohl meines Kindes als am Wohl des Nachbarfratzen oder -kindes. Das ist jetzt auch nicht böse, ich habe nichts gegen das Nachbarkind, aber meine Primärverantwortung ist bei meinen Kindern. Und dann entsteht das, was man manchmal bösen Nepotismus nennt, was man manchmal Sorge für die nachfolgenden Generationen bezeichnen kann. Also Kinder und Familien irritieren Gerechtigkeitsvorstellungen, sagte John Rawls. Michael Walzer, ein berühmter anderer Philosoph, sagt Ähnliches. Und beide sagen: „Aber irgendwo muss der Mensch prosoziale Einstellungen einüben, Altruismus erfahren, Liebe erfahren und da braucht es die Familie!“ Das ist nämlich interessant, beide sagen: Solange Familie, keine Gerechtigkeit. Und beide sagen: Aber ohne Familie kannst du überhaupt keine prosozialen Einstellungen entwickeln, d. h. das wird es nach wie vor brauchen. Das bringt mich zu diesem Punkt: Unter den Drückern, die wir sehen, braucht es das, was man tiefe Praxis der Bindung nennen könnte. Dan Coyle hat diesen Begriff geprägt: Deep Practice. Er hat sich gefragt: Warum gibt es in Brasilien so viele hochbegabte Fußballer und Fußballerinnen, die so hochbegabt sind, dass sie auch Österreichs Fußballnationalteam in den Boden spielen könnten? Seine Antwort war: Wenn ich gelernt habe, mit einem Fetzenball auf einem schiefen Untergrund Fußball zu spielen in tiefer Praxis, fällt es mir umso leichter, mit schönem Ball auf schönem Platz zu spielen, weil ich in tiefer Praxis das Fußballspiel eingeübt habe. Das kann man beim Vokabellernen machen: Wenn Sie links Französisch und rechtes Deutsch haben, können Sie jeden dritten Buchstaben des französischen Wortes auslassen, Sie machen es sich dadurch schwerer, aber es geht tiefer ins Gedächtnis, diese tiefe Praxis. Was wir brauchen werden als familienliebende Menschen, ist eine tiefe Praxis der Bindung auch unter widrigen Umständen, an einer Bindungsbereitschaft festzuhalten.

Neuntens – letztens: Der Gesetzgeber findet sich jetzt in der Rolle zwischen expressive laws, wo du das zum Gesetz machst, was gelebt wird und Faszilität, wo der Gesetzgeber eigentlich da Rahmenbedingungen schaffen möchte, die er für wünschenswert hält. Um sich in dieser Rolle des Facilitators zu sehen, muss man sich Gedanken machen: Was ist das Entscheidende am Familienleben? Und die Frau Präsidentin, glaube ich, hat das wunderbar gesagt: Es hat was zu tun mit einem geborgenheitsschaffenden Bindungsgefüge – geborgenheitsschaffende Bindungsgefügen. Die Form die das annimmt ist sekundär gegenüber dem, worauf es ankommt. Papst Franziskus – ich schließe fromm – hat gemeint, die Kirche erinnert ihn an ein Feldlazarett, das für die vom Leben Verwundeten da ist. Ein bisschen hat auch der Gesetzgeber diese Rolle Feldlazarett. In einem Feldlazarett muss ich mich auf das Wesentliche konzentrieren. Ich schlage noch einmal vor: Bei der Familie das Entscheidende ist das geborgenheitstiftende Bindungsgefüge, wo die Form und Konstellation sekundär gegenüber diesem großen Hauptwerk ist. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

(nichtautorisiertes Transkript des mündlichen Vortrags – Wortprotokoll)

Matthias Horx: Ich finde es toll, dass heute in den Diskurs des Redens schon das Rappen eingegangen ist, großartig, ich will es eigentlich nur vertiefen. Ich habe gerade ein Buch geschrieben über die ZUKUNFT DER LIEBE UND FAMILIE, was ein völliger Flopp ist und das ist kein Zufall, weil eines der wenigen Dinge, die voraussagbar sind, ist die Zukunft einer Ehe. Es gibt einen Test des Ehepaars Gottman in Amerika, da können Sie hingehen, 20 Minuten als Paar miteinander sprechen und dann werden Sie mit Hochleistungskameras aufgenommen und

daraus wird ein Übertragungsmuster entwickelt. Es gibt verschiedene Werte nach einer Skala: Der negativste Wert ist Verachtung, contempt, der positivste Humor, und nach dem Verlauf des Gespräches können Sie voraussagen mit 90%-iger Wahrscheinlichkeit, ob diese Beziehung in Zukunft noch existieren wird. Das Problem ist nur, es geht keiner hin, es gibt keine Kunden dafür. Das hat seinen Sinn, weil wir in unserem Beziehungswesen in der Existenzialität blind sein wollen. Familie bedeutet semiotisch eine Verbindung – wir haben das untersucht, wir machen in unserem Institut öfters mal Studien über die Emotionalität, die Tiefenemotionalität von Begriffen. Und wenn man die Menschen träumen lässt von dem, was nie ist, kommen immer zwei Begriffe raus, nämlich Liebe und Frieden. Wer eine wirkliche Familie lebt, weiß, dass das eigentlich das Ende von Familie ist, wenn man das als höchsten Anspruch stellt. Eine Familie ist ja das Begegnen in Existenzialität, in ihrem Spannungsverhältnis zwischen Autonomie und Verbundenheit. Das größte Problem, das wir heute haben im Familienbegriff, ähnlich wie mit der Romantisierung der Liebe, ist, dass sie eine Art Ikonografie erlebt, dass sie so hoch gehängt wird, dass sie niemand mehr erreichen kann. Also je mehr wir das Gefühl haben, mit unseren Individualisierungen nicht zurecht zu kommen, desto stärker wird diese Vision, dass der große Friede in der Familie herrschen könnte, und dann in der Praxiserfahrung wird das eben furchtbar enttäuscht. Man könnte es auch in den folgenden Satz bringen: Der größte Irrtum über die Familie ist, dass es in ihr keine Fremden gibt. Das ist die Lage, und die Lage können wir jetzt versuchen zu verfolgen aus der Geschichte heraus und einige Thesen über die Zukunft einfügen.

Fünf Thesen zur Zukunft der Familie:

Erstens, Familienstrukturen adaptieren sich evolutionär entlang der sozioökonomischen Lebensformen. Die Familie ist im Kern aus zwei Elementen entstanden, nämlich der Liebeskaskade – die können wir heute untersuchen, das ist eine Art, wenn man so will, Drogenrausch des Hirns, der sich auf einen Menschen richtet, mit dem man letzten Endes, ich sage das so kalt, eine Reproduktionsbeziehung eingehen möchte. Das hat die Evolution aus einem einzigen Grund so eingerichtet, damit wir uns diese Tortur antun, mit einer Person schreiende Säuglinge nachts zu betreuen über viele Jahre hinweg, bis man sie – und das ist der Unterschied zur damaligen Jäger- und Sammlerzeit – mit vier bis fünf Jahren abgibt beim Stamm. Die Idee, dass man Kinder lebenslang erzieht, dann auch noch als Helicopter-mom oder -dad, ist eine relativ neue. Deshalb ist die Liebes-Erregungskaskade immer vier bis fünf Jahre und dann kommt diese berühmte Erfahrung, dass die Leidenschaft, die Anziehungskraft zwischen Mann und Frau nachlässt. Unsere Vorfahren, die Jäger und Sammler, haben daraus die Kultur der Reproduktion gemacht, deswegen existieren wir. Ursprünglich ist das nichts anderes, als das, was wir zur Fortpflanzung des Menschengeschlechtes brauchen. Und als einzige Spezies haben wir dieses Phänomen, dass unsere Kinder bei der Geburt vollkommen unreif sind. Wenn Sie mal in der Natur unterwegs sind: Es gibt viele Arten, die ihre Kinder praktisch fertig auf die Welt setzen. Wenn man eine Gazelle bei der Geburt beobachtet: Eine kleine Gazelle kann nach 30 Minuten so schnell rennen, dass sie einem Löwen davonrennt. Diese Familienstrukturen sind heute erforscht, wir haben ja noch indigene Gesellschaften, also wir können in die Vergangenheit schauen oder in die Gegenwart. Wir können sehen, wie triviale Gesellschaften, Jäger und Sammler – 95 % unserer Lebenszeit als Menschen ist Jäger- und Sammlerzeit gewesen, wir sind Jäger und Sammler, das sieht man jedes Jahr im Winterschlussverkauf – gebaut waren. Ihre Strukturen sind quasi die Standardfunktionen von Familien. Da gibt es Liebe, aber da gibt es eben auch viele Ligaturen, viele offene Möglichkeiten, weil uns unsere Vorfahren nicht überlebt haben, die sind im Durchschnitt nie älter als 35 Jahre geworden. Dadurch ist die Dunbar-Formel entstanden aus der Kulturanthropologie, die Bindungsfähigkeit des Menschen. Im Kern können wir sechs bis zehn Menschen zu unserem intimsten Lebensraum machen, 20 bis 40 Freundschaften und dann darüber hinaus die Resonanz zu einem Stamm. Das wird gerade durch die Illusion des Internets überboten, die uns ja vormacht, wir könnten zu tausenden von Menschen Verbindung aufnehmen. In der agrarischen Gesellschaft war Familie durch eine möglichst große Anzahl von Kindern geprägt aus ökonomischer Notwendigkeit, weil diese Kinder für die Alten sorgen konnten und auf dem Feld arbeiten mussten. Dann begannen die vielen verschiedenen Formen von bürgerlichen, erweiterten und nicht erweiterten Familien bis in die Industriegesellschaft. Und die Industriegesellschaft spaltete zum ersten Mal die Geschlechter in einer massiven Form auf, indem sie die Männer – primär die Männer – aus der Familie herausholte und so die generativen Bindungen kappte. Heute sind wir im Übergang zur Wissens- und Informationsgesellschaft und können uns fragen: Was heißt das, was bedeutet das? Welche Nachfrage nach welchen möglichen Familienformen gibt es? Welche Adaption, welche Evolution können wir hier antizipieren? Das ist im Prinzip die Denkart der evolutionären Prognostik.

Zweitens, die Kernfamilie als solche ohne andere Bindung, also die in Dreizimmer-, Vierzimmerwohnungen lebende industrielle Kleinfamilien war eine historische Ausnahme und sie war immer eine stabile Überforderung. Wir haben sie idealisiert, wir haben sie als Norm genommen, aber sie war immer am Rand des Nervenzusammenbruches, wir haben es nur nicht gemerkt, wir haben es zugekleistert. Frauen in der Kleinfamilie – Hochzeit in den 1950er-, 60er-Jahren – waren zuhause oft isoliert. Die Depressionen damals waren viel vielfältiger als heute, sie wurden nur nicht ausgedrückt. Männer waren schlichtweg nicht Teil der Familie. Und ich habe das heute noch bei all meinen Businessveranstaltungen, und ich bin auf vielen unterwegs, wenn Sie auch nur das Thema anrühren, sagen die Männer – nicht direkt, das würden sie sich nie trauen, wir haben ja Political Correctness: „Familie ist nicht die Aufgabe von mir, das ist die Aufgabe meiner Frau und meiner Kinder!“ Und in diesen Familien, wenn sie alleine nur mit Kindern sind – Kinder brauchen vielfältige Bindungsformen, vielfältige Erfahrungen, Lebensformen, Kommunikationen – entstehen letzten Endes neurotische Verengungen in der Kommunikation zwischen Menschen. Haushaltsstrukturen des Jahres 1900 hatten zwei große Blöcke oder im Wesentlichen eine Hauptlebensform: Erweiterte Großfamilie mit Abhängigen im eigenen Haushalt – Knechte und Mägde waren das, die meistens unverheiratet waren, die sind statistische Greise, oder auch in der Stadt eben die Dienstboten in der bürgerlichen Wohnung. Es konnten

auch 40 bis 50 % der Menschen nie heiraten aus ökonomischen Gründen. Dann begann eben jene kurze Zeit, die wir heute als gesellschaftliche Norm verinnerlicht haben, in der kleinste Haushalte in relativ hoher Isolation entstanden, die Mobilisierungswirkung des Industriesystems, die brauchten letzten Endes männliche Arbeiter in großer Zahl, weniger Frauen, die zeitlich getaktet zur Verfügung standen. Und heute haben wir eben – und das ist auch wieder statistisch, die Daten für Deutschland sind der Hintergrund, aber in Österreich ist es nicht anders – eine hohe Familienvielfältigkeit, es wurden schon einige genannt: Living-Apart-Together-Familien sind z. B. relativ viele, also Familien mit mehreren Wohnbezügen. Weibliche Dominanzhaushalte, was ist das? Da sagen die Männer immer: „Das sind doch alle!“ Da sieht man schon das Problem, das sind Haushalte, in denen die Frauen den überwiegenden Teil des Familieneinkommens beitragen, in Deutschland 10 %, in Österreich 8 %, in Skandinavien 35 %, in den Vereinigten Staaten fast 40 %. Sie sehen, wie unterschiedlich die verschiedenen Modelle sind. Und wie geht das weiter? Werden sich alle Haushalte in Singlefamilien auflösen? Das ist ja so die Dystopie, also wenn Sie so kulturpessimistische Talkrunden haben, dann werden alle einsam in Einzimmerwohnungen enden, niemand traut sich mehr, Familien zu gründen und wenn man sie gründet, scheitern sie gleich wieder usw. usw. Wir sind in einem Kokon von verschiedenen Ebenen sozialen Lebens eingebunden, als Bindungswesen sind wir angewiesen auf diese Vielfalt, auf die Intimität auf der einen Seite, die nichts anderes ist als die Selbstrealisierung und Selbsterfahrung des einzelnen. Wir können uns nur durch den Spiegel des anderen erleben. Und gerade, wenn wir Kinder bekommen, sind die ja noch einmal zusätzliche Spiegel, in denen wir uns realisieren, aber dazu gehören eben auch erweiterte Beziehungen, Nachbarn, Gemeinden, Heimat, Bedeutungen in sozialen Rollen und Berufen und darüber letzten Endes auch eine vertikale Ebene, eine vertikale Spannung in so etwas wie die Menschheit, die Humanität ist. Und das ist die Art und Weise des Menschen, sich zu verbinden mit der Welt. Man könnte das auch konzentrisch zeichnen: Die Kernfamilie funktioniert dann, wenn sie gebunden und erweitert ist durch Freunde, Nachbarschaften und all das, was dazu gehört, dann ist sie gesund. Sonst ist sie immer überfordert, weil sie alles geben muss, was Menschen miteinander im tribalen System an Resonanzen entwickelt haben. „Wir verlangen von einem einzigen Menschen all das, wofür früher ein ganzes Dorf, ein ganzer Stamm zuständig war. Zuneigung, Freundschaft, Verträge, Vertrauen, lange Spaziergänge und heißer Sex“, sagt Helen Fisher, die große Anthropologin der Liebe. Sie hat dieses Phänomen über viele Jahre erforscht.

Drittens, um Kinder großzuziehen braucht man in Zukunft ein ganzes Dorf. Das war immer schon so und langsam fangen wir an, es zu realisieren. Und das heißt, dass wir neue Antworten auf gesellschaftlicher Ebene finden müssen, die nicht nur auf der Vermeidung von Problemen – Stichwort Work-Life-Balance – basiert, sondern Angebote macht. Angebote aus der Erkenntnis, dass dann das Lebendige, das Vitale, das Nichtkatastrophische in der Familie wachsen kann, wenn wir die Beziehungen durch Vielfalt entlasten. Das ist das, was wir heute in den Anfängen erleben, und es hat bereits in den 1970er-Jahren angefangen mit dem Versuch neuer Lebensgemeinschaften und Wohngemeinschaften. Jetzt erlebt es eine Renaissance in den individuellen Konzepten von neuen genossenschaftlichen Tilgungsformen, in denen Vielfalt herrscht, in denen Alte mit Jungen leben, in denen es Infrastrukturen gibt, in denen man nicht ganze Stadtteile überqueren muss. Dörfer neu gebaut, aber in der modernen Form. Es gibt in Deutschland und Österreich inzwischen 4.000 solcher Projekte, weitgehend ungesehen von den Medien, die aber eben in diese Richtung gehen, aus dem Bedürfnis heraus: „Ich will, dass meine Kinder in einem Dorf aufwachsen, und zwar gerade in der Stadt!“ Da ist das französische Viertel in Tübingen, eine alte Kaserne, in der alle Infrastrukturen, Kindergärten, Kinderläden, eine Klinik, eine Sterbeklinik – beides ist dort vorhanden. Und wenn Sie dort hineinschauen, sehen Sie: Es ist wie ein Dorf, aber es ist in der Stadt. Das, was dabei entsteht, was dann gefragt wird, ist die Kombination, die lebendige komplexe Kombination von Individualität oder Individualismus und Sozialität. Oder hier noch ein Beispiel, ich habe hunderte solcher Beispiele, wie so etwas aussieht, das kann man richtig spüren, was dort auch gemeint ist: In Linköping in der Mitte von Schweden, keine Großstadt, keine Kleinstadt, dort ist ein neuer Stadtteil entstanden, der genau diese Idee der neuen Kommunalität kinderfreundlich aufgreift. Und wenn Sie dort hineinschauen, sehen Sie eben eine große Vielfalt, fast so etwas wie kinderfreundliche Architekturen, es ist autofrei, die Menschen können wählen zwischen der eher kommunalen Lebensform, in der der Gemeinschaftsraum groß ist und die Zimmer klein, oder umgekehrt. Man kann dort auch als Individualist leben und das ist im Prinzip das, was eine gute Großstadt heute bieten kann und was viele Großstädte eben auch abbilden in ihrem Inneren, dieses ist halt eine neugebaute nach den Vorstellungen ihrer Bewohner im kommunalen Wohnungsbau. Da gibt es dann so ein Walk of Fame, wo man Hochzeiten feiert, wo man kleine Paraden macht, das ist ein Dorf in der Stadt. Also, die Stadt, 60 % der Menschen leben in Großstädten, in der Zukunft werden es noch mehr sein. Die Dörfer wandern in die Stadt und in den Provinzen entstehen neue urbane Vielfaltsregionen, in denen quasi die Vorteile des Ländlichen, des Heimatlichen auch wieder genutzt werden können.

Viertens, wir kommen zurück in tribale Lebensformen. Unsere Vorfahren, die Jäger und Sammler hatten ein paar Eigenschaften, die sich heute erstaunlicherweise in den städtischen Milieus familiär rekonstruieren. Früher wurden Menschen in Gemeinschaften geboren und mussten ihre Individualität finden, heute werden Menschen als Individuen geboren und suchen ihre Gemeinschaft. Das kann man auch an den benannten Verlängerungen des Lebensspannenmodelles sehen, das ist ein industrielles Lebensmodell. Die Lebenserwartung in den 1960er-Jahren war etwas mehr als 60 Jahre, mit drei Phasen: Kindheit und Jugend, Erwerbs- und Familienleben getrennt nach Geschlechtern und danach eine kurze Alterszeit. Heute entwickeln wir ein siebenphasiges Modell: Die Familiengründung wird verschoben auf die Festlegung auf einen Partner und einen Beruf und das Heiratsalter hat sich um 10 Jahre verlängert in das Leben hinein. Aber wir haben danach viele andere Schleifen und lernen: Bildung und Beruf gehen ineinander über, da ist die Liebesbiografie eines Städters, und wir haben immer mehr stabile Freundschaften, die uns durchs Leben begleiten. Und wir erleben erstaunlicherweise bereits seit 10 Jahren einen Rückgang – das wissen die meisten nicht, weil das als positive Meldung kein Medienthema ist – der Scheidungsraten, überall in den

westlichen Ländern sinken die Scheidungsraten. Das liegt nicht daran, dass die Menschen nicht mehr wegkommen oder aus ökonomischen Gründen zusammenbleiben, sondern es liegt wahrscheinlich daran, dass wir später heiraten, davor mehr üben, was Partnerschaft ist und dann vielleicht doch ab und zu den „Richtigeren“, wenn es so etwas gibt, wählen. Das ist das alte Modell der Familie, wie wir es kennen und das variiert eben in den verschiedensten Formen. Wir können da Namen reinfüllen, wir haben das hier mal so als Baukastensystem entwickelt. Das ist interessant, wenn man es den Menschen gibt und die sollen es mal ausfüllen, das sind immer Menschen, mit denen man Beziehung hat und bei manchen sieht es dann so aus. Und vielleicht wird es in Zukunft auch Ergänzungen geben, Multi-Familien, die ihre Funktion wieder auf neue Art und Weise austauschen.

Fünftens und letztens: Alle Familien sind Patchwork-Familien. Sie waren es eigentlich immer schon, der Begriff der Work-Life-Balance gaukelt uns ja vor, wir könnten das ausbalancieren. Ich glaube nicht daran. Auch unter den besten Bedingungen, wenn man sich die skandinavischen Erfahrungen anschaut, dann weiß man, woran das scheitert, weil das Leben selbst, das Familienleben selbst und das Berufsleben, immer vitaler wird und dazwischen gibt es Turbulenzen. Wir können vielleicht sprechen von Work-Life-Tanz oder Work-Life-Indifferenz oder wie immer man es nennt, oder Integration. Jeder Trend erzeugt einen Gegentrend, je chaotischer Familienleben wird und je verunsicherter wir darüber sind, desto größer ist die Sehnsucht danach. Wir wissen das alle in vielen Bereichen: Globalisierung erzeugt das Bedürfnis nach Lokalität oder Nationalismus, und je schneller unsere Welt wird, desto größer ist das Bedürfnis nach Langsamkeit. Und eben solches gilt für die Familien: Die Familiensehnsucht steigt immer mehr, aber die Zukunft besteht nicht in der alten Familie, sondern in einer neuen Synthese, in einer Zukunftssynthese, in der wir Individualität, Autonomie und Bindung neu rekonstruieren. So können wir das wie eine Schleife sehen: Die Lebenswelt der Zukunft wird neue Ligaturen schaffen, die wir beschreiben können, Modelle die erfolgreicher sind oder nicht, je nachdem, was sie für Formen ausbilden. Das kann man im Grunde genommen auf einen Punkt bringen, nämlich eine Variation des guten alten Tolstoj, des Anna-Karenina-Prinzips – einige von Ihnen kennen das vielleicht – , alle glücklichen Familien gleichen einander, jede unglückliche Familie ist auf ihre eigene Weise unglücklich. Das war in einer Gesellschaft der normativen Familienform – also wo es immer darum ging, ein Ideal zu verwirklichen: Vater, Mutter, Kind, Wohlstand, Reichtum lebenslang –, sicher richtig. Und in der heutigen, in der pluralen Gesellschaft, in der sich identifizierenden Gesellschaft ist genau die Umkehrung das Richtige. Alle unglücklichen Familien gleichen einander, jede glückliche Familie findet ihren ganz eigenen Weg. Vielen Dank. (*Allgemeiner Beifall*)

Moderatorin Barbara Tóth: So, das waren jetzt, glaube ich, zwei sehr spannende, sehr diverse, sehr interessante Inputs. Jetzt würde ich Frau Lydia Lieskonig bitten um ihre erste Antwort. Sie sind seit 2016 Vorsitzende der Katholischen Frauenbewegung hier in der Steiermark, Sie sind in Pension, Sie leben in Graz, Sie sind kinderlos und Sie waren davon über vier Jahrzehnte in der Privatwirtschaft tätig, unter anderem bei einem großen Automobilkonzern. Bitte sehr.

Lydia Lieskonig: Auch von meiner Seite ein herzliches Grüß Gott!

Beide Statements fand ich unheimlich spannend und eigentlich nicht so kontrovers, wie ich es mir dachte. Bei beiden Ausführungen geht es in erster Linie um Gefühle, um einen Ort der Sicherheit, einen Ort wo man sich zurückziehen kann.

Um den Schwenk zu Familie 3.0 zu nehmen, so kann ich von mir selbst sagen, dass ich mir lange überlegte zu heiraten. Eine Beziehung die scheiterte, mich aber ein Stück weiter brachte. Ich habe mich voll in meinen Beruf hineingehängt, gearbeitet habe ich immer schon gerne. Auch länger am Tag und voll Energie. Geheiratet habe ich dann mit 35 Jahren und das Thema vor knapp 30 Jahren war: „Also mit 36, 37 wirst du sicher nicht mehr Mutter.“ Aktuell ist das ein ganz anderes Thema – es kommt mir vor, dass es selbstverständlich wurde, dass Frauen mit 39, 40 und darüber hinaus Mütter werden. Zu meiner Zeit vor 30 Jahren war das noch ein No-Go. Ich hätte es mir auch nicht zugetraut.

Meine Überlegung: Ich bin so mit meinem Beruf verbunden, und ich weiß nicht, ob ich diesen Balance-Akt so leicht bewältigt hätte. Ganz ehrlich, ich habe es mir nicht zugetraut.

Die Statements der beiden Herren zeigten mir: Zuerst einmal muss ich persönlich ein Individuum sein, ich muss zu mir selbst stehen können. Ich bin unteilbar, was dieses Individuum betrifft.

Erst viele Ereignisse, Lebenserfahrungen zeigten mir: „Puh, da fehlt mir noch etwas, da passt noch etwas zu mir.“ Ich fand dann einen etwas jüngeren Lebenspartner, dass er jünger ist als ich, dadurch ergeben sich viele unterschiedliche lustvolle Spannungsmomente. Ich meine es immer so, Familie ist für uns beide: „Ich lade dich ein in mein Wissens- und Erfahrungsgebiet oder was mich gerade beschäftigt.“ Das ist ein anderer Zugang, der mich als Individuum bestehen lässt, auch in einer Partnerschaft.

Nun bin ich die Vorsitzende der katholischen Frauenbewegung Steiermark und es ist mir ganz wichtig, zu erkennen, dass mir eine gewisse Komponente fehlte und das habe ich in der katholischen Frauenbewegung, in die ich hineingestolpert bin, gefunden. Ich habe gemerkt: „Da ist etwas, da ist eine Gemeinschaft“. In unserer Pfarre, wie Sie es sagten, Herr Horx, diese verschiedenen Formen von Lebensmöglichkeiten, das kommt auch in der „Zelle Pfarre“ vor.

Man merkt es jetzt immer öfter: Je mehr diese Individualisierung fortschreitet, was nichts Unanständiges ist, Singlehaushalte mehren sich – nicht nur von jungen Personen, sondern auch von älteren Frauen und Männern – desto wohler fühlen sich Menschen in der Pfarre und in Gemeinschaft aufgenommen. Ich glaube, dass das in meinem Betätigungsbereich ganz wichtig ist, Pfarrgruppen, sei es jetzt eine kfb-Gruppe, seien es Eltern-Kind-Gruppen, dass es unsere Aufgabe aus der christlich-katholischen Sicht ist, Gemeinschaft zu stärken,

einladend zu sein, für andere eine gewisse Zeit da zu sein. Natürlich war meine Herkunftsfamilie katholisch, aber nicht so, dass das ein unumstößlicher, nicht diskutierbarer Begriff gewesen wäre. Diese Offenheit in meiner Familie ermöglichte es, dass ich sage: Okay, ich bekenne mich zu dieser katholischen Kirche, wir haben ein tolles Angebot, aber wir müssen auch danach trachten, andere Menschen miteinzubeziehen.

Für mich ist es ganz wichtig, so glaube ich, dass es verschiedene Lebensformen gibt und in Zukunft geben wird. Kirche bewegt sich doch und das finde ich für die Gegenwart und Zukunft wunderbar. Kirche ist schon alt, aber trotzdem finde ich, dass es eine herausfordernde und spannende Geste ist, wie wir als katholische Christen und Christinnen mit den verschiedenen Lebensformen umgehen.

Und ich glaube, dass es eine tolle Möglichkeit ist, dass ich Ihnen das – heute im Landhaus – so sagen kann. Denn, wir sind auf einem guten Weg, zwar mit Spannungen und voller Herausforderungen, gerade was die unterschiedlichen Lebensformen betrifft. Wir werden uns nicht mehr nur auf die Kernfamilie beschränken können und es besteht die Chance, Familien zu entlasten.

Diesen Spagat zu schaffen, den gerade Frauen machen müssen, das ist wirklich oft sehr schwierig zu bewerkstelligen. Und da können wir es nennen wie wir wollen. Es wird immer wieder bei den Frauen hängen bleiben. Die Frauen zu entlasten und zu sagen: „Du, ich unterstütze dich, ich tu da mit ...“ Ich kann mich gut erinnern – und das möchte ich zum Abschluss sagen: Ich hatte viele Freundinnen, denen ich immer sagte: „Bitte ruft mich an, wenn ihr mich braucht zum Babysitten, zum Reden usw.“ Ich glaube, das hat mir auch viel Einblick in Familien gewährt, wonach ich mir dachte: „Nein, ich überlege es mir jetzt noch einmal“ – das sage ich ganz offen.

Aber wie schon eingangs erwähnt, in einer Gemeinschaft von Christen und Christinnen, so wie wir es ursprünglich verstehen, ist sie unglaublich wichtig, diese Zelle – und da sage ich jetzt PFARRE UND nicht nur Familie. Dass wir diese Pfarrmöglichkeiten der Begegnungen, der Pfarrkaffees mit den ganzen Ausformungen, dass es auch eine gute Möglichkeit ist, um Familien und Leben zu unterstützen. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

Moderatorin Barbara Tóth: Danke auch für diese persönlichen Worte. Jetzt als Letztes – und dann wechseln wir nach vorne – bitte ich Frau Lisa Rücker zum Pult. Ich weiß nicht, ob man sie groß vorstellen muss, weil sie kennt man, glaube ich, in Graz sehr, sehr gut. Sie haben die Grazer Stadtpolitik und die Grüne Politik über viele Jahre mitgeprägt in verschiedenen Rollen als Gemeinderätin, als Vizebürgermeisterin, als Stadträtin und Sie sind von Ihrer Ausbildung her diplomierte Sozialarbeiterin, Coach, Beraterin, Erwachsenenbildnerin. Sie haben zwei Töchter und leben in einer – schönes Wort – Partnerinnenschaft. Bitte.

Lisa Rücker: Danke für die Einladung.

Ich habe mich gerade als Feministin sehr angesprochen gefühlt, hier heute auch ein Statement abzugeben, als ich gehört habe, dass uns zwei männliche Experten erzählen, wie es um die Familie steht. Wir haben ja schon von meiner Vorrednerin und auch von den beiden Experten gehört, dass das Thema der Geschlechterrollen und der Familien nach wie vor eine Herausforderung ist, die sich auch in die Zukunft hinein erstreckt. Deswegen war ich sehr neugierig, was da kommt. Ich bin jetzt im Nachhinein, als ich beide Referate gehört habe, sehr froh, dass wir uns ideologisch nicht mehr darüber unterhalten müssen, ob jetzt die Kernfamilie die einzig „normale“ Familienform ist und wir dem noch nachweinen müssen, was leider manche immer noch tun. Sondern hier ist von beiden Herren außer Streit gestellt worden, dass es erstens einen kurzen Abschnitt in unserer Geschichte gegeben hat, wo dieses Ideal zumindest als Ideal existiert hat und dass es davor und auch danach wesentlich mehr Vielfalt gibt. Und ich denke, dass diese Vielfalt auch die einzige Chance ist, das was uns Familie ist, was Familie für uns alle sein kann, auch in die Zukunft zu retten. Wenn wir diese Vielfalt tatsächlich gleichwertig gewichten.

Ich habe mir drei Zugänge noch einmal herausgegriffen, das eine ist eben ein feministisch-gesellschaftspolitischer, ich werde Ihnen auch nicht ersparen, kurz auf die aktuelle Familienpolitik in Österreich einzugehen, die sich gerade in der Sozialpolitik insbesondere zeigt und höchst zynisch ist. Ich werde etwas persönlich dazu sagen, wie das so ist in einer Multifamilie zu leben, weil das würde ich jetzt am ehesten für unsere Familienform – eine meiner Töchter sitzt auch hier – so definieren. Und ich werde etwas aufgreifen, wofür ich Ihnen, Herr Horx, dankbar bin, nämlich: Was ist das, was wir für die Zukunft jetzt zu tun hätten und zu tun haben, damit Lebensform und Lebensraum besser zusammenpassen? Und da haben Sie die stadtpolitische Ebene eingebracht, wie Räume zu gestalten wären, damit Familienfreundlichkeit, Generationenfreundlichkeit, insbesondere die Maßeinheit des Kindes wieder in den Vordergrund rücken und dass dafür die Stadt der ideale Gestaltungsraum sei. Da brauche ich nicht mehr viel zu ergänzen, weil Sie haben da schon Wesentliches angesprochen.

Trotzdem noch einmal zum gesellschaftspolitisch-feministischen Zugang: Diese Überforderung, die das Familienideal uns serviert hat, diese Überforderung, wie das alles zu organisieren ist, aber auch die Überforderung in diesem: „Es geht eben um Liebe, Zufriedenheit und Geborgenheit“, ist eine privilegierte Betrachtungsweise von Familie. Denn wir wissen, dass – und wenn ich das jetzt gerade aus einer sozialarbeiterischen Praxis sagen darf – für viele bleibt Familie als dieser Idealfall ein Traum und für manche wird sie zum Alptraum. Wenn es da nicht Bewegungen gegeben hätte, wie eine feministische autonome Frauenbewegung, die z. B. das Thema Gewalt in der Familie so lange öffentlich gemacht hat, bis der Gesetzgeber das dann endlich aufgegriffen hat und in späten Jahren, nämlich Anfang der 1980er, 84 glaube ich, z. B. die Vergewaltigung in der Ehe strafrechtlich erstmals verfolgt hat. Das wäre ohne diese Bewegung von außen nicht gegangen. Gleich ist es mit gleichgeschlechtlichen sogenannten Regenbogenfamilien, die heute zum Glück, mehrheitlich noch nicht, aber hier zumindest in diesem Raum nicht in Frage gestellt werden als eine Variante der Familie. Wenn es da nicht Druck gegeben hätte aus

einer Bewegung mit entsprechenden Gerichtsurteilen auf europäischer Ebene, die dann die Politik dazu gezwungen haben, rechtliche Normen zu etablieren – ein bisschen auch gegen den Willen – wie man deutlich spüren kann ... dass das gelungen ist, hat mit Bewegung zu tun und mit dem Sich-Äußern von Gruppen, die diesen emanzipatorischen Zugang zum Thema Familie und auch diesen Anspruch, Familie leben zu können, wie es eben für die jeweilige Gruppe möglich oder erstrebenswert ist. Offen bleibt die Rollenverteilung von Arbeit innerhalb der Familie. Wir wissen, dass nach wie vor das Ernährer-Modell aus der Sozialversicherung her abgeleitet wird von einem erwerbsbiografischen Modell, das höchstwahrscheinlich – und da komme ich jetzt auf die Zukunft – so nicht aufrecht zu erhalten ist. Wenn wir von dieser neuen Form der Arbeitswelt sprechen – wovon viel geredet wird – wäre da aus meiner Sicht auch eine Chance, neu darüber zu reden, wie Arbeit zwischen den Partnern, Partnerinnen, Eltern, wer immer, verteilt wird. Denn in bestimmten Bereichen wird uns die Arbeit ausgehen, sie wird von Robotern gemacht werden. Hier kann man, denke ich, auch entsprechend besteuern, so hätte man einen Teil der Finanzierung herinnen für das, was an zukünftiger Care- und Pflegearbeit aufgewertet gehört und zusätzlich auf uns zukommt. Das heißt, hier gibt es Möglichkeiten, Stellschrauben jetzt zu drehen, damit innerhalb der familiären Arbeitsbalance über die Generationen hinweg mehr Gerechtigkeit hergestellt wird und trotzdem ein Umgang gefunden wird mit einer Arbeitswelt, die uns noch ziemlich herausfordern wird.

Die Frage der sozialen Ungleichheit: Sie haben das angesprochen, Sie sehen sie als steigend, ich sehe sie auch als steigend. Wir haben vor kurzem einen Familienbonus serviert bekommen, der sich dezidiert an nicht arme Familien richtet und dennoch als Kinderarmutsverhinderungsangebot definiert wurde. Wir haben eine Mindestsicherungsnovelle, die eindeutig unterscheidet zwischen den einen und den anderen Kindern. Wir haben überhaupt eine Unterscheidung zwischen den einen und den anderen, den fremden Kindern, die so in Österreich bisher noch nicht Praxis war. Das heißt, hier gibt es familienpolitische Einflüsse, die die Ungleichheit und die soziale Betroffenheit von Familien mit Sicherheit erhöhen. Die Mindestsicherung, die ja reduziert wird für größere Familien, ist hier ein deutliches Zeichen in die falsche Richtung. Wobei ich nicht daran glaube, dass die Mindestsicherung Armut verhindert, aber es geht darum, existenziell einigermaßen würdig durchzukommen.

Noch persönlich gesagt: Was mich immer wieder so wunderbar bewegt, ist, wenn ich meine Töchter und auch ihre Cousinen, Cousins und meine Familie in dieser Generation betrachte, wie wichtig ihnen Familie und diese familiären Bindungen sind und wie sehr sie selbst darauf achten. Wir waren fünf Geschwister, alle fünf haben wieder zwischen zwei und drei Kinder bekommen. Es gibt einen sehr großen Großfamilienzusammenhalt, man fährt auch gemeinsam auf Urlaub usw. Jedes Mal sehen wir, dass unsere nächste Generation wiederum darauf besteht, dass diese Tradition weitergepflegt wird. Das heißt, auch wenn unsere Familie eine für heutige Verhältnisse fast klassische Familie mit ihren Brüchen ist. Mit einer Kernfamilienphase, mit der Phase des living-apart-together, meine Partnerin lebt in Wien, die eine Tochter lebt in Wien, die andere lebt mit mir, die zwei Katzen leben jetzt momentan bei uns ... Das heißt, es gibt verschiedene Formen, die wir über unser Leben schon praktiziert haben, und ich finde es schön, dass diese Form, nämlich das Zusammen-aufeinander-Schauen und Füreinander-Verantwortung-Haben auch in schwierigen Zeiten, meinen Kindern dennoch wichtig ist. Deswegen habe ich eine positive Perspektive für die Zukunft.

Nun komme ich noch zum Lebensraum Stadt, es ist eh schon angesprochen worden: Wenn wir Stadtpolitik – und ich bin nach wie vor leidenschaftliche Stadtpolitikerin – auch wenn ich in keiner Funktion bin: die Themen der Kommunalpolitik interessieren mich als Bewohnerin dieser Stadt auch weiterhin. Wir werden keine Zukunft für ein gutes Zusammenleben schaffen, wenn wir nicht tatsächlich Kinder, alte Menschen in den Mittelpunkt unserer Planung und Politik stellen. Jan Gehl, ein Stadtplaner hat von der Stadt „8 und 80“ gesprochen, d. h. wenn 8-jährige Kinder und 80-jährige Menschen die Maßeinheit bilden dafür, was wir planen an Wohnen, an öffentlichem Raum, an Bewegung, an Geschwindigkeiten in der Stadt – da komme ich wieder auf mein geliebtes Verkehrsthema zurück – wenn wir da nicht endlich neu ansetzen, dann wird die Stadt als Lebensraum für Familien keine Zukunft haben. Das heißt aber nicht, dass die Familien einfach wegziehen, sondern dass viele mehr auf die Möglichkeit, Familie zu haben, verzichten, weil sie sagen: „Es geht sich nicht aus neben dem, was sonst noch an Druck auf mir lastet.“ Weil auch die sozialen Entlastungssysteme derzeit offensiv angegriffen werden. Damit höre ich jetzt einmal auf und wir kommen dann sicher noch in die Diskussion. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

Moderatorin Barbara Tóth: Vielen Dank. So, ich würde Sie jetzt bitten, dass wir jetzt Platz wechseln und dass jetzt alle hier nach vorne kommen. Sie müssen alle Ihre Headsets mitnehmen, damit das Publikum Sie weiter so gut versteht. Wir haben jetzt eine knappe Stunde Zeit, um über sehr viele Aspekte und Tangenten zu sprechen, die im Vorfeld jetzt thematisiert wurden. Ich würde aber gerne quasi zum Aufwärmen oder so als Zwischenschritt mit einer persönlichen Runde einsteigen. Eigentlich dachte ich, ich werde Sie alle vier fragen müssen, aber spannenderweise haben die Frauen von sich aus die persönliche Situation, nämlich ihre persönliche Familiensituation auch schon angesprochen. Wir sind ja hier nicht nur Experten, sondern auch Menschen. Deswegen frage ich Sie jetzt, Herr Sedmak, als Erstes, also vorher hat es geheißt, dass wir uns einig sind: Die Kernfamilie, das ist also ein Relikt der 1950er bis 70er Jahre. Sehen Sie das tatsächlich so? Und Sie leben ja eigentlich ein sehr klassisches Familienmodell. Können Sie uns kurz erzählen, wie das in Ihrer Kindheit war, wollten Sie das immer so? Und vor allem, wie machen Sie das jetzt noch unter diesen Rahmenbedingungen?

DDD. Clemens Sedmak: Das sind zwei Fragen, ich fange mit der abstrakten an. Jetzt bringe ich aber ganz kurz – und dann können wir wieder über etwas Anderes reden – die konservative katholische Denkart ein. Ganz kurz. Wir Katholiken und Katholikinnen sind herausgefordert, mit dem, was einer meiner Lieblingsphilosophen Ludwig Wittgenstein in seinen philosophischen Untersuchungen in

5.93 eine einseitige Diät an Beispielen genannt hat. Er hat so schön gesagt: „Eine häufige Ursache philosophischer Krankheiten: Einseitige Diät von Beispielen. Man nährt sein Denken mit nur einer Art von Exempeln.“ Und wenn man kirchliche Dokumente anschaut, dann ist jetzt nicht diese Fülle von Familienformen so im Hintergrund, der zumeist auch im Alter fortgeschrittenen Kurienkardinäle, sondern ein relativ enges Bild. Das ist eine Herausforderung, mit der die Kirche umgehen muss. Auf der anderen Seite: Willst du – und da braucht es langsames Nachdenken auch über sehr schwierige Themen – willst du – und ich nehme an, niemand hier – sagen, dass alles auf derselben Ebene ist? Also wir wollen nach wie vor ein Alter haben, wo die dann heiraten können, du willst jetzt nicht als 8-Jährige heiraten – wir können über alles reden. Du willst vielleicht nicht, dass Väter ihre Töchter heiraten können – wir können über alles reden. Du willst vielleicht nicht, dass Menschen ihre Waschmaschine heiraten können – wir können über alles reden. Aber es gibt so Punkte, wo man sagen muss: „Das will ich und das will ich nicht!“ Und bei Pädophilie sind wir immer sehr vorsichtig mit guten Gründen, aber da brauchst du dann einen normativen Punkt, wo du sagst: „Das will ich auch als Gesetzgeber, und das will ich verhindern.“ Wir können es uns nicht zu leicht machen zu sagen: „Alle Formen in allen schillernden Farben und Dimensionen sind wünschenswert“, weil das wollen wir ja nicht. Ich gebe jetzt noch ein Beispiel, dann komme ich zum Persönlichen. Ich habe nie verstanden, dass Racism und und Ageism auf derselben Ebene liegen sollen. Racism heißt, du diskriminierst einen Menschen aufgrund seiner, sagen wir Hautfarbe. Und da sehe ich kaum einen vernünftigen Grund, warum ein Mensch aufgrund seiner Hauptfarbe bestimmte Dinge nicht so gut machen kann wie der andere. Vielleicht, wenn du Schauspieler bist und du sollst auf der Bühne öffentlich erröten, kann es mit einer hellen Hautfarbe leichter sein, aber das sind Randphänomene. Bei Ageism ist es schon so: Es ist kein Ageism-Fall, wenn ich den 7-Jährigen nicht ins Auto lasse als Fahrer. Es ist kein Fall von Ageism, wenn meine 14-jährige Tochter sagt: „Ich möchte einen Road-Tripp mit einer anderen 14-jährigen Tochter machen durch die USA, das machen wir jetzt einfach!“ Das wollt ihr doch nicht auf derselben Ebene haben – das wollt ihr doch nicht. Und Paul Withe hat einmal einen Prozess geführt in Georgetown, er hat sich beworben, hat die Professur nicht bekommen und hat dann geklagt wegen Ageism, Diskriminierung aufgrund seines Alters, er war 82 und hat sich nur vorstellen können: Der einzige Grund, warum er nicht genommen wurde als Professor, weil er zu alt ist. Ich werde das jetzt nur kurz los, weil das ist nicht dasselbe, Racism und und Ageism und da ist ... Nichtdiskriminierung kann nicht in eine Nivellierung hinein, da braucht es das langsame, auch unangenehme Nachdenken: Das wollen wir und das wollen wir nicht, und ein Mehr an Formen – das hat jetzt mit dieser Optionalität zu tun – ist nicht notwendigerweise ein Mehr an Lebensgewinn, wenngleich wir Katholiken da sehr zu knabbern haben mit dieser Diät an Beispielen, wo wir in diesem schrecklich engen Häuschen sitzen.

Das Persönliche: Meine Frau und ich, wir haben drei Kinder, eine Tochter, die ist jetzt das dritte Jahr in der USA und sie hat die High-School in den USA fertig gemacht und ist dann nach Wien gegangen, weil ich ihr gesagt habe: „In Wien gibt es eine Uni, die vielleicht nicht Weltklasse ist, aber sie ist gratis.“ Also für einen Vater bzw. für Eltern ist das ein gutes Argument. Jetzt ist sie in Wien, weil da gibt's keine Studiengebühren, weil in South Pent, wo ich jetzt bin, da sind 56.000 Dollar Studiengebühren im Jahr, das ist viel, das können wir uns nicht leisten. Ich glaube nicht, dass wir jetzt eine klassische Familie sind, die Tochter ist hier, die zwei Söhne sind bei uns in South Pent. Gestern war Vatertag und ich habe von jedem der drei Kinder was Schriftliches bekommen, sie haben etwas geschrieben und da siehst du die Pluralität, es ist unglaublich, wie individuell jedes Kind ist. Der Jüngste hat nur auf Englisch geschrieben, ich glaube, der kann sich gar nicht mehr so gut auf Deutsch ausdrücken. Ich erlebe die Familie so – das ist jetzt noch das Persönliche –, ich will da keine Rolle spielen müssen, ich spiele mit meinen Kindern keine Spielchen. Wir haben neulich ein Seminar gehabt über Hirnforschung und die Bedeutung für den Umgang mit Jugendlichen, also wie man mit den Jugendlichen reden sollte, weil die Hirnforschung sagt uns das. Und ich habe gesagt: „Ich spiele keine Spielchen“, also ich behandle meine Kinder, ich rede mit denen, wenn ich ein Problem habe, sage ich ihnen das. Ist das verständlich? Weil es gibt schon diese Art von Überpädagogisierung, wo man eine gewisse Unbefangenheit verliert, das hat einerseits mit der Verrechtlichung zu tun, aber andererseits auch mit dieser Überpädagogisierung, das versuchen wir in unserem Familienleben nicht zu haben. Das wollten Sie jetzt nicht wissen, aber jetzt höre ich einmal auf zu reden.

(nichtautorisiertes Transkript des mündlichen Vortrags – Wortprotokoll)

Moderatorin Barbara Tóth: Danke. Herr Horx, darf ich Sie kurz fragen, wenn Sie sich da jetzt in diesen Bubbles wiederfinden müssten, die Sie uns projiziert haben: Wo stehen Sie da jetzt gerade?

Matthias Horx: Also ich bin ein ganz konventioneller Familienvater, verheiratet, zwei Söhne, die sind jetzt 21 und 25, kommen gerade aus der Pubertät wunderbar zurück. (*Moderatorin Barbara Tóth:* „Mit 21 und 25?“) Das ist ja auch ein Missverständnis, im Kern der Familie ist natürlich die klassische Frau-Mann-Bindung, wenn man Kinder bekommt, sind diese in irgendeiner Form immer auch dominant, das ist ja klar. Es geht nicht darum, das zu ersetzen, aber ich bin aufgewachsen in den 1970er-Jahren, in der Rebellion der damaligen Zeit, und ich hab eine Kindheit in mir, in der ich die Verwerfung und Verwüstung von isolierten Kleinfamilien erlebt habe. Die gab es damals, meiner Meinung nach, ziemlich häufig. Also wir alle damals, die wir rebelliert haben, hatten dieses Gefühl: „Wir wollen ein anderes Lebens- und Familienmodell!“ Ich habe z. B. 15 Jahre in Wohngemeinschaften gelebt. Der Übergang dann in die Familie war davon geprägt, dass wir gefragt haben: „Wie machen wir das?“ Meine Frau kommt aus London, wie sie die Tatsachen der deutschen Kultur – wir sind damals nach Hamburg gezogen – erlebt hat, hat sie fast wieder die Koffer gepackt: „Um 12:00 Uhr sind die Schulen aus, wie bitte soll ich berufstätig sein?“ Deshalb haben wir letzten Endes das gemacht, was man Improvisieren nennt. Ich habe mein Leben,

meinen Beruf auch ausgerichtet auf meine Familienrolle. Ich wollte einmal ein aktiver Vater sein. Ich war einer von denen, die als Erster die Kinder in den Tragetüchern – das findet man heute eher etwas lächerlich – durch die Gegend getragen haben, ihnen vorgelesen und vorgesungen und Windeln gewechselt haben. Das haben wir alles gemacht, der „neue Mann“ und so. Und letzten Endes haben wir unser Leben auch in diese Balance dieser pulsierenden Familie gebracht. Wir haben dann später eine Wochenend-WG gegründet, also wir haben einen Feriensitz gehabt mit 14 anderen Personen, wo wir in den Ferien und zu Weihnachten und zu Neujahr in großen Gruppen wieder zusammen waren. Die Kinder sind quasi unter den Tischen von diskutierenden und kochenden Menschen aufgewachsen. Das finden sie heute ganz toll, das idealisieren sie richtig, weil wir, glaube ich, vielfältige soziale Beziehungen brauchen. Und wir sind mobil, wir sind individualistisch, wir sind extrem individualistisch. Wir sind der Meinung, dass Liebe, Partnerschaft, Individualität und Individualisierung zusammengehören, dass man sich eben in diesen Partnerschaften differenziert, koevolutionär. Das versuchen wir zu leben und das ist immer anstrengend und geht hin und geht her und hat nie eine endgültige Lösung – hoffentlich –, aber das Leben ist eben lebendig.

Diskriminierung für alle?

Die derzeitige Debatte um Maßnahmen gegen Hass im Netz macht es wieder einmal deutlich: Diskriminierung in all seinen Formen ist ein stets brandaktuelles Thema, welches vor allem Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger noch eine längere Zeit beschäftigen wird.

Aus diesem Grund lud Landtagspräsidentin **Bettina Vollath** am 19. November 2018 in der achten Ausgabe ihres Veranstaltungsformates **LAND.HAUS.GESPRÄCHE** zu einem Diskussionsabend über den Kampf gegen die vielen verschiedenen Gesichter der Diskriminierung. Dazu kamen spannende Gesprächsteilnehmende, Expertinnen und Experten, die über Erfahrungen aus ihren jeweiligen Bereichen berichten können:

Daniela Grabovac, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle Steiermark, **Godswill Eyawo**, Geschäftsführer des MigrantInnenbeirates der Stadt Graz, **Johannes Niedermayer**, Obmann des Vereins „Rosa-Lila PantherInnen“, **Sebastian Ruppe**, Gründer von „Selbstbestimmt Leben Steiermark“ und **Sabine Schulze-Bauer**, Gleichbehandlungsbeauftragte des Landes Steiermark.

Landtagspräsidentin Vollath begrüßte die Gesprächsteilnehmenden und leitete das Thema des Abends ein. *„Es ist ein unbestreitbares und trauriges Faktum, dass Menschen auch im 21. Jahrhundert in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen unserer liberalen Demokratien immer noch Diskriminierungen erfahren. Aber mit jedem Erfolg gegen Diskriminierung verbessert sich in unserer Gesellschaft auch das Bewusstsein dafür, was Diskriminierung eigentlich ist und wo die Grenzen eines Individuums überschritten wurden oder wo Würde verletzt wurde. Zu Verbesserungen kommen wir nur, wenn sich immer mehr Menschen zur Wehr setzen.“*, betonte Vollath.

Durch den Gesprächsabend führte ORF-Moderator **Gernot Rath**, für die musikalische Umrahmung sorgte ein Trio unter der Leitung von **Ismael Barrios**.

Nach einem Impulsvortrag von Antidiskriminierungsstellen-Leiterin **Daniela Grabovac** ergab sich eine spannende Diskussion mit interessanten Gesprächsteilnehmenden. Grabovac wies darauf hin, dass es in der Gesamtbetrachtung als Antidiskriminierungsstelle im Endeffekt die Mehrheit unserer Gesellschaft ist, die diskriminiert wird. Weiter bekräftigte sie: *„Wenn man/frau über Diskriminierung spricht, wird deutlich, wie viele Personen von solchen Würdeverletzungen, Ausschlussmechanismen und Verwehrung der gleichberechtigten Teilhabe in unserer Gesellschaft betroffen sind. Es sind Frauen und Männer, unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Geschlechtsidentitäten, unterschiedlicher sexueller Orientierungen, unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Lebensrealitäten, mit und ohne Beeinträchtigung u.v.m., die betroffen sind. Die Geschichte hat gezeigt, dass das Auf- und Entstehen für Menschen- und Minderheitenrechte vieles schon bewegt und bewirkt hat. In diesem Sinn stehen wir gemeinsam für eine gleichberechtigte Gesellschaft, für uns alle, ohne jegliche Diskriminierung ein!“*

Statements der

Gesprächsteilnehmenden:

Godswill Eyawo: *„Zahlreiche Studien zeigen, dass Diskriminierung ein wesentliches Hindernis für die gesellschaftliche Teilhabe von MigrantInnen ist. Die Beobachtung des MigrantInnenbeirates zeigt eine fatalistische Tendenz, immer mehr MigrantInnen fühlen sich nicht gleichbehandelt wie die autochthone Bevölkerung. Viele von ihnen betrachten sich als BürgerInnen zweiter Klasse und glauben nicht mehr an die Gleichheit aller Menschen im österreichischen Rechtssystem. Diskriminierung trifft zweifelsohne die Menschenwürde, was sich bei wiederholten negativen Erfahrungen bei vielen MigrantInnen u. a. in einem geminderten Selbstwertgefühl zeigt. Um gegen Diskriminierung jeglicher Form vorzugehen, müssen Chancengleichheit und Gleichberechtigung für alle, ohne Rücksicht auf Herkunft, Sprache, Geschlecht und sozialen Hintergrund gewährleistet werden.“*

Johannes Niedermayer: *„Ich träume von einer gerechten Welt, in der alle Menschen glücklich und frei sind! Jeder soll das machen können, was ihm Freude bereitet. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass man bei allem, was man mit Begeisterung tut, unglaublich gut und leistungsfähig ist. Egal ob es sich um wirtschaftliche Systeme, gesellschaftliche Werte oder kulturelle Anschauungen handelt: Veränderung kann man nicht erzwingen. Überzeugungsarbeit funktioniert nur über Emotionen. Der Mensch muss sehen und verstehen, um reflektieren zu können.“*

Sebastian Ruppe: *„Der Staat Österreich kommt seinen menschenrechtlichen Verpflichtungen, z. B. der zur Barrierefreiheit, nur sehr schleppend nach, obwohl die Politik bemüht ist, nach außen ein heiles Bild zu vermitteln. Das macht abwechselnd traurig und wütend. Dann kämpft man wieder, kommt ein Stück weiter, ermüdet wieder. Die Lösung für diese Problematik würde in einer umfassend inklusiven Gesellschaft liegen, wo alle Menschen, egal ob behindert oder nicht, egal welcher Hautfarbe, Religion, Kultur etc. miteinander*

groß werden ab der Kinderkrippe. Dann wäre das Andere plötzlich nicht mehr fremd, wir könnten voneinander lernen und wir könnten als Gesellschaft von den Unterschieden sogar profitieren. Deswegen setzen wir uns vom Verein Selbstbestimmt Leben Steiermark auch für umfassende Inklusion und Barrierefreiheit ein.“

Sabine Schulze-Bauer: „Diskriminierungstatbestände sollten nicht in gegenseitiger Konkurrenz stehen, sondern müssen jeder für sich beurteilt werden. Selbstverständlich ist es auch möglich, dass ein und dieselbe Person aufgrund mehrerer Gründe diskriminiert wird. Trotz der Gleichwertigkeit der Diskriminierungstatbestände muss jedoch auf die mühsam erkämpften Rechte von Frauen und die noch immer notwendige Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen gesellschaftlichen und beruflichen Ebenen Acht gegeben werden.“

FLTPⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Bettina Vollath:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir alle kennen Sätze wie: „Naja – wenn er wirklich wollen würde, dann würde er schon auf die Füße kommen“ oder „Sie ist einfach nicht bereit Leistung zu erbringen, sonst hätte sie es schon längst geschafft, da herauszukommen“. „Die müssten sich nur besser integrieren, dann würden sie schon eine Wohnung, eine Arbeit, ... bekommen“. „Nur ein bisschen mehr anstrengen, dann geht’s schon“ ...

Sätze wie diese sind schnell bei der Hand in Diskussionen darüber, wie man in einer leistungsorientierten Gesellschaft mit jenen umzugehen hat, die aus unterschiedlichen Gründen nicht ins Konzept passen. „Diskriminierung für alle?“ ist daher ein bewusst gewählter durchaus auch provokanter Titel, der dazu geeignet ist, nachdenklich zu machen über ein Thema, das nur allzu gerne ausgeblendet wird, wenn es darum geht, Menschen in ihrem Nicht-Teilhaben an unserer Gesellschaft zu beurteilen.

Gleichzeitig gibt dieser Titel aber auch Hinweis auf einen Umstand, der wohl nur von wenigen spontan genannt würde, wenn man in einer Umfrage die Frage stellen würde:

„Was meinen Sie – wer ist eigentlich von Diskriminierung betroffen?“ Ich gehe davon aus, dass dann die unterschiedlichsten Gruppen unserer Gesellschaft genannt würden: Frauen, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit dunkler Hautfarbe, Ausländer, Migranten ... Die Antwort, die es allerdings am ehesten treffen würde, ist meines Erachtens: Diskriminierung betrifft uns alle! Diskriminierung geht uns alle an! Denn wir alle können irgendwann davon betroffen sein. Die gute Nachricht dabei ist: Auch wir alle – jede und jeder Einzelne von uns – können etwas gegen Diskriminierung tun. Der Schlüssel liegt dabei im gemeinsamen und geschlossenen Handeln. Wir brauchen als Gesellschaft die gemeinsame Haltung, dass Diskriminierung schädlich ist – für die Diskriminierten, aber auch gesamtgesellschaftlich – und dass wir sie daher nicht zulassen wollen und werden.

Diskriminierung wird in all ihrer schädlichen Wirkung als solche erkannt, benannt und rigoros abgestellt – das ist ein Satz aus der „Charta des Zusammenlebens in Vielfalt“, die als Integrationsstrategie des Landes Steiermark im Jahr 2011 in Regierung und Landtag beschlossen wurde und schließlich auch zur Einrichtung der Antidiskriminierungsstelle Steiermark geführt hat. Denn egal in welchen Formen Diskriminierung auftritt, egal um welche Art von Diskriminierung es sich handelt, in ihren Auswirkungen ist sie immer gleich: Sie schwächt Menschen in ihren Möglichkeiten, am gemeinschaftlichen Leben teilzuhaben. Sie grenzt Menschen aus, statt sie hereinzuholen. Sie dividiert Menschen auseinander, statt sie zusammenzuhalten und, wenn Diskriminierung viel Raum bekommt, ist sie auch dazu geeignet, Feindbilder zu konstruieren.

Aus gutem Grund ist daher in den diversen Grundrechten und Menschenrechtsproklamationen der Tatbestand der Diskriminierung fixer Bestandteil. Im Sinne des roten Fadens der Landhausgespräche darf ich auch heute einen bezughabenden Artikel zitieren, es ist der Artikel 2 aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte:

Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.

Des weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.

Tatsache ist dennoch, dass Menschen auch im 21. Jahrhundert hier bei uns Diskriminierungen erfahren und zwar in allen Lebensbereichen, egal ob im Bereich Bildung, am Arbeitsmarkt oder im Freizeitbereich oder wo auch immer. Menschen werden wegen unterschiedlichster Merkmale diskriminiert: aufgrund des Geschlechtes, der Hautfarbe, aufgrund ethnischer oder sozialer Herkunft, wegen des Alters, einer Behinderung, der Sprache oder der Religion oder Weltanschauung, politischer oder sonstiger Anschauung, wegen Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, der sexuellen Orientierung oder genetischen Merkmalen.

In Österreich werden zum Beispiel Menschen besonders oft aufgrund ihrer Herkunft oder Religion bzw. Weltanschauung diskriminiert. Menschen haben in all ihrer Vielfalt und trotz aller Unterschiede sehr viele Dinge gemeinsam: das Bedürfnis nach Frieden, Freiheit, Nahrung und Wohnraum, nach Sicherheit, nach Gesundheit, nach menschlicher Nähe und Familienleben, nach Entwicklung, Bildung und Sinnerfüllung und – nicht zuletzt – nach Achtung ihrer Persönlichkeit und Teilhabe am öffentlichen Leben. Auch das ist ein Satz aus der Charta des Zusammenlebens.

Und zwei weitere Sätze aus der Charta möchte ich noch nennen: Der eine: Vielfalt ist zumutbar. Und – der zweite gleich aus der Präambel der Charta: Nicht die in der Gesellschaft vorgefundene Vielfalt ist das Problem, sondern der Umgang mit ihr.

Was in der Steiermark seit Beschluss der Charta gelungen ist und was noch nicht gelungen ist, wird vielleicht Teil der Diskussion des heutigen Abends sein.

Aber ich denke, gerade all jene, die sich in der Menschenrechts- und Antidiskriminierungsarbeit engagieren, wissen, dass man dazu einen langen Atem braucht. Menschenrechtsarbeit heißt, auch immer wieder Rückschläge zu erleben und verarbeiten zu müssen. Und dennoch bleibt der größte Erfolg jeder einzelne Fall, wo einem Menschen zu seinem Recht verholfen wurde – und sei es ein vermeintlich noch so kleiner. Denn mit jedem einzelnen Erfolg gegen Diskriminierung verbessert sich auch in unserer Gesellschaft das Bewusstsein dafür, was Diskriminierung eigentlich alles sein kann, was nicht in Ordnung ist, was nicht rechtens ist, wo Grenzen überschritten werden, wo Würde verletzt wird. Der richtungsweisende Kompass wird stets das Wissen und Bewusstsein über die Menschenrechte und Menschenwürde sein.

Und zu weiteren Verbesserungen kommen wir dann, wenn sich immer mehr Menschen zur Wehr setzen – jene, die Diskriminierung erfahren und auch jene, die Diskriminierungen beobachten.

In diesem Sinne freue ich mich auf einen spannenden Impuls und auf die darauffolgende Diskussion!

Ein herzliches steirisches „Glück auf!“

Mag.^a Daniela Grabovac: Herzlichen Dank, geschätzte Frau Landtagspräsidentin!

Herzlichen Dank für die Einladung und Möglichkeit, eine solche Veranstaltung in einem ehrvollen und bedeutungsvollen Rahmen zu machen. Es ist nicht selbstverständlich, dass solche Veranstaltungen, wo diskriminierten Gruppen Gehör verschafft wird, überhaupt stattfinden, geschweige denn im Landhaus. Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für Ihr Interesse an einem Thema, das in seiner Gesamtheit wenig Bedeutung bis jetzt erfahren hat. Es war gerade Frau Dr. Bettina Vollath, die durch die Schaffung einer Antidiskriminierungsstelle dieser gesamtheitlichen Betrachtung mehr Bedeutung schenken wollte, nämlich zu verhindern, dass diskriminierte Gruppen gegeneinander ausgespielt werden und voneinander lernen können – ein visionärer Blick und tatkräftiger Schritt. Die Geschichten von Personen, die Diskriminierungen erlebt haben, sind so unterschiedlich und vielschichtig wie wir Menschen. Und doch scheinen Diskriminierungen stets nach einem bestimmten Muster und mit einem bestimmten Ziel zu erfolgen. Die diskriminierte Person soll erniedrigt werden und sich minderwertig fühlen.

Durch derartige Verhaltensweisen wird all das, was wir sind, all das, was uns ausmacht und unsere Menschenwürde plötzlich in Frage gestellt.

Zudem können solche Erfahrungen bei Betroffenen dazu führen, dass sie sich nicht zugehörig und ausgegrenzt fühlen und glauben im Vergleich zur Mehrheit nicht gleich viel wert oder tatsächlich „anders“ zu sein, was Wunden hinterlassen kann.

Betroffene wissen, dass die Diskriminierung durch ein Merkmal bestimmt ist und sehen sich mit Fragen konfrontiert, ob die schlechtere Behandlung an einer Behinderung, am Aussehen, am Alter, an der Herkunft, der Religion, an der sexuellen Orientierung oder vielleicht am Geschlecht liegen könnte. Zumeist müssen Betroffene zum Ergebnis kommen, dass ein unveränderliches Merkmal die Teilhabe an der Gesellschaft und gleiche Chancen verwehrt. Die damit einhergehenden Selbstzweifel, das Gefühl, sich verstecken zu müssen, das Bestreben trotzdem dazugehören zu wollen, aber auch seinesgleichen suchen und finden zu wollen, begleiten Menschen und beeinflussen die Art und Weise zu leben. Ebenso kann versucht werden, die eigene Situation zu verbessern und das eigene Selbstwertgefühl zu erhöhen, indem man versucht, eine andere Gruppe oder eine andere Person zu finden, die in unserer Gesellschaft vermeintlich als noch schlechter und minderwertiger bewertet wird, als man/frau selbst.

Die Erfahrungen und Empfindungen scheinen bei allen Menschen ähnlich zu sein und doch gibt es unter den diskriminierten Gruppen wenig Zusammenhalt und Verständnis füreinander.

Der Kampf und die Errungenschaften von diskriminierten Gruppen, insbesondere von Frauen, von Anti-Rassismus- und Behindertenbewegungen sowie Angehörigen der LGBTIQ-Community soll durch die Darstellung eines historischen Überblicks im Folgenden besonders hervorgehoben werden.

Frauenbewegung: Besonders durch die Französische Revolution beseelt, gingen im 18. und 19. Jahrhundert tausende Frauen auf die Straße, um für ihre politischen und bürgerlichen Rechte zu kämpfen. Die versprochene Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit [Schwesterlichkeit] sollte auch für Frauen gelten. Diese erkämpften sich das Wahlrecht, ihr Recht auf Arbeit und Bildung. Im Jahr 1890 wurde die Matura für Mädchen eingeführt, zehn Jahre später, im Jahr 1900 wurden Frauen an Universitäten zugelassen und ihnen damit die Absolvierung eines Studiums ermöglicht. 1908 räumte man Frauen die Möglichkeiten ein, Vereine zu gründen.

In der Nachkriegszeit änderte sich zunächst wenig an der rechtlichen oder gleichberechtigten Stellung der Frau. Und dies obwohl die Frauen, weil ihre Männer entweder noch nicht aus dem Krieg heimgekehrt waren oder aufgrund deren kriegsbedingter Arbeitsunfähigkeit entsprechende körperliche oder familiäre Aufgaben selbstverständlich wahrgenommen hatten. Die wichtigen Beiträge, die Frauen zum Wiederaufbau geleistet hatten, führten nicht zu einer Verbesserung oder Verfestigung ihrer gesellschaftlichen Position, sondern vielmehr zu der Rückkehr zu einem zutiefst konservativen Gesellschafts- und damit auch Geschlechtermodell. So wurden Frauen im neuen Österreich von Ämtern ausgeschlossen und aus begehrten Berufen, wie zum Beispiel Angestelltenberufen,

verdrängt. Die Erwerbsarbeit von Frauen wurde nur im Zusammenhang mit deren ökonomischer Notwendigkeit toleriert und wurde mit niedrigeren Löhnen abgegolten. Alleinstehende Frauen waren von staatlichen Benachteiligungen, beispielsweise durch höhere Steuern betroffen. Familie und Ehe wurde als idealisierte Lebensform angesehen.

In den 1950er Jahren kam es zu einer Auflockerung der rigiden Geschlechterverhältnisse, da die Wirtschaft im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs auch die Unterstützung von Frauen und deren Arbeitskraft benötigte, wodurch viele Frauen, ökonomisch motiviert, in die Erwerbsarbeit einstiegen.

Die 1968er Proteste wurden in Österreich von Studentinnen getragen. Der Fokus wurde auf den Abbau von traditionellen und hierarchischen Strukturen an Universitäten gelegt und es entstanden neue Frauenbewegungen.

In den 1960er und 70er Jahren lautete die Forderung: gleicher Lohn für gleiche Arbeit und 1979 wurde diese auch im Gleichbehandlungsgesetz festgeschrieben. Im Jahr 1975 wurde das Bundesgesetz über die Neuordnung der persönlichen Rechtswirkungen der Ehe beschlossen und mit diesem die Partnerschaft in der Ehe verankert und das „patriarchalische Versorgungsmodell“ und damit die Stellung des Ehemanns als Oberhaupt der Familie abgeschafft. Die Gleichberechtigung der Frau in der ehelichen Gemeinschaft wurde erstmals statuiert und der Mann konnte seiner Ehefrau nicht mehr verbieten, eine Erwerbstätigkeit auszuüben.

Die Vergewaltigung innerhalb einer ehelichen Gemeinschaft wurde trotzdem erst 1989 strafrechtlich verboten und mit dem Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes 1997 eine weitere zentrale Maßnahme gesetzt und eine Möglichkeit geschaffen, gewalttätige Personen aus der Wohnung weisen zu können.

Das Recht auf Selbstbestimmung rückte zunehmend in den Mittelpunkt und gestützt auf die starke Frauenbewegung konnte die Unabhängigkeit von Frauen von ihren Ehemännern und ihre Selbstbestimmung erreicht werden.

Anti-Rassismusbewegung: Einen ähnlichen Weg ging die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung der Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner in den 1950er Jahren.

In Protestmärschen forderten Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner, deren Vorfahren bis 1865 noch als Sklaven gehalten worden waren, die Abschaffung der sogenannten „Rassengesetze“.

Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner mussten getrennte Schulen besuchen oder durften nicht wie die weiße Bevölkerung die gleichen Restaurants und Hotels besuchen. Auch das Sitzen neben weißen Menschen war verboten, in Bussen mussten sie im hinteren Teil sitzen und wurde es zu eng, mussten sie anderen Personen Platz machen. Bei Zuwiderhandeln drohten Gefängnisstrafen. Auch der Bund der Ehe war zwischen Weißen und Schwarzen bis in die späten 1960er Jahre ein Tabu.

Martin Luther King gewann im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die „Rassentrennung“ eine besondere Rolle. Die bekannteste Rede von Martin Luther King „I have a dream – ich habe einen Traum“ brachte die Problematik der Diskriminierung auf den Punkt:

„Ich habe einen Traum, dass meine vier kleinen Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, in der man sie nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihrem Charakter beurteilt.“

Im Jahr 1964 wurden die „Rassengesetze“ aufgehoben. Der Kampf gegen die „Rassentrennung“ konnte weltweit beobachtet werden, als am 21. März 1960 Schwarze in Südafrika auf die Straße gingen, um mit zivilem Ungehorsam gegen diskriminierende Passgesetze und das Apartheidregime zu demonstrieren. Durch Erteilung des Schießbefehls der Polizei endete dieser Tag als das „Massaker von Sharpeville“, bei dem zahlreiche Schwarze Männer, Frauen und Kinder ums Leben kamen. Internationale Proteste folgten. Am 1. April 1960 verabschiedete der UN-Weltsicherheitsrat die Resolution 134, mit der das Vorgehen scharf verurteilt und ein Ende der Apartheid gefordert wurde.

Es folgte das auch für Österreich bedeutsame Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Die Anti-Rassismusbewegungen erfuhren besonders im deutschsprachigen Raum aufgrund der rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Brandanschläge in Rostock und Solingen in den 1990er Jahren Zulauf und Gewicht.

Im Jahr 2000 wurde mit der Anti-Rassismus-Richtlinie der EU 2000/43/EG eine wegweisende Richtlinie erlassen, die in Österreich 2004 durch das Gleichbehandlungsgesetz umgesetzt wurde.

Dass Rassismus somit unter Strafe gestellt und Schadenersatzfolgen festgelegt wurden, gilt als europäisches und gesellschaftliches Bekenntnis und Zeichen gegen Rassismus.

Behindertenbewegung: In der westlichen Welt wurden Menschen mit Behinderungen seit jeher ausgegrenzt. Abergläubische Vorstellungen, eine Behinderung sei für Familien „die Strafe Gottes“, hielten sich bis ins 20. Jahrhundert.

Von 1933 bis 1945 waren tausende Menschen durch Euthanasie umgekommen. Nach 1945 gab es infolge des Krieges unzählige Menschen mit Behinderungen. Aus diesem Grund nahmen die Verbände der Kriegsoffer- und Hinterbliebenenfürsorge, wie der Bund Deutscher Kriegsoffer, Körperbehinderter und Sozialrentner, ihre Arbeit wieder auf.

In den 1940er bis 1950er Jahren gab es mit dem Sozialverband VdK eine Vertretung der Kriegsversehrten, denn es wurde erkannt, dass sich die Kriegsoffer in den Jahren nach 1945 in einer sehr schwierigen Lage befanden und einer Situation der Rechtlosigkeit ausgeliefert waren. Und so wurde „aus dem latenten Interesse der Kriegsversehrten nach materieller Absicherung ihrer Lebenssituation“ damit „sehr schnell ein manifestes, organisiertes Interesse.“

Zivile Menschen mit Behinderungen hatten dagegen keine Vertretungen. Aufgrund von baulichen, gesellschaftlichen und sozialen Barrieren sowie der Unterbringung in Sondereinrichtungen und Heimen wurde ihnen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verwehrt.

1954 hieß es in Bezug auf die schulische Ausbildung: „Erweist sich ein Kind während seiner Hilfsschulzeit als bildungsunfähig, ist die Ausschulung zu veranlassen.“

Ermutigt durch die Bürgerrechtsbewegung und Frauenbewegung gelang es aber, eine Behindertenbewegung in den USA und später in Europa zu gründen.

Im Jahre 1962 gelang es Ed Roberts, der eine eiserne Lunge benutzte, sich als erster Mensch mit einer Behinderung die Zulassung zur Universität zu erkämpfen. Roberts schloss sich mit beeinträchtigten Studenten zusammen. Diese formierten sich zur ersten politischen Aktionsgruppe von Menschen mit Behinderung, die „Rolling Quads“.

Aus dieser Gruppierung entwickelte sich dann einige Jahre später, im Jahr 1972 in Berkeley das erste Zentrum für Selbstbestimmtes Leben (ZsL) von Menschen mit Behinderungen, die in der Folge politische Gruppierungen bildeten.

Die Anhänger der Independent living-Bewegung sahen die Ursachen für die negativen Einstellungen gegenüber Menschen mit Behinderungen in Vorurteilen und dem Umstand, dass man den Fokus auf den medizinischen und damit krankheitsbedingten Blick auf Behinderungen legte, begründet. Diese Bewegung setzte sich für die Selbstbestimmung und Selbständigkeit behinderter Menschen, aber beispielsweise auch für die Integration von Kindern mit und ohne Behinderung ein. Zu den Forderungen der Independent living-Bewegung zählten die Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden, der Zugang zu Arbeit und Ausbildung sollte ermöglicht werden und es wurde ein Perspektivenwechsel gefordert.

Denn damals wie heute ist es vor allem die Gesellschaft, die Menschen behindert!

Die Forderungen fanden in der internationalen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung Eingang.

Im Jahr 2003 stellten Vertreterinnen und Vertreter aller im Nationalrat vertretenen Parteien einen Antrag zur Erarbeitung eines Behinderten-Gleichstellungsgesetzes, wobei in diese selbst betroffene Expertinnen und Experten eingebunden wurden. Dem Entwurf für das neue Gesetz dienten die vom Forum Gleichstellung und der Behindertenorganisationen erarbeiteten Kernforderungen.

Im Jahr 2005 wurde sodann das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz beschlossen sowie das bereits im Jahr 1993 beschlossene Bundesbehindertengesetz über die Beratung, Betreuung und besondere Hilfe für behinderte Menschen novelliert.

Die Gleichstellungsbestrebungen für Menschen mit Behinderung zeigten sich später auch in der Schaffung des Bundesbehindertenbeirates oder auch des Monitoringausschusses zur Überwachung der Einhaltung der durch die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung verliehenen Rechte.

Homosexuellenbewegung: In der Mitte des 19. Jahrhunderts entstand als „Homosexuellenbewegung“ (später LGBTIQ) eine Bewegung, die sich gegen Diskriminierungen und für die Emanzipation von Homosexuellen (Schwulen- und Lesbenbewegung) einsetzte.

In Europa war die Entwicklung der Homosexuellenbewegung vor allem in Deutschland besonders stark. Die Bewegung forcierte die Anerkennung von Homosexualität „als natürliches, menschliches Phänomen.“

Schon 100 Jahre vor dem Christopher Street Day im Jahre 1869 protestierte Karoly Maria Benkert bereits dagegen, dass homosexuelle Handlungen bestraft wurden und begründete seinen Protest damit, dass Homosexualität angeboren sei.

Auch der deutsche Neurologe Magnus Hirschfeld vertrat Benkerts Ansichten und schuf 1897 das Wissenschaftlich-humanitäre Komitee. Dieses unterstützte die Argumentation von Bernkert, betonte die Harmlosigkeit von Homosexualität und das Leiden, welches durch die Kriminalisierung von Homosexualität hervorgerufen werde.

Im Jahr 1924 wurde die erste homophile Organisation „Chicago Society for Human Rights“ gegründet. In den 1950er Jahren wurden folglich noch weitere Organisationen geschaffen.

In Österreich wurde das Totalverbot der Homosexualität unter Erwachsenen erst im Jahre 1971 aufgehoben, im Rahmen einer sog. „kleinen Strafrechtsreform.“

Die Bestimmung über „Gleichgeschlechtliche Unzucht mit Personen unter achtzehn Jahren“ wurde erst im Jahr 2002 vom Verfassungsgerichtshof (VfGH) als verfassungswidrig aufgehoben. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entschied im selben Jahr, dass negative Effekte, die durch menschenrechtswidrig erkannte Anschauungen entstanden waren, zu beseitigen seien. Im Jahr 2013 folgte eine Verurteilung Österreichs durch den EGMR, weil die Löschung von Verurteilungen nach dem „Homosexuellen-Paragrafen“ bis dahin nicht möglich war. Aufgrund dieses Paragrafen wurden über 1500 Personen wegen einvernehmlicher (!) sexueller Handlungen rechtskräftig verurteilt und als vorbestrafte Sexualstraftäter abgestempelt.

Am 1. Jänner 2010 wurde das Rechtsinstitut der eingetragenen Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt. Eine Gleichstellung der Ehe wurde ab 1. Jänner 2016 angekündigt. Seit Oktober 2017 prüfte der Verfassungsgerichtshof von Amtswegen das Eheverbot für homosexuelle Paare auf seine Verfassungskonformität und beschloss spätestens bis 1. Januar 2019 die Öffnung der Ehe für alle.

Die Nichtdarstellung der Geschichte von weiteren diskriminierten Gruppen soll selbstverständlich nicht deren Unwichtigkeit implizieren. Auch die Situation der Gruppe der älteren Personen, die außer im Arbeitsleben keinen rechtlichen Schutz genießen und dass eine UN-Konvention für die Rechte von älteren Menschen am Widerstand der europäischen Staaten scheitert, oder auch jene der Gruppe der religiösen Minderheiten, die täglichen Anfeindungen ausgesetzt sind, zeigen, wie viele Menschen in unserer Gesellschaft von Diskriminierung betroffen sind. Viele Rechte können heute eingefordert werden und man/frau kann sich heute zu Wehr setzen.

Gegen Diskriminierung zu kämpfen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es ist nämlich nicht die Minderheit der Gesellschaft, die diskriminiert wird, sondern die Mehrheit, wir alle!

Die Geschichte hat gezeigt, dass das Auf- und Entstehen für Menschen- und Minderheitenrechte vieles schon bewegt und bewirkt hat. In diesem Sinn stehen wir gemeinsam für eine gleichberechtigte Gesellschaft, für uns alle ohne jegliche Diskriminierung ein! Frei nach John Lennon: „Imagine“. Ich danke Ihnen. *(Allgemeiner Beifall)*

Moderator Gernot Rath: Vielen Dank Daniela Grabovac für diesen historischen Rückblick, für diesen Überblick, der uns zeigt, wie dieser Status, den wir heute vorfinden, entstanden ist und wie zeitlich nah viele Bestimmungen, die wir für selbstverständlich halten, eigentlich zurückliegen.

Wir wollen jetzt mit allen Diskutantinnen und Diskutanten des heutigen Abends eine kurze erste Runde machen und ich darf vielleicht den Geschäftsführer des MigrantInnenbeirates der Stadt Graz, Godswill Eyawo, bitten, uns kurz aus seiner Sicht zu schildern, wie er die Situation erlebt, wie er die Ethnien-, die Rassendiskriminierung die Platz greift erlebt und ja, welchen Blick er auf diese Situation hat.

Mag. Godswill Eyawo, MA: Vielen Dank für die netten Worte, sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Dr. Bettina Vollath, liebe Dani!

Ich bedanke mich ganz herzlich für diese Einladung und für die Möglichkeit, zu diesem Thema etwas sagen zu dürfen.

Werte Gäste! Der Titel dieser Veranstaltung ist eine Frage: Diskriminierung für alle? Aus Sicht der Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, ist die Antwort auf die Frage ganz einfach: „Ja, Diskriminierung für alle, weil sie alle betrifft!“ Der Kampf gegen Diskriminierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Politik, die Medien und die Zivilgesellschaft sind zu mehr Engagement gegen Chancenungleichheit und Ungleichbehandlung aufgerufen, um negativen Folgen für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Diskriminierung liegt zurzeit eindeutig im Trend. Wer eine dunkle Hautfarbe hat, ein Kopftuch trägt, anders aussieht oder die deutsche Sprache mit mehr oder weniger deutlichem Akzent spricht, erlebt in der Regel Diskriminierung. Laut neuestem Rassismusbericht von ZARA ist die Zahl der rassistischen Vorfälle im Vergleich zu 2016 gestiegen. Insgesamt wurden im Jahr 2017 1.162 Fälle von Rassismus gemeldet in Wien. Die Antidiskriminierungsstelle Steiermark berichtet ebenfalls über eine Steigerung von Diskriminierung und rassistischen Vorfällen in der Steiermark. Auch die Beobachtung des MigrantInnenbeirates zeigt eine fatalistische Tendenz: Immer mehr MigrantInnen fühlen sich nicht gleichbehandelt wie die autochthone Bevölkerung. Viele von ihnen betrachten sich als BürgerInnen zweiter Klasse und glauben nicht mehr an die Gleichheit aller Menschen im österreichischen Rechtssystem. Haltungen, die ein „Wir“ und „die Anderen“ konstruieren und die eigenen Vorurteile ausblenden, begünstigen diskriminierendes Verhalten. Diskriminierung findet heute in allen Lebensbereichen von MigrantInnen statt. Verbale und physische Attacken im Alltag nehmen zu, Benachteiligungen in den Bereichen Bildung, Arbeit und Wohnen machen sich vermehrt bemerkbar. Über ungleiche Behandlung bei den Behörden wird immer wieder berichtet. Es gibt zunehmende undifferenzierte Medienberichte gegen MuslimInnen, die dazu führen, dass sie unter Generalverdacht gestellt werden. Hemmschwellen bezüglich diskriminierender, islamfeindlicher und rassistischer Handlungen nehmen ab. Wir haben in den letzten Wochen auch gesehen, dass der Hass im Netz steigt. Diskriminierende Handlungen passieren auf mehreren Ebenen, oft bewusst, manchmal unbewusst, sind oft subtil und werden von den Diskriminierenden nicht immer als solche wahrgenommen. Es ist deshalb unabdingbar, Bewusstsein für diskriminierende Äußerungen und Handlungen zu schaffen. Diskriminierung trifft zweifelsohne die Menschenwürde, was sich bei wiederholten negativen Erfahrungen bei vielen MigrantInnen unter anderem in einem geminderten Selbstwertgefühl zeigt. Menschen reagieren darauf unterschiedlich, Männer eher mit Aggression, Frauen mit Rückzug. Meiner Meinung nach ist Diskriminierung ein wesentliches Hindernis für die gesellschaftliche Teilhabe von MigrantInnen. Wie eine Studie zur Diskriminierung und Integration feststellt, ist eine gelungene Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern nicht nur abhängig von der Integrationsfähigkeit und -willigkeit der Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch von den Exklusions- und Inklusionsmechanismen der Mehrheitsgesellschaft und ihren Strukturen. Um gegen Diskriminierung jeglicher Form vorzugehen, müssen Chancengleichheit und Gleichberechtigung für alle, ohne Rücksicht auf Herkunft, Sprache, Geschlecht und sozialen Hintergrund gewährleistet werden. Wichtig wären: Mehr Mittel für Antidiskriminierungsarbeit; den Ausbau von bestehenden Angeboten und Institutionen, die Antidiskriminierungsarbeit leisten; das Monitoring von allen Formen von Diskriminierungen soll verstärkt werden; Aufklärungsarbeit, um für diskriminierende Handlungen zu sensibilisieren; mehr Informationen für Betroffene über verfügbare Unterstützungsangebote; der Zugang zum Rechtssystem im Falle von Diskriminierung soll für Betroffene erleichtert werden; die aktive Einbindung von MigrantInnen ins politische Geschehen soll gefördert werden; MigrantInnen-Selbstorganisationen sollen gestärkt werden.

Ich lebe jetzt schon eine Weile in Österreich und träume immer noch von dem Tag, an dem Menschen nicht mehr durch ihre Herkunft, ihre Religion oder die ihnen zugeschriebene Kultur definiert werden. Die Menschen sollen über die gegenwärtigen Räume, in denen sie leben als Bürger und Bürgerinnen einer Stadt definiert werden, und nicht, darüber, ob sie weiß oder schwarz sind, ob sie Chinesisch oder Arabisch sprechen und Judentum oder Hinduismus praktizieren. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

Moderator Gernot Rath: Danke Godswill Eyawo für diesen Einblick. Ich glaube, an diesem Traum arbeiten wir alle, gerade ganz konkret heute Abend hier auch, um diese Bewusstseinsbildung zu machen und das Thema eigentlich in allen Dimensionen zu beleuchten. Joe Niedermayer, der Obmann der Rosalila PantherInnen, wird uns aus seinem Bereich, aus dem Bereich der Menschen, die sexuell anders orientiert sind, berichten, wie es darum steht. Bitte sehr.

Johannes Niedermayer: Guten Abend auch von meiner Seite!

Danke für die Vorstellung und vielen Dank für die Einladung. Es ist so, ich habe vor ca. einem halben Jahr ein E-Mail von einem ehemaligen Religionslehrer von mir bekommen. Er war ein wichtiger Mentor in meinem Leben und auch ein guter Freund und das E-Mail hat er abgeschlossen mit dem Satz: „... und sonst hoffe ich, du hast Freude an deinem Leben.“ Das ist jetzt kein üblicher Satz, mit dem man ein E-Mail abschließt. Er hat mich zuerst ein bisschen verwundert und ich habe ihn mehrmals durchgelesen. Dieser Satz hat mir sehr gut gefallen und hat mich sehr inspiriert. Ich habe dann nachgedacht: Was hat mich der jetzt eigentlich gefragt? Er hat mich tatsächlich gefragt, ob ich Freude an meinem Leben habe. Wenn man jetzt durch Graz geht und fragt: „Was ist für dich Freude an deinem Leben?“ Dann würde ein hoher Prozentsatz der Menschen, die man fragt, sagen: „Liebe!“ Und das ist der Grund, warum ich mich bei den Rosalila PantherInnen ehrenamtlich einsetze, weil es geht bei der Gleichstellung von Schwulen und Lesben, Bi-, Transsexuellen und Interpersonen, es geht dabei darum, dass Menschen ihre Liebe und ihre Identität gleichberechtigt ausleben können. Und wenn man denkt, was für einem persönlich Liebe und Beziehung bedeutet, dann kann man vielleicht auch verstehen, wie intim und wie wichtig das für einzelne Menschen ist. Das ist auch meine persönliche Motivation. Es kommen dann oft Menschen zu mir und sagen: „Danke für diesen Einsatz, tolles Projekt, das habt ihr gut gemacht. Was verdienst denn du?“ Dann sage ich: „Ehrenamtlich“, aber in Wirklichkeit nehmen wir uns diese Tatsache, dass es ehrenamtlich ist und diese Energie, die ich gerade beschrieben habe – es geht um Liebe, Sexualität und Persönlichkeit –, das ist ein Ansporn, der ist mit Geld nicht abdeckbar. Und zum anderen sagen dann diese Menschen immer: „Ja, danke, danke“, aber das gebührt nicht mir, sondern es gibt so viele Menschen bei uns im Verein, ich habe das Gefühl, es werden jedes Jahr mehr, die sich auch ehrenamtlich einsetzen. Ich skizziere vielleicht kurz, was wir so machen bei den Rosalila PantherInnen: Also prinzipiell, wir definieren uns als schwul-lesbische Interessensvertretung und unsere Arbeit steht grob auf drei Säulen, das eine ist klassisch-politisches Lobbying, da versuchen wir Kontakte zu allen Farben zu haben, die zweite große Säule ist Beratung – das können persönliche Beratungsgespräche sein, das kann auch per E-Mail passieren, das kann über Facebook passieren, das sind aber auch unsere vielen Projektgruppen, angefangen von unserer Jugendgruppe „ausufern“, eine Transgender-Selbsthilfegruppe, eine lesbische Wandergruppe, die Gruppe Homosexualität und Glaube usw., das sind viele Gruppen, die komplett bunte Aktivitäten das ganze Jahr über setzen und die auch ein Teil der Beratung sind. Dann natürlich auch diverse Veranstaltungen, ich kann mich erinnern, kurz nachdem ich meine Homosexualität mir selbst eingestanden habe, das Erste, was man macht als schwuler, junger Bursch, man schaut einmal: Wo ist die nächste Gay-Bar, fährt irgendwohin in eine Stadt. Ich kann mich erinnern, wie wichtig nur diese Tatsache war, dass ich plötzlich Gleichgesinnte getroffen habe, das war für mich ein Riesenstein, der mir vom Herzen gefallen ist. Die dritte Säule sind dann eben, auch ein Teil der Beratung eigentlich, diese vielen Projektgruppen, die ich aufgezählt habe.

Die Dani hat ja vorhin schon kurz einen tollen geschichtlichen Überblick gegeben, wo wir rechtlich jetzt stehen und wie die Bewegung weitergegangen ist. Man muss sich vor Augen halten: Mit 1. Jänner 2019 wird die Ehe geöffnet für gleichgeschlechtliche Paare. Jetzt ist darüber viel diskutiert worden und wenn ich mit vielen Menschen draußen rede, gibt es immer noch Menschen, die sind der Meinung, dass das nicht richtig ist. Ich habe immer das Gefühl, ein Argument wird in dieser Diskussion immer vergessen: Wenn man von der Ehe für alle spricht und von der Eheöffnung für homosexuelle Paare spricht, reden wir vom Standesamt, nicht von der kirchlichen Ehe. Das ist der eine Punkt, das vergessen viele in dieser Diskussion. Ein weiterer Punkt ist der: Wenn ich rausgehe und die Menschen frage, Heteropaare: „Warum heiratet ihr?“ Dann wird niemand antworten: „Wegen Paragraf soundso, Regelung dieses und jenes“, die Antwort wissen sie, glaube ich, alle selbst. Warum haben Sie geheiratet, wenn Sie schon verheiratet sind? Liebe! Jetzt glaube ich, wenn homosexuelle Paare heiraten wollen, ist es genau die gleiche Motivation, nämlich Liebe. Und gleichzeitig finde ich es toll, dass auch die eingetragene Partnerschaft für heterosexuelle Paare geöffnet wird. Ich bin sowieso der Meinung – das ist meine persönliche Ansicht –, wer das Ehegesetz durchlesen würde, würde eh nicht mehr heiraten. Das bringt mich dann dazu: Wo haben wir eigentlich noch Diskriminierung? Einen Satz habe ich noch vergessen: Wenn mit 1. Jänner 2019 die Ehe geöffnet wird, haben wir als homosexuelle Paare in Österreich volle Familienrechte, in Österreich hat es nämlich die Adoption für gleichgeschlechtliche Paare schon vor der Ehe gegeben, quasi Österreich hat den dritten, vierten und fünften Schritt eigentlich vor dem ersten gemacht, und Ehrechte – es gibt noch ein paar Nuancen, die Ausweitung des Anti-Diskriminierungsschutzes –, aber de facto sind wir ab 1. Jänner weltweit das Top-Land, was die Gleichstellung von Homosexuellen betrifft, vor dem Gesetz. Aber jetzt vergleiche ich – und das ist jetzt ein Standard-Sager von mir, aber der trifft es, finde ich, sehr gut – diese Bewegung mit der Bewegung der Frauen. Man hat bis in den 1970er-Jahre in der Schweiz als Frau nicht wählen dürfen, das ist heutzutage unvorstellbar, aber es ist die Wahrheit. Zum Glück sind Frauen jetzt gleichberechtigt, aber wenn man schaut: Wo stehen Frauen in der Gesellschaft? Ich sage nur Stichworte, wie Gehalt, Managementpositionen für Frauen usw., da sieht man, wie lange es von einer gesetzlichen Gleichstellung bis zu einer gesellschaftlichen Gleichstellung dauern kann. Da sind Frauen noch nicht am Ziel und das müssen wir genauso unterstützen. Ich vergleiche das mit unserer homosexuellen Bewegung, da sind wir jetzt knapp vor dem Punkt, wo man absolute rechtliche Gleichstellung hat.

Ich hoffe, ich habe jetzt einen kurzen Überblick geben können, wie bei uns momentan die Lage aussieht. Ich persönlich bin immer einer, ich versuche nicht mit dem erhobenen Zeigefinger zu kommen: „Du musst, du sollst, das ist richtig, das ist falsch“, weil ich versuche auch sehr oft, mich in andere Meinungen reinzudenken: Was ist von dieser Person, die mir vielleicht widerspricht, die Überzeugung, die Motivation? Und wenn man dann sagt: „Das ist falsch, was du denkst oder was du sagst“, damit kann man wenig erreichen. Speziell bei unserer homosexuellen Thematik ist das oft etwas sehr, sehr Emotionales und Polarisierendes. Und darum ist mein persönlicher Ansatz immer: Mit den Leuten reden, die Leute kennenlernen, weil dann werden die Leute auch hinter meine äußerliche Fassade blicken und

mich kennenlernen, wie mein Charakter ist, wie meine Persönlichkeit ist. Dann kann man immer noch entscheiden, ob mir diese Person sympathisch oder unsympathisch ist, und dann werden auch viele draufkommen: „He, Schwule, Lesben sind genau die ganz gleichen Menschen wie heterosexuelle Menschen.“ (*Allgemeiner Beifall*)

Moderator Gernot Rath: Danke Joe Niedermayer. Sebastian Ruppe hat den Verein „Selbstbestimmt Leben Steiermark“ gegründet, ein Verein von Menschen mit Behinderung für Menschen mit Behinderung. Vielleicht darf ich Sie bitten, einen kurzen Status aus Ihrem Bereich uns darzulegen.

Mag. Sebastian Ruppe: Danke vielmals. Schönen guten Abend sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Danke für die Möglichkeit hier und heute einen kurzen Blick – ich werde es auch in fünf Minuten versuchen – auf das Thema Diskriminierung aus der Warte eines Menschen mit Behinderung zu werfen.

Mein Erleben von Diskriminierung speist sich vor allem aus einem Vorher und Nachher. Ich war nämlich nicht immer behindert, es geschah plötzlich durch einen Badeunfall 1991 während eines Studienaufenthaltes in Spanien, bei dem ich unter recht rätselhaften Umständen eine hohe Querschnittlähmung davongetragen habe. Damals war ich 24 Jahre alt und die Welt stand mir offen: groß, sportlich, weiße Hautfarbe, fast fertig mit dem Studium, interessanter Job beim ORF-Radio. Zufällig auf die Sonnen-Seite des Lebens gefallen. Ich hätte Ihnen damals wahrscheinlich nicht wirklich viel über Diskriminierung erzählen können, hatte selbst noch keine erlebt, und war für die, die Anderen widerfuhr, nur wenig bis durchschnittlich sensibel. Mit vier Rädern unter dem Hintern sah die Welt dann aber plötzlich ganz anders aus. Ich konnte Kinos, Theater oder Lokale nicht mehr besuchen, meine Arbeit nicht weiterführen, keine Verkehrsmittel mehr verwenden, bekam kein Geld für Assistenz, die meisten WCs unzugänglich, Reisen im Rollstuhl? Zu vergessen. Manches ist besser geworden in den letzten 27 Jahren seit meinem Unfall. Die meisten Menschen sind freundlich. D. h. ich erlebe nur sehr selten direkte persönliche Diskriminierung. Was ich aber sagen muss, ist, dass der Staat Österreich – aus meiner Sicht – seinen menschenrechtlichen Verpflichtungen, z. B. der zur Barrierefreiheit, nur sehr schleppend nachkommt, obwohl die Politik bemüht ist, nach außen ein heiles Bild zu vermitteln. Das macht abwechselnd traurig und wütend. Dann kämpft man wieder, kommt ein Stück weiter, ermüdet wieder. Wer mich kennt weiß, dass ich mich seit langem aktiv für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Österreich und in der Steiermark einsetze. Als Kulminationspunkt dieser Bemühungen habe ich mit anderen gemeinsam 2012 den Verein „Selbstbestimmt Leben Steiermark. Behinderte Menschen für Menschenrechte, Inklusion und Barrierefreiheit“ gegründet. Ich kann gerne später noch etwas darüber erzählen, will Ihnen jetzt aber noch ein konkretes Beispiel einer Diskriminierung geben, wie ich es doch regelmäßig erlebe.

Wissen Sie, welche Farbe Diskriminierung hat? Für mich – es hat nichts mit politischen Farben zu tun – für mich ist Diskriminierung grün, grün-grau. Und sie kommt daher wie kalter Schleim, der dich plötzlich einhüllt und erstarren lässt. Im Kopf allerdings wird es heiß: „Das gibt’s doch nicht, nein, das ist aber jetzt nicht wahr!“ Die Kehle wird eng, trocken, plötzlich bin ich klein, ringe nach Worten, du, eigentlich ein großer starker eloquenter Mann, plötzlich ein Bittsteller, der sich am liebsten verkriechen möchte. Eine Gedankenkette, die vielen Menschen mit Behinderungen vertraut sein dürfte. Ich erzähle Ihnen, wann sie bei mir zum letzten Mal abgegangen ist:

Es war Anfang November dieses Jahres, Familientreffen in einem Jugend- und Familiengästehaus, meine Geschwister sind da, meine Eltern, Neffen und Nichten, meine eigenen Kinder, meine Frau, eine Assistentin. Der Sportbereich (Tischtennis, Minigolf, Drehfußball, Spielautomaten, Darts etc.) befindet sich ein Geschoß unter der Rezeption. Die Kinder stürmen die Treppe hinunter und rufen mich: „Papa, komm, da gibt’s einen Lift!“ Tatsächlich, ein Treppenlift. Freude, das ist ja fein, so soll es sein. Wir drücken, es rührt sich nix, ich zurück zur Rezeption: „Ah so, der Treppenlift, ja, der funktioniert schon lange nicht mehr, is’ er überhaupt noch dort? Der soll eh abmontiert werden.“ „Wie bitte, und wie kommt man dann mit dem Rollstuhl dorthin, wo alle spielen?“ „Sie können ja außen rumfahren.“ Meine Frau hilft mir in die Jacke, wir gehen hinaus in den Regen, rund um den Parkplatz, das Gebäude ist groß, es reicht aus, um auch mit Jacke ordentlich nass zu werden. Auf der anderen Seite gibt’s tatsächlich einen Eingang, mit etwas Mühe kommen wir durch die Doppelglastüre, dahinter – „das gibt’s aber jetzt bitte nicht ...!“ – wieder Stufen. Ich kann meine Kinder nur aus der Ferne lachen und spielen sehen und muss wieder durch den Regen zurück zur Rezeption fahren. Ja, sie habe sich eh auch schon irgendwie gedacht, wie das gehen soll, aber sie kann nix dafür. „Sie wissen ja, die Zentrale“, und ja, man sei natürlich bemüht, aber ihr sind da auch die Hände gebunden ... Ich will am liebsten nach Hause, aber jetzt muss ich schauen, dass wenigstens meine Großfamilie nicht unangenehm berührt ist von der Diskriminierung, die mir gerade widerfahren ist. Es sind ja alle guter Stimmung, da will ich ja jetzt nicht durch meine Behinderung schon wieder mal für Problemstoff sorgen, so meine Gedanken. Beim Abendessen setzt sich die Story dann allerdings fort, da die Tische mit einem Rollstuhl nicht unterfahrbar sind, wir müssen Holzklötze organisieren, um den Tisch aufzubocken, im Fitness-Studio am nächsten Tag – die gleiche Situation – auch nur über Stufen erreichbar, im Hallenbad keine Einstiegshilfe ins Wasser, keine Umkleidekabine für Rollstuhlfahrer, kein Sanitärbereich. Während die anderen aktiv sind, sitze ich letztlich in der Cafeteria, lese Zeitung und sehe meine Familienangehörigen nur selten. Ein Familientreffen so, wie es sein soll? Man sieht an diesem Beispiel, dass auch Angehörige von einer Diskriminierung mitbetroffen sein können.

Soweit mein Input, mein Impuls. Wir können uns dann gerne, habe ich mir gedacht, in der zweiten Runde ansehen, welche Mittel mir jetzt konkret in so einer Situation in Österreich zur Verfügung stehen würden und ob sie auch ausreichend sind, um mich als behinderter

Menschen gegen solche Art von Diskriminierung – ich würde sie strukturell nennen – zur Wehr setzen zu können. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

Moderator Gernot Rath: Vielen Dank, Sebastian Ruppe für diesen auch sehr persönlichen Beitrag, der, glaube ich, die Breite des Themas sehr gut auch illustriert. Dr. Sabine Schulze-Bauer ist die Gleichbehandlungsbeauftragte des Landes Steiermark, ein weites Feld, wo es auch immer wieder zu größeren und kleineren Diskriminierungen kommt. Frau Doktor, darf ich Sie bitten, uns kurz den Überblick aus Ihrem Bereich zu schildern?

Dr.ⁱⁿ Sabine Schulze-Bauer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Danke für die Einladung und die Gelegenheit ein bisschen aus der Praxis berichten und die Umsetzung des Landes-Gleichbehandlungsgesetzes darlegen zu können, wie es damit steht.

Vor 21 Jahren – im November 1997 – wurde hier in diesen herrlichen Hallen das erste Landesgleichbehandlungsgesetz vom Steiermärkischen Landtag beschlossen. Dieses regelte lediglich die Gleichbehandlung zwischen Männern und Frauen und die Frauenförderung. 2003 hat die Steiermärkische Landesregierung dann auch ein Frauenförderungsprogramm für den Landesdienst verordnet. Damals wie heute waren Frauen in Führungsfunktion unterrepräsentiert. Die derzeitige Quote von Frauen in Führungsfunktionen im Steiermärkischen Landesdienst hat sich in diesen 15 Jahren kaum verändert, sie liegt derzeit bei ca. 29%. Die vorgeschriebene 50% sind also noch lange nicht erreicht. Es bedarf daher nach wie vor gezielter Frauenförderungsmaßnahmen, um die Gleichstellung der Geschlechter im Bereich der Beschäftigung zu erreichen. Erwähnenswert ist, dass die Steiermark als erstes Bundesland bereits 2004 den Diskriminierungstatbestand des Geschlechtes um fünf zusätzliche ergänzt hat: Alter, Behinderung, ethnische Zugehörigkeit, Religion oder Weltanschauung sowie die sexuelle Orientierung. Diese wurden auch auf den Bereich außerhalb von Beschäftigung Aus- und Weiterbildung erweitert. Hervorzuheben ist, dass es in der Steiermark damals schon als erstes und einziges Bundesland gelungen ist, die im Landesgesetz verankerten Diskriminierungstatbestände als gleichwertig zu sehen. D. h. alle Diskriminierungstatbestände haben denselben rechtlichen Schutz. Das war damals in anderen Bundesländern anders und ist nach wie vor in der Privatwirtschaft nicht so. Die Vereinheitlichung der unterschiedlichen Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsgesetze ist sicherlich noch eine Herausforderung für die Gesetzgebung. Es zeigt sich, dass die Zahl der Anfragen, die an uns gerichtet werden, in den letzten Jahren gleichbleibend ist. Im Bereich Beschäftigung wird der Tatbestand der Geschlechterdiskriminierung am häufigsten genannt, gefolgt von den Tatbeständen Behinderung und Alter. Außerhalb des Bereiches Beschäftigung betreffen die Anfragen zu meist Soziales sowie den Zugang zu und die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Ich denke, Diskriminierungstatbestände sollten nicht in gegenseitiger Konkurrenz stehen, sondern müssen jeder für sich beurteilt werden. Selbstverständlich kann ein und dieselbe Person aufgrund mehrerer Gründe diskriminiert werden. Die Höhe des zugesprochenen Schadenersatzes sollte die Mehrfachdiskriminierung auch widerspiegeln. Respekt und gegenseitige Wertschätzung können Diskriminierungen hintanhalten. Trotz Gleichwertigkeit der Diskriminierungstatbestände muss dennoch auf die mühsam erworbenen Rechte von Frauen und die noch immer notwendige Förderung der Gleichstellung der Geschlechter auf allen gesellschaftlichen und beruflichen Ebenen Acht gegeben werden. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

Moderator Gernot Rath: Vielen herzlichen Dank für diese Inputs in der ersten Runde. Ja, wir alle nehmen wahr – und der Diskriminierungsbericht, der am Dienstag vorgestellt wird, wird es uns auch faktisch zeigen –, dass Diskriminierung in der heutigen Zeit im Zunehmen begriffen ist. Stichwort auch Hass im Netz. Was sind die treibenden Kräfte, die diese Entwicklung bestimmen, Daniela?

Mag.^a Daniela Grabovac: Was wir zurzeit merken, ist, dass die moralischen Barrieren gefallen sind. Immer wieder hört man: „Sie haben eh schon so viel bekommen, was wollen sie denn noch mehr?“ Die Rede ist dabei von den diskriminierten Gruppen, und zwar von allen Gruppen. Und ich glaube, tendenziell stellt sich die Frage: „Wie viel Privilegien will man gewissen Gruppen zubilligen und wie viel nicht?“ Aus meiner persönlichen Erfahrung und Arbeit heraus, käme es mir vor, dass man momentan diesen totalen Rückschritt für alle Gruppen vorsieht, auch was die Frauenförderung betrifft, wie Frau Dr. Schulze-Bauer es soeben in ihrem Vortrag angesprochen hat. Wenn heute in irgendeiner Fernseh-Talkshow darüber diskutiert wird, dass man Frauenquoten nicht mehr braucht, weil Frauen zuhause bleiben und nicht Karriere machen wollen, wenn man sagt, dass Migrantinnen und Migranten sich besser anpassen sollen, jedoch alle zwei Monate eine Kopftuchdebatte herrscht, wenn Barrierefreiheit mit Kosten verbunden ist und es dementsprechend aufgewiegelt wird, wenn Homosexualität noch immer – auch beim Blutspenden – mit all jenen Vorurteilen verbunden ist, die eigentlich schon im Mittelalter geherrscht haben, dann merkt man, wie schwierig es wird, eine positive Entwicklung zu erreichen. Was ich ebenfalls nicht verstehe, obwohl die Thematik sehr spannend ist, ist die Einstellung zur Altersdiskriminierung. Gerade in einer immer älter werdenden Gesellschaft müsste diesbezüglich ein Umdenken stattfinden, zumal der gesellschaftliche Diskurs in Richtung Pflegediskussion und Generationenkonflikt geht; heißt es doch „Die nehmen uns die Pension weg!“ So gesehen merkt man, glaube ich, dass wir uns alle selbst diskriminieren wollen!

Moderator Gernot Rath: Das Erstaunliche ist, dass es hier nicht um Fakten, um Verstand geht, sondern größtenteils um Befindlichkeiten. Woher kommt dieses Phänomen?

Mag.^a Daniela Grabovac: Es soll am liebsten alles so bleiben, wie es ist, man will keine Veränderung, was immer die Veränderung bringen mag. Und ich glaube, dass die Diskussion, die wir momentan führen, sei es eine Diskussionen über Länder, die ärmer als Europa sind, sei es Diskussionen darüber, dass allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden soll, oder dass Quoten eingeführt werden sollen, zeigen, dass die Bereitschaft, etwas zu verändern, doch nicht gegeben ist, zumal die Situation, so wie sie ist, für manche sehr passend ist.

Moderator Gernot Rath: Also es ist mangelnde Empathie, mangelnde Wahrnehmung des Anderen gerade auch im Bereich der Migrantinnen und Migranten, glaube ich, die auch immer wieder eine starke Projektionsfläche sind für diese Befindlichkeit, die da ist. Wie wird das erlebt oder wie erleben Sie das, Herr Eyawo?

Mag. Godswill Eyawo, MA: Ich würde einfach eine Geschichte erzählen. Ich habe in meiner Präsentation gesagt, dass es bei MigrantInnen eine sehr fatalistische Tendenz gibt. Was ich damit meine, ist: Es herrscht bei vielen MigratInnen jetzt diese Ohnmacht und Resignation: „Wir sind eh in Österreich nicht wirklich willkommen.“ Vor einigen Tagen kommt ein Freund von mir aus Nigeria, er lebt seit 23 Jahren in Europa, ist nach Österreich, nach Graz zum Studieren gekommen und aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten hat er auch zu arbeiten begonnen. Er ist eine sehr gut gebildete Person, er hat schon sein Bakkalaureat gehabt und hat täglich schmerzhaft, rassistische Erfahrungen in der Arbeit erlebt. Ich habe mit ihm damals immer wieder geredet, zu Beginn als Abwehr war da bei ihm ein bisschen Aggression, Streit. Er hat eine Stelle verloren, bei der zweiten Stelle hat er irgendwie daraus gelernt, dass er sich nicht mehr wehren soll. Und er redet davon, dass er täglich in der Arbeit statt seinem Namen immer wieder hört: „Komm her, du Neger“, oder so. Das hat er mit der Zeit einfach zugelassen, weil er keine Probleme haben wollte. Für ihn war es einfach egal: „Ich bin in Österreich nicht wirklich willkommen, ich mach einfach das Notwendige, ich brauche kein Problem.“ Das heißt, so etwas entwickeln viele Migranten einfach in ihrem täglichen Umgang mit der Gesellschaft. Diese Tendenz ist für mich sehr beängstigend und ich glaube, wir als eine Gesamtgesellschaft sind für eine gewisse Befindlichkeit verantwortlich für die Menschen, die hier zuwandern, weil es gibt diese Sehnsucht, sich auch in Österreich zuhause zu fühlen. Aber das Zuhause-Fühlen sollte auch von der Aufnahmegesellschaft unterstützt werden. Ja, so sieht es im Moment aus. Ich bin persönlich mit der Situation nicht ganz zufrieden und es betrifft viele, viele MigrantInnen, gerade heute noch viele MuslimInnen.

Moderator Gernot Rath: Was gibt es da zu tun, was wäre aus Ihrer Sicht wichtig, dass hier Politik, Medien, Zivilgesellschaft unternehmen, dass hier Menschen zweiter Klasse faktisch da sind, dass man diese Situation bereinigt?

Mag. Godswill Eyawo, MA: Um die Wahrheit zu sagen, ich glaube, die Politik heute, die Rhetorik, die extreme Rhetorik spalten die Gesellschaft. Weil ein Teil dieser Aufnahmegesellschaft sieht die MigrantInnen als Leute, die einfach unser Sozialsystem ausnutzen, sie passen sich nicht an unsere Gesellschaft an, sie kommen mit einer anderen Kultur und all diese Sachen. Und für mich haben diese PolitikerInnen die Verantwortung, einfach einen friedlichen, sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten und nicht mit einer Rhetorik die einfach die Gesellschaft zu spalten. Dies wäre ein Wunsch von mir: Nicht nur die Aufnahmegesellschaft – weil unter MigrantInnen finden immer wieder Diskriminierungen statt –, sondern insgesamt die Bevölkerung soll zum Thema Diskriminierung sensibilisiert werden. Weil manche Leute, die andere diskriminieren, merken oft nicht, dass ihre Handlungen diskriminierend sind. Für mich ist Aufklärung und Sensibilisierung der Gesellschaft ganz, ganz wichtig, natürlich auch Sanktionen für manch diskriminierende Fälle.

Moderator Gernot Rath: Die Bandbreite von diesen Diskriminierungsaktionen ist ja groß. Sie reicht von Ignoranz bis zur großen Gehässigkeit. Gibt es ein Rezept, wie man hier diese Sensibilisierung auf breiter Basis überhaupt erreichen kann? Ich denke, hier in diesem Raum gibt es niemanden, der nicht ein klares Statement dazu abgeben kann, wie eine Gesellschaft in Vielfalt ausschauen soll, eine, die würdevoll und respektvoll miteinander umgeht. Aber es sind ja, denke ich, gerade Bevölkerungsschichten, die das zwischen unbewusst und auch als Ventil, diese ungebremste Gehässigkeit rauszulassen, verwenden.

Mag.^a Daniela Grabovac: Ich glaube, man soll erkennen können, dass man selbst auch diskriminiert, manchmal unbewusst, manchmal auch bewusst. Wichtig dabei ist es, sich einzugestehen, dass man im Unrecht ist und sich zu entschuldigen.

Die Intention dieser Veranstaltung war aber, die Geschichte der diskriminierten Gruppen und ihren Kampf um Anerkennung darzustellen. Dabei ist mir, als Antidiskriminierungsstelle aufgefallen, dass jede Gruppe, wenn es um den Kampf um die eigenen Rechte geht, einen sehr individuellen Kampf führt. Der einen Gruppe gelingt es besser, der anderen Gruppe weniger gut. Und da liegt, meiner Meinung nach, der Kern des Bösen, weil die Gruppen untereinander ausgespielt werden, wodurch Hierarchien entstehen können. Sie werden das bestimmt kennen, unter diskriminierten Gruppen gibt es noch mehr Hierarchien als in der nicht-diskriminierten Mehrheitsgesellschaft. Die Lösung

kann daher nur sein, dass man zusammenarbeitet. Denn oft wird vergessen, dass wir das, was wir allein nicht schaffen, zusammen schaffen können.

Eine Zukunft für Europas Jüdinnen und Juden?

Am Montag, dem 3. Dezember lud Landtagspräsidentin **Bettina Vollath** zur zweiten von insgesamt drei gemeinsam mit dem Grazer TRIALOG-FORUM konzipierten Veranstaltungen im Rahmen der erfolgreichen Reihe **LAND.HAUS.GESPRÄCHE**, bei welchen die Schwerpunkte auf den drei abrahamitischen Religionen Islam, Judentum und Christentum liegen.

Zum Thema „Eine Zukunft für Europas Jüdinnen und Juden?“ referierte der bekannte Publizist und Politiker **Michel Friedman** und gab mit seinem Vortrag den Impuls für die darauffolgende Gesprächsrunde.

Die Gesprächsteilnehmenden:

Michel Friedman, deutsch-franz. Jurist, Philosoph, Publizist und Fernsehmoderator, **Elie Rosen**, Präsident der Jüdischen Gemeinde Graz, Vorstand der Jüdischen Kultusstiftung Steiermark, **Esther Schapira**, Autorin, Abteilungsleiterin Fernsehen, Politik und Gesellschaft beim HR-Fernsehen und Kommentatorin bei den ARD-Tagesthemen.

Landtagspräsidentin Vollath begrüßte über 100 interessierten Gäste in der Landstube und hielt fest: *„Antisemitismus ist nicht nur für Jüdinnen und Juden eine Bedrohung, sondern für uns alle – er ist eine Gefahr für unsere liberale offene Gesellschaft basierend auf humanistischen Werten und den Menschenrechten. Ganz generell gesagt: die Ausgrenzung von einzelnen Gruppierungen, aufgrund welcher Vielfaltsmerkmale auch immer, schadet nicht nur dieser Gruppierung, sondern der gesamten Gesellschaft.*

Wenn wir das zulassen, dann werden wir es früher oder später mit hoher Wahrscheinlichkeit auch erleben, dass andere selbstverständlich geglaubte demokratische Errungenschaften wieder verloren gehen – ja aktiv bekämpft und abgeschafft werden. Somit: wenn wir nicht aktiv und mit großer positiver Energie an einer Gesellschaft weiterbauen, die von Akzeptanz und Mitmenschlichkeit geprägt ist, wenn wir nicht aktiv daran arbeiten, dass es nicht zu weiteren Wertverlusten kommt beziehungsweise es uns nicht gelingt, die Werte einvernehmlich festzulegen, die es für das Gelingen einer pluralistischen Gesellschaft braucht, dann müssen wir unter Umständen erleben – und was es in meinen Augen noch dramatischer macht – müssen es unter Umständen unsere Kinder und Enkelkinder erleben (und die können sich heute vor einer solchen Entwicklung nicht selbst schützen, das können nur wir Erwachsenen tun), dass eine Demokratie eben kein Naturgesetz ist. Es liegt also an uns, an jedem und jeder Einzelnen von uns, auf gegenseitige Achtsamkeit, auf Umsicht in der Wortwahl und auf Empathie im Umgang miteinander zu achten“.

Für das TRIALOG-FORUM sprach der Superintendent der Evangelischen Superintendentur A. B., **Wolfgang Rehner** Grußworte zu den interessierten Gästen. *„Die christlichen Kirchen sind Teil des Grazer TRIALOG-FORUMs. Im LAND.HAUS.GESPRÄCH haben wir Gelegenheit, festzustellen: Man wird dem Judentum nicht gerecht, wenn man die Schatten der Vergangenheit das beherrschende Thema sein lässt. Folgerichtig ist die Zukunftsperspektive jüdischen Lebens in Europa im Blickpunkt. Die Antwort betrifft uns direkt, denn ohne Judentum ist Christentum nicht denkbar.“*

Michel Friedman hielt in seinem Impulsvortrag fest, dass *„Judenhass gleich Menschenhass ist. Jeder muss sich die Frage stellen, was der oder die Einzelne tun kann gegen Judenhass? Ich sage man kann sehr viel tun – bei sich zu Hause, im Beruf, oder beispielsweise in Fußballvereinen. Die Zukunft von Juden und Jüdinnen ist die Zukunft der Demokratie in den Ländern, die die Europäische Union ausmachen. Es ist unsere gemeinsame Zukunft oder unser Untergang. Wir leben entweder in einer zivilen, humanistischen Gesellschaft, die bei allen Rückschlägen und Schwächen dieses Ziel vor Augen hat und bereit ist dafür etwas zu tun, oder wir werden in autoritären Systemen leben.“*

Esther Schapira bekräftigte: *„Eine Demokratie geht nicht an ihren Gegnern zu Grunde, sondern an der Schwäche ihrer Verteidiger, die das Überschreiten von roten Linien einfach zulassen. Gründe für Antisemitismus sind völlig irrelevant, entscheidend ist, dass es genügend Menschen gibt, die jeder Form von Judenhass und jeder Form von Rassismus entgegenreten. Dann haben die Menschenrechte eine Zukunft in Europa, dann haben auch Jüdinnen und Juden eine Zukunft in Europa.“*

Elie Rosen brachte in den Gesprächen auch die Situation für Jüdinnen und Juden in Österreich zur Sprache und betonte: „*Mit einer normalen demografischen Entwicklung, wie wir sie derzeit haben, werden kleine jüdische Gemeinden in Österreich nicht überleben können. Sie sind auf Migration angewiesen, diese wird allerdings nicht aus Europa kommen. Daher kommt es darauf an, wie sehr Österreich das Überleben dieser Gemeinden möchte.*“

Die Moderation des Abends übernahm **Wolfgang Sotill**, für die musikalische Umrahmung sorgte das Ton-Art-Trio.

Artikel 9 (1) EMRK – Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; Artikel 14 – Verbot der Benachteiligung, Artikel 10 (1) GRC – Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit

FLTPⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Bettina Vollath**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Auch für heute Abend ist es uns wieder gelungen, Persönlichkeiten einzuladen, die für einen sicher interessanten und anregenden Diskussionsabend sorgen werden – und zwar stellen wir uns heute der Frage nach der Zukunft für Jüdinnen und Juden in Europa und zwar tatsächlich als Frage gestellt, ob es denn eine solche gibt.

Ronald Lauder, er ist seit 2007 Präsident des jüdischen Weltkongresses, meinte seinerzeit während seiner Amtszeit als amerikanischer Botschafter in Wien, wörtliches Zitat: „Würden alle Juden Europa verlassen, wäre dies für die Juden sehr traurig, für Europa jedoch ein Desaster.“ Dieser Feststellung kann ich nur aus vollem Herzen zustimmen. Und dennoch wissen wir, dass allein im Jahr 2015 aus Europa ungefähr 10 000 Juden nach Israel gezogen sind, 8 000 davon alleine aus Frankreich.

Das ist wohl unmittelbar Folge davon, dass Jüdinnen und Juden im Europa des 21. Jahrhunderts wieder vermehrt mit Beleidigung, Diskriminierung und Belästigung konfrontiert werden. Damit nicht genug, sie werden auch Opfer physischer Gewalt und von Mordanschlägen, denken wir nur an den grausamen Mord an Mireille Knoll im heurigen Jahr oder an den Mord an vier französischen Juden durch einen Islamisten unmittelbar nach dem Anschlag auf Charlie Hebdo 2015.

Traurige Tatsache ist, dass sich unter den zahlreichen muslimischen Zuwanderern nach Europa eine Gruppierung aus Islamisten gebildet hat, die sich unserer Rechtsordnung, unserer Verfassung und somit unseren zentralen demokratischen Werten nicht verbunden fühlt und auch einen starken Antisemitismus mit nach Europa gebracht hat. Allerdings darf uns dieser Umstand nicht darüber hinwegtäuschen, dass Antisemitismus auch ohne diesen fragwürdigen Import in Europa längst nicht bezwungen gewesen ist.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir feiern heuer im Jahr 2018 sowohl den 70. Jahrestag der Proklamation der Menschenrechte als auch den 70. Jahrestag der Gründung des Staates Israel.

Warum können Jüdinnen und Juden in Europa dennoch auch heute noch immer nicht in Frieden leben? Warum dürfen sie sich nicht unbehelligt zu Israel bekennen, ihren Glauben leben und ihre Identität zeigen? Warum ist Antisemitismus, heute zunehmend in seiner verschleiern Form als Antizionismus, einfach nicht beizukommen? Und: Was sind die Auswirkungen auf die Jüdinnen und Juden, die in Europa leben? Vielleicht noch (??) in Europa leben?

Und was – auch diese Frage brennt mir im Herzen – was sind die Auswirkungen auf die restliche europäische Gesellschaft, wenn es nicht verhindert wird, dass Jüdinnen und Juden wieder vermehrt abgelehnt, ausgegrenzt, ja vertrieben oder ermordet werden?

Meine tiefe Überzeugung ist: Wenn wir nicht endlich Antworten darauf finden können, wie die Menschen in Europa so mitgenommen werden können, dass sie die Zeiten des herrschenden technologischen und damit einhergehenden gesellschaftlichen Umbruchs ohne Verlust- und Abstiegsängste durchleben können, dann wird das leider nur zu altbekannte Sündenbocksuchen – und vermeintliche Finden dieser Sündenböcke – wieder massiv aufflammen. Und ich fürchte, dass das, was wir heute erleben, dann rückblickend betrachtet vielleicht nur als Anfang zu werten sein könnte.

Die Ausgrenzung von einzelnen Gruppierungen, aufgrund welcher Vielfaltsmerkmale auch immer, schadet nicht nur dieser Gruppierung, sondern der gesamten Gesellschaft. Wenn wir Ausgrenzung zulassen, dann werden wir es früher oder später mit hoher Wahrscheinlichkeit auch erleben, dass selbstverständlich geglaubte demokratische Errungenschaften wieder verloren gehen – ja aktiv bekämpft und abgeschafft werden. Antisemitismus ist somit nicht nur für Jüdinnen und Juden eine Bedrohung, sondern für uns alle – er ist eine Gefahr für unsere liberale offene Gesellschaft basierend auf humanistischen Werten und den Menschenrechten.

Unsere Aufgabe als Politik und Gesellschaft ist es daher, jeder Form von Hass und Diskriminierung entgegenzuwirken. Sobald Diskriminierung zu viel Raum bekommt, ist sie – abgesehen vom hohen Schaden bei den Diskriminierten selbst – auch dazu geeignet, Feindbilder zu konstruieren.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben das große Glück, in einer Demokratie leben zu dürfen mit all den persönlichen Freiheiten, die damit verbunden sind. Klar ist aber auch: wenn wir nicht aktiv und mit großer positiver Energie an einer Gesellschaft weiterbauen, die von Akzeptanz, Empathie und Mitmenschlichkeit geprägt ist, wenn wir nicht aktiv daran arbeiten, sowohl die uns wesentlichen europäischen Werte zu bewahren als

auch die einvernehmliche Festlegung jener Werte zu schaffen, die es für das Gelingen einer pluralistischen Gesellschaft braucht, dann müssen wir unter Umständen erleben – und was es in meinen Augen noch dramatischer macht – müssen es unter Umständen unsere Kinder und Enkelkinder erleben (und die können sich heute vor einer solchen Entwicklung nicht selbst schützen, das können nur wir Erwachsenen tun), dass eine Demokratie eben kein Naturgesetz ist.

Es liegt also an uns, an jedem und jeder Einzelnen von uns, auf gegenseitige Achtsamkeit, auf Umsicht in der Wortwahl, auf Empathie im Umgang miteinander zu achten und politische Konzepte auch daran zu messen, wie es mit diesen Werten gehalten wird. Halten wir gemeinsam diese Werte hoch und bemühen wir uns ständig und unermüdlich um ein gutes, gemeinsames Leben.

Ich hoffe und wünsche inständig, dass Noa Goldfarb, eine Enkelin Mireille Knolls, die heute in Israel lebt, nicht recht hatte. Sie schrieb nämlich nach dem Tod ihrer Großmutter: „Vor 20 Jahren habe ich Paris verlassen, weil ich wusste, dass ich dort keine Zukunft habe – weder ich noch das jüdische Volk.“

Denn Europa ist auch das Zuhause der hier lebenden Jüdinnen und Juden und - damit spanne ich den Bogen zum Thema des heutigen Abends – es ist unverzichtbar für die Identität der europäischen freien liberalen Demokratien, dass die hier lebenden Jüdinnen und Juden auch eine Zukunft in diesem Europa sehen und weiter hier leben können!

Ich bin stolz auf unsere lebendige jüdische Gemeinde in Graz, ich bin glücklich darüber, dass es seit dem 1. Dezember 2016 mit dem Oberrabbiner der steirischen Landeshauptstadt Graz, Schlomo Hofmeister, zum ersten Mal nach der Shoa wieder einen Landesrabbiner gibt, und ich bin Herrn Präsidenten Rosen sehr dankbar dafür, dass er die Gemeinde durch unterschiedlichste Veranstaltungen spürbar geöffnet hat und darüber hinaus im Untergeschoß der Synagoge im Rahmen eines Bildungskonzeptes Interessierten die Möglichkeit bietet, sich mit der jüdischen Religion, ihrer Grazer Geschichte und ihren Traditionen auseinanderzusetzen.

Denn Fremdsein kann nur überwunden werden, wenn wir aufeinander zugehen. Es zählt jeder Schritt.

Ich freue mich jetzt sehr auf das Impulsreferat von Herrn Prof. DDr. Michel Friedman und auf die anschließende Diskussion mit Frau Esther Schapira und Herrn Präsidenten MMag. Elie Rosen. Ich bin mir sicher, dass zu den von mir aufgeworfenen Themen noch viele spannende Aspekte hinzukommen werden.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit und ein herzliches steirisches Glück Auf!

Prof. DDr. Michel Friedman: Es steht nicht gut um die Europäische Union, die Lage in Österreich ist ernst, die Lage in Ungarn ist ernst, die Lage in Polen ist ernst, die Lage in Italien ist ernst, um nur ein paar Länder zu nennen. Warum ist sie ernst? Einer der wichtigsten zivilisatorischen Fortschritte des Menschendenkens war, dass der Mensch vom Objekt zum Subjekt gedacht wurde. Und der nächste Schritt, der entscheidende Schritt der Voraussetzung dessen, was wir Menschenrechte nennen, war, dass die Frage, dass der Mensch ein Subjekt ist, nicht hierarchisch mehr gedacht werden kann, sondern jeder Mensch an sich im Vergleich zu allen anderen Menschen von seiner Wertigkeit ebenfalls das gleiche Subjekt ist. Der Theaterschriftsteller George Tabori hat es in einem Satz zusammengefasst: „Jeder ist jemand!“ In unseren Gesellschaften, meine Damen und Herren, gibt es nicht wenige Menschen, die mittlerweile wieder sagen: „Einige sind niemand!“ In unseren Gesellschaften und Ländern, meine Damen und Herren, gibt es dann einen Widerspruch, dass Menschen versuchen zu sagen: „Nein, niemand ist niemand“, was aber nicht das Gleiche ist, als wenn man sagt: „Jeder ist jemand.“ In Parlamenten unserer Länder sitzen demokratisch gewählte Parteien, teilweise Regierungsmitglieder, die der Meinung sind, dass die Würde des Menschen antastbar ist. Und man gewöhnt sich daran. Und ich will das hier ganz deutlich sagen: Niemand bestreitet, dass beispielsweise in Österreich die FPÖ demokratisch gewählt wurde. Ich bestreite aber, dass eine Partei, die demokratisch gewählt wurde, deswegen auch demokratisch ist. Und wenn wir ernsthaft miteinander reden, dann müssten wir nicht nur über die Orbans und die anderen reden, sondern über uns. Wie reagieren wir darauf? Wie viel Anfangspunkte der Gewalt sind wir mittlerweile auch wieder mitgegangen? Wenn es um den Endpunkt der Gewalt geht, sind sich die Menschen in der Regel einig. Ich erinnere mich, als ich – ich bin 62 Jahre alt – nach Deutschland aus Paris gekommen bin und man dann gesagt hat, Auschwitz, da haben die meisten Deutschen gesagt: „Das wollten wir nicht!“ – übrigens auch Österreicher, die ja ganz „unfreiwillig“ den Anschluss fanden. Ich habe den meisten Menschen geglaubt. Aber was sagt uns das schon, wenn Menschen sagen: „Den Endpunkt der Gewalt habe ich nicht gewollt“? Wann beginnt die Gewalt gegen Menschen? Begann sie, als die Lokomotivführer die Menschen in die KZs gebracht haben und sich keiner gewundert hat, dass sie keine zurückgenommen haben? Beginnt die Ermordung von Menschen beim 9. November, als überall Synagogen, Gotteshäuser brannten und die Menschen nichts taten? Oder begann sie mit der Wahl Hitlers? Und wann beginnt heute die Ermordung von Menschen? Wann beginnt heute die Gewalt gegen Menschen? Und man muss es dann doch auch heute noch einmal sagen, ich bin sehr berührt über Ihre Initiative, aber wir sind im Jahre 2018 und ich kann mich gar nicht daran erinnern, wie oft ich solche Veranstaltungen mit denselben engagierten Eingangsreden gehört habe und mit der Aufforderung: „Wir müssen etwas tun!“ Aber es ist schlechter geworden. An was haben wir uns alles gewöhnt? Ist es neu, dass man Minderheiten diskriminiert? Ist es neu, dass der Judenhass – und Sie werden entschuldigen, dass ich den Begriff „Antisemitismus“ heute nicht mehr verwende, es geht um Judenhass und der Begriff Antisemitismus kriegt so eine distanzierte Aussage. Hat der Judenhass jetzt erst begonnen? Hat er jemals nach 1945 aufgehört? Wann haben Sie den letzten Witz über Juden oder wen auch immer gehört? Haben Sie reagiert? Was ist mit dem Alltagsrassismus, mit dem täglichen Rassismus, in dem man Gruppen diskriminiert? Im Verein, bei der Arbeit, in der Familie, unter Freunden, in einem Parlament – in einem Parlament, meine Damen und Herren! Wann beginnt die Gewalt gegen Menschen? Wenn Rechtsterroristen Menschen angreifen? Und ich will dies in Klammern ergänzen. Ich höre sehr engagiert zu, wenn Menschen in Österreich, in Europa, auch in Deutschland, mir als Juden sagen: „Den

islamistischen Antisemitismus, Judenhass, da sind wir ganz an Ihrer Seite, dass das nicht geht!“ Und daraus entstehen Parteien, daraus entstehen Bewegungen, aber ganz ehrlich gesagt: Wer bei sich selbst nicht anfängt, erscheint mir nicht sehr glaubwürdig zu sein, dass er verstanden hat, was es bedeutet, dass Judenhass Menschenhass ist, wenn er die 50, 40, 30, 20, 10 Jahre, heute nicht mit derselben Kraft, den Judenhass seiner eigenen sogenannten nicht islamischen Bevölkerung bekämpft hat? Wem soll ich mein Leben anvertrauen? Seien Sie mal 24 Stunden am Tag Jude. Als was sehen Sie mich gerade, wenn ich zu Ihnen spreche? Was geht ihnen durch den Kopf, wenn Sie den Begriff „Jude“ hören? Und meine hochgeschätzten christlichen Brüder, was geht Ihnen durch den Kopf? Der Ursprung des Judenhasses ist kulturell legitimiert und legalisiert worden durch das Christentum. Und es sind nur wenige Jahrzehnte her – und gut ist es, dass das zweite vatikanische Konzil versucht hat, das aufzuarbeiten –, aber wie ist der Alltag? Gehen Sie in Kirchen nach Polen, sprechen Sie mit Menschen, die auch heute in der politischen Debatte vom christlichen Abendland reden, um zu sagen: „Ihr Muslime, haltet euch mal ganz ruhig, denn das ist das christliche Abendland!“ Aber wenn Sie vom christlichen Abendland sprechen, grenzen Sie mich wiederum auch mit aus. Das wollte man nicht, das will man nicht, deswegen spricht man momentan vom christlich-jüdischen Abendland. Wir sollten das nicht tun, denn das Beispiel des christlich-jüdischen Abendlandes ist kein emanzipiertes, gleichberechtigtes Miteinander, sondern eine Unterdrückung, ein Missionieren und die Verfolgung von Juden in Jahrhunderten aufgrund des christlichen Abendlandes. Wann beginnt die Gewalt gegen Menschen? Und wie ehrlich sind wir? Und geht es heute wirklich um die Zukunft von Juden und Jüdinnen in Europa? Ich will Ihnen das ganz klar sagen: Wenn Juden in Österreich nicht mehr leben können oder in Europa, werden Menschen hier auch nicht mehr gut leben können, weil damit das System sich ändert und die Grundlagen sich ändern, Demokratie nicht mehr ist. Demokratie hat klare wenige Mindeststandards, und ein Mindeststandard des demokratischen Versprechens ist: Die Würde des Menschen ist unantastbar! Beim ersten Menschen, wo es angetastet wird und die anderen – und Sie haben den Begriff verwendet – sich nicht identifizieren und emphatisch merken, sie sind mitgemeint, ist alles nur noch leeres Geschwätz. Es geht nicht um die Juden, es geht um uns Menschen. Wie leidenschaftlich genießen wir dieses Prinzip, diesen Schutz für uns alle, dass wir uns versprochen haben: „Die Menschenwürde ist unantastbar!“ Wie gehen wir damit um, wenn wir täglich mittlerweile sehen, wie sie angetastet wird in Ländern Europas? Wie gehen wir damit um, dass Minderheiten verfolgt, diskriminiert und wieder ängstlich werden in der Europäischen Union? Wie gehen wir damit um, wenn Homosexualität in einigen Ländern von Parteien, in vielen Ländern, wieder als ein Thema benutzt wird, um diesen Menschen ihre Menschenwürde abzuerkennen, um zu diskriminieren? Und darum geht es. Wer maßt sich an in einer freien Gesellschaft, den anderen zu richten, zu urteilen und ihm die Würde mit diesem Urteilen wegzunehmen. Und ja, das Judentum erlebt diese Veränderungen auch – dramatisch! Und ja, man wird das auch mal sagen dürfen, und ja, man darf es sagen. Aber wer sagt etwas dagegen? Wer mischt sich ein? Wer zeigt sein Gesicht: „Ja okay, das kann man nicht von mir verlangen, ich bin doch kein Jude.“ „Ja also wirklich, übertreib nicht, ich bin nicht schwul.“ „Also bei aller Liebe, ich bin ja nicht dafür da, die Muslime zu beschützen.“ Stimmt das? Und wenn das stimmt, wo bleibt die zweite Säule, eine humane in der demokratischen Gesellschaft, nämlich die Solidarität? Alles, was Sie hier in diesem Raum betrifft, betrifft mich. Und alles was mich betrifft, betrifft Sie. Das ist die unendliche, wunderbare, schwere Verantwortung einer Gemeinschaft, die sich solidarisch nennt. Die schönste jüdische Gemeinde – und ich höre, wie schön sie jetzt in Graz ist –, dieser Mikrokosmos, dieses Paradies im Kleinen hat keine Chance, wenn der Makrokosmos vergiftet ist. Und der Makrokosmos ist vergiftet, lange schon, machtpolitisch vergiftet. Wie ist es eigentlich, wenn man weiß, dass man eine Regierung hat, die antieuropäisch ist in einem Teil der Regierung? Wie ist das eigentlich, wenn man eine Regierung hat, wo ein Teil dieser Regierung rassistisch menschenverachtend Wahlkampf führt, politisch argumentiert, wie ist das eigentlich? Und wie ist das eigentlich, wenn man zum zweiten Mal, weil man an die Macht will, diese Parteien an die Macht gebracht hat und immer so tut, als ob man sich die Hände in Unschuld waschen kann, weil: „Wir sind es ja nicht, es ist nur unsere Koalitionspartnerpartei“? Und wie ist es, wenn man permanent die roten Linien fortschiebt und wir uns alle daran gewöhnen, dass das mittlerweile eben so ist. Und das, was uns noch vor 5 Jahren, vor 10 Jahren aufgeregt, erregt, ängstlich motiviert hat, uns heute als selbstverständlich vorkommt. Wann beginnt die Gewalt gegen Menschen? Wie weit haben wir unsere Koordinaten verändert? Erinnern wir uns, wie wir vor 20 Jahren gesagt haben: „Stopp, so geht das nicht!“, und heute merken wir gar nicht, wie inkludiert das in unserem alltäglichen Leben ist. Vor 15 Jahren, als Haider gewählt wurde, da gab es in Wien hunderttausende Menschen am Heldenplatz. Ich war Redner. Was war jetzt eigentlich bei der Renaissance dieses „wunderbaren“ Hochzeitspaares an Aufregung, an Mobilisierung? Und auch das will ich ganz ehrlich sagen: Bitte keine Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft. Wenn eine Gemeinschaft das braucht, ist schon lange vorher etwas nicht gut gewesen. Wenn ein Bombenanschlag stattfindet, wo auch immer, in einer freien Gesellschaft, dann gilt sie uns allen. Um was geht es, wenn man als Jüdin oder Jude in diesem Europa lebt? Was sind die Wünsche der Menschen? Ich werde Ihnen ein paar aufzählen: Halbwegs gut in der Schule sein, Spaß beim Fußballspielen, die erste Freundin oder Freund, dass das halbwegs über die Bühne geht, eine Arbeit suchen, eine Arbeit haben, halbwegs würdig leben können vom Einkommen, vielleicht eine Familie gründen, in einem Minimum von Würde und Sicherheit leben. War irgendetwas, was ich jetzt gesagt habe, jüdisch? Der eine will, wenn er will, in die Kirche gehen, der andere will, wenn er will, in die Moschee, und der eine oder andere Jude geht in die Synagoge. Und übrigens, ich bin sehr froh, dass Buddhisten da sind, weil die Arroganz Europas hat auch damit zu tun, dass wir Religion in die monotheistischen Religionen verkürzt haben. Die Welt, in der wir leben, kennt Millionen, hunderte Millionen, Milliarden Menschen, die gläubig sind, aber nicht an einen Gott glauben müssen. Was ist also überhaupt jüdisch? Sie werden verstehen, dass ich mir wünsche, dass Sie mich mit vielen Identitäten wahrnehmen. Ich bin in Paris geboren, ich bin in Frankfurt aufgewachsen, ich bin jüdisch, ich bin männlich, ich bin Akademiker, ich bin ätzend, ich gehe Leuten auf die Nerven, ich mag Musik, ich gehe ins Theater, ich spreche dreieinhalb Sprachen. Eines davon ist meine Religionszugehörigkeit. Judenhasser lieben es, mich

darauf zu reduzieren. Wovor haben sie eigentlich Angst? Vor mir als Juden? Vor ihren eigenen Phantasien? Warum haben wir Angst – Sie haben das Wort genannt – vor dem Fremden? Haben wir etwa Angst vor uns selbst, dem Fremden in uns? Und übrigens, was heißt hier fremd? In meinem Land, der Bundesrepublik Deutschland ist jeder Bürger, der in Deutschland lebt, in Kategorien wie fremd oder nicht fremd nicht einzuteilen, weil die Kategorie an sich ist bereits ein falsches Thema. Ich bin auch kein Mitbürger, oder hat man Sie je begrüßt als katholischen Mitbürger? Wessen Mitbürger bin ich eigentlich? Ich bin auch kein jüdischer Journalist, ich bin Journalist. Oder kennen Sie die Religionszugehörigkeiten bei Ihren Star-Fernsehmoderatoren? Was denken Sie die ganze Zeit, wenn Sie an Juden denken? Das würde mich wirklich interessieren und vielleicht können wir uns darüber auch ein bisschen unterhalten, an diese Stereotypisierung, an diese ganzen Emotionen, die über Jahrhunderte – über Jahrhunderte – in diesem Kontinent Europa ihren Ursprung haben, über die Verschwörungstheorien, wie viele Juden es gibt. Und übrigens: Ich kann Ihnen den Judenhasser zitieren, er wird Ihnen antworten: „Es mag ja sein, dass es tatsächlich weniger sind, ist ja noch schlimmer: So wenige haben dann immer noch die Weltherrschaft!“ Es reicht nämlich einer, es braucht nicht mal den einen. Die Zukunft von Jüdinnen und Juden, meine Damen und Herren, ist die Zukunft der Demokratie in den Ländern, die die Europäische Union ausmachen. Es ist unsere Zukunft oder unser Untergang. Wir leben entweder in einer zivilen, humanistischen Gesellschaft, die bei allen Rückschlägen und Schwächen dieses Ziel als ihr Ziel vor Augen hat und bereit ist, dafür etwas zu tun, oder wir werden alle in autoritären Systemen leben. Und autoritäre Systeme werden auch bei Ihnen an die Türe anklopfen oder bei Ihnen, weil Sie rote Haare tragen, oder bei Ihnen weil Sie eine Brille haben und wir mögen nicht mehr, dass man Brillen trägt. Wir werden die Rechtsstaatlichkeit ein bisschen verändern, wir übernehmen politisch auch die Gerichte, denn die Gerichte sollen doch tun, was das Volk tun will. Und nur wir sind das Volk. Und die, die nicht wir sind – wir haben es euch angeboten. Und Sie glauben, bei den wenigen tausend Juden in Österreich ist der Hunger gesättigt, wenn sie uns Juden wieder umgebracht hätten? Ich bin heute nicht hier, weil ich Jude bin. Ich bin heute hier, weil ich Europäer bin, weil meine Kinder in Deutschland und in Europa aufwachsen, weil viele Menschen um mich herum die Sicherheit verlieren, dass es für sie Sicherheit gibt. Und damit meine ich nicht offene oder geschlossene Grenzen, sondern Alltagssicherung. Es ist angesprochen worden: Meine ganze Familie ist im Nationalsozialismus von Deutschen und von den Nazis umgebracht worden. Nur meine Mutter, mein Vater und meine Großmutter – seligen Angedenkens – haben überlebt, weil sie auf Oskar Schindlers Liste waren. Ich habe Oskar Schindler gekannt, er war auf meiner Bar Mitzwa, und er war sehr regelmäßig bei uns in Frankfurt. Ich will mit Ihnen drei, vier Minuten auf diese Oskar-Schindler-Reise gehen. In den Fünfziger- und Sechzigerjahren hat es mich immer gewundert, warum man ihn nicht in den Vordergrund gestellt hat, weil er ja geholfen hat. Man hätte ja sagen können: „Wir waren nicht alle so, schaut!“ Es fand nicht statt. Es fand erst statt, als Steven Spielberg den Film produziert hat. Ich habe mich lange gefragt warum, bis mir klar wurde, was das Problem der meisten Menschen war. Mir wurde immer gesagt: „Was kann denn ein Einzelner tun? Was erwartest du von mir als einem Einzelnen?“ Oskar Schindler hat aber etwas getan und er hat im Jahre 1942 etwas getan und tausend Menschen gerettet. Und was wäre gewesen, 1941, 1940, 1939, 1938, 1937, 1936, 1933, wenn Menschen etwas getan hätten, dann hätten wir heute nicht über Auschwitz reden müssen und nicht über eine Gemeinde mit 200 Menschen oder 10 000 in Österreich, sondern mit 100 000 Menschen. Tun wir heute genug, oder sagen wir auch: „Na ja, was kann der Einzelne schon bewegen?“ Bei sich zu Hause sehr viel, in Ihrem Beruf, wenn Sie Dinge hören, wo man sagen muss: „Stopp“, sehr viel, in Fußballvereinen in ganz Deutschland und auch in Österreich in der zweiten und dritten Liga. „Judenmannschaft“, ist deswegen ein Spiel je abgebrochen worden? Aber was kann schon der Einzelne tun? Ich meine, dafür haben wir die Polizei, dafür haben wir die Staatsanwaltschaft, dafür haben wir Parlamente. In diesen Parlamenten ist aber das Gift ein Teil des Parlamentes geworden, es ist auch ein Teil der Regierungen geworden. Was kann der einzelne tun? Sich auseinandersetzen, Streit suchen, die andere Sichtweise in diese gesellschaftliche Debatte zu bringen. In keinem dieser Länder, von denen wir reden, wo rassistische, menschenverachtende Parteien im Parlament oder in der Regierung, sogar an der Regierungsspitze sind, haben diese Parteien die absolute Mehrheit. Und wenn ich mir diesen Raum vorstelle – und ich habe ja auch gelernt, dass auch hier einige von diesen Damen und Herren demokratisch gewählt wurden –, dann stellt sich doch die Frage: Warum nehmen wir die so wahr, so laut und so präsent? Einerseits bestimmt, weil sie sehr selbstbewusst, laut und präsent sind. Aber andererseits, wenn 70, 80 oder selbst nur 60 % genauso selbstbewusst, präsent und engagiert für das Leben, für das Vertrauen in Menschen und ihrer Vielfalt kämpfen würden, dann wäre doch der Resonanzboden ein anderer. Und denen, die noch unsicher sind, mit einem Angebot entgegenzutreten mit derselben Leidenschaft wie die, die Menschen hassen, verachten und gegeneinander aufhetzen – man müsste es tun, mehr tun. Und mit jedem Tag, wo wir es nicht tun, wird es noch mehr sein müssen. Und mit jedem Tag, wo wir es nicht tun, verändern wir uns mit. Darum geht es mir heute auch, dass wir uns mitverändern, unsere Reizschwellen: „Zum 50. Mal dieselbe Rede: Wir sind dagegen, wir wollen das nicht, das kann nicht sein, das darf nicht sein, das wird nicht sein, wir tun was, wir tun was ...!“ Wir tun was? Aber anscheinend nicht genug, weil nach meinem Verständnis von Demokratie, wenn wir es täten, wäre es nicht so wie es heute ist. Und dass es so ist, wie es heute ist, ist nicht, weil es so sein muss, sondern weil – und nicht wegen Jüdinnen und Juden –, die Leidenschaft zur Freiheit, die Leidenschaft zur Demokratie, die Leidenschaft zu dem Gedanken: „Jeder ist jemand“, was für ein Glück! Ich stehe hier und sage: Jeder ist jemand! Und man holt mich noch nicht ab. Und ich gehe raus und sage: Jeder ist jemand, ich bin jemand und ich bin schwul und ich bin übrigens auch nicht Mehrheit oder Minderheit, ich bin wie ich bin! Und jeder und jede schützt mich, zu sein, dass ich bin wie ich bin. Und wenn Frauenverachtung ausgedrückt wird, dann reden wir. Ich habe ein Problem, mit Menschen, die aus politischen oder anderen Scheinbegründungen Menschen verachten. Und weil wir kurz bei diesem Begriff sind: Ich habe auch kein Problem mit der Kritik gegen die israelische Regierung und natürlich darf man das und ist kein Judenhasser. Viele Menschen – zu Recht oder zu Unrecht – sind der Meinung, dass das, was Präsident Trump macht,

unmöglich ist. Gibt es irgendjemand, der bei der Kritik gegen die Regierung oder diesen Präsidenten sagt: „Deswegen sollten auch die Vereinigten Staaten von Amerika untergehen“? Wenn man aber die israelische Regierungspolitik kritisiert und dabei die Phantasie entwickelt: „Israel muss weg“, dann ist man ein Judenhasser. Was ist der Grund, dass Menschen, wenn sie über Israel nachdenken, eigentlich dieses Land noch schlechter bewerten, als Nordkorea? Es ist eine wunderbare Demokratie, der israelische Premierminister hat gestern ein Statement der israelischen Polizei gehört, dass man ihn anklagen will. In Israel saß ein Staatspräsident wegen sexueller Belästigung im Gefängnis. Premierminister sitzen wegen Korruption. Kennen Sie so etwas in Jordanien, in Ägypten, in Syrien, im Libanon, im heutigen Ungarn, in Polen, dass das Rechtssystem den Premierminister anklagen könnte? Wir sind außerordentlich weit gekommen, wir haben in den letzten Jahrzehnten unglaubliche Fortschritte gemacht. Viele haben sich sehr angestrengt und haben vergessen, dass Systeme und Individuen immer dynamisch sind. Die Tatsache, dass wir irgendwann mal sagten: „Die Demokratie ist stabil“, war der Augenblick, wo wir wiederum um die Stabilität der Demokratie hätten mehr kämpfen müssen. Freiheit bedeutet Streit. Nicht streiten, obwohl man streiten will, bedeutet Opportunismus. Opportunismus ist als Idee antidemokratisch. Juden und Jüdinnen haben eine Zukunft in Europa. Wenn sie keine mehr haben, hat hier in diesem Raum niemand mehr eine Zukunft, höchstens die Mitglieder einer dieser autoritären Parteien, die hier gewählt wurden. Vor 25 Jahren, als es in Deutschland eine Welle wie auch jetzt gab mit rechtsextremistischem Terror, nicht islamistischem Terror, habe ich mit dem damaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland ein Gespräch geführt und gesagt: „Was ist eigentlich, wenn es schlimmer wird?“ Und dann sagt er: „Weißt du, Michel, wir Juden gehen dahin, wo uns die Judenhasser eh angesiedelt haben, nach Israel. Die Türken“, und damals gab es Erdogan noch nicht, „gehen in die Türkei. Aber wo werden die Deutschen hingehen? Wo werden die Österreicher hingehen?“ (*Allgemeiner Beifall*)

Moderator: Mag. Wolfgang Sotill: Herr Professor Friedman, danke für Ihre klaren Worte, die zwei Gemütslagen bei mir ausgelöst haben, und ich denke, wenn ich in das Auditorium schaue: Vielen von Ihnen ist es ähnlich gegangen. Das eine ist Betroffenheit, aber Betroffenheit hat immer das Ablaufdatum des Augenblicks und wenig Nachhaltigkeit. Aber die Zweite ist sehr wohl aufgrund der vielen Fragen, die sich an uns richten, der zweite Begriff ist Nachdenklichkeit, und die wollen wir, so denke ich, mitnehmen, für diese vielen Fragen um die Zukunft der Juden, und wie uns Prof. Friedman, glaube ich, ziemlich klargemacht hat, auch unsere eigene Zukunft.

Ich darf Ihnen jetzt Frau Schapira vorstellen und auch MMag. Elie Rosen, die beide jetzt ein Co-Referat halten werden. Frau Schapira kommt ebenfalls aus Frankfurt, ist Abteilungsleiterin des Fernsehens, Gesellschaft, Politik in Frankfurt, Kommentatorin, Autorin eines Buches, das ich euch gestehe, es erst rausgenommen zu haben, noch nicht viel gelesen habe, aber spannend. Allein das Vorwort und die ersten einleitenden Seiten zu dem Thema – ein sehr provokanter Titel – „Israel ist an allem schuld“. Sie hat das mit ihrem Mann Georg Hafner geschrieben, den ich auch herzlich begrüße, der hier sitzt. Das Buch ist 2015 herausgekommen und hat sich mit so manchem Aspekt, den wir jetzt gehört haben, auch beschäftigt.

Bevor ich Sie, Frau Schapira, um Ihre Worte bitte, darf ich noch dich, Herr Präsident, vorstellen. Präsident MMag. Rosen ist Jurist und Betriebswirt, er ist Präsident der Jüdischen Gemeinde in Graz, die zuständig ist für Kärnten und das südliche Burgenland und die sehr klein ist, und die unter seiner Führung innerlich und äußerlich einen Wandel erfahren hat – innerlich sehr viel mehr Ruhe bekommen hat und äußerlich jene Öffentlichkeit sucht und gesucht hat, die in der früheren Generation von jüdischen Vertretern – ich sage nur, Sie werden Sie alle dem Namen nach gekannt haben, Konsul Kurt Brühl oder auch Herr Klein oder viele andere auch, vorhanden war. Diese Kultusgemeinde und diese neue Generation sucht nach außen hin auch den bewussten Auftritt. Die alte Generation ist aus der Synagoge gekommen und hat nach ihrem Gebet ihre Kippa runtergenommen, nicht selten aus Angst, für ihr Jude-Sein verbal oder auch tatsächlich aggressiv behandelt zu werden. Diese neue Generation macht das nicht mehr.

Ja, Frau Schapira, ich darf Sie um Ihre Ausführungen bitten.

Esther Schapira: Ja, sehr gerne, vielen Dank. „Betroffenheit“, haben Sie gesagt, „Nachdenklichkeit“ hat die Rede bei Ihnen ausgelöst, bei mir hat sie etwas anders ausgelöst: Bei mir hat es zum einen zunächst einmal Zustimmung ausgelöst, weil viele Gedanken sind Gedanken, die mir auch durch den Kopf gehen, und gleichzeitig hat sie in mir Wut ausgelöst, weil sich viele der Fragen, die eben gestellt wurden auch auf mich bezogen haben und ich gedacht habe: „Ja, verdammt noch einmal, ich habe mich auch an viel zu vieles schon gewöhnt.“ Damit bin ich ein Teil der Gesellschaft, weil ich glaube, dass in der Tat viel zu viele rote Linien folgenlos überschritten worden sind. Und je häufiger das passiert, umso selbstverständlicher wird es und umso mehr erscheint als Störenfried, wer sagt, so wie Sie es eben gemacht haben: „Halt! Hier passiert gerade etwas!“ Wir haben uns an folgenlose Gedankenrituale gewöhnt – 2018 ist ja ein ganz wichtiges Gedenkjahr, wir haben die Staatsgründung Israels, wir haben den 80. Jahrestag der Pogromnacht, wir haben 70 Jahre Menschenrechte – und in diesem Gedenken kehrt immer schnell ein so weihvoller Ton ein, das hat immer etwas von folgenlosen Predigten. Da gehört schöne Musik dazu, da gehören Sätze dazu, die jeder, der halbwegs nur einen Funken Anstand im Leib hat, natürlich unterschreibt – was denn sonst? – und die quer durch das politische Spektrum beklatscht werden und zwar vollkommen folgenlos. Genau das passiert immer häufiger und ich habe mich gefragt: „Wieso lasse auch ich das zu, auch als Journalistin?“ An vielen Stellen – klar, das kann ich jetzt für mich in Anspruch nehmen – versuche ich in meinem Beruf etwas dagegen zu tun, aber es gelingt viel zu selten. Nehmen wir alleine das Beispiel der Talkshows, in denen wir es zulassen, dass – in Deutschland ist es die AfD, hier wäre es dann die FPÖ und in anderen Ländern ist der Titel ein anderer, das Gedankengut dasselbe –, rechtes Agenda-Setting betrieben wird, dass sie uns Themen einfach vorsetzen, an denen wir uns abarbeiten, ohne zu sagen: „Nein, unser Thema ist ein anderes. Arbeitet euch gefälligst daran ab“, und hören wir, was sie

dazu zu sagen haben. Das Ausbleiben des Widerspruchs, darauf haben Sie gerade hingewiesen, ist, glaube ich, das Signifikanteste daran. Mit Widerspruch meine ich nicht den lauten Reflex der medialen Empörungswirtschaft. Da wird ein Stein ins Wasser geworfen, der macht Krangel, alle regen sich darüber auf und dann geht es weiter. Das meine ich nicht, sondern den Aufschrei im Kleinen, da wo es weh tut, weil man nämlich in Haftung genommen wird, weil man persönlich greifbar ist, weil man Gesicht zeigt. Am Schluss Ihres Vortrags eben haben Sie in Erinnerung an Ignatz Bubis Angedenken die Frage gestellt: „Wo gehen die Deutschen hin?“, und abgeleitet: „Wo gehen die Österreicher hin?“ Ja, das erinnert mich daran, dass wir im Vorwort unseres Buches, von dem Sie gerade sprachen „Israel ist an allem schuld“, den Sohn meiner Cousine zitieren, der in Israel lebt und der mir nach dem Gazakrieg 2014, als es grauenvolle, antisemitische Gesänge und Parolen auf deutschen Straßen gab, in denen Juden ins Gas gewünscht wurden, das war auch in Israel zu sehen, und er hat mir dann geschrieben, ich solle nach Israel kommen, da wäre ich sicherer. Das klingt für Menschen, die Israel nur aus den Nachrichten kennen, absurd, weil es natürlich unsicher ist in einer Konfliktregion. Und in der Tat ist auch die Wahrscheinlichkeit, einem Anschlag zum Opfer zu fallen, vermutlich in Israel immer noch um einiges höher als hier. Immerhin wird das Land z. B. permanent mit Raketen beschossen, ohne dass das hier jemanden beunruhigen würde. Trotzdem stimmte es. Er meinte nämlich etwas ganz anderes: Er meinte nicht die reale Gefahr ums Leben zu kommen. Er meinte das Gefühl, nicht mehr in der Minderheit zu sein, er meinte das Gefühl, verstanden zu werden, er meinte das Gefühl, Sicherheit im Täglichen zu erleben. Und das ist der entscheidende Unterschied. Dieses Gefühl von Sicherheit, das haben Jüdinnen und Juden lange schon nicht mehr. Ich weiß nicht, ob sie es jemals hatten. Mein Vater hat mich erzogen mit dem Satz: „Im Moment ist Deutschland der sicherste Ort für einen Juden. Die dürfen im Moment nicht, da schaut die ganze Welt hin.“ Ich glaube, es ist so viel schon wieder möglich und viel zu viel wird wieder zugelassen und die Welt schaut eben gerade nicht mehr hin, weil es nicht nur in Deutschland passiert, weil es an vielen Stellen in der Welt passiert und weil es übrigens nicht nur Juden passiert. Auch das ist ein Punkt, den Sie gerade genannt haben, dem ich sehr zustimme. Mir persönlich ist es vollkommen gleichgültig, ob ein Asylbewerberwohnheim angezündet wird, eine Synagoge angezündet wird oder an anderer Stelle rassistische, menschenverachtende Gewalt passiert. Ebenso gleichgültig ist mir die Nationalität eines Mörders. Wir haben gerade in Deutschland heftige Debatten über grauenvolle Verbrechen. Die Opfer sind meist Frauen. Zuweilen sind die Täter Flüchtlinge. Ich würde zunächst aber einmal sagen, es sind Männer. Deswegen sage ich dennoch nicht, dass alle Männer Mörder sind, ebenso wenig sind alle Flüchtlinge eine Gefahr für deutsche Frauen. Wer diesen Unterschied nicht mehr zulässt, wer nicht begreift, dass die Generalisierung, dieses Subjekt-Aufheben das Problem ausmacht, der unterhöhlt die Demokratie. In einem Punkt aber würde ich heftig widersprechen: Die Frage nämlich „Wo gehen die Österreicher hin?“, impliziert, dass sie überhaupt weggehen wollen und dass sie weggehen müssen. Das halte ich für einen gefährlichen Irrtum. Es stimmt, wenn Jüdinnen und Juden keine Zukunft mehr in Europa haben, dann hat die Demokratie keine Zukunft in Europa, dann haben die Menschenrechte keine Zukunft in Europa, dann hat die Idee der Aufklärung verloren. Aber es wird viele Menschen geben – und ich frage mich beunruhigt: Wie viele werden es sein, die sich darin wohlfühlen? Für die Demokratie und Menschenrechte keine Essentials sind, die sich sehr wohl einrichten in einem rassistischen Staat, die das aushalten, die einen antisemitischen Staat durchaus erträglich finden. Genau deswegen ist es so wichtig, sich zu erinnern, dass es das ja gab und wohin es geführt hat. Es ist ja gar keine absurde Fiktion, über die wir jetzt sprechen. Erstaunlicherweise wird das aber von immer weniger wahrgenommen und es löst bei viel zu wenig Angst aus. Es gab gerade im September eine Umfrage bei CNN, die ist sehr interessant. Ich möchte Ihnen daraus eine Zahl vorlesen. Da heißt es nämlich, dass – und ich nehme jetzt einmal nur die Zahl für Österreich – 12 % der 18- bis 34-Jährigen sagen, sie haben noch nie vom Holocaust gehört. Diese Zahl ist in anderen Ländern noch ein bisschen höher, zum Beispiel in Frankreich. Die nächste Zahl aber da ist Österreich Spitze: 40 % der erwachsenen Österreicher sagen, sie wissen nur sehr wenig über den Holocaust. Das ist schon schlimm genug. Noch viel schlimmer ist für mich die Vorstellung, dass sie auch nicht mehr wissen wollen, dass sie ganz vorsätzlich vergessen. Es ist ja nicht so, dass man es nicht wissen könnte, aber man will es nicht wissen, denn wenn man es wüsste – „wissen“ meine ich im Übrigen nicht nur im Sinne kognitiven Wahrnehmens, ich meine nicht Fakten, ich meine emotionales Wissen – wenn man an sich heranließe, was damals passiert ist, als „das Subjekt zum Objekt wurde“, was wäre denn dann? Dann könnte man nicht einfach hier sitzen und zusehen, wie rote Linien überschritten werden, dann würde man sich möglicherweise einfühlen müssen und müsste handeln. Und ja, für Juden gibt es eine Alternative, es gibt einen jüdischen Staat, aber auch da zitiere ich noch einmal diese Umfrage: Nur noch 54 % in Europa sagen, dass Israel eine Existenzberechtigung als jüdischer Staat hat. Israel ist der einzige Staat in der Welt, in dem es mehr als 2 % Juden gibt – mehr als 2 %! Es gibt keinen Staat auf dieser Welt, in dem der Anteil der Bevölkerung auch nur an 2 % heranreichen würde. Und diesem Staat sind nur noch 54 % der Befragten bereit zuzubilligen, dass er eine Existenzberechtigung als jüdischer Staat hat. Welche Zukunft haben dann Jüdinnen und Juden in Europa? Ja, sie haben eine Zukunft, weil sie eine Alternative haben, das ist ein wesentlicher Unterschied zu damals. Heute gibt es einen jüdischen Staat, der eine starke Militärmacht hat, Gott sei Dank, weil ich glaube, die Zukunft ist eine, die man auch militärisch sich sichern muss. Und Israel ist mit Sicherheit kein Staat, der sich dabei darauf verlassen darf, dass es z. B. – wie die deutsche Kanzlerin es gesagt hat – zur deutschen Staatsraison gehört, für die Existenz dieses Staates einzutreten. Ich fürchte, auch das sind ganz oft Sonntagsreden, denn wenn es darum geht, wirklich Gesicht zu zeigen, dann ist es damit ganz schnell vorbei. Vergangenen Freitag gab es erneut – es passiert regelmäßig, aber ich nehme jetzt nur einmal die jüngste – eine Generalversammlung der UN, in der die arabische Initiative zur Delegitimierung Israels Erfolg hatte. Sechs Resolutionen wurden gegen Israel verabschiedet – sechs Resolutionen! (*Moderator Mag. Wolfgang Sotill: „147 Staaten haben dagegen gestimmt und damit negiert, dass Israel einen Bezug, einen historischen Bezug z. B. zur Stadt Jerusalem hat.“*) Nein, es geht noch weiter, es ist viel konkreter:

In zwei dieser sechs Resolutionen wird nicht einmal das Wort „Tempelberg“ verwendet, wo es um Jerusalem geht, ist nur noch von al-Haram aš-Sarif die Rede, der muslimischen, arabischen Bezeichnung. Den Tempelberg gibt es nicht mehr.

Die jüdische Geschichte wird ausgelöscht, und dieser Resolution stimmt Österreich zu, genauso wie Deutschland. Also, auf wen will man sich verlassen? Das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt: Wo sind die Verbündeten? Sie haben es eben gesagt, das Ausbleiben des Widerspruchs, der fehlende Aufschrei, das ist das, was mich beunruhigt. Mich beunruhigen nicht die Menschen, die jetzt herauskommen und sagen, sie wollen keine Flüchtlinge, sie wollen keine Fremden im Land, sie wollen keine Juden. Das ist nicht schön, das ist hässlich, das ist ekelhaft, das gilt es zu bekämpfen. Aber das beunruhigt mich längst nicht so sehr, wie diejenigen, die anfangen sich zu fragen: „Wie viel ist denn da dran?“ Sie sind noch nicht die Mehrheit. Aber wie stark diese Minderheit wird, das hängt von der Mehrheit ab. Eine Demokratie geht ja nicht zugrunde an ihren Gegnern, sondern an der Schwäche ihrer Verteidiger. Deswegen ist das Entscheidende doch die Frage: Wie viele gibt es, die den Mund aufmachen und die sagen: „Nein, stopp, bis hier hin und nicht weiter!“, und die das Überschreiten von roten Linien nicht einfach zulassen. Und ich fürchte, da sind wir längst an einem Punkt angekommen, an dem wir uns an viel zu viel gewöhnt haben. Deswegen sage ich: Ja, mich hat Ihr Vortrag erneut selbst sehr nachdenklich werden lassen. Und noch etwas: Wir hören – ich liebe dieses Lied – Jeruschalajim schel Sahav, eingangs gespielt, sehr schön gespielt, vielen Dank. Aber wie kann hier einerseits diese schöne Melodie gespielt werden, wenn Österreich andererseits einer Resolution zustimmt, in der der Tempelberg nicht genannt wird? Was passiert denn da? Schön klingende Gedenkreden, die folgenlos sind und ein Alltag, in dem sich Solidarität zeigt und bewähren muss, in dem eher wenig zu spüren ist. Viel zu wenig und ja, ich glaube, dass es sehr viele Jüdinnen und Juden gibt, die begriffen haben, dass es am Ende auch für sie nicht folgenlos bleibt, wenn Muslime angegriffen werden, andere Minderheiten angegriffen werden, weil Juden längst die Erfahrung gemacht haben, was es heißt, in der Minderheit zu sein und wie gefährlich es ist, in der Minderheit zu sein. Umgekehrt, das muss ich dann allerdings auch dazu sagen, mache ich diese Erfahrung nicht so oft. Ich würde nicht sagen, dass sich automatisch, wenn ein jüdischer Friedhof verwüstet wird, alle anderen Minderheiten sofort gemeint fühlen. Ich glaube, dass Juden stärker das Gefühl entwickelt haben, auch gemeint zu sein. Sie haben verstanden, dass Judenhass Menschenhass ist. Und diejenigen, die heute behaupten, sie treten für jüdisches Leben ein, die sich als Koalitionäre im Kampf gegen islamistischen Antisemitismus anbieten und gegen Muslime hetzen, auf diese Koalition pfeife ich. Das sind die falschen Bündnisgenossen, die brauche ich nicht, die will ich nicht. Ich werde mich niemals beschützt fühlen können durch Rassisten und es ist vollkommen klar: Die Motivation für Judenhass, die interessiert mich nicht. Was entscheidend ist, ist das was dabei am Ende rauskommt. Ob es christlich motiviert ist, religiös-muslimisch motiviert ist, ob es Globalisierungsgegner sind, ob es völkisch motiviert ist, ist mir vollkommen gleichgültig. Entscheidend ist, dass es genügend Menschen gibt, die jeder Form von Judenhass und jeder Form von Rassismus entgegentreten, dann haben Jüdinnen und Juden eine Zukunft in Europa, dann haben auch die Menschenrechte eine Zukunft in Europa. Beides gehört zusammen. Wenn das nicht der Fall ist, dann kann ich nur hoffen, dass der Staat Israel wehrhaft genug sein wird, um eine Zuflucht zu bieten. *(Allgemeiner Beifall)*

Moderator: Mag. Wolfgang Sotill: Wunderbar Frau Schapira, danke für Ihre Ausführungen. Herr Präsident, ich darf dich jetzt bitten.

Präsident MMag. Elie Rosen: Danke dir recht herzlich. Ich möchte gleich sagen, dass ich hier ein paar praktische Dinge besprechen werde. Wir haben vorhin sehr viel gehört über Verantwortung, Notwendigkeiten, Scheinheiligkeiten, Plattitüden. Für die jüdischen Gemeinden, insbesondere für die ganz kleinen jüdischen Gemeinden, ergeben sich im Zusammenhang mit den vorhin aufgeworfenen Fragen auch sehr – ich nenne sie einmal – technische Notwendigkeiten. Zunächst kann ich sehr zustimmen, dass wir auch in Österreich auf sehr viele dieser Plattitüden stoßen. Wir kommen zu einer Veranstaltung wie dieser und können uns erwarten: Es wird eine fromme Rede geschwungen, wir diskutieren im Anschluss, und am Schluss gehen alle nach Hause und gelangen zur Erkenntnis: „Ach so schrecklich, furchtbar“. Und drei Tage später ist das Ganze, das Bejammerte eigentlich jedem egal. Das war auch der Grund, warum wir z. B. zur Novemberpogromgedenkveranstaltung ganz anders geladen haben. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir dort positives Judentum vermitteln wollen. Wir erinnern uns, aber wir wollen keine frommen Reden, weil wir wissen: Die Reden, die geschwungen werden, sie wirken genauso lange, wie die Person redet. Danach ist all das Gesagte meist nichts mehr wert. Ich glaube, es erweist sich vieles als Plattitüde, was Juden und Jüdinnen in Österreich und ganz Europa entgegengehalten bekommen. Es gibt hunderte christlich-jüdische Komitees, die gerne tagen, gerne Veranstaltungen organisieren. Und am besten und erfolgreichsten sind sie dort, wo gar keine Juden beteiligt sind. Dann lässt sich der sogenannte Dialog nach Gutdünken den eigenen Vorstellungen entsprechend stattfinden, alles ohne Rücksicht und Reflexion geschehen – so auch in Graz. Ich habe mir auch nie ein Blatt vor dem Mund genommen. Ich glaube, dass diese christlich-jüdischen Komitees jene Orte sind, wo wir ernsthaft an einem Miteinander arbeiten können; nämlich für die Gesellschaft und nicht wieder für den begrenzten Kreis, der dort „Ringel-Reihe tanzt“. Dort – und das ist das Fazit –, wo es Juden an den Kragen ging, haben diese Vereinigungen meist kläglich versagt. Sehr bald, wenn nicht schon parallel, wenn man sich gegen Juden wandte, kamen auch andere Gruppen in dieses Boot der Vernichtung, in das Boot des Verfolgt-Werdens. Und ich glaube, dessen muss man sich bewusst sein, dass mit sinkenden politischen Hemmschwellen, auch die Gefahren größer werden. Professor Friedmann hat die FPÖ genannt und die seinerzeitige Wahl Jörg Haiders zum Kärntner Landeshauptmann. Ich erinnere mich an Aussagen Haiders zur „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ und daraus resultierende politische Konsequenzen. Und ich wage zu sagen, und ich weiß es, wenn heute dieselben Worte wieder fielen, würde das keinerlei Konsequenzen nach sich ziehen. Schon die Bemerkung Graffs im Zusammenhang mit der

Waldheimaffäre 1987, wonach ein Problem nur bestünde, wenn erwiesen sei, wenn „dieser eigenhändig sechs Juden erwürgt“ habe, hat dieses Sinken der Hemmschwelle verdeutlicht. Das sind Dinge, die bereits einen Verfall der Sensibilität aufzeigen. Kaum einer ist heute bereit, soziale, menschliche Verantwortung zu übernehmen. Im Zusammenhang mit der fortschreitenden Verrohung, in diesem Wiederableiten in neue Extremismen oder in dem Wiederausleben von Ressentiments ist eines festzustellen: Sprache ist dabei kein neutrales Element und mit der Sprache beginnt es. Gerade die Sprache ist, wenn wir – und das ist jetzt vielfach aufgeworfen worden – über Israel sprechen, ein zentrales Instrument der Diffamierung. Da wird mit antisemitischen Stereotypen und Stigmatismen gearbeitet, die über Jahrhunderte hindurch bestanden haben. Und diese werden halt ein bisschen abgeändert. Der historische christliche Antisemitismus gründet auf theologischen Argumenten, der moderne Antizionismus stützt sich auf eine politische Argumentation, die sich aber sehr stark eben diese alten Stereotypen oder Stigmatismen zu eigen macht. Aus den „Juden haben den Sohn Gottes ermordet“ werden dann auf einmal die Israelis, die bei der „Operation Gegossenes Blei“ Kinder und Frauen ermorden wollen. Wir finden eine Leugnung des Holocaust, weil der Holocaust nach 1945 heute der Inbegriff des Bösen ist. Also was macht man? Man überträgt ihn auf den jüdischen Staat, um diesen zu diffamieren. Auch die Beschuldigung mit zukünftigen Taten, etwa im Zusammenhang mit dem Tempelberg wurde bereits genannt: „Die Israelis wollen den Tempelberg vernichten!“ Von Übertreibungen rede ich gar nicht. Auch finden wir die Verwendung von Täuschungen, „Israel als Apartheidstaat“ ist so immer wieder Thema. Jeder weiß, was Apartheid ist, was das war: Kein Stimmrecht, Verbot der Heirat, keine interethnischen Beziehungen, zwangsweise physische Separationen, Verbot von Facharbeiten, kein Zugang zu Universitäten, und, und, und. Trotzdem verwenden viele und bezeichnen viele einen demokratischen Staat im Nahen Osten, so viel man ihn kritisieren kann, tatsächlich als Apartheidstaat. Unterschiedliche Standards, Maßstäbe wurden ebenso genannt. Ganz ein interessantes Beispiel ist: Als Scheich Ahmad Yasin ermordet wurde, hat sich die gesamte Weltgemeinschaft dagegen verschrieben. Kofi Annan hat damals gesagt: „Also diese gezielte Vernichtung oder diese Ermordung ist nicht entschuldbar!“, auch aus den USA kamen derartige Stimmen. Als aber Osama Bin Laden ermordet wurde, war das alles okay, da haben alle dasselbe für gutgeheißen. Jüdische Flüchtlinge in arabischen Staaten, hören Sie etwa von denen? Weltweit gibt es auch nur bei den sogenannten palästinensischen Flüchtlingen, dass der Flüchtlingsstatus quasi über Generationen vererbt werden kann. So werden aus ursprünglich 700.000 Flüchtlingen über die Jahre sieben Millionen. Von den jüdischen Flüchtlingen aus den arabischen Ländern spricht niemand. Auch von Unterlassungen rede ich nicht. Sie finden detaillierteste Berichterstattung über Vorfälle in Gaza, in der Westbank, wenn es Zusammenstöße zwischen Israelis und Arabern gibt. Aber Sie hören kaum etwas von Angriffen auf israelisches Territorium. Und das alles zeigt, dass hier etwas getan wird: Nämlich den alten Antisemitismus in einen Anti-Israelismus zu wandeln. So nenne ich ihn jetzt. Der Juden Hass, wie Sie ihn vorhin genannt haben, mutiert sozusagen, weil man sich den alten nicht mehr leisten kann. Das wäre einmal ganz wichtig zu sagen. Natürlich haben die jüdischen Gemeinden in Europa mit diesen Gegebenheiten zu kämpfen. Wir haben den linken Antisemitismus oder Juden Hass und den rechten. Aber den linken möchte ich auch betonen, weil dieser gerade was Israel anbelangt, sehr wesentlich ist. Und wir haben – das dürfen wir uns nicht schönreden – auch einen islamischen Anti-Judaismus oder Israel Hass. Allerdings, das haben Sie richtig gesagt, nicht jeder Moslem ist ein Antisemit oder Juden Hassler. Auch da müssen wir lernen, nicht vereinfacht zu denken. Wenngleich es uns natürlich innewohnt, das zu tun. Der neue Antisemitismus, der sich geschickt hinter der Israel-Kritik verbirgt, bei Menschen denen realiter aber dann die weit gravierenderen Vorkommnisse in Syrien oder dem Jemen mit zig-, ja hunderttausenden Toten vollkommen egal sind, solange es eben diese nicht-jüdischen Staaten betrifft. Wenn es allerdings um den einzigen jüdischen Staat geht, so zollen dieselben Menschen jedweden Vorkommnissen Aufmerksamkeit. Mit eben dem sind wir konfrontiert. Und eben daran hängen für jüdische Gemeinde heute ganz konkrete Erfordernisse: Etwa Sicherheitsbedürfnisse aufgrund der Anschlaglage. Eben das sind jetzt meine Einwürfe als Gemeindeleiter hier in Graz und damit haben wir im Alltag auch zu tun. Wo sind diese ganzen christlich-jüdischen Ringel-Reihe-tanzenden Organisationen, wenn es um Fragen wie Brit Mila oder Schächtung geht, wo man uns unter der Hand oft sagt: „Ja, eigentlich geht es uns gar nicht um euch, sondern um die Moslems. Ihr sitzt einfach mit im Boot!“ Also man sieht, dass da sehr rasch, sehr schnell mit einem Schlag verschiedene Gruppen getroffen werden. Auch da ist zu sagen: Immer wenn es um Judenverfolgung gegangen ist, immer wenn es um Juden Hass gegangen ist in Österreich, ob das um die Jahrhundertwende des vorigen Jahrhunderts war oder durch die Nationalsozialisten, war auch die Schechita, war auch die Beschneidung Thema. Das waren immer dann die vordergründigen Angriffspunkte, die hervorgezogen wurden, und das großteils auch von Teilen der sogenannten Liberalen; die in ihrer Liberalität auch heute die Brit Mila, die Beschneidung, das Kopftuch, was auch immer verboten wissen wollen. Und das Dritte: Das Bekenntnis zu Israel, glaube ich, ist zweifach wichtig. Das Bekenntnis zu Israel ist essentiell, weil – das habe ich immer wieder benannt – Israel einfach unsere Rückversicherung ist. Wir können heute stolzen Hauptes hier, oder stolzeren Hauptes hier sein. Wir können heute auch deutlicher artikulieren, weil wir wissen letztendlich: Wir haben einen jüdischen Staat, in den wir rückkehren können oder wo wir Zuflucht finden werden. Wir haben ihn noch. Das Zweite ist, das – so glaube ich – für die europäisch-jüdischen Identitäten zwei Dinge maßgeblich sind. Das einerseits die Religion, und zwar für jene, die halt religiös oder traditionell sind. Und für sehr viele assimilierte Menschen oder Leute, die mit der Religion weniger am Hut haben, ist es andererseits Israel. Und es muss möglich sein, und es ist ganz essentiell für das europäische Judentum auch, dass sich europäische Juden zu Israel bekennen können, ohne – ich verwende jetzt das Wort – diskriminiert und angefeindet zu werden. Und eine letzte Frage, die ich aufwerfen muss, aber das betrifft jetzt nur einmal das österreichische Judentum oder die kleineren jüdischen Gemeinden, ein ganz zentrales Anliegen für uns ist die Frage der Migration. Die Frage der Migration war auch in Deutschland für die jüdischen Gemeinden Ende der 1980er Jahre ein Thema. Die deutsche Bundesregierung hat ja einer großen Anzahl von Juden aus den ehemaligen Sowjetrepubliken zu einer Einwanderung verholfen

und eine Vielzahl von jüdischen Gemeinden in Deutschland bestehen heute weiter oder bestehen erst seit dieser Migration. In Österreich haben wir genau dasselbe Problem. Wir zählen heute bundesweit rund 7.800 Mitglieder in den jüdischen Gemeinden, davon der Großteil in Wien. In Wien haben wir bereits einen Anteil von 30 bis 40 % an bucharischen oder grusinischen Juden. Wäre diese Migration hier nicht erfolgt, wäre die Wiener Jüdische Gemeinde auch schon längst dahin. Diese Thematik der Migration gilt aber verstärkt für kleine jüdischen Gemeinden in Graz, in Linz oder etwa in Innsbruck. Wo auch immer Sie hinschauen: Wir werden ein Überleben in solchen Gemeinden nicht schaffen mit einer normalen demografischen Entwicklung vor Ort. Das heißt, wir sind darauf angewiesen, dass es auch Migration gibt: Diese Migration wird nicht aus Europa kommen. Dafür gibt es verschiedene Beispiele: Als sich in Ungarn die politische Lage verschlechtert hat, haben in Wien alle gesagt: „Jetzt werden die Ungarn kommen, jetzt muss man sich vorbereiten“; und es ist keine Handvoll gekommen. Die französischen Juden werden auch nicht nach Österreich gehen. Wenn französische oder sonstige europäische Juden auswandern aus antisemitischen Gründen, dann werden sie sicherlich nicht nach Österreich kommen. Die Länder, wo Immigration zu erwarten wäre, wären Länder der ehemaligen Sowjetunion. So wie es Deutschland gemacht hat; wenngleich dies nach meinem Dafürhalten besser vorbereitet gehörte, als es dort der Fall war. Aber ohne diese Migration werden wir in Graz und in anderen Orten in Österreich als jüdische Gemeinden nicht überleben können. Das ist für mich auch ein Thema und mit der Frage „Eine Zukunft für Europas Juden?“ verbunden. Wie sehr will Österreich, so wie Deutschland diesen Impuls gesetzt hat, wie sehr will Österreich ein Überleben der jüdischen Gemeinden in der Provinz oder in Wien; weil so viele sind es in Wien dann auch wieder nicht? Eben dies sind für mich auch jene Themen, die im Zusammenhang stehen mit der Frage „Eine Zukunft für Europas Juden?“. Eine letzte Frage möchte ich noch in den Raum stellen und das ist die Frage, ob die Antidemokraten in Europa nicht als Reaktion gegen einen Multikulturalismus, Postmodernismus oder Relativierung der Werte derart im Vormarsch sind. Alle Kulturen sind gleichwertig, auch wenn sie die demokratischen Grundregeln nicht akzeptieren? Die Frage würde ich gerne stellen: Ist das Angst, die diesen politischen Strömungen entgegenschlägt und sie großwerden lässt? Ist es generell als Gefahr zu sehen, wenn wir auch antidemokratische Bewegungen eine Gleichwertigkeit zugestehen? Ist genau das eine Gefahr für Europas Juden und Jüdinnen?

Prof. DDr. Michel Friedman: Wenn ich kurz damit beginnen darf, die Frage beantworten wir – heute, morgen, wir beantworten Ihre Fragen. Freiheit ist anstrengend, Freiheit macht Angst – Freiheit macht Angst –, Freiheit zwingt zum Entscheiden. Was ist die Anstrengung für die Menschen, die Verantwortung für ihre Entscheidung zu tragen? Freiheit erkennt den Irrtum an, Freiheit holt den Irrtum sogar ins Scheinwerferlicht. Das alles sind Elemente, wie Sie sagen, der Demokratie. Wir leben in einer, in der Tat, revolutionären Phase, die vergleichbar ist mit der industriellen Revolution. Anders als bei der industriellen Revolution, wo die gesamte Arbeitsfrage, die Produktionsfrage, der Kapitalismus, all diese Fragen Jahre und Jahrzehnte Zeit hatten in der Transmission, ist die digitale Revolution der revolutionäre Umgang mit Zeit und Raum. Nichts geht so schnell wie diese digitale Revolution als Gesellschaftsveränderung in allen Lebensbereichen. Und wenn Sie sich dann doch überlegen, dass dieses komische Gerät keine 15 Jahre alt ist, also noch keine Pubertät erlebt hat, aber Sie wissen, wie Pubertierende mit diesen Geräten umgehen und wie unerfahren wir damit umgehen, sehen Sie diese vielen Dinge, um die es am Ende geht. Nur, bei all diesen Ängsten – und wir haben nur von ein paar Problemen gesprochen – ist es kein Grund zu sagen: „Jetzt hat die Demokratie zu Recht ihre Krise oder wird jetzt untergehen“, im Gegenteil: Gestalten können wir so frei wie möglich nur, wenn wir die Grundidee der Demokratie aufrechterhalten. Lösungen all dieser Probleme und zwar pluralistische Lösungen sind nur möglich, wo das Plurale als Vorteil und nicht als Nachteil gesehen wird, wo man sagt: „Ich habe keine Angst vor der Vielfalt der Menschen, ich habe Angst vor ihrer Einfalt.“ Und diese Fragen, die wir zu bearbeiten haben – und übrigens ganz ehrlich gesagt, ich weiß, dass das in vielen Bereichen ein Thema ist und übrigens nicht nur für Parteien wie die FPÖ, also, dass Menschen in Bewegung sind. Und es zeigt mir doch, dass das Judentum, so ist wie alle anderen auch, der demografischen Wandel sagt: Wir brauchen Menschen. Menschen sind unterwegs auch aus Gründen, die wir verursachen, die wir seit Jahrzehnten verursachen. Es gibt spezifische Fragen – Belgien, Niederlande, Frankreich, England, das sind postkoloniale, innenpolitische Probleme. Ich werde nie vergessen – ich bin ja auch aus Frankreich – ich war in Tahiti, das sind 22 Flugstunden, als ich aus dem Flugzeug ausstieg, gab es Plakate für die europäische Wahl, weil Tahiti zu Frankreich gehört, ich fliege einen Innenflug und nicht einen Auslandsflug. Natürlich gibt es all diese Probleme und es stimmt – und es ist historisch so banal, deswegen schäme ich mich fast, das zu sagen –, dass in der Geschichte der Menschheit die Frage: „Wem geht es gerade besser?“, und zwar nicht individuell, sondern auch kollektiv, eine Wellenbewegung ist. Ja, und wenn wir als – und das möchte ich dann einmal ausgesprochen haben, weil immer Europa hier steht: Europa ist im Großteil immer noch ein Kontinent, in dem Menschen nicht einmal so eine freie Gelegenheit hatten, in einem Raum zu sitzen, zu denken, zu sagen, was sie denken, wie wir hier. Die Europäische Union ist nicht der Kontinent Europa. Und wenn wir immer über Europa reden, weise ich bitte darauf hin, dass wir das nicht verwechseln. Aber wenn wir von dieser Europäischen Union reden, dann haben wir in Ihrem Sinne gefragt: Im Mai Wahlen? Und ich erlaube mir, das dann doch politisch mal zu übersetzen. All diese Bewegungen oder Parteien sind ja: rassistisch, ja: Judenhasser, ja: sie wollen die Geschichte und ihre Erinnerungskultur verändern. Übrigens, wenn ich heute vom Holocaust spreche und von der Frage: Was hat er in unserem Gedächtnis für einen Platz? Da geht es mir ja nicht nur um die Vergangenheit, es geht mir um die Einordnung in der Gegenwart. Das ist die Feststellung: Wie sind wir in der Lage, für die Zukunft so etwas zu verhindern? Aber diese Parteien sind autoritär und autoritär bedeutet, jeder und jede von uns kann das Klopfen an der Tür erleben. Diese Parteien sind alle – und das haben sie gemeinsam – antieuropäisch, alle. Sie sind nationalistisch und völkisch. Und ich habe großen Respekt vor Österreich, aber ich stelle mir vor, wie Herr Kurz in China die Verhandlungen führt, oder in Indien. Aber das Argument ist nicht: Ich habe Angst vor den Chinesen.

Das Argument ist: Wie schaffen wir es, eine qualitative und quantitative Größe zu sein? Da kann man nur sagen – und auch das ist die Frage zwischen den einen und den anderen: Unsere Lebensmöglichkeit als soziale Wesen hat etwas mit dem Begriff der Kooperation zu tun. So lange Menschen miteinander kooperieren, hat jeder in der Gruppe irgendetwas mehr davon, als wenn wir es nicht tun. Wir erleben ein Zeitalter der Konfrontation statt der Kooperation, der Ausgrenzung, der Exklusion statt der Inklusion. Wenn wir von einem Wir reden, reden wir von einem anderen Wir als Nationalisten und Rassisten. Aber dieses Wir, von dem wir reden, ist Zivilisiertheit, es ist das, was die Aufklärung und der Humanismus uns angeboten haben und damit die Demokratie. Und auf die Frage beispielsweise, wenn wir es jetzt von Jüdinnen und Juden in der Europäischen Union ein Stück mal abstrahieren, heißt das: Diese Wahlen im Mai 2019 werden die politische Zukunft der Europäischen Union zutiefst beeinflussen. Warum? Weil es bereits Regierungen gibt, die antidemokratisch und antieuropäisch in diesen Institutionen Macht haben. Wenn das Parlament auch noch mehr in diese Richtung geht, wird es natürlich die EU geben. Es gibt ja auch noch Ungarn. Und vielleicht haben Sie Recht, dass viele Menschen sagen: „Ist ja alles nicht so schlimm“, aber es wird nicht mehr diese EU geben. Und ich will einen Augenblick, weil wir dann ja auch das Wort Europa aussprechen, eine tiefe Überzeugung vermitteln: All die Konflikte der letzten Jahrzehnte sind nicht zum Krieg zwischen Ländern geworden, weil in Brüssel die Chefs und Chefinnen dieser Länder – und sei es bis fünf Uhr morgens – miteinander geredet haben. Und es ist die einzige Institution in Europa, nämlich die EU, die Länderregierungen wie in Ungarn, wie in Polen, die die Rechtsstaatprinzipien vernichten, vor Gerichten und in Rechtsstaatsverfahren einbinden und ihnen sagen: „Das sind Grenzen!“ Und das europäische Budget ist auch eine Möglichkeit, den Mitgliedsländern zu zeigen: „Okay, wir können euch und wollen euch nicht rausschmeißen, aber wer gegen die Prinzipien verstößt, kann nicht gleichzeitig gefüttert werden aus dem Trog derjenigen, die für Menschenrecht und Demokratie kämpfen!“ Also, natürlich ist das ein Prozess, und ich will jetzt mal auch sehr deutlich sagen: Jeder und jede, die hier sitzt, keine Ahnung, was das Motiv ist, hier zu sein, ist alleine, wenn er oder sie hier ist, mit einem Schritt weiter in die Richtung: „Wir machen etwas!“ Die Herausforderung ist aber nicht, unter Gleichgesinnten was zu machen, sondern rauszugehen dort, wo Leute eine andere Haltung oder überhaupt keine Haltung haben und zu werben – zu werben für Demokratie.

Zweites Thema Israel: Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das beide so ausführlich angesprochen haben. Ich habe es bewusst kürzer gemacht, weil es auch gleichzeitig ein Exit ist. Wir können uns – noch einmal: Sehr gut, dass wir es besprochen haben, sehr viel über diesen Antisemitismus unterhalten, und alles, was Sie gesagt haben, ist unbedingt notwendig und wichtig, aber: Es gab schon Juden Hass vor Israel. Und viele brauchen gar nicht mehr Israel, weil das, was Sie gesagt haben – ich habe das notiert: „Man kann es sich ja nicht leisten, den Juden Hass zu machen“, da muss ich Sie korrigieren. Sie sind zehn Jahre hinter Ihrer Zeit, man kann es sich eben wieder leisten, und zwar nicht nur bei Springerstiefeln, sondern auch bei Damen und Herren im Kostüm, im Anzug, ganz offen zu sagen: „Die Juden haben zu viel Macht. Die Juden mischen sich in alles ein. Die Finanzkrise? Die Juden!“ Man braucht eben nicht mal mehr Israel, um ganz offen diese Vorurteile zu formulieren.

Ich will auf etwas anderes vielleicht doch noch hinweisen, und das liegt mir sehr am Herzen. Ich weiß nicht, ob Sie Kinder oder Enkelkinder haben, aber ich bitte Sie, mit mir auf eine Familienreise zu gehen von Kindern, die heute zwischen 10 und 20 Jahre alt sind in diesem Europa, auch in diesem Land. Es ist das erste Mal und es ist die erste Generation seit Jahrzehnten, wo Kinder und Jugendliche legalisiert und legitimiert und kulturell akzeptiert Menschenverachtung und Menschen Hass alltäglich in ihrer verrohten Sprache der Erwachsenen, in der geistigen Brandstiftung bis hin zur Brandstiftung erleben. Ich bin über Jahrzehnte eigentlich immer am liebsten in Schulen gegangen und habe mit Jugendlichen gesprochen. Ich darf das heute als älterer Mensch auch sagen, ältere Menschen, da dachte ich mir immer: Sehr viel Einsatz, wenig Erfolg. Aber Kinder, Kinder werden nicht als Rassisten geboren. In vielen Schulen, wo ich hingeh, wird auch oft darum gebeten, dass man kommt, weil irgendeine jüdenverachtende Bemerkung gemacht wurde. Das kann aber auch eine Bemerkung sein: „Alle Muslime sind Terroristen!“ Also gehe ich dann heute hin und ich sage das, was ich eigentlich immer gesagt habe: „Leute, kommt“, versuche das zu erklären und dann steht doch so ein junger Mensch auf und sagt: „Also, Moment mal, Sie können mich doch nicht kritisieren, ich habe einen demokratisch gewählten Ministerpräsidenten, der Mitglied der Europäischen Union ist, und der neben Frau Merkel und Herrn Kurz sitzt, zitiert. Also wenn Sie zu mir kommen und zu mir sagen, dass das allen Respekts- und Menschenrechtsprinzipien der Zivilisiertheit widerspricht, wie wir miteinander leben wollen, dann gehen Sie doch mal erst zu Herrn Orban. Oder gehen Sie zu Herrn Kurz“, der zwar immer sagt: „Ich wasche meine Hände in Unschuld“ – das sagen auch diese FPÖ-Leute und nicht ich –, aber in der Minute danach in seine Kanzler-Limousine steigt, die er der FPÖ mitzuverdanken hat. Und ich will darauf hinweisen, weil wir vielleicht in zehn oder 15 Jahren, wenn Menschen miteinander reden, eine substantielle Veränderung erleben: Wie auch immer wir aufgewachsen sind, gab es auch für jeden und jede von uns das Momentum: Das ist nicht das, was die politische Elite, Repräsentanz, was diejenigen, die Macht haben in Verwaltung, wo auch immer, was sie offen aussprechen. Was sie im Kopf haben, lassen wir dahingestellt sein. Und wie viele Rotwein man braucht, um seine Vorurteile auszuerzählen, lassen wir auch dahingestellt sein. Wenn aber das heute von Eliten in den Raum gestellt wird und du bist zehn, du bist elf und du bist zwölf, da gibt es ja noch nicht mal eine Verschiebung von Koordinaten, von denen ich gesprochen habe, sondern es gibt noch keine Koordinaten. Und die Koordinaten, die diese Kinder und Jugendliche hören, sind mitvergiftet durch das, was ich gerade versuche, zu beschreiben. Aber vielleicht ist das etwas, was ich doch für mich abschließend noch einmal sagen will auf Ihre Frage hin. Sehen Sie, ich habe ein biografisches Problem, ich kann nicht sagen: „Es macht keinen Sinn, sich zu engagieren.“ Ich kann nicht sagen: „Was kann schon der Einzelne tun?“ Das ist, was das Lebensglück im wirklichen Sinne des Wortes von Oskar Schindler einfach verhindert. Mehr tun ist eigentlich das, um was es geht, aber nicht tun oder aufgeben – ich bin überzeugt davon und ich erlebe das auch, dass viele Menschen, auch junge Menschen, nach Ernsthaftigkeit und Werteorientierung suchen. Und ich benutze diesen Begriff nicht

konservativ, nicht progressiv, sondern ich benutze ihn nachdem, was Menschen sich für sich selbst erhoffen, gerade junge Menschen. Und das heißt, die Möglichkeiten, die Neugier, die Offenheit, soweit wie möglich ausdehnen statt beschränken. Wir müssen mit diesen Menschen reden. Ich glaube zutiefst an Menschen. Das wird Sie vielleicht irritieren, weil mit meiner Biografie – und ich bin in einer Zeit aufgewachsen, wo sowohl in Wien als auch in Berlin es ja die Mörder waren, die Mitläufer waren, die Mittäter waren, die Gedächtnisgeschwundene waren. Aber vielleicht, weil ich diesen Oskar Schindler kennengelernt habe, sehr existentiell, ich glaube an Menschen, aber das bedeutet, dass wir miteinander arbeiten müssen. Ich will nicht zynisch sein, das macht die FPÖ. Ich will nicht im Misstrauen gegenüber Menschen leben, das macht die AfD. Das heißt nicht Naivität, damit Sie mich nicht falsch verstehen, und jeder, der mich kennt, weiß, was ich damit meine, aber ich glaube daran, dass es eine Möglichkeit gibt, Menschen auch auf eine andere Reise mitzunehmen. Und ich glaube zutiefst daran, dass es viele junge Menschen gibt, die diese Europäische Union wollen, mehr als wir glauben, und dass es viele Alte sind, die müde sind, die nicht in der Lage sind, ihre Grenzen im Kopf aufzumachen, weder wenn es um die kleine Stadt geht, noch wenn es um die Vorstellung geht, wie dieses Europa und diese Europäische Union aufgebaut werden sollen. Aber ich will in aller Ernsthaftigkeit sagen: Wir verhandeln. Wir alle verhandeln gerade die Zukunft der EU und damit der Nationen, wir verhandeln sie. Je mehr wir auf Nation machen, desto eher werden wir untergehen als Nationen. Das ist ein Vertrauenscheck in die Zukunft. Aber was muss man eigentlich noch lernen, um nicht zu wissen, was im 20. Jahrhundert passiert ist, wenn man das übernimmt, was diese ganzen Parteien wollen? Früher war alles besser? Zwei Weltkriege, der Holocaust, der Kalte Krieg, Frauen – und zwar christliche Frauen – durften in Deutschland nicht arbeiten ohne die Unterschrift ihres Ehemannes, und Vergewaltigung in der Ehe war nicht strafbar, meine Damen und Herren, und da waren noch keine Flüchtlinge da. Ich finde, es macht Freude, die andere Welt zu denken, die offene.

Moderator Mag. Wolfgang Sotill: Ganz kurz, danke für Ihre Ausführungen, für Ihre Ergänzungen. Wir sind bereits deutlich über der Zeit und trotzdem möchte ich Ihnen, Frau Schapira, noch eine kurze Replik gestatten. Und ich nehme diesen Satz jetzt schon als das Schlussstatement von Professor Friedman. Ich zitiere wörtlich: „Ich glaube zutiefst an Menschen“. Das ist ein wunderbarer Satz, der vieles impliziert, nicht zudeckt, aber trotzdem eine positive, zukunftsorientierte Sichtweise zulässt, weil gerade viele Menschen, die diesen biografischen Hintergrund haben, wie eben Juden in Europa, die könnten auch formulieren: „Ich glaube nicht an Menschen!“ Und dass er es tut und viele andere Juden in Europa auch, ist eigentlich ein schönes Statement. Aber jetzt darf ich Sie noch bitten, Frau Schapira.

Esther Schapira: Ich mach es kurz, aber drei Gedanken muss ich loswerden. Das eine greife ich direkt auf: Ich würde auch gerne so optimistisch denken, ich bin es nicht ganz, obwohl ich es immer wieder versuche. An Menschen zu glauben, beinhaltet eine Hoffnung, das ist auch ein Optimismus, der da drinnen steckt. Ich bin nicht ganz so optimistisch, dass mein Glaube an die Menschen nicht enttäuscht werden wird, aber trotzdem hoffe ich darauf, klar. Sie haben vorhin gefragt: „Was macht das Jüdische aus?“ Das ist sicher das dialektische Denken, die Bereitschaft, multiperspektivisch zu denken, sich auch in eine andere Position hineinzusetzen, insofern wünsche ich allen etwas mehr Jüdischkeit. Aber für mich ist der Satz, den Sie gesagt haben, Herr Rosen, ein ganz, ganz wichtiger. Die Frage, die Sie gestellt haben, ob nicht in dem Antidemokratischen, in der Zuwanderung von Menschen, die aus zutiefst antisemitischen Kulturen ja auch kommen, mit Werten weit über 80 %, was die Ablehnung von Juden angeht, aus dem arabischen Raum, ob das nicht Ängste auslöst, die auch verständlich machen, warum Menschen antidemokratisch wählen. Da muss ich Ihnen sagen, also das heißt aus Angst vor dem Tod begeht man Selbstmord, also aus Angst vor der antidemokratischen Gefahr wählt man Antidemokraten. Das mag auf den ersten Blick eine plausible Erklärung sein, auf den zweiten Blick ist sie es für mich nicht. Denn wissen Sie, es gibt auch da wieder eine Umfrage, die jetzt gemacht wurde unter Flüchtlingen in Bayern, und tatsächlich hat man Werte um die 50 %, die sagen, dass Juden zu viel Einfluss in der Welt haben. Das ist erschütternd. Dann sage ich Ihnen: 55 % der AfD-Wähler bejahen genau diesen Satz: „Juden haben zu viel Einfluss in der Welt!“ Und mir ist es doch vollkommen gleichgültig, wer judenphobisch reagiert, wer antisemitisch reagiert. Das habe ich vorhin gesagt und dabei bleibe ich. Und übrigens auch bei dieser CNN-Befragung, die ich schon mehrfach zitiert habe: Ein Drittel der Österreicher sagen, dass Juden zu viel Einfluss in der Welt haben. Was heißt das, was folgern wir daraus? Das ist doch nichts anderes, als dass man sich damit auseinandersetzen muss, dass man für eine Empathie werben muss, und auch da gestatten Sie mir noch einmal die kurze Replik zu Israel. Ich erlebe nicht nur unter Muslimen Judenabwehr, sondern ganz genauso unter ganz normalen Deutschen, unter der Mittelschicht, unter Linken eine unglaubliche Empathieverweigerung. Und zwar klar, wenn es um Israel geht sowieso. Ich habe jetzt gelernt, dass es nur 35 km ungefähr bis zur Grenze Sloweniens sind. Stellen Sie sich bitte einen Moment vor: Jeden Tag würden hunderte Raketen aus Slowenien auf Graz abgefeuert. Ich bin gespannt, wie lange es dauern würde, bis Sie darüber diskutieren, wie man dagegen vorgeht, welchen militärischen Schritt Sie für richtig halten. Und vielleicht würde auch darüber nachgedacht, wie die Grenze zu Slowenien gesichert werden soll. Man denkt ja schon drüber nach, wie man sich sichert, wenn Menschen zu uns kommen, die auf der Suche nach einem besseren Leben sind. Wie würde man reagieren, wenn sie nicht auf der Suche nach einem besseren Leben sind, sondern danach, Terroranschläge zu begehen? Also etwas mehr Bescheidenheit an dieser Stelle und etwas mehr Empathie, aber umgekehrt heißt das für mich ganz genauso. Das Plädoyer für Empathie bedeutet eben auch, mich in Menschen hineinzusetzen, die alles zurückgelassen haben, weil sie auf der Suche nach einem besseren Leben sind, nicht, weil sie – dieses hässliche Wort macht bei uns gerade Medienkampf – „Asyltouristen“ sind, das ist kein Tourismus, wenn Menschen auf der Flucht sind, das ist eine unglaublich zynische Vokabel. Und Sie haben davon gesprochen, dass Sprache den Unterschied macht, da geht es los, da beginnt die Gewalt, in dem Menschen ihr Menschsein abgesprochen wird und ihre Bedürftigkeit. Insofern ja, würde ich gerne schließen mit einem vehementen Plädoyer für mehr Empathie,

denn das ist die Grundlage. Und wenn das gelingt, dann haben wir vielleicht auch eine Chance, dieses Europa, das in der Tat für mich auch – an die europäische Idee glaube ich zutiefst – die einzige Voraussetzung und die einzige Garantie ist, dass dieser Kontinent eine friedliche Zukunft hat und nicht wieder in Kriege versinkt. *(Allgemeiner Beifall)*

Frieden – Was ist der Beitrag christlicher Kirchen zum Frieden?

Am Montag, dem 18. März 2019 lud Landtagspräsidentin **Bettina Vollath** zur nunmehr dritten und damit letzten der gemeinsam mit dem Grazer TRIALOG-FORUM konzipierten Veranstaltungen im Rahmen der erfolgreichen Reihe **LAND.HAUS.GESPRÄCHE** ein.

Der Schwerpunkt dieser Kooperation lag auf den drei abrahamitischen Religionen Islam, Judentum und Christentum.

Dieses Mal stand das Christentum im Zentrum des Abends. Um über die Frage „Was ist der Beitrag christlicher Kirchen zum Frieden?“ zu diskutieren, wurden interessante Persönlichkeiten mit spannenden Zugängen eingeladen.

Die Gesprächsteilnehmenden:

Christoph Heil, Professor für Neutestamentliche Bibelwissenschaft an der Katholisch-Theologischen Fakultät der KFU Graz

Hermann Miklas, Superintendent der evangelischen Diözese Steiermark außer Dienst und langjähriger Vorsitzender des Ökumenischen Forums christlicher Kirchen in der Steiermark **Monika Pretenthaler**, Religions- und Ethikdidaktikerin am Institut für Katechetik und Religionspädagogik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der KFU Graz, **Karl-Reinhard Trauner**, Militärsuperintendent und Privatdozent an der Evangelisch-Theologischen Fakultät Wien.

Landtagspräsidentin Vollath eröffnete den Abend in der Landstube des Grazer Landhauses. Für sie stand fest: „Nicht nur einzelne Personen, sondern auch Kirchen und Religionsgemeinschaften können ein wichtiges Potential zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens entfalten. In der gegenwärtigen Weltlage ist es wohl eine der zentralen Aufgaben der Religionsgemeinschaften, gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit zu werben und Versöhnung, Dialog und Zusammenarbeit gegen alle Formen von Hass und Unfrieden zu setzen.“

Für das TRIALOG-FORUM richtete **Elie Rosen**, der Präsident der Jüdischen Gemeinde Graz, seine Grußworte an die Gäste. „*Den aktuellen Gefährdungen des Friedens durch ethnische Konflikte, organisierte Kriminalität oder Terrorismus kann heute nur in solidarischer internationaler Zusammenarbeit sinnvoll begegnet werden. Dabei kommt neben den anderen Glaubensgemeinschaften insbesondere den christlichen Kirchen eine bedeutende Rolle zu*“, so Rosen.

Die Gesprächsrunde wurde eingeleitet von Impulsvorträgen von Christoph Heil und Hermann Miklas.

Christoph Heil verwies unter anderem auf die Bibel: „*Hier begegnet ein souveräner, liebevoller Gott, der den Frieden und das Gute für alle Menschen will und ermöglicht. Diesem Gott des Friedens müssen sich die Kirchen je neu zuwenden, um einen Beitrag für den Frieden zu leisten.*“

Für **Hermann Miklas**, dem früheren langjährigen Vorsitzenden des Ökumenischen Forums steht fest: „*Angst vor Verlust der eigenen Identität – auch der religiösen Identität – ist einer der häufigsten Auslöser für Aggression. Darum ist ein achtsamer Umgang mit Differenzen so wichtig. Der nachhaltigste Beitrag des Christentums zum Frieden ist der gelebte Glaube an einen alle Menschen liebenden Gott.*“

Monika Pretenthaler betonte: „*Aus christlicher Sicht sind soziale Gerechtigkeit, Frieden und ein verantwortungsvoller Umgang mit der Natur und deren Ressourcen miteinander verknüpft. Wie eng dieser Zusammenhang ist, machen viele aktuelle Herausforderungen bewusst. Christliche Spiritualität motiviert zu ersten Schritten.*“

Militärsuperintendent **Karl-Reinhard Trauner** sprach aus Sicht des Militärs in Zusammenhang mit Glauben und Frieden. „*Der Mensch ist nach jüdisch-christlicher Überzeugung dazu bestimmt, die Welt positiv zu gestalten. Dort, wo Friede nicht besteht, ist er zu schaffen, wozu im Extremfall unter strengen Kriterien auch militärische Gewalt eingesetzt werden kann*“, so Trauner.

Die Moderation des Abends übernahm Kleine Zeitung-Redakteurin **Claudia Gigler**, und für die musikalische Umrahmung sorgen Studierende des Johann-Joseph-Fux Konservatoriums.

FLTPⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Bettina Vollath**: Sehr geehrte Damen und Herren, herzlich willkommen zur heutigen bereits 10. Ausgabe der Veranstaltungsreihe **LAND.HAUS.GESPRÄCHE** und gleichzeitig der dritten von drei Veranstaltungen, die gemeinsam mit dem Grazer TRIALOG-FORUM initiiert wurden.

Das TRIALOG-FORUM versteht sich als regionale Plattform zur Kommunikation der drei sogenannten abrahamitischen Religionen, die auf der guten Grazer Tradition des Dialoges der Religionen und Kulturen aufbaut.

Auch für heute Abend ist es uns wieder gelungen, Persönlichkeiten einzuladen, die für einen interessanten und anregenden Diskussionsabend sorgen werden – und zwar stellen wir uns heute die Frage, welchen Beitrag die christlichen Kirchen zum Frieden leisten können.

Ich darf nun, wie es in diesem Hause Sitte ist, zur namentlichen Begrüßung kommen:

(Begrüßung)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wohl ausnahmslos alle hier sehnen wir uns nach Frieden und Gerechtigkeit. Die Realität hinkt diesem Wunsch leider hinterher, in Wahrheit müssen wir eine sich immer weiterdrehende Spirale der Gewalt beobachten.

Unsere komplexe Welt ist verletzbar geworden gerade durch Verbrechen, deren Motive sich aus Hass speisen. Und selbst wenn die – wirklich oder vermeintliche – gute Absicht dahintersteckt, Ungerechtigkeiten zu beseitigen, bedient sich der Mensch oftmals kriegerischer Mittel von Gewalt und Terror.

Von den Religionen dieser Welt haben viele Menschen den Eindruck, dass sie diesen Vorgängen nicht nur hilflos gegenüberstehen, sondern oftmals zur Gewalt sogar beitragen – und zwar historisch wie aktuell.

Aber es gibt auch die andere Seite – Begebenheiten, die uns daran erinnern, dass Vertreter von Religionen auch immer wieder aktiv friedensstiftend agierten.

Ein sehr prominentes Beispiel aus dem Christentum ist Papst Johannes XXII., der 1963 in seiner viel beachteten Schrift Enzyklika *Pacem in terris* der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen seine Unterstützung zusagte, der „die Würde der Person für alle Menschen anerkannte und jedem Menschen das Recht zusprach, die Wahrheit frei zu suchen, den Normen der Sittlichkeit zu folgen, die Pflichten der Gerechtigkeit auszuüben und ein menschenwürdiges Dasein zu führen.“

Und er war es auch, der mit einem Friedensapell in der Kubakrise 1962 zwischen Kennedy und Chruschtschow erfolgreich vermittelte und damit Geschichte schrieb.

Oder in den 90er Jahren, als nur wenige Kilometer von uns entfernt der Jugoslawienkrieg tobte, zeigten viele kirchliche Organisationen, darunter Diakonie und Caritas, wie sehr ihnen ein friedliches Miteinander ein Anliegen ist.

Und nicht zuletzt die Flüchtlingskrise 2015 hat bewiesen, dass wir glücklicherweise in einer Gesellschaft leben, die dazu fähig ist, gemeinsam große Herausforderungen zu meistern und wichtige Werte wie Freiheit, Frieden und Sicherheit aufrecht zu erhalten und dass gerade die christlichen Kirchen dazu einen wesentlichen Beitrag leisten.

Wichtig ist es mir zu erwähnen, dass die christliche Friedensbewegung des 20. Jahrhunderts vor allem auch von Frauen entscheidend mitgetragen wurde. So wurde unmittelbar nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges 1945 zum Beispiel die internationale katholische Pax-Christi-Bewegung rund um die engagierte Lehrerin Marthe-Marie Dortel-Claudot gegründet.

Egal also welche kriegerische Epoche in der Geschichte man sich genauer ansieht und unabhängig davon, wie grausam sie mit Sicherheit bei der Bevölkerung wahrgenommen wurde – bei genauem Hinsehen findet man immer Menschen, die gerade aus christlichen Motiven heraus mit ihrem Tun für Lichtblicke und Hoffnung sorgen.

Wichtig ist es dennoch, dass wir auch die andere Seite nicht ausblenden: Die Kreuzzüge des Mittelalters, die Unmenschlichkeiten der Heiligen Inquisition, der 30-jährige Krieg und die Glaubenskriege in der beginnenden Neuzeit sind als Teil der Kirchengeschichte nicht zu leugnen. Es war ein weiter Weg zum weitgehend konfliktfreien Miteinander der christlichen Konfessionen.

Gerade aufgrund dieser Vergangenheit haben die christlichen Kirchen meines Erachtens eine gewichtige Stimme, die gesellschaftlich auch gehört wird, wenn es darum geht, sich aktiv zum Thema Frieden äußern.

Es stellt sich die Frage, ob nicht zuletzt der Schatten, der über der Geschichte der christlichen Kirche liegt, sie geradezu dazu prädestiniert, sich kritisch zur Rolle von Religionen in den aktuellen Konflikten zu äußern und sich auch aktiv dagegen zu wehren, dass Religionen als Begründung für Kriege missbraucht werden.

Sehr geehrte Damen und Herren – abschließend noch ein Hinweis auf musikalische Friedensbotschaften: im heurigen Jahr jährt sich ja der Todestag des Komponisten Franz Schmidt zum 80sten Mal. Auch wenn sein Werk und sein Leben nach 1945 aufgrund seines Eintretens für den „Anschluss“, die Hofierung durch die Nationalsozialisten und seiner Sympathien für das austrofaschistische Regime deutlich kritischer gesehen wurden, hat er Kirchenmusikgeschichte geschrieben.

1937 veröffentlichte er eines seiner letzten Werke, nämlich „Das Buch mit sieben Siegeln“. In diesem großen Oratorium beschäftigt er sich mit der Offenbarung des Johannes, die den Abschluss des Neuen Testaments bildet.

Die Offenbarung des Johannes fand – in der christlichen Erzählweise – in einer Zeit statt, in der die noch junge christliche Gemeinschaft oft falschen Unterstellungen, Ausgrenzungen und Verfolgungen ausgesetzt war, die oft in Mord und Totschlag mündeten.

Die Uraufführung dieses Oratoriums fand 1939 in Wien statt. Also ebenfalls in einer Zeit, in der Andersdenkende, Andersgläubige und Andersaussehende Herabwürdigungen, Schmähungen und Diffamierungen ausgesetzt waren. Die Parallelen zwischen der Zeit der Offenbarung und die der Uraufführung dieses großen Werkes sind klar zu erkennen.

Wir hören heute noch den berührenden Teil „Mutter, ach Mutter“ und dazu ein kleiner Hinweis meinerseits: Das Buch mit 7 Siegeln wird heuer unter der Leitung von Prof. Hochstrasser im Juni viermal aufgeführt und zwar in Marburg, in Weiz, im Stefaniensaal in Graz und im Goldenen Saal des Wiener Musikvereines.

Ich freue mich jetzt sehr auf die Impulsreferate von Herrn Institutsleiter Univ.-Prof. Dr. Christoph HEIL, dem Superintendenten außer Dienst Herrn Mag. Hermann MIKLAS und auf die anschließende Diskussion mit Frau Mag.Dr. Monika PRETTENTHALER und dem Militärsuperintendenten Priv.-Doz. DDr. Karl-Reinhart TRAUNER. Ich bin mir sicher, dass zu den von mir aufgeworfenen Themen viele wesentliche Aspekte hinzukommen werden.

Ich darf nun das Wort an Herrn Präsidenten MMag. Elie Rosen für das Grußwort seitens des TRIALOG-FORUMS übergeben und danke für Ihre Aufmerksamkeit und ein herzliches steirisches Glück Auf!

Univ.-Prof. Dr. Christoph Heil: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke Frau Präsidentin Dr. Vollath sehr herzlich für die Einladung und ich danke auch sehr herzlich für die freundliche Einführung. Auch der Grazer Katholisch-Theologischen Fakultät ist der Dialog der Religionen und der Theologien ein wichtiges Anliegen und wir möchten durch Gespräch und Austausch zum besseren Verstehen und Zusammenleben beitragen. Ende Juli findet z. B. im Schloss Seggau eine von uns mitgetragene christlich-jüdisch-islamische Studienwoche statt. In meinem kurzen Gesprächsimpuls möchte ich die Frage nach dem positiven Beitrag christlicher Kirchen zum Frieden vor allem vom Neuen Testament herangehen und von hier aus dann Respektiven in die Gegenwart formulieren. Das möchte in drei Thesen tun.

Erstens: In der Verkündigung Jesu begegnet uns ein souveräner, liebevoller Gott, der den Frieden und das Gute für alle Menschen will und ermöglicht. Am 6. März wurde das Solidaritätsbarometer der steirischen Caritas veröffentlicht. Die Befragung von über 1.000 Steirern und Steirerinnen erbrachte unter anderem, dass sie stolz sind auf den Frieden in Österreich, auf den Rechtsstaat, den Sozialstaat und die wirtschaftliche Leistung. Ein weiteres Ergebnis war, dass die Mehrheit der Meinung ist, dass Sozialleistungen nur an österreichische Staatsbürgerinnen und -bürger sowie an gut integrierte Menschen ausbezahlt werden sollen. Unter anderem aufgrund solcher Ergebnisse sehen die Verantwortlichen für die Studie eine leicht rückläufige Solidarität in der Steiermark. Demgegenüber macht die früheste Jesus-Überlieferung deutlich, dass das anbrechende Reich Gottes für Jesus besonders durch das Angebot der Liebe und des Friedens an *alle* – auch die Bösen und Fremden, sogar die Feinde – gekennzeichnet ist. Dieses bedingungslose Angebot wird etwa in der „Aussendungsrede“ Jesu deutlich, wo es heißt: „Wenn ihr in ein Haus hineingeht, sagt als Erstes: *Schalom*, Friede diesem Haus. Und wenn dort ein Sohn des Friedens ist, soll euer Friede zu ihm kommen. Wenn aber nicht, soll euer Friede zu euch zurückkehren“ (Mt 10,12-13 || Lk 10,5-6). Wichtig ist hier, dass dieses Haus, in das die Jüngerinnen und Jünger gehen, nicht näher definiert wird. Alle sind also Adressaten der Botschaft Jesu. Diese bedingungslose Zuwendung Gottes zu allen Menschen, die nachgeahmt werden soll, ist zentral für den biblischen Friedensbegriff. Jesus spitzt es in der Bergpredigt praktisch-ethisch zu. Da steht etwa: „Liebt eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen, damit ihr Söhne eures Vaters werdet, denn er lässt seine Sonne aufgehen über Schlechte und Gute, und er lässt regnen über Gerechte und Ungerechte. Dem, der dich auf die Wange schlägt, dem halte auch die andere hin. Und dem, der dich vor Gericht bringen und dir dein Untergewand wegnehmen will, dem lass auch das Obergewand. Und mit dem, der dich zu einer Meile Frondienst zwingt, gehe zwei. Dem, der dich bittet, gib; und von dem, der sich leiht, fordere das Deine nicht zurück. Und wie ihr wollt, dass euch die Menschen tun, so tut ihnen. Wenn ihr die liebt, die euch lieben, welchen Lohn habt ihr? Tun dasselbe nicht auch die Zöllner? Und wenn ihr denen leiht, von denen ihr hofft, es zurückzubekommen, welchen Lohn habt ihr? Tun dasselbe nicht auch die Heiden? Seid barmherzig, wie euer Vater barmherzig ist.“ Dieser lange Text steht in Matthäus 5,38-42.44-48; 7,12 || Lk 6,27-32.34-36. Jesus hebt also das Freund-Feind-Schema auf mit dem Hinweis auf den universalen Vatergott, der der Schöpfer und Erhalter aller Menschen ist und der allen Barmherzigkeit zeigt. Von diesem auf Gott zentrierten Ansatz her kommt Jesus zu einer diametralen anderen Konsequenz als etwa die Zeloten, die jüdischen Terroristen im Kampf gegen die römische Besatzung. Statt Fortführung predigt Jesus Unterbrechung der Gewaltspirale. Jesus plädiert für einen entwaffnenden Pazifismus, nicht unähnlich den späteren Strategien von Mahatma Gandhi und Martin Luther King. Er zieht angesichts der Unterdrückung durch die römische Besatzungsmacht nicht die Konsequenz der Zeloten, die ebenfalls die neue Königsherrschaft Gottes und einen neuen davidisch-messianischen König erwarten und dafür mit dem Dolch in der Hand kämpften. Jesus teilt zwar mit den jüdischen Revolutionären die endzeitliche apokalyptische Weltsicht, allerdings ist für ihn die neue Welt Gottes durch dessen Liebe und allgemeinen Heilswillen gekennzeichnet. Diese Auffassung vom pazifistischen Jesus scheint von einer sehr alten, wohl auch auf ihn selbst zurückgehenden Überlieferung in Mt 10,34-36 || Lk 12,51.53 widerlegt zu werden. Es heißt hier: „Meint ihr, dass ich gekommen bin, Frieden auf die Erde zu werfen? Ich bin nicht gekommen, Frieden zu werfen, sondern das Schwert. Denn ich bin gekommen zu entzweien den Sohn gegen den Vater und die Tochter gegen ihre Mutter und die Schwiegertochter gegen ihre Schwiegermutter.“ Dieser Text propagiert nicht aktive Gewalt, sondern Jesus zeigt sich hier als Realist, der sieht, dass seine Verkündigung eben oft nicht Frieden, sondern zunächst Entzweiung bringt. Das Wort, das häufig in diesem Kontext zitiert wird, wäre also

missverstanden, würde man in ihm einen revolutionären Aufruf sehen, zum Schwert zu greifen um sich zu verteidigen oder gar um auf andere im Namen Gottes einzuschlagen. Im Kontext des zitierten Jesuswortes geht es um die Situation der Nachfolgerinnen und Nachfolger Jesu in der Erwartung des endzeitlichen Gerichtes. Diese Situation ist keine friedliche, sondern eine lebensgefährliche. In dieser Lage kurz vor dem Eingreifen Gottes in die Welt soll man als Jesuanhängerin und -anhänger apokalyptische Geburtswehen erwarten, hier illustriert durch das Schwert und die Entzweiung der Familie. Bevor der endgültige Frieden von Gott kommt in der Königsherrschaft Gottes zeigen sich also noch Verwerfungen, auch Naturkatastrophen, Kriege – das gehört zu dieser Bildwelt. Jesus deutet eine konkrete Erfahrung, dass die Entscheidung für ihn und seinen Gott häufig auch gewalttätige Ablehnung zur Folge hat. Er ruft aber nicht selbst zur Gewalt auf. Der Aufruf Jesu zur Gewaltlosigkeit und Feindesliebe ist also nicht naiv oder romantisch, sondern aus klarem Bewusstsein des Bösen in der Welt formuliert. Der Widerstand gegen das Böse soll allerdings nicht mit menschlicher Gewalt, sondern von Gott her erfolgen. So spricht dann auch etwa der Apostel Paulus häufig von Gott als dem Gott des Friedens.

Das führt uns zum zweiten Punkt: Jesus und das frühe Christentum sehen deutlich den Unfrieden in der Gegenwart und die menschliche Unfähigkeit zum Frieden. Daher wird der endgültige Frieden von Gott her erhofft, der die jetzige Welt beenden und eine neue Welt schaffen wird. Schon die Propheten beschrieben den vollen Frieden als Zukunftshoffnung einer messianischen Zeit. In Jesaja 11,6-9 heißt es etwa: „Der Wolf findet Schutz beim Lamm, der Panther liegt beim Böcklein, Kalb und Löwe weiden zusammen, ein kleiner Junge leitet sie. Kuh und Bärin nähren sich zusammen, ihre Jungen liegen beieinander. Der Löwe frisst Stroh wie ein Rind. Der Säugling spielt vor dem Schlupfloch der Natter und zur Höhle der Schlange streckt das Kind seine Hand aus. Man tut nichts Böses und begeht kein Verbrechen auf meinem ganzen heiligen Berg, denn das Land ist erfüllt von der Erkenntnis des Herren, so wie die Wasser das Meer bedecken.“ In der ersten Hälfte des zweiten Jahrhunderts vor Christus, einer Zeit der äußersten Bedrohung des jüdischen Volkes, bildet sich eine apokalyptische Theologie heraus. Im Unterschied zur Prophetie, von der wir eben gehört haben, wird das Eingreifen und die Erlösung Gottes nicht mehr im Diesseits erwartet – also eine innerweltliche Veränderung zum Besseren –, sondern diese Veränderung wird nur noch im Jenseits erhofft. Die alte Welt ist dem Untergang geweiht, Rettung erwarten die Apokalyptiker nur noch durch das Eingreifen Gottes, der die jetzige verlorene Welt beendet, das Gericht über die Menschen durchführt und dann für die wenigen Gerechten den Rest Israels eine neue Welt das Königreich Gottes heraufführt. Jesus übernimmt diese apokalyptische Weltsicht von seinem Lehrer Johannes dem Täufer, und auch der Apostel Paulus und der Autor der Offenbarung des Johannes teilen diese Perspektive. Man fühlt sich in die Ecke gedrängt, man hat keine Hoffnung mehr auf innerweltliche Verbesserung und setzt alles auf göttliche Aktion. In dieser Weltsicht werden die Menschen und die Welt mit ihnen nüchtern bis pessimistisch gesehen. Das kommt etwa in einem Evangelientext zum Ausdruck, der nächsten Sonntag im katholischen Gottesdienst gelesen wird, in Lk 13,1-3. Ich möchte auch diesen Text vorlesen: „Es kamen einige Leute und berichteten Jesus von den Galiläern, deren Blut Pilatus mit ihren Opfern mischte.“ Es gab also ein Massaker in Nordisrael. „Und Jesus antwortete Ihnen: Meint ihr, dass diese Galiläer größere Sünder waren als alle andere Galiläer, weil das mit ihnen geschehen ist? Nein, ich sage euch, vielmehr werdet ihr alle genauso umkommen, wenn ihr nicht umkehrt.“ Alle Menschen haben Umkehr, eine Änderung des Lebens zum Guten nötig, um nicht im Gericht Gottes vernichtet zu werden. Allerdings – und das ist die Pointe in der Verkündigung Jesu – will Gott eigentlich gar nicht, dass irgendein Mensch das Ende der Welt nicht überlebt. Die Königsherrschaft Gottes ist dabei für Jesus so nah herangekommen, dass es punktuell schon wie ein kleines Senfkorn präsent ist. Die volle Realisierung der neuen göttlichen Herrschaft steht zwar noch aus, aber für Jesus hat der Satan eigentlich seine Macht schon verloren. Er sieht ihn wie ein Blitz vom Himmel gefallen. Dass der Mensch auf die Sorge Gottes setzen kann, dass Gott ihm entgegenkommt, ihm hinterherläuft, wird besonders im Lukasevangelium breit belegt. Diese endzeitliche Hoffnung auf den Frieden, weil der Mensch selber nicht dazu in der Lage ist, und auf Gott – wie ihn Jesus verkündet –, der diesen Frieden auch wirklich aktiv und punktuell in der Gegenwart ermöglicht, das ist ein wichtiger zweiter Punkt.

Kommen wir zum Dritten und Letzten: In der Hoffnung auf die Vollendung des Friedens durch Gott sind Christen in der Nachfolge Jesu aufgefordert, sich hier und jetzt für den Frieden einzusetzen und dort so gut es geht Widerstand zu leisten, wo der Frieden gefährdet ist. Das gilt im Großen und im Kleinen, bezogen auf die globale Welt und auf die eigene Familie, das gilt aber auch im Hinblick auf die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in unserem Land. Die antiken Christen lebten ganz mehrheitlich im römischen Reich, das sich selbst unter anderem durch den Frieden legitimierte, den es seinen Bewohnern und Bewohnerinnen bescherte, die sogenannte Pax Romana. Aber wie sah dieser römische Frieden aus Sicht der Besiegten aus? Dazu ein kurzer Blick nach Britannien und nach Judäa. Der römische Historiker Tacitus schrieb Ende des ersten Jahrhunderts eine Biografie über seinen Schwiegervater Agricola. Er war der römische General, der Britannien unterwarf. In seinem Buch lässt nun Tacitus den britischen Anführer Calgacus im Jahr 84 nach Christus vor der entscheidenden Schlacht gegen die Römer eine Rede an seine Truppen halten. Tacitus legt Calgacus folgende Worte in den Mund: „Als Räuber der Welt, denen für ihre allgemeine Zerstörungswut kein Land mehr bleibt, durchstößern die Römer jetzt die See. Ist der Feind vermögend, so sind sie habgierig, bleibt er arm, so treibt sie der Ehrgeiz. Weder Orient noch Okzident kann sie sättigen. Als einzige von allen richten sie ihre Begehren mit gleicher Leidenschaft auf Reichtum und Mittellosigkeit. Rauben, morden und plündern nennen sie fälschlicherweise regieren. Und wo sie eine Wüste schaffen, da sprechen sie ebenso verkehrt von Frieden.“ Diese Art von Pax Romana herrschte auch in Judäa zur Zeit Jesu. Tacitus, der gleiche Autor, schrieb zur Lage dort unter Kaiser Tiberius Anfang des ersten Jahrhunderts: „Sub Tiberio quies“, unter Tiberius herrschte Ruhe. Das war allerdings eine tödliche Ruhe, wie Jesus von Nazareth unter dem römischen Präfekten Pontius Pilatus erfahren musste. Jesus hatte ein nüchtern-distanziertes, aber kein feindseliges Verhältnis zum römischen Reich. Er verkündete die Königsherrschaft Gottes, in der andere Regeln gelten. In Mk 10,42-44 wird gerade die

Königsherrschaft Gottes von menschlichen Herrschaftsstrukturen unterschieden: Die Herrscher unterdrücken ihre Völker, sie gebrauchen ihre Macht gegen sie. „Bei euch aber soll es nicht so sein. Wer bei euch groß sein will, der soll euer Diener sein.“ Auch bei der Frage nach der Steuer für den Kaiser in Mk 12,13-17 unterscheidet Jesus deutlich den Bereich des Kaisers und den Bereich Gottes. Diese Linie setzte sich im frühen Christentum mit Ausnahmen – zu nennen ist hier die Offenbarung des Johannes – fort. Die Offenbarung des Johannes ist deutlich kritisch gegenüber dem römischen Reich; es wird hier als Monster beschrieben, das aus dem Meer auftaucht, das viele Anhänger hat und das besiegt werden muss, um Frieden in der Welt zu erlangen. Die Mehrheit im frühen Christentum hatte zwar eine eher distanzierte, aber nicht wirklich feindselige Haltung zum römischen Staat. Selbst unter der systematischen Verfolgung im dritten und am Anfang des vierten Jahrhunderts begannen die Christen keinen Aufstand gegen das römische Reich. Stattdessen arbeiteten sie beharrlich auf die Veränderung des Staates, seiner Gesetze und Haltungen hin. Es gab auch keine Berührungängste zum Militär. Christen dienten im römischen Heer, und es gab auch christliche Soldatenmartyrer wie den Heiligen Florian. Wenn der Militärdienst abgelehnt wurde, wie etwa bei Tertullian zu Anfang des dritten Jahrhunderts, war es deswegen, weil Christen sich nicht an den römischen religiösen Praktiken im Heer beteiligen sollten. Wegen der Bergpredigt und der Feindesliebe lehnten Christen den Militärdienst kaum ab. Es gibt ein paar Belege, aber sehr wenige. Man versprach sich von christlichen Soldaten immerhin eine mäßigende Wirkung. So meinte der große Theologe und Bischof Augustinus im fünften Jahrhundert, dass das Militär am besten und anständigsten wäre, wenn alle Soldaten Christen wären.

Wir leben heute nicht mehr im Imperium Romanum, sondern in einem demokratischen und freien Rechtsstaat, aber wie in der Antike bedeutet der christliche Beitrag zum Frieden heute weder Fundamentalopposition noch fraglose Zustimmung zu den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen. Wo z. B. der gesellschaftliche Friede heute gefährdet ist durch soziale Ungerechtigkeit, Armut, Machtmissbrauch, Rassismus und religiösen Fundamentalismus, muss dagegen vorgegangen werden. Christliches Engagement für den Frieden muss also auch politisch sein, kritisch und konstruktiv im Wissen um die Vorläufigkeit und Unvollkommenheit jeden menschlichen Handelns und in der Hoffnung auf den endgültigen Frieden Gottes, der alles Verstehen übersteigt, wie Paulus im Philipperbrief (4,7) formuliert.

Zusammenfassend möchte ich nochmals die drei Punkte nennen: Das Christentum bekennt sich zu einem universalen Gott, der Frieden für bedingungslos alle Menschen will. Die christliche Hoffnung auf einen allumfassenden Frieden richtet sich auf die Endzeit, wenn Gott einen neuen Himmel und eine neue Erde schafft. Diese Hoffnung ist keine Vertröstung, keine Entschuldigung für Nichtstun, sondern eher eine Motivation, schon hier und jetzt für den Frieden zu arbeiten. Jesus nennt die, die den Zusammenhang von Gewalt und Gegengewalt unterbrechen, Kinder Gottes. Diesem Gott des Friedens müssen sich die Kirchen immer wieder neu zuwenden, um Gewaltspiralen zu unterbrechen und Beiträge für den Frieden zu leisten. Vielen Dank. *(Allgemeiner Beifall)*

Mag. Hermann Miklas, M.Ed.: Liebe Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde aus dem Bereich Kirche und Religionsgemeinschaften!

Es hat einmal einen österreichischen Bundeskanzler gegeben, der mit dem Satz berühmt wurde: „Die Dinge sind halt sehr kompliziert!“ Er ist dafür oft belächelt worden, doch ich denke, dieser Satz zeugt in Wirklichkeit von ganz großer Weisheit. Und er trifft in hohem Maße auch auf unser heutiges Thema zu.

Die Grundfrage in diesem Zusammenhang – und Sie, Frau Präsidentin haben das ja schon angedeutet – lautet: Stellt Religion in Bezug auf den Frieden das Problem dar? Oder die Lösung? Und selbst auf die Gefahr hin, dass der Rest meines Referates nun langweilig wird, weil ich die Antwort schon vorweg nehme, sage ich: Es stimmt wohl beides. Die Dinge sind eben sehr kompliziert und widersetzen sich allen eindimensionalen, allzu simplifizierenden Erklärungs-mustern.

Es gibt – grob gesagt – drei Denkansätze dazu. Der erste ist: Religion, und zwar insbesondere der Monotheismus, ist die Wurzel allen Übels. Der zweite Denkansatz: Ohne einen Frieden zwischen den Religionen kann es keinen Weltfrieden geben. Und der dritte Denkansatz: Wenn nur mehr Menschen auf der Welt religiös wären, dann würde die Welt friedlicher sein.

Ich möchte – im Anschluss an dich, lieber Herr Dekan, der du auch drei Punkte hattest – im Folgenden diesen drei Denkansätzen nun näher nachgehen und bleibe zunächst bewusst beim übergeordneten Begriff der „Religion“, werde den Anteil des Christentums bzw. der christlichen Kirchen daran aber jeweils extra ausweisen. Doch nun der Reihe nach.

Zum ersten Denkansatz: „Religion – und insbesondere der Monotheismus – ist die Wurzel allen Übels“.

Tatsächlich hatten und haben, wie wir wissen und wie es heute schon angeklungen ist, ganz viele kriegerische Auseinandersetzungen in der Welt (zumindest auch) starke religiöse Wurzeln. Das war in vorchristlicher Zeit schon so. Das war im Mittelalter etwa bei den Kreuzzügen besonders evident. Das hat sich im Dreißigjährigen Krieg gezeigt – einer Auseinandersetzung zwischen Katholiken und Protestanten. Das war ja auch der Kern des Nordirland-Konfliktes – und wird es hoffentlich nicht in zehn Tagen wieder werden nach dem Brexit. Das macht das Wesen des Dihad aus ... und die Liste ließe sich bekanntlich noch beliebig lang fortsetzen. Doch warum ist das so? Woran liegt es? Ich denke, da kommen mehrere Faktoren zusammen. Ein ganz wesentlicher Faktor in der Vergangenheit war etwa das Bemühen, die eigene Religion möglichst „rein“ zu erhalten und sie sowohl vor schädlichen Einflüssen von außen wie auch vor Synkretismus zu schützen. Hier geht's um Identitätsfragen. Für nomadische Völker war das lebensnotwendig. Hätten sie sich mit allen vermischt, denen sie im Lauf ihrer Wanderungen begegnet sind, hätten sie bald ihre eigene Identität verloren. Exemplarisch sei hier nur das Volk Israel auf seiner 40-jährigen Wüstenwanderung erwähnt. Allerdings hat man diese Abgrenzung dann meist auch nach der

Sesshaft-Werdung noch beibehalten. Tatsächlich konnte man sogar in Europa bis hinauf ins 17. nachchristliche Jahrhundert mit religiösem Pluralismus noch nicht wirklich umgehen und hat deshalb für religiöse Fragen ständig nach geografischen Lösungen gesucht. Am augenfälligsten etwa beim Augsburger Religionsfrieden von 1555 mit seiner berühmten Faustregel „cuius regio, eius religio“: Ein Herrscher, ein Volk, eine Religion, ein Territorium – anders war es einfach nicht denkbar damals.

In Klammer gesagt: Interessanterweise feiert diese – inzwischen längst für überwunden geglaubte – Haltung im 21. Jahrhundert wieder fröhliche Urständ', wenn einige Länder am liebsten Mauern und Zäune rund um sich errichten würden, um die eigene Identität zu schützen. Klammer zu.

Kommt zu dem Bedürfnis nach Schutz der eigenen religiösen Identität noch ein missionarischer Impuls hinzu, weil man davon überzeugt ist, dass die eigene Religion besser oder humaner ist und auch den Anderen gut täte, dann trägt dieses Bestreben sogar dann ein hohes Gewaltpotential in sich, wenn es grundsätzlich in friedlicher Absicht erfolgt ist. Nun wissen wir: Missionarische Intentionen sind grundsätzlich auch dem Kommunismus oder dem Kapitalismus nicht fremd, aber Missionsgeschichte ist primär natürlich eine Geschichte, die sehr eng mit dem Christentum verbunden ist. Und ja – wir haben es ebenfalls schon gehört – es hat auch brutale Missionsstrategien gegeben: Karl der Große gegenüber den Sachsen etwa, Missionierung einiger indianischen Völker, usw. usf. Aber in aller Regel haben christliche Missionare versucht, friedliche Überzeugungsarbeit zu leisten. Und das ist grundsätzlich wohl auch legitim. Und oft war damit tatsächlich auch die Einführung einer humaneren Kultur verbunden. Trotzdem hat das natürlich oft das Verteidigungsbedürfnis derer geweckt, die sich nicht haben überzeugen lassen wollen, sondern sich von der neuen Lehre bedroht gefühlt haben. Und wiederum: Wenn dann zu alledem zusätzlich auch noch wirtschaftliche oder geopolitische Aspekte mit ins Spiel kommen, dann ist der gewaltsame Konflikt praktisch schon vorprogrammiert. Nein, man kann nicht sagen, dass Religion in den vielen sogenannten Glaubenskriegen von weltlichem Machstreben nur missbraucht worden wäre; da würden wir es uns zu billig machen; Religion war schon oft wirklich die treibende Kraft für Konflikte. Wohl allerdings muss man festhalten, dass sich Religion relativ leicht instrumentalisieren lässt, wenn Machthaber es nur einigermaßen geschickt anstellen. Und das passiert leider nur allzu oft. Aktuell lässt sich das beispielsweise am Ukraine-Konflikt sehr gut ablesen.

Und schließlich sei noch darauf verwiesen, dass praktisch jeder Religion auch ein gewisses Potenzial an Fanatismus innewohnt: Nicht nur dem Islam, auch dem Christentum und sogar dem Buddhismus. Die genauen Prozentzahlen schwanken, dürften sich aber irgendwo zwischen fünf und 20 % der jeweiligen Anhängerschaft einpendeln; aber diese machen sich, auch wenn sie eine Minderheit darstellen, natürlich besonders lautstark bemerkbar.

Dennoch möchte ich der These, dass Religion die Wurzel allen Übels darstellt, insgesamt doch deutlich widersprechen. Denn wie schon angedeutet, all die genannten Phänomene finden sich 1:1 auch im rein säkularen Raum. So haben etwa das NS-Regime, die Sowjetunion oder China – die wohl über jeden Verdacht erhaben sind, „religiös“ motiviert zu sein – genauso ideologische Kriege geführt, ebenso die USA ... Und sie tun es zum Teil immer noch. Es ist einfach so: Immer dort, wo es um Identität und Überzeugung geht, geht's ans Eingemachte, und dann lässt man nicht mehr mit sich spaßen. Das Phänomen des Fanatismus ist auch weltlichen Institutionen durchaus nicht fremd, das fängt ja bereits bei den Fanclubs der diversen Fußballvereine an. Oder denken Sie ebenso an die tiefe Kluft zwischen rechtskonservativen, sozialliberalen und grünen politischen Ansichten, da liegen Welten dazwischen! Man bekämpft einander zwar nicht mit Waffen, aber mit umso heftigeren Worten. Ein ganz aktuelles Beispiel aus meiner eigenen, der evangelischen Kirche: „Kirchliche Trauung für alle“, homosexuelle eingeschlossen – ja oder nein? Das haben wir in den letzten Wochen hautnah erlebt und der Riss ist mitten durch unsere Mitgliedschaft gegangen. Er war heftig und ich muss ehrlich sagen, die Argumente waren nicht immer nur theologischer Natur. Oder Martin Luther King vor 50 Jahren: Nordstaaten gegen Südstaaten, Weiß gegen Schwarz. Oder in Europa heute: Der Kampf der „Law-and-Order-Fraktion“ gegen das sogenannte „Gutmenschentum“ ist heftig. Das sind alles keine religiösen Fragen im eigentlichen Sinn, sie nehmen nur gelegentlich pseudoreligiöse Züge an. Und sie haben das Zeug in sich, zu erbitterten, unversöhnlichen Auseinandersetzungen zu führen.

Nein, Religion ist nicht die Wurzel allen Übels. Präziser müsste man sagen: Neben reinen Machtinteressen und Fragen der Verteilungsgerechtigkeit wirkt die Angst vor dem Verlust der eigenen, physischen, psychischen und auch religiösen Identität sehr häufig aggressionsauslösend. Sind daher gewaltsame Konflikte also unausweichlich?

Ich komme zum zweiten Denkansatz: „Kein Weltfriede ohne Frieden zwischen den Religionen“.

Das ist gewissermaßen der Umkehrschluss zur ersten These. Und er ist sicher richtig. Das Ermutigende daran aber ist vor allem: Das ist nicht nur ein rein theoretischer oder gar illusionärer Denkansatz, er ist vielmehr wirklich gelebte Realität. Trotz aller schrecklichen Ereignisse wie zuletzt etwa in Neuseeland, trotz Utrecht heute Vormittag und trotz einer – bitte entschuldigen Sie, Frau Gigler – weithin negativen Berichterstattung gibt es tatsächlich viele positive Beispiele von gelungener friedlicher Koexistenz von verschiedenen Religionen, in Teilen von Afrika etwa, in Indonesien, auch in großen Teilen Nordamerikas oder in den baltischen Staaten ... Und nicht zu vergessen: Bei uns in Österreich, insbesondere hier in der Steiermark! Da brauchen wir uns wirklich nicht zu verstecken: Ökumenisches Forum christlicher Kirchen, TRIALOG-FORUM, Interreligiöser Beirat der Stadt Graz, drittes **LAND.HAUS.GESPRÄCHE** zum diesem Thema. Das sind positive Beispiele.

Ich möchte in diesem zweiten Teil vor allem der Frage nachgehen: Was ist das Geheimnis solcher gelungenen Beispiele? Ich nenne ein paar. Das Erste und das Wichtigste – und das beziehe ich jetzt wirklich ganz konkret auf uns hier in der Steiermark: Da ist Vertrauen gewachsen unter uns! Ich glaube, das kann man einfach so sagen. Allen voran durch die Pflege guter Beziehungen auf menschlicher

Ebene: Miteinander zu essen und zu trinken, sich regelmäßig über Werte auszutauschen, miteinander zu lachen, gemeinsame sportliche und künstlerische Aktivitäten zu setzen, sich gemeinsam für Dinge zu engagieren, die allen gleich wichtig sind, das sind jene Ingredienzien, die das gute Miteinander ausmachen.

Inhaltlich basiert eine gute Koexistenz verschiedener Religionen allerdings nicht auf der Leugnung bestehender Unterschiede. Wenn man die bestehenden Unterschiede einfach unter den Tisch kehren würde, würde das auf Dauer sowieso nicht halten. Vielmehr geht es um die Entwicklung einer Kultur des Dialogs und der gegenseitigen Wertschätzung trotz bestehender Unterschiede, sozusagen um die Entwicklung einer Differenz-Kultur. Das ist eine hohe, aber meines Erachtens eine erlernbare Kunst. Wer sich seiner eigenen Identität gewiss sein kann und sich nicht durch den Gesprächspartner bedroht fühlt, ist der beste, weil angstfreie Dialogpartner, und der kann sich auch öffnen.

Ein anderer Aspekt: Gerade nicht die Marginalisierung von Religion im öffentlichen Leben ist dabei hilfreich, sondern genau umgekehrt die gemeinsame öffentliche Präsenz: Das Gefühl, dazu zu gehören, wertgeschätzt zu werden und gemeinsam an der Verantwortung für die gesamte Gesellschaft mitzutragen.

Auch wenn Sie in anderen Belangen von mir so manche kritischen Töne zur Integrationspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung hören können, aber im Kontext unseres heutigen Themas stehe ich nicht an festzuhalten, dass ich die Entscheidung, den konfessionellen Religionsunterricht als Pflichtfach an der Schule zu belassen und ihn nur durch einen Ethik-Ersatz-Unterricht zu ergänzen, zweifelsfrei für die richtige halte. Ein Hinausdrängen von Religion aus dem Bildungsbiotop der Schule – und ein Abdrängen in den Untergrund des Privaten – würde sich langfristig absolut kontraproduktiv auswirken.

Für ein gutes Miteinander braucht es Bildung und einen aufgeklärten Zugang zu religiösen Fragen. Zugegeben: In diesem Bereich haben insbesondere die Katholische und die Evangelische Kirche sowie z. T. auch Juden und Buddhisten durch ihre lange abendländische Geschichte derzeit noch einen erheblichen Vorsprung. Aber gerade von den praktischen Anschauungsbeispielen im täglich gelebten Miteinander an den Schulen können andere am besten lernen. Doch das würde nicht mehr gehen, wenn man sie ins Getto abdrängt. „Friedenserziehung“ müsste allerdings ein verpflichtender Bestandteil der Religionsunterrichts-Lehrpläne aller Konfessionen und Religionen sein.

Und last but not least in diesem zweiten Kapitel braucht es für das gute Miteinander noch eine gute Balance, um die bestehenden Mehrheits- bzw. Minderheitsverhältnisse angemessen zu handhaben. Und zwar von beiden Seiten: Die jeweiligen religiösen Minderheiten sind herausgefordert, sich nicht als „Fundamentalopposition“ zur Mehrheit zu verstehen, während die Mehrheitsreligion für ein einladendes Klima der Offenheit die Verantwortung trägt. Hierzulande ist das wohl insbesondere ein Beitrag der christlichen Kirchen zu Begegnung und Dialog.

Unter diesen soeben genannten Parametern erscheint ein Friede unter verschiedenen Religionen, wie ich meine, sehr wohl als möglich! Und was da und dort auf lokaler bzw. regionaler Ebene erwiesenermaßen bereits gelungen ist, das sollte mutatis mutandis doch auch auf die globale Ebene übertragbar sein – auch wenn es dazu enormer Anstrengungen bedarf!

Kurz zusammengefasst: Ein friedliches Zusammenleben der Religionen garantiert den Weltfrieden zwar noch lange nicht. Aber ohne einen Frieden unter den Religionen scheint ein Weltfriede tatsächlich unerreichbar zu sein.

Das führt mich zu guter Letzt schließlich noch zum dritten Denkansatz: „Wenn nur mehr Menschen auf der Welt religiös wären, dann würde die Welt insgesamt friedlicher sein“.

Das halte ich in dieser generellen Form leider für Wunschdenken bzw. für eine Illusion. Dem stehen zu viele der im Punkt eins genannten Erfahrungen entgegen. Und dennoch ist selbst in einer solchen steilen Aussage noch ein Körnchen Wahrheit enthalten. Nein, sogar mehr als nur ein Körnchen. So ist eine ausnehmend große Zahl von religiösen Menschen nachweislich in Friedensinitiativen engagiert. Viele Friedens-Nobelpreisträger, wenn nicht sogar die meisten, waren religiös inspiriert. Der Beitrag etwa des Dalai Lama und des gegenwärtigen Papstes – sowie einiger seiner Vorgänger – zur Herstellung und Sicherung von friedensstiftenden Maßnahmen ist exorbitant. Ebenso sind es die Initiativen des Ökumenischen Weltkirchenrates in Genf. Oder die Initiativen von „Pax Christi“ und vieler anderer vergleichbarer Organisationen, nicht zuletzt auch der christlichen Militärseelsorge (wir werden heute davon vielleicht noch kurz hören). Und überhaupt hoffe ich, dass wir in der Diskussion noch das eine oder andere gemeinsam herausarbeiten können.

Es steht mir nicht zu, an dieser Stelle einen qualitativen Vergleich zwischen verschiedenen Religionen anzustellen, ab hier kann ich nur für das Christentum sprechen. Da jedenfalls scheint es evident zu sein, dass die Lehre Jesu auffallend starke Friedens-Impulse enthält. Wir haben es im Referat des Herrn Professor Heil gehört, ich rufe nur zwei Bibelstellen daraus noch einmal in Erinnerung: „Selig sind die Frieden stiften, denn sie werden Gottes Kinder heißen“, oder besonders zugespitzt: „Wenn dir jemand auf die rechte Backe schlägt, dem biete auch die linke dar!“ Das wird manchmal mit Nachgiebigkeit und Schwäche verwechselt, gemeint ist aber eine Haltung der inneren Stärke. Eine der größten Stärken von religiösen Menschen, von Christinnen und Christen insbesondere, ist vor allem die Tatsache, dass sie für ihr Handeln einen Bezugspunkt außerhalb von irdischen Machtsystemen haben. Das macht sie frei von Abhängigkeiten aller Art. „Ich bin der Herr, dein Gott, du sollst keine anderen Götter haben neben mir“, so das erste Gebot, das wir mit dem Judentum gemeinsam haben. Das befreit von Menschenfurcht und fördert die Zivilcourage. Salopp gesagt: Der Gott im Himmel relativiert alle irdischen Götter. Nicht ganz zufällig waren viele prominente Widerstandskämpfer im Dritten Reich praktizierende Christen. Nach der Devise „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ haben sie sich dem Führerkult verweigert und der menschenverachtenden und kriegshetzenden NS-

Agitation entgegengestellt. Die Kraft dazu – und hier darf ich wieder anschließen an das Referat von Professor Heil – haben sie aus ihrem Glauben an den alle Menschen gleich liebenden Gott bezogen.

Um nochmal auf den Anfang zurückzukommen: Ja, die Dinge sind tatsächlich sehr kompliziert! Religion kann in Bezug auf den Frieden sowohl das Problem wie auch die Lösung darstellen. Aber ein solcher Glaube, wie ich ihn gerade beschrieben habe, ist meines Erachtens mit Abstand der nachhaltigste Beitrag des Christentums, und damit der Kirchen, zu einem friedlichen Zusammenleben der Menschen. Einem erodierenden Christentum würde nur mehr wenig friedensstiftendes Potential innewohnen. Wenn aber mehr Menschen auf der Welt in ihrer Verantwortung vor Gott und in Freiheit von irdischen Abhängigkeiten engagiert ihrer Überzeugung folgen, dass Gottes Liebe ausnahmslos allen Menschen gilt (ohne Ansehen der Person), dann würde unsere Welt tatsächlich um einiges friedlicher aussehen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Allgemeiner Beifall)*

Moderatorin Mag.^a Claudia Gigler: Ein musikalisches Buch mit sieben Siegeln, wir wollen uns jetzt unserem Buch mit sieben Siegeln zuwenden. Ich darf Sie bitten, mich in die Mitte zu begleiten, damit wir ins Gespräch eintreten können.

Wie es hier Usus ist, möchte ich gerne den beiden Impulsgebern noch die Möglichkeit geben, aufeinander zu replizieren. So ist es – Entschuldigung. Das heißt, Frau Prettenthaler, wenn ich Sie kurz vorstellen darf: Sie sind röm.-kath. Theologin und Psychotherapeutin, sie arbeiten auch als Didaktikerin am Institut für Katechetik und Religionspädagogik an der Katholisch-Theologischen Fakultät und Sie sind Mitautorin von Religionsbüchern. Wenn ich Sie fragen darf – wir haben vom Solidaritätsbarometer gesprochen, wir haben davon gesprochen, dass Solidarität am Abnehmen ist, dass wir uns zunehmend auf uns konzentrieren, auf unsere Kultur, dass wir das Fremde als fremd empfinden, dass wir es ablehnen – scheitert Religionsunterricht daran, Solidarität zu vermitteln?

Mag.^a Drⁱⁿ. theol. Monika Prettenthaler: Nein, ich hoffe nicht, und ich bin unseren jungen Menschen sehr dankbar, dass sie bei uns zwar in die Schule gehen, aber auch gute Lehrerinnen und Lehrer für uns sind. Wenn Sie nur beispielweise an den vergangenen Freitag denken: Junge Menschen heute schauen über unsere Welt hinaus in einer anderen Weise, wie wir es ihnen vielleicht manchmal zeigen, und sie finden eine Sprache, die mich beeindruckt. Sie gehen in der ‚Fridays-for-Future‘-Bewegung nicht als wütende Bürgerinnen und Bürger auf die Straße, sondern als mahnende. Sie nehmen sich eine junge Frau zum Vorbild, die in ihrem Kontext marginalisiert wurde, die wüsten und bösen Attacken in den sozialen Medien ausgeliefert war und ist, weil sie anders denkt, weil sie anders tut, weil sie vielleicht auch anders auf die Welt schaut. Mit Greta Thunberg haben junge Leute, die ihren Einsatz für den Frieden leben möchten, ein gutes Modell gefunden. Und ich möchte jetzt auch in Erweiterung – nicht in Erwiderung der beiden Referate, das wäre in meinen Augen für das Thema Frieden nicht passend – ein Thema ergänzen, sowohl im Blick auf die biblische als auch auf die kirchenhistorische Friedensarbeit und auch „Unfriedensarbeit“ der christlichen Kirchen. Nämlich den Gedanken, dass Friede zwar mit sozialer Gerechtigkeit in Verbindung gebracht worden ist, aber dass wir heute in diesem Zusammenhang auch die Gerechtigkeit gegenüber der Natur mit in den Blick nehmen müssen. Soziale Gerechtigkeit geht nicht ohne nachhaltiges Leben, ohne verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen. Da ist wird dann auch Sicherheit eine leere Phrase. Friede und Sicherheit gehen in meinen Augen nur dann zusammen, wenn Menschen in sozialer Gerechtigkeit friedlich miteinander leben können. Nur dann können wir uns auch in Sicherheit wagen. Sicherheit ist nicht herstellbar, sondern ist ein Ergebnis von alledem. Und Sicherheit ist etwas, was auch mit der gleichen Verteilung von Ressourcen und dem gleichen Umgang mit Verschiedenheit zu tun hat.

Moderatorin Mag.^a Claudia Gigler: Danke. Eine zweite Frage hätte ich noch. Wir haben davon gehört, dass Religion, Glaube grundsätzlich auch etwas damit zu tun hat, sich reinhalten zu wollen, was dann automatisch dazu führt, dass man versucht ist zu mauern, dass man einem missionarischen Impuls erliegt. Wie leicht oder schwer fällt es Ihnen persönlich in der Vermittlung von Glauben, sich diesem Impuls zu verweigern.

Mag.^a Drⁱⁿ. theol. Monika Prettenthaler: Als Religionsdidaktikerin, sowohl an der Uni als auch in der Schule, gelingt mir das, falls ich das möchte, vielleicht zwei Minuten und dann habe ich zum Glück den Widerspruch. Der kommt, glaube ich, auch aus einem guten Impuls: Schülerinnen und Schüler verstehen heute sehr gut, was es heißt, sich prophetisch einzumischen und sich nicht reinzuhalten, sondern sich reinzuhauen in einem ganz anderen Verständnis, aber sie fragen schon nach Motiven. Und ich glaube, das ist vermutlich nur dann authentisch vermittelbar, wenn wir das, was wir sagen als Erwachsene allgemein, als unsere Generation allgemein, als Lehrerinnen und Lehrer im Besonderen – als Eltern, Väter, Mütter genauso – also, dass wir das, was wir sagen auch leben. Darauf schauen junge Menschen zum Glück sehr kritisch. Und wenn mein Engagement für Frieden und Gerechtigkeit nicht von einem inneren Frieden geprägt ist, sondern vielleicht von Angst, von Abgrenzung, von Ablehnung gekennzeichnet ist, dann gelingt Vermittlung nicht.

Moderatorin Mag.^a Claudia Gigler: Herr Dr. Trauner, wenn ich Sie jetzt in die Runde hereinziehen und kurz vorstellen darf: Sie sind Theologe und Historiker, sie sind hauptberuflich Militärsuperintendent, außerdem Privatdozent an der Evang.-Theol. Fakultät in Wien und Sie sind Lehrbeauftragter an der Theresianischen Militärakademie. Sie haben „Leitlinien für eine Friedensethik“ erarbeitet. Die Militäretik ist eines Ihrer wichtigen Betätigungsbereiche. Ich möchte Sie deshalb fragen: Es war zuvor hier die Rede von einem entwaffnenden Pazifismus. Es war aber auch die Rede davon, dass Glaube frei und unabhängig macht. Wir haben das hier positiv gehört, aber man kann es natürlich

auch negativ empfinden. Man kann in Bezug auf Radikalismen, in Bezug auf religiös-motivierte Terroristen z. B. dieses Frei- und Unabhängigsein auch als Gefahr empfinden. Herr Dr. Trauner, wie geht es Ihnen mit diesem entwaffnenden Pazifismus? Wie geht es einem Militärsuperintendenten damit?

Priv.-Doz. DDr. Karl-Reinhard Trauner: Ich denke mir, ein Volk ist selig, wenn es keine Waffen braucht, aber das ist – und das haben wir heute ja schon gehört – eine hoffentlich nicht nur eine eschatologische, sondern auch Zielvorstellung für hier in unserer Welt. Genau in dieser Ambivalenz, die bei beiden Referaten sehr klar zum Ausdruck gekommen ist, haben wir unsere Welt zu gestalten. Ich habe da ein Bild vor Augen, das mir für diese Spannung zwischen der Zielvorstellung einer friedlichen Gesellschaft und der Realität einer leider nicht so friedlichen Gesellschaft wichtig geworden ist: Das Bild der Elektrizität, das vielleicht auch ein wenig die Ambivalenz, was Religion sein kann, beleuchtet. Elektrizität etwas kann sehr Gefährliches sein, aber Elektrizität kann auch jene Energie und Kraft sein, die Welt friedlich zu gestalten und gut zu gestalten; denn das ist ja immerhin in religiöser Hinsicht unser biblischer Schöpfungsauftrag, Welt gut zu gestalten. Ich denke mir, in dieser Spannung, in dieser Ambivalenz stehen wir Menschen drinnen. Mir ist dabei auch der Ausspruch Dietrich Bonhoeffers wichtig, der sagt: „Wir leben im Vorletzten und nicht im Letzten“. Wir stehen in dieser Herausforderung, wir leben in dieser Spannung, und das betrifft auch einen entwaffnenden Pazifismus. Natürlich haben wir die Hoffnung auf eine friedliche, waffenlose Gesellschaft, aber wir leben auch in der Realität, dass es nicht so ist. Und deswegen ist es Aufgabe einer christlichen Friedensethik – und Sie haben dankenswerter Weise die Leitlinien angesprochen und da ist ein wichtiger Punkt drinnen –, Kriterien aufzustellen, wie man mit dieser Spannung umgeht und unter welchen Kriterien man doch im Extremfall – im Extremfall, das ist zu betonen! – dann doch auch gewisse Gewaltmaßnahmen setzen kann; natürlich mit dem Ziel, da kommt man nicht herum, Menschen zu schützen, eine friedliche Gesellschaft wieder zu gewährleisten. Der Weisheit letzter Schluss – die berühmte Ultima Ratio – kann nur Friede heißen, kann nie Krieg heißen. Die Ultima Ratio ist einer dieser Punkte in der Lehre vom gerechten Krieg, die immer wieder sehr heftig diskutiert werden. Es ist ein sehr schwieriger Begriff. Aber auch die Bellum iustum-Theorie meint eigentlich vom Begriff her etwas anderes als Lehre vom gerechten Krieg. Aber wo immer wieder gefragt wird: „Wo ist der letzte Punkt, um Waffengewalt einzusetzen?“, die Ultima Ratio kann letztlich immer nur Friede sein. Aus der energiegeladenen Spannung zwischen der politischen Realität und einem religiös begründeten Anspruch, Welt, kann und muss auch ein christlicher-religiöser Beitrag entwickelt werden, diese Welt positiv und friedlich zu gestalten.

Moderatorin Mag.^a Claudia Gigler: Wenn ich da noch einmal nachhaken darf: Wie definieren Sie heute den Feind? Ich finde das spannend, es ist ganz kurz einmal der Kalte Krieg aufgeflammt, damals war es noch relativ einfach, alle haben gewusst: „Der Feind ist im Osten – Punkt“, das hat sich geändert. Wer ist der Feind? Was ist der Feind? Gegen wen rüsten wir uns?

Priv.-Doz. DDr. Karl-Reinhard Trauner: Das tue ich jetzt gar nicht gerne, den Feind zu definieren. Mir ist viel lieber, den Frieden zu definieren und da möchte ich das gerne sehr unterstreichen, was Sie gesagt haben. Friede ist mehrdimensional, so definiert auch das Militär den Frieden. Der Weg dahin kann nur ein „comprehensive approach“ sein. 2003 hat der Ökumenische Rat der Kirchen das Sozialwort herausgegeben, wo sehr klar von einem solchen breiten Friedensverständnis die Rede ist. Wenn Sie mich dazu aber wirklich auffordern wollen, den „Feind“ zu definieren, würde ich sagen: Er ist alles, was diesen Friedensprozess oder den sozialen Frieden, den breiten Frieden einer Gesellschaft gefährdet. Das lässt sich jetzt nicht auf einen Ostfeind oder die Zeit des Kalten Krieges oder auf sonst irgendetwas reduzieren. Sondern alles, was diesen breiten verstandenen Frieden gefährdet; und der beginnt bei der Natur und dem Umgang mit der Umwelt, der beginnt bei der Versöhnungsarbeit – immerhin hat es in Graz 1997 die große ökumenische Versammlung über Versöhnung gegeben, also von Graz sind sehr wichtige Impulse in der Richtung ausgegangen – ; ... alles, was in diesen Bereichen ein friedliches Zusammenleben einer Gesellschaft gefährdet, würde man in der Sprache der Vergangenheit, wenn Sie so wollen, als „Feind“ definieren.

Moderatorin Mag.^a Claudia Gigler: Danke schön. In Bezug auf Utrecht habe ich gerade vor ein paar Minuten gesehen, es scheint sich jetzt um eine Familientragödie zu handeln. Also manchmal ist das, was wir fürs Erste schon wieder als Terror fürchten und vermuten, manchmal löst sich das auf und es gibt andere Ursachen dafür. Aber beim Anschlag von Christchurch stellt sich die Frage, glaube ich, nicht mehr, wer der Täter ist und was das Motiv ist. Ein Hassmanifest gibt es da, zahlreiche rechtsextremistische Parolen, dieser Mann, von dem da die Rede ist, der ist auch durch Europa gereist, ihm werden Verbindungen zu einem rechtsextremen Netzwerk nachgesagt, das bis in die Deutsche Bundeswehr, möglicherweise ins Österreichische Bundesheer, in die Österreichische Exekutive reicht. Herr Professor Heil, Sie frage ich jetzt: Jesus ruft die Menschen dazu auf, ihre Mitmenschen zu lieben, sogar die Feinde und allen mit Respekt zu begegnen, sie haben es ausgeführt. Was macht diese andere Denke, diese feindliche Denke, diese aggressive Denke für manche so reizvoll? Können Sie uns das erklären?

Univ.-Prof. Dr. Christoph Heil: Ja, also ich kann natürlich auch nur Vermutungen anstellen. Da ist vor allem die Einfachheit des Schwarz-Weiß-Denkens. Ich habe jetzt keine soziologischen Erkenntnisse zu bieten, aber es ist offensichtlich die Attraktivität, dass man genau weiß, was Gott von einem will. Anders als Dr. Trauner das eben differenzierter darstellen wollte und musste, ist in einem solchen Denken der Feind ganz klar, der vernichtet werden muss; auch die Guten sind klar. Das ist gerade das Problem auch mit Religion, dass es auch

dazu führen kann. Mein Anliegen war, die positiven Potentiale zu zeigen, die stärker sein können als diese negativen Schwarz-Weiß-Zeichnungen oder Gut – Böse oder Göttlich – Widrigöttlich. Dass die Dinge aufgebrochen werden im Sinne auch der Bergpredigt, der frühchristlichen Vorstellung, dass alle Menschen Kinder Gottes sind, dass man jedem in die Augen schauen muss, dass man da das eigene Ich erkennen kann. Dann werden solche Taten wie in Christchurch schwierig, ja eigentlich unmöglich.

Moderatorin Mag.^a Claudia Gigler: Sie sagen es, Schwarz-Weiß-Denke macht es manchmal für manche Beteiligten leichter. Frau Prettenthaler, wie geht es einem, wenn man diese Schwarz-Weiß-Denke nicht hat, wenn man den Feind nicht zur Verfügung hat, gegen den man mobilisieren kann, wenn man dieses klare Ziel so nicht vermitteln kann? Wie geht es einem da im Gespräch mit jungen Leuten, im Bemühen, diese Tendenzen, die es ja auch bei uns gibt und bei unseren jungen Leuten gibt, im Bemühen, das aufzugreifen und in etwas Positives zu verwandeln?

Mag.^a Dr.ⁱⁿ. theol. Monika Prettenthaler: Ja, ich glaube, ein Punkt ist die Vielfalt, in der wir heute leben, dass so vieles möglich ist, dass eigentlich alles möglich ist und dass das junge Menschen – auch ältere – verunsichert, dass es nicht mehr klar ist, was zu tun ist, was zu denken ist, das war vor 150 Jahren noch nicht so. Da merke ich, dass wir in der Bildung eigentlich die einzige Chance haben. Also Bildung führt aus der Armut, aber Bildung führt auch aus der Denkarmut und aus der Weltsichtsvereinfachung. Wenn wir uns anschauen und das verstehen, was Menschen verunsichert, dann kann ich unter Umständen Vielfalt als Chance begreifen, kann ich andere und anderes offener sehen und mich in einen herausfordernden Dialog begeben, weil da ist nicht klar, dass ich gleich herauskomme, im Gegenteil. Martin Buber, großer Denker, den wir uns immer wieder vom Judentum ausborgen, sagt: „Im Du, im Gegenüber werde ich zum Ich“, d. h. Identität ist auch nicht etwas, was wir haben, das ist ein lebenslanger Prozess. Das ist mühsam mit jungen Menschen zu erarbeiten, aber das erweitert auch deren Sicht. Und manchmal lohnt es sich, die haben es in sich und leiden selber auch unter Vereinfachung.

Moderatorin Mag.^a Claudia Gigler: Danke. Herr Dr. Trauner, wir haben über diese Leitlinien einer Friedensethik schon gesprochen. Wenn Sie jetzt versuchen, ganz einfach zu formulieren, sich die Ereignisse von Christchurch, das, was dahinter steht, das, was Rechtsradikale miteinander verbindet, was ihre Feindlichkeit ausmacht, wenn Sie sich das vor Augen halten, wie würden Sie darauf reagieren? Was ist die Gegenbotschaft?

Priv.-Doz. DDr. Karl-Reinhard Trauner: Wie man konkret darauf reagiert, weiß ich nicht, weil dafür kenne ich die Fälle zu wenig. Das wäre jetzt Dilettieren, wenn ich jetzt konkrete Sachen sage. Ich denke mir, dass man überhaupt weltweit so wahrnimmt, dass es diskutiert wird, auch von uns jetzt so diskutiert wird, dass auch so ein Dialogforum stattfinden kann, denke ich mir, dieser Weg einer Friedensbildung im breiten Sinn des Wortes. Auch da bin ich jetzt wieder im Grunde bei der Wortmeldung, die Sie vorher eingebracht haben, ich glaube, dass dieser Eintrag breit sein muss und dass da die verschiedenen Rollen, die Wissenschaft, die Kirchenarbeit, die Pädagogik, auch das Militär, jeder seine Rolle hat, alle Organisationen eine Rolle haben und es im Grunde nur ein gesamtgesellschaftlicher, zivilgesellschaftlicher Prozess sein kann, sich dieser Dinge bewusst zu werden. Das ist im Grunde das, was wir machen können mit diesen Nachrichten, dass wir darüber diskutieren, ist schon ein Stück weit Friedensarbeit, dass wir uns Gedanken machen ist schon ein Stück weit Bearbeitung auch dieser Herausforderungen. Wie gesagt, da haben alle Organisationen, das Militär – es sitzt der Kommandant der Streitkräfte unter uns, von dem ich weiß, dass ihm diese Themen, die wir heute diskutieren, auch ein ganz großes Anliegen sind und wir auch schon oft über diese Dinge gesprochen haben, auch wie das friedliche Zusammenleben innerhalb der Streitkräfte ausschaut, auch das sind jetzt alles Dinge, die dazugehören. Und dieser gesamte Prozess ist zu wichtig, als dass man es nur den Politikern überlässt, um dieses Zitat von Charles de Gaulle abzuwandeln. Also ich denke mir, es kann nur ein gesamtgesellschaftlicher, zivilgesellschaftlicher Prozess sein und da tun wir eigentlich das Beste, was man tun kann mit diesen Herausforderungen.

Moderatorin Mag.^a Claudia Gigler: Herr Miklas, ich habe es interessant gefunden, dass Sie gleich in Ihren Anfangsausführungen auch den Ethikunterricht angesprochen haben und gesagt haben, Sie sind also recht froh, dass sich sozusagen der Religionsunterricht erhält. Das verstehe ich. Was mir persönlich ein bisschen weh tut ist, dass dieser Ethikunterricht jetzt als etwas aufgesetzt wird, was quasi nur die bekommen, die sich abgemeldet haben vom Religionsunterricht. Wäre es nicht eigentlich ganz wichtig, im Zuge eines solchen Ethikunterrichtes alle an einem Tisch zu haben - alle Gruppierungen, alle Religionen auch die Nichtreligiösen –, alle an einem Tisch zu haben, um sich auf eine gemeinsame Friedensethik zu verständigen? Wie geht das ohne Austausch?

Mag. Hermann Miklas, M.Ed.: Da bin ich ganz bei Ihnen. Ich glaube, das ist eine organisatorische Frage. Zunächst einmal: Wenn man sagen würde „Es gibt einen Ethikunterricht für alle und einen Religionsunterricht zusätzlich für die, die das wollen“, dann würden die, die das wollen, ins Eck gedrängt. Denn sie brauchen eine zusätzliche Stunde. Aber was de facto ja geschieht, zwischen den Religionsgemeinschaften, (zwischen den Konfessionen auf jeden Fall, zunehmend auch zwischen den Religionen und künftig auch gut möglich zwischen den verschiedenen Religionen und dem Fach Ethik), dass man sich immer wieder trifft zu einer gemeinsamen Stunde. Dass man beispielsweise einmal im Monat sagt: „Da kommen jetzt alle zusammen.“ Das wäre zugleich ein anschaulicher praktischer

Lernprozess, wenn Schülerinnen und Schüler sehen, dass die unterschiedlichen Lehrkräfte gut miteinander können. Ich selber habe so etwas erlebt, als ich seinerzeit in Wien noch an einer der multireligiösesten Schulen, die es gab, unterrichtet habe. Dort ist einmal ein wahnsinniger Konflikt ausgebrochen beim Ersten Golfkrieg. Die Jugendlichen haben gesagt: „Dein Onkel schießt auf meine Tante“, Muslime gegen Juden und umgekehrt. Die Klasse drohte, auseinander zu brechen. Da hat der Direktor gesagt: „Jetzt gibt es nur eine Möglichkeit: Zwei Tage lang kommen alle Religions- und Ethiklehrer zusammen und arbeiten gemeinsam mit dieser Klasse.“ Das war eines der tollsten Erlebnisse, an die ich mich erinnern kann. Also ich glaube, das lässt sich lösen, das ist nicht der Punkt. Nur mein Anliegen ist: Wenn man Religion aus dem Bildungsbiotop der Schule hinausdrängt, dann ist man schlecht beraten.

Ich wollte aber auch noch einmal anschließend an die Diskussion, die vorhin gelaufen ist, zunächst an dich, liebe Monika Pretenthaler: Die erste europäisch-ökumenische Versammlung in Basel 1989 hat ja nicht ganz zufällig argumentiert: „Friede, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung!“ Denn diese drei Dinge hängen untrennbar miteinander zusammen. Und mit dem Zweiten komme ich noch einmal zurück auf die Schule. Alle, die mit Pädagogik ein bisschen Erfahrung haben, wissen: Wann wird ein Schüler oder eine Schülerin aufsässig? Wann werden sie unerträglich und zu echten „Krätzen“? Immer dann, wenn sie in irgendeiner Weise im Eck stehen! Ich denke daher, wir müssten bei der ganzen Frage: „Wie kann man mit den Aggressionen umgehen?“ auch global viel, viel weiter vorne ansetzen und uns vor Augen halten: Letztlich werden immer die aggressiv, die davor in irgendeiner Weise im Eck gestanden sind. Das Dumme ist, dass wir heute den Eindruck gewinnen: Die Bösen, die terroristische Akte setzen, das sind die Starken. Das scheinen sie äußerlich zwar zu sein, aber in Wirklichkeit handelt es sich um Schwache, die zuvor in irgendeiner Weise im Eck gestanden sind. Deswegen bin ich fest davon überzeugt – ähnlich wie aufsässige Schüler oder Schülerinnen – in Wirklichkeit brauchen gerade die, die zur Aggression neigen, Zuwendung. Das ist ein Beitrag, den Religion leisten könnte.

Moderatorin Mag.^a Claudia Gigler: Ein kleiner Einspruch „Euer Ehren“: Polarisierung, Aggression äußert sich auch durch Sprache. Jetzt hat gerade am letzten Samstag Kardinal Schönborn daran erinnern, dass diese „giftige Saat“ – so hat er es genannt – dieser Aggressionen, dieses aggressiven Verhaltens nicht von irgendwo herkommen, nämlich aggressives Verhalten auf allen Seiten. Es kommt nicht von irgendwo her, sondern erforderte Behutsamkeit in der Sprache, etwa – und dann hat er ein aktuelles Beispiel genannt – wenn Erstaufnahmezentren in Ausreisezentren umbenannt werden. Er hat also auf die Politik Bezug genommen und hat gesagt: „Das ist ein Akt der Brutalität“. Jetzt frage ich Sie, Sie waren 19 Jahre lang Superintendent, Sie kennen die Politik, Sie kennen die Kirche, Sie kennen das Zusammenwirken von Politik und Kirche: Wenn Politik sich zum Vorreiter der Polarisierung macht, was kann Kirche dem entgegensetzen?

Mag. Hermann Miklas, M.Ed.: Dem etwas entgegenzusetzen, ist schwierig, aber notwendig und lohnend. Ich stimme mit Schönborn absolut überein und finde die Töne, die da teilweise zu hören sind, schlimm. Das ist ein Spiel mit der Angst. Man weiß genau, da gibt es Menschen mit diffusen Ängsten – und diese Ängste schürt man ganz bewusst um des eigenen politischen Vorteils willen. Gezielt und berechnend. Das ist furchtbar. Und das will ich auch in keiner Weise verteidigen. Aber ich habe mit der Aussage „die brauchen Zuwendung“ eigentlich nicht manipulative Politiker gemeint, sondern Menschen und Menschengruppen, die aus irgendeinem Grund ihre Emotionen (meist Minderwertigkeitsgefühle) nicht im Griff haben und darum ein aggressives Verhalten an den Tag legen. Diese lechzen letztlich tatsächlich danach, gesehen und in ihren Bedürfnissen ernst genommen zu werden. Und zwar (etwas plakativ gesagt) sowohl Menschen aus dem Asylanten- wie auch aus dem identitären Milieu. Das ist vielleicht keine direkte Antwort auf Ihre Frage, aber ich habe in meinem Leben relativ viel mit Fundamentalisten zu tun gehabt. Ja, ich habe in meiner Jugendzeit sogar selbst eine etwas fundamentalistische Phase durchgemacht, darum kann ich mich ganz gut in die Betroffenen hineinfühlen. Und ich weiß, Fundamentalismus aufzuweichen, das geht nur durch viele, viele Gespräche, durch Zuhören und eben auch durch Zuwendung. Es braucht viel Geduld. Zum Fundamentalismus und zur Radikalität verführen kann man Massen, zur Besonnenheit zurückführen kann man aber immer nur einzelne. Das macht es so mühsam. Doch hier sind wir als Kirchen in besonderer Weise gefragt. Ich fürchte, mit zu grobmaschigen Mitteln ist dieser Kampf nicht zu gewinnen. Ich sage bewusst Kampf. Auch mit dem bloßen Deklamieren von Gegenparolen werden wir nichts ausrichten. Was es braucht, sind tatsächlich viele Gespräche. Ich persönlich bin immer am besten damit gefahren, zu Leuten, mit denen ich überhaupt nicht übereinstimme, zu sagen: „Gehen wir auf ein Bier, gehen wir auf einen Kaffee, gehen wir zum Heurigen, reden wir miteinander.“ Damit habe ich zum Teil wirklich sensationelle Erfahrungen gemacht, selbst bei Leuten, die meilenweit von dem weg sind, was ich selber denke. Spätestens nach dem dritten Glas Wein sind wir einander ein Stück nähergekommen. Ich weiß noch gut, wie einer einmal zu mir gesagt hat: „Ich bin jetzt zwar nicht gleich deiner Meinung, aber du hast mich angeregt, über das nachdenken, was du gesagt hast.“ Und ich bin überzeugt, wenn man das erreichen kann, dann ist das schon viel.

100 Jahre Frauenwahlrecht

Am Mittwoch, dem 8. Mai 2019, lud die Präsidentin des Landtages Steiermark, Bettina Vollath, im Rahmen des Veranstaltungsformates **LAND.HAUS.GESPRÄCHE** zum Thema 100 Jahre Frauenwahlrecht in das Grazer Landhaus ein.

Es wurden interessante Persönlichkeiten zum Gespräch eingeladen, um über die Entwicklungen seit Frauen in der Steiermark am 11. Mai 1919 zum ersten Mal dazu berechtigt waren, den Steirischen Landtag zu wählen und auch gewählt zu werden, zu sprechen.

Was wurde bisher erreicht und was gibt es noch zu tun? Erfolge, Rückschläge, Umbrüche – darüber und über vieles mehr sprachen diese DiskutantInnen:

Ass.-Prof.ⁱⁿ Birgitta Bader-Zaar

Ass.-Prof. Christian Pippan

Ao. Univ.-Prof.ⁱⁿ Karin Maria

Schmidlechner-Lienhart

Landtagspräsidentin Vollath eröffnete den Abend in der Landstube des Grazer Landhauses. *„Das allgemeine, freie Wahlrecht ist eines der wichtigsten Merkmale einer modernen Demokratie und wird mittlerweile im 21. Jahrhundert angelangt in Österreich als Selbstverständlichkeit angesehen. Bis Frauen vor genau 100 Jahren eine Stimme gegeben wurde, die ihnen politische Mitsprache gewährte und diese bis dahin bestehende Ungleichbehandlung beendet wurde, war es ein langer und steiniger Weg. Noch immer bleibt aber viel zu tun und es bedarf kluger Überzeugungskraft, starken Willens und ständiger Beharrlichkeit, um das Ziel einer faktischen Gleichstellung von Männern und Frauen zu erreichen“*, so Vollath.

Vor Beginn der Gespräche sprachen Landesrätin Ursula Lackner und Landesrat Christopher Drexler Grußworte.

Landesrätin Lackner: *„Auch wenn mittlerweile auf allen politischen Ebenen Frauen aktiv sind, ist das Ungleichgewicht noch groß. Um Frauen den Einstieg in die Politik zu erleichtern, habe ich Initiativen gestartet, die mehr Mädchen und Frauen für Politik interessieren und ermutigen sollen, politische Verantwortung zu übernehmen. Denn nur wenn Frauen mitbestimmen, können sie sicher sein, dass ihre Anliegen und Bedürfnisse ausreichend berücksichtigt werden. Seit Beginn dieses Jahres gibt es einen Lehrgang, der Frauen auf den Einstieg in die politische Arbeit vorbereitet. Das Interesse ist enorm, daher werden nun die Möglichkeiten geprüft, einen weiteren Lehrgang durchzuführen.“* (Infos: www.frauen.steiermark.at)

Landesrat Drexler: *„Das Wahlrecht für Frauen wird heute weitgehend als Selbstverständlichkeit wahrgenommen. Welch langen beschwerlichen Kampf die Pionierinnen führen mussten, um eine gleichberechtigte Teilnahme an Wahlen in der Steiermark und in Österreich zu erreichen, wollen wir uns anlässlich des 100-jährigen Jubiläums erinnern. Es ist aber auch ein Anlass, zu bedenken, dass wir in vielen Bereichen eine echte Gleichberechtigung noch nicht erreicht haben und unser Handeln dahingehend Tag für Tag kritisch hinterfragen müssen. Allerdings müssen wir uns – Frauen wie Männer – bewusst sein, dass Demokratie von Beteiligung lebt und es an uns allen liegt, die errungenen demokratischen Rechte zu bewahren, in dem wir sie aktiv leben.“*

Die Moderation des Gesprächsabends übernahm in gewohnt professioneller Weise Kurier-Redakteurin **Elisabeth Holzer**.

Statements der Gesprächsteilnehmenden:

Birgitta Bader-Zaar: *„Die internationalen Gemeinsamkeiten der Debatten über das Frauenwahlrecht weisen auf transnationale Diskurse und Verflechtungen der Frauenbewegungen hin. Für die Realisierung politischer Gleichberechtigung spielte letztendlich das Ideal der Gleichheit eine untergeordnete Rolle. Spezifische politische Konstellationen waren für den Durchbruch entscheidend.“*

Christian Pippan: *„Das Jubiläum „100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich“ korreliert auf UN-Ebene mit dem 40-Jahr-Jubiläum der Verabschiedung der Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau im Jahr 1979. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen ist eine Kernforderung der Konvention, ihre Durchsetzung stößt jedoch nach wie vor auf erhebliche Schwierigkeiten.“*

Karin Maria Schmidlechner-Lienhart: „Mit der Einführung des gleichen, direkten, geheimen und allgemeinen Wahlrechts war für Frauen zunächst weder die tatsächliche Anerkennung als vollwertige Staatsbürgerinnen noch eine ausreichende Beteiligung am politischen Leben verbunden, dafür waren die gesellschaftlichen Vorbehalte gegenüber politisch tätigen Frauen zu groß.“

FLTPⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Bettina Vollath:** Meine geschätzten Damen und Herren, herzlich willkommen zur heute bereits 11. Ausgabe der Veranstaltungsreihe **LAND.HAUS.GESPRÄCHE**.

Auch für diesen Abend ist es uns wieder gelungen, Persönlichkeiten einzuladen, die für einen sicher interessanten und anregenden Diskussionsabend sorgen werden – und das zu einem sehr wichtigen und leider noch immer brandaktuellen Thema. Doch dazu gleich mehr.

Ich freue mich über Ihr Kommen und Ihr Interesse, meine geschätzten Damen und Herren! Lassen Sie mich aber zu Beginn in gewohnter Manier einige unserer Gäste namentlich begrüßen.

(Begrüßung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es war ein langer und steiniger Weg, bis in Österreich das Wahlrecht für alle galt. Schon in den Sitzungsprotokollen des Steiermärkischen Landtages von April 1848 begegnet man der Anregung, dass im künftigen Landtag auch Frauen das aktive Wahlrecht zugestanden werden sollte, wenn auch nur mittelbar. Dieser Vorschlag wurde allerdings rasch wieder verworfen.

In der Donaumonarchie durften nur die Reichen und Besitzenden wählen, das heißt all jene, die eine hohe Steuerleistung erbrachten – das waren gerade einmal 5 % der Bevölkerung. Von Gleichberechtigung und Demokratie war man bis zum Ende der Monarchie trotz Verfassung meilenweit entfernt.

Erst 1918 schlug mit Ende des Ersten Weltkrieges die Stunde der Frau. Am 12. November 1918 wurde mit der Ersten Republik das Frauenwahlrecht aus der Taufe gehoben. Am 16. Februar 1919 kandidierten 115 Politikerinnen, davon schafften acht Frauen, sieben Sozialdemokratinnen und eine Christlichsoziale, am 4. März 1919 den Einzug in die Nationalversammlung. Die Wahlbeteiligung der Frauen lag an diesem historischen Tag bei 82 % – davon können wir heute nur träumen.

Die Pionierinnen forderten unter anderem die Gleichstellung der Frau im Beruf und in der Ehe, aber auch den legalen und kostenlosen Schwangerschaftsabbruch und die Einführung der Karenzzeit. Für den Acht-Stunden-Tag wurde ebenso gekämpft wie für die Arbeitslosenunterstützung, die soziale Fürsorge und für die Öffnung von Bildungseinrichtungen.

Auch wenn die rot-schwarze Koalition auf Bundesebene nur bis 1920 hielt, verabschiedete sie in dieser kurzen Zeit dennoch eine Reihe der geforderten sozialpolitischen Maßnahmen.

Eine Frau der ersten Stunde war Adelheid Popp, die 1929 in ihrem Buch „Der Weg zur Höhe!“ schrieb: „Die Frau geht ihren Weg immer weiter aufwärts, sie geht ihn heute Seite an Seite mit ihrem Manne. Mit Riesenschritten holt sie nach, was sie in vergangenen Jahrhunderten ohne ihre Schuld versäumt hat.“

Am 11. Mai 1919, also fast auf den Tag genau vor 100 Jahren, fanden auch die ersten freien Landtagswahlen in der Steiermark statt, an denen Frauen aktiv und passiv wahlberechtigt waren. Erstmals zogen mit Olga Rudel-Zeynek und Marianne Kaufmann von der christlichsozialen Partei sowie Martha Tausk und Cäcilie Nemeč von den Sozialdemokraten Frauen in den Steiermärkischen Landtag ein. Im Jahr 1919 waren fünf Prozent aller Abgeordneten weiblich, erst 1986, also fast sieben Jahrzehnte später wurde die Zehn-Prozent-Marke überschritten. Auch die Bilanz 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts ist – freundlich gesagt – überschaubar.

35,7 % der Bundesregierungsmitglieder, 35,5 % der Nationalratsabgeordneten und 36 % der Bundesräte sind weiblich. 35 % der Landesregierungsmitglieder sind weiblich und Niederösterreich stellt derzeit die einzige Landeshauptfrau. Nur knapp 8 % der Bürgermeister in ganz Österreich sind Frauen und 32,5 % der Landtagsabgeordneten sind weiblich.

All diese Fakten lassen uns klar erkennen: auch im 21. Jahrhundert gibt es noch viel zu tun bis wir die – nämlich faktisch gelebte – Gleichstellung zwischen Männern und Frauen tatsächlich erreichen können.

Auch wenn es im gesellschaftlichen Aufbruch der 1960er- und 70er-Jahre gelungen ist, frauenpolitische Reformen auf den Weg zu bringen – von der Gleichstellung im bürgerlichen Recht, der Reform des Familien- und Eherechts bis hin zur Einrichtung des Frauenministeriums, die Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und das Gleichbehandlungsgesetz muss es weiterhin unser gemeinsames Ziel sein, mit vereinten Kräften, und zwar über Parteigrenzen hinweg und unter Einbindung möglichst vieler Menschen, die an echter Gleichstellung in unserer Gesellschaft interessiert sind, die von Adelheid Popp formulierten Riesenschritte tatsächlich nachzuholen beziehungsweise beharrlich weiterzugehen. Ich denke, das ist unser Auftrag und das Vermächtnis dieser beeindruckenden Frauen! Wir alle sind aufgerufen, jeden Tag weiter für ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben einzutreten.

Deshalb war es mir auch im Zuge der Erarbeitung der Frauen- und Gleichstellungsstrategie 2020, die von mir in meiner Funktion als Frauenlandesrätin initiiert wurde, sehr wichtig, alle Ebenen und Lebensbereiche mitzudenken.

Was kann in Gemeinden geschehen, wo sind die Handlungsfelder auf regionaler Ebene und wo auf Landesebene, in denen es gilt, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern und nicht zu behindern? Wie sehen individuelle Lebensentwürfe aus und wie werden diese durch Politik beeinflusst? Welche Eigenschaften werden Menschen aufgrund ihres Geschlechts, Lebensstils und ihrer

gesellschaftlichen Position zugewiesen? Bei all den Fragestellungen zum Thema Gleichbehandlung ist es jedoch das Um und Auf, sie mit Frauen und Männern zu debattieren! In diesem Sinne freue ich mich natürlich sehr, dass wir in unserer heutigen Diskussionsrunde nicht nur Damen, sondern mit Herrn Mag. Dr. Pippan auch einen Herrn haben.

Ich bin schon sehr gespannt auf die Referate von Frau Prof. Mag. Dr. Birgitte Bader-Zaar und Prof. Dr. Karin Schmidlechner. Da Frau Prof. Mag. Dr. Ziegerhofer heute leider krankheitsbedingt absagen musste, wird ihr Impulsreferat von Frau Dr. Holzer vorgetragen. Ich bin mir sicher, dass zu den von mir aufgeworfenen Themen noch viele spannende Perspektiven hinzukommen werden.

Ich wünsche uns allen einen spannenden Abend und darf das Wort an Frau Dr. Holzer übergeben.

Ass-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Birgitta Bader-Zaar: Herzlichen Dank!

Für die Einladung, hier mit Ihnen zu diskutieren, darf ich mich sehr bedanken. Sie haben es in den Vorreden schon gehört: Das 19. Jahrhundert war für das Thema Frauenwahlrecht sehr wichtig, es war überhaupt die Hochzeit der Wahlrechtsdebatten – wie das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht wurde auch das Frauenwahlrecht intensiv diskutiert. Vor allem im Rahmen der Französischen Revolution und in den revolutionären Bewegungen von 1848/49 hatten Frauen schon früh politische Gleichberechtigung eingefordert. Erste Zusammenschlüsse von Frauen in Wahlrechtsvereinen gab es dann im angloamerikanischen Raum Mitte der 1860er Jahre. Diesen folgte ein zunehmend globaler Organisierungsschub vor allem ab den späten 1880er Jahren, auch in Österreich, wobei Frauen in manchen Ländern mit besonderen Hürden konfrontiert waren, etwa, wenn Vereinsgesetze ihnen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen untersagten, wie es in Preußen und Österreich der Fall war. Ins Auge sticht die Internationalisierung der Frauenwahlrechtsbewegungen. Die Aktivistinnen waren international miteinander eng verbunden, durch persönliche Kontakte und Informationsaustausch auf der Basis von Frauenzeitschriften, Büchern und Broschüren, ab 1904 aber auch im Rahmen der Internationalen Frauenwahlrechtsallianz. Diese transnationalen Kontakte, die sehr wichtig für die Bewegung waren, schlugen sich in den auffallenden Parallelen der angewandten Strategien zum Erreichen politischer Rechte nieder, so Petitionen, Einforderungen vor Gericht, Abordnungen zu Regierungsmitgliedern, Lobbying bei Abgeordneten und Ähnliches mehr. Ab dem frühen 20. Jahrhundert begannen auch Massendemonstrationen zu greifen, im deutschsprachigen Raum vor allem bei den Sozialdemokratinnen zu den ab 1911 abgehaltenen internationalen sozialistischen Frauentagen. Die aufsehenerregenden Mittel der ab 1905 aktiven „Suffragetten“, der britischen militanten Frauenwahlrechtsbewegung, die Sie sicher gut kennen, haben im europäischen, auch nordeuropäischem Raum nicht viel Widerhall gefunden. Das Einschlagen von Fenstern der Regierungsgebäude und die Zerstörung von Briefkästen bis hin zum Hungerstreik nach einer Verhaftung, all dies wollten die Aktivistinnen nicht übernehmen, denn ihnen war es meist wichtig, respektabel und seriös aufzutreten. Das erschien den Frauen angesichts der Empörung, die die Forderung nach gleichen politischen Rechten entfachte, notwendig.

Warum wurden Frauen überhaupt aus dem politischen Leben ausgeschlossen? Generell drehten sich die frühen Wahlrechtsdebatten um das Problem, ob politische Handlungsfähigkeit – Sie haben das ja bereits in den vorherigen Reden gehört – ausschließlich an die wirtschaftliche Selbständigkeit von Personen, gemessen an Land- oder Hausbesitz bzw. einem versteuerbaren Einkommen, eventuell auch an Bildung gebunden sein sollte oder als angeborenes Recht jeden Individuums aufzufassen sei. Das war also die große Debatte im 19. Jahrhundert. Das Wahlrecht wurde allgemein nicht als Menschenrecht verstanden, auch nicht für Männer. Das Postulat der wirtschaftlichen Selbständigkeit bedeutete allerdings, dass Ehefrauen dieses gerade in Gegenden mit Geschlechtsvormundschaft oder Gütergemeinschaft bei der Eheschließung nicht erfüllen konnten. Zudem herrschte die gängige Meinung vor – hier ein Zitat von Heinrich von Sybel, einem deutschen Historiker, aus dem Jahr 1870: „Die Verheiratete ist eins mit ihrem Manne, beide zusammen haben nach außen nur einen Willen, und dieser wird in politischen Dingen von dem Manne vertreten“. Eine politische Rolle für Frauen konnte höchstens in ihrer Mutterrolle als Erzieherinnen der Söhne zu patriotischen Bürgern liegen. Die fehlende politische Rechtsfähigkeit war außerdem mit der Idee einer inhärenten Geschlechterdifferenz verknüpft. Männern und Frauen wurden einander entgegengesetzte „natürliche“ Qualitäten zugeordnet, so wurden Frauen im Geschlechterdiskurs als emotional, impulsiv und hilflos dargestellt, Männer aber als rational und physisch stark, eben imstande die Nation zu verteidigen. Später wurden die angeblich geringeren geistigen Fähigkeiten der Frau im Rahmen naturwissenschaftlicher Forschungen auch mit einer Unterentwicklung der Gehirnteile und einem geringeren Gesamtgewicht des Gehirns begründet. Sanftheit, Unterwürfigkeit, sittliche Reinheit und Religiosität waren die Qualitäten, die Frauen laut dem bürgerlichen Geschlechterideal in das Familienleben und nicht in die Politik einzubringen hatten. Von einer Aufhebung der als „natürlich“ definierten Grenzen zwischen den Lebensbereichen der Geschlechter wurde nicht nur der Verlust von Weiblichkeit befürchtet, sondern überhaupt ein Umsturz der gesellschaftlichen Ordnung und damit eine Gefahr für den Staat.

Dieser massiven Ablehnung setzten nun die Frauenwahlrechtsbewegungen zwei Argumentationsstränge entgegen: Einerseits reklamierten sie das Wahlrecht als angeborenes Naturrecht bzw. als auch den StaatsbürgerInnen zustehendes Grundrecht. Frauen seien ebenfalls Steuerzahlerinnen und sollten daher an der Gesetzgebung beteiligt sein. Ihre Interessen, insbesondere die Ziele der frühen Frauenbewegungen wie die Reform der geschlechtlichen Ungleichheit im Ehe- und Familienrecht, die Möglichkeit höherer Schul- und einer Universitätsbildung, gleichberechtigte berufliche Chancen und auch gleicher Lohn für gleiche Leistung – wie es damals noch hieß, und noch nicht, wie heute, gleiche Arbeit – könnten nicht durch Väter, Ehemänner oder Brüder vertreten werden.

Andererseits wurde aber auch die Idee der Geschlechterdifferenz akzeptiert und als komplementäre Bindung zwischen den Geschlechtern, also als Legitimierung von Gleichheit innerhalb der Differenz, betont. Die Frauenwahlrechtsbewegungen sahen die Frauen zugeschriebenen Qualitäten gerade als positiv für die politische Betätigung an. Sogenannte „weibliche“ Werte wie besonders

Mütterlichkeit sollten eine völlige Neugestaltung der Welt im moralischen Sinn ermöglichen, vor allem im Bereich der Sozialpolitik. Es sollte also eine Art „feminisierte Demokratisierung“ erreicht werden, wie es die britische Historikerin Sandra Stanley Holton einmal genannt hat. Beide Argumentationsweisen – das Wahlrecht als Grund- oder Menschenrecht und das Wahlrecht als Notwendigkeit gerade im Rahmen der vorherrschenden Geschlechterideale – finden sich international und bildeten nicht unbedingt einen Gegensatz, denn die Feministinnen koppelten oft beide Stränge miteinander.

Der Durchbruch erfolgte in vielen Ländern, darunter auch Österreich, zuerst auf der Ebene der Lokalverwaltung und meist noch im Rahmen eines eingeschränkten auf Besitz oder Steuerzahlung beruhenden Wahlsystems (wobei dies für Österreich vereinfacht gesagt ist, aber da kommen wir nachher noch einmal kurz darauf zu sprechen). Das unbeschränkte Wahlrecht wurde dann erstmals in einzelnen Gebieten an der Peripherie von Machtzentren realisiert, so in manchen westlichen Staaten der USA, wie Wyoming, das das Frauenwahlrecht in seinem Territorium bereits 1869 eingeführt hatte und 1890 der erste Staat war, der mit dem Frauenwahlrecht in die Union aufgenommen wurde. Bis 1917 sollten insgesamt dreizehn Einzelstaaten das Frauenwahlrecht auch für die Bundeswahlen dort einführen und 1920 verbot hier der 19. Bundesverfassungszusatz schließlich generell geschlechtsbedingte Diskriminierungen im Hinblick auf das Wahlrecht. Rassistische Exklusionen schränkten dieses Wahlrecht allerdings in der Praxis auf „weiße“ Frauen ein, wie es später auch z. B. in Australien oder Kanada der Fall war. Der erste Staat der Welt, der das Frauenwahlrecht auf nationalstaatlicher Ebene einführte – allerdings mit einer ungleichen Vertretung der Indigenen – war Neuseeland 1893. 1906 wurde dann das unter Russland autonom verwaltete Finnland der erste europäische Staat mit Frauenwahlrecht, gefolgt von Norwegen 1913, Dänemark 1915 und Russland 1917, und zwar schon nach der Februarrevolution.

In Europa ist die Nähe der Einführung des Frauenwahlrechts zum Ende der beiden Weltkriege in vielen Ländern auffallend und hat zur Idee geführt, dass das Wahlrecht quasi eine Belohnung für die Kriegshilfe der Frauen gewesen sei, für ihren Einsatz in sozialen Diensten und der Krankenpflege, aber auch bei der Übernahme der Arbeitsplätze der Männer, etwa in der Rüstungsindustrie. Dadurch hätten sie ihre staatsbürgerliche Reife unter Beweis gestellt. Eine nähere Untersuchung der genauen politischen Umstände der Einführung des Frauenwahlrechts zeigt jedoch, dass Abgeordnete nicht plötzlich einen Sinneswandel durchmachten, sondern wie sehr – und das gerade auch im Falle Österreichs – das Frauenwahlrecht als „Sprung ins Ungewisse“ wahrgenommen und ihm mit Sorge bezüglich einer entscheidenden Änderung der Machtverhältnisse infolge der Wählerinnenstimmen begegnet wurde. Es war somit nicht das Ideal der Gleichheit, das den Durchbruch ermöglichte, sondern vor allem besondere politische Konstellationen. Dabei lassen sich Befürwortung und Ablehnung nicht immer an spezifischen Parteien festmachen. Auch Sozialdemokraten, die das Frauenwahlrecht in ihren Parteiprogrammen verankert hatten, konnten der politischen Gleichberechtigung aufgrund eines befürchteten überwiegend konservativen Wahlverhaltens skeptisch begegnen, und katholische Parteien konnten Befürworter sein, etwa in Belgien oder Frankreich, wo sie das Frauenwahlrecht als Bollwerk gegen das allgemeine Männerwahlrecht betrachteten. Das Frauenwahlrecht konnte somit zum politischen Spielball werden.

Auch global gesehen wird deutlich, dass politische Veränderungen, so revolutionäre Umbrüche, die Hinwendung zum Sozialismus in den osteuropäischen Staaten oder das Erreichen der nationalen Unabhängigkeit in der postkolonialen Ära, politische Gleichberechtigung einschließen konnten. Zudem sollten die internationalen Menschenrechtsdeklarationen, insbesondere der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966 – in Kraft 1976 – und, etwa im Falle der Schweiz, die Europäische Menschenrechtskonvention, für viele Länder eine Garantie politischer Rechte ohne Unterschied u. a. des Geschlechts bedeuten, da hören wir dann noch mehr von Herrn Kollegen Pippan.

Allerdings ist immer zu bedenken, dass mit der Einführung des Frauenwahlrechts nicht immer unbedingt auch Demokratisierung verbunden war, wenn wir an die Zeit des Kommunismus denken oder auch die Zuerkennung des Wahlrechts an Frauen für die saudi-arabischen Kommunalparlamente 2011, die nur wenige Befugnisse haben und wo das Stimmrecht nicht als individualdemokratisch verstanden wird, sondern in Klientel-, Familien- oder Stammesbeziehungen eingebettet ist. Mein Argument ist also, dass wir uns immer genau für jedes Land ansehen müssen, in welchen politischen Kontexten das Frauenwahlrecht angenommen wurde, und erst danach versuchen können, Muster festzustellen. Dankeschön. (*Allgemeiner Beifall*)

Moderatorin Dr.ⁱⁿ Elisabeth Holzer: Jetzt sollten Sie eben hier Frau Professor Anita Ziegerhofer sehen. Damit Sie wenigstens ein bisschen über Sie erfahren, auch ihr Lebenslauf: Sie ist seit 2015 Leiterin des Fachbereichs Rechtsgeschichte und Europäische Rechtsentwicklung an der Universität Graz und seit 2017 stellvertretende Leiterin des Institutes für Rechtswissenschaftliche Grundlagen.

Frau Professor Ziegerhofer ist Mitglied der Kommission für Österreichische Rechtsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften. Ihre Forschungsgebiete sind Europäische Integrationsrechtsgeschichte, Verfassungsrechtsentwicklung ab dem 18. Jahrhundert und Gender Dimensionen des Rechts.

Hier das Statement von *Frau Ao. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Anita Ziegerhofer:*

„Der 16. Februar 1919 markiert ein besonderes Ereignis in der Geschichte Österreichs. Damals fanden die ersten Wahlen in der Republik „Deutschösterreich“ statt – die letzten Wahlen in der Monarchie waren 1911 zum Reichsrat abgehalten worden. Diese Wahlen 1919 bargen ein weiteres Novum in der Geschichte Österreichs in sich. Es waren die ersten Wahlen, an denen Frauen teilnehmen durften. Damaligen Zeitungsberichten zufolge waren insgesamt 1,100.000 Menschen wahlberechtigt, davon 500.000 Männer und 600.000 Frauen. Im Vorfeld zu den Wahlen fanden großangelegte Wahlkampagnen aller Parteien statt – man scheute keine Werbemittel, um

Männer und Frauen zu den Wahlen zu bewegen. Neben Wahlplakaten wurden am Vorabend des Wahltages und am Wahltag selbst aus den Autos Flugzettel verteilt und „Aeroplane“ gemietet, um daraus Flugzettel auf Wien abzuwerfen, lebende Plakatsäulen wandelten durch die Straßen von Wien – und in den letzten Tagen vor der Wahl hatte „jeder Wähler und jede Wählerin einen Posteinlauf wie nie zuvor.“ (Illustrierte Kronen Zeitung, 17.2.1919)

„Der Wahltag selbst verlief sehr ruhig, es gab aufgrund des Alkoholverbots keine nennenswerten Vorkommnisse und die Sorge, dass die im Wahlgeschäft noch ganz unerfahrenen Frauen die Abwicklung des Wahlganges erschweren würden, erwies sich als völlig grundlos. Frauen zeigten sich den Männern durchaus ebenbürtig, sowohl an Gewandtheit als an Eifer.“ (Wiener Neueste Nachrichten, 17.2.1919) In Wien ereigneten sich heitere Zwischenfälle, die die Medien aufgriffen. So steckte eine Frau in der Aufregung ihren Taufschein, eine andere den Mehlbezugschein in die Wahlurne; ein Mann hatte den Stimmzettel einfach über die Holzwand in die Wahlzelle geworfen. In der Josefstadt wurden sechs Klosterfrauen nicht zur Wahl zugelassen, obwohl sie in der Wählerliste eingetragen waren und in Speising verwehrt man 15 Nonnen den Wahlgang, weil ihre Dokumente auf den Klosternamen lauteten – die Presse meinte dazu lapidar: „Zur Pflege der Verwundeten und Kranken waren die Schwestern gut genug.“ (Wiener Neueste Nachrichten, 17.2.1919)

100 Jahre ist es also her, dass Frauen erstmals wählen und erstmals gewählt werden durften. Mit diesem 16. Februar 1919 endete ein Ringen und Kämpfen österreichischer Frauen um das Wahlrecht, das bereits in der Märzrevolution 1848 einsetzte. Damals verfassten Wienerinnen eine Flugschrift an Kaiser Ferdinand I. mit dem Inhalt: „Es wäre falsch, das Stimmrecht allgemein zu nennen, wenn von dieser Ausübung die Hälfte der Untertanen ausgeschlossen ist.“ Ihre Flugschrift blieb genauso ungehört, wie die Namen der Wienerinnen anonym blieben.

Die sich ab 1848 auf dem Weg der Konstitutionalisierung befindenden Regierungen der österreichischen Monarchie erließen bis 1918 Wahlgesetze, wovon das Provisorische Gemeindegesezt von 1849 den Auftakt in Bezug auf die Ausgestaltung der weiteren Wahlgesetze für Frauen bedeutet. Darin zementierte man jene Vorgaben, die nun in allen Wahlgesetzen, die bis 1918 erlassen wurden, Einzug fanden: Frauen erhielten lediglich das aktive Wahlrecht, das sie allerdings nur durch ihren Mann ausüben durften.

Der erste organisierte weibliche Widerstand, das Suffragettentum, erreichte Österreich in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts, als man den niederösterreichischen Frauen im Zuge einer Wahlrechtsreform das aktive Wahlrecht entziehen wollte. Die bürgerlich-liberalen Frauen, im „Verein der Lehrerinnen und Erzieherinnen“ vereint, konnten diesen Rückschritt verhindern. Ab nun entschieden sie sich, die weiteren Wahlrechtsforderungen vehementer und in Form eines Vereins zu verfolgen – allerdings stießen sie dabei an die Grenzen des Vereinsrechts von 1867. In § 30 des erwähnten Gesetzes war es „Frauenspersonen neben Ausländern und Minderjährigen“ verboten, politischen Vereinen beizutreten. Demnach blieb es bei der Benennung „Comité in Angelegenheiten des Frauenstimmrechts“.

Die frauenfeindliche Einstellung der damaligen Gesellschaft, wonach man Frauen die Fähigkeit absprach, das Wahlrecht ausüben zu können, aber auch das diskriminierende Vereinsrecht erwiesen sich als größte Stolpersteine auf dem Weg zur Erlangung des Wahlrechts. Immerhin ging man davon aus, dass Frauen, die in politische Bewegungen hineingezogen werden, ihrem eigentlichen Beruf, dem der Mutter und Ehefrau entfremdet würden. Einen weiteren Stolperstein bildete das nicht vorhandene einheitliche Vorgehen österreichischer Frauen in Sachen „Frauenwahlrecht“: Man kann nicht von DER österreichischen Frauenbewegung sprechen, sondern man findet die Frauen ab den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts in einer proletarischen, einer liberal-bürgerlichen oder in einer katholischen Frauenbewegung vertreten. Letztere, also die katholischen Frauen, sahen ihre Staatsbürgerinnenpflicht in der Mutterpflicht vollends erfüllt, weshalb sie sich nicht für das Frauenwahlrecht einsetzten, einige wenige Persönlichkeiten bildeten die Ausnahme. Die liberal-bürgerlichen Frauen, die sich keiner Partei zugehörig fühlten, können als die progressivsten bezeichnet werden – sie gründeten u. a. 1905 im Wiener Ronacher das „Wiener Frauenstimmrechtskomitee“, dem fast alle Vorstandsmitglieder des „Bundes Österreichischer Frauenvereine“ angehörten. Sie befassten laufend die zuständigen Ministerien mit Eingaben in Bezug auf eine Änderung des Vereinsrechts, indem sie die Parole ausgaben: „Weg mit der Frauensperson aus dem Vereinsrecht“. Die proletarischen Frauen hingegen sahen den Kampf um das Frauenwahlrecht als Klassenkampf und nicht so sehr als Geschlechterfrage. Dies erklärt auch deren zunächst noch zurückhaltende Vorgehensweise bis 1907: Die Proletarierinnen kämpften an der Seite der Männer im Zuge der Wahlrechtsreform, die 1905 eingeleitet und 1907 mit der Beck'schen Wahlrechtsreform beendet wurde. Durch dieses Vorgehen erhofften sie sich auch das Stimmrecht. Zwar wurde der Zensus auf der Reichsratsebene abgeschafft und das allgemeine Wahlrecht eingeführt, doch galt dies ausschließlich nur für Männer, die Frauen gingen wieder leer aus. Deshalb begannen nun die Proletarierinnen, umso bestimmter für das Wahlrecht einzutreten. Dazu bot ihnen der ab 1911 erstmals in Österreich abgehaltene Internationale Frauentag eine bedeutende Bühne: Das Frauenwahlrecht gehörte ab nun zum beinahe ständigen Postulat des Frauentages, der auch während des Weltkrieges von den Sozialdemokratinnen organisiert wurde.

Es waren vor allem die Ereignisse in Russland im Jahr 1917 (Februar- und Oktoberrevolution), die nicht nur den weiteren Verlauf des Ersten Weltkrieges bestimmen sollten, sondern auch die Frauen zu weiteren Frauenstimmrechts-Kampagnen ermutigten. Als der Reichsrat am 30. Mai 1917 nach über drei Jahren wieder zusammentrat, forderte Karl Seitz das Wahlrecht für Frauen nicht als Entschädigung für die Kriegsleiden, „sondern der tatsächlichen Leistungen wegen, die alle Frauen in dieser schweren Zeit vollbracht haben, und weil die Mitarbeit der Frauen an den Aufgaben der Verwaltung sich als dringende Notwendigkeit für das Gemeinwohl erwiesen hat.“

Unmittelbar vor Kriegsende fasste am 30. Oktober 1918 die Provisorische Nationalversammlung den „Beschluss über die grundlegenden Einrichtungen der Staatsgewalt“, womit die Republik Deutschösterreichs geboren wurde.

Sie erließ als ihr drittes Gesetz das Vereinsrecht, das nun für alle – auch für Frauen – Gültigkeit haben sollte. Damit war ein wesentlicher Stolperstein auf dem Weg zum Wahlrecht aufgehoben und als am 12. November 1918, an diesem grauen und nebeligen Spätherbsttag, der Präsident der Provisorischen Nationalversammlung, Franz Dinghofer, um 15 Uhr vom Parlamentsgebäude die Republik „Deutschösterreich“ ausrief, konnten sich die Frauen doppelt freuen: Ihnen war im „Gesetz über die Staats- und Regierungsform für Deutschösterreich“ vom selben Tage das aktive und passive Wahlrecht zugesichert worden. Am 18. Dezember erhielten sie es per Gesetz – die Frauen mussten wie die Männer für das aktive Wahlrecht das 20. Lebensjahr und für das passive Wahlrecht das 29. Lebensjahr vollendet haben.

So einfach wie die Entdiskriminierung des Vereinsrechts ließ sich die gesellschaftliche Einstellung Frauen gegenüber in Bezug auf politische Partizipation nicht ändern. Man kann sich vorstellen, dass die Zuerkennung des Wahlrechts bei den Männern aller Parteien heftige Diskussionen auslöste. Die Politiker hatten Bedenken, wie die Damen wohl wählen würden. Jede Partei befürchtete, dass durch das Wahlrecht die andere Partei bevorteilt werde. Daher dachte man laut über die Einführung einer Wahlpflicht nach oder über die Erhöhung des Wahlalters, freilich nur für Frauen. Schließlich einigte man sich auf die Einführung verschiedenfarbiger Wahlkuverts. Diese – blaugrau für Frauen und lichtgrau für Männer – kamen erstmals bei den Wahlen 1920 zur Anwendung, das letzte Mal bei den Wahlen 1930. Übrigens, § 62 der Wiener Gemeindewahlordnung aus dem Jahr 1964 enthielt bis zur Novelle von 1996 die Bestimmung der zweifarbigen Wahlkuverts!

Die Wahlbeteiligung der Frauen am „historischen“ Wahltag 16. Februar 1919 war sehr hoch: 83 % der wahlberechtigten Frauen schritten zur Wahlurne: Acht Frauen feierten ihren Einzug in den Nationalrat: sieben Sozialdemokratinnen (Popp, Boschek, Schlesinger, Proft, Freundlich, Tusch, Seidel) und eine Christdemokratin (Burjan). In der ersten Sitzung nahm der älteste Abgeordnete, Anton David, gemäß Geschäftsordnung die Angelobung der Abgeordneten zur Konstituierenden Nationalversammlung vor. Seine Eröffnungsrede richtete David an „Werte Frauen und Männer“ und betonte ausdrücklich, dass die ungeheure Not, der Jammer und das Elend des Krieges keinen Grund zum Jubeln lassen, aber man dennoch feststellen kann, dass eine ganze Reihe von Forderungen, an die man ja sonst früher nicht gedacht haben mag, in Erfüllung gingen: „Ich möchte da nur eines hervorheben: Die gewaltige Zeit, die wir durchlebt haben, hat uns das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht auch der Frauen gebracht. Ich erachte es als meine Pflicht, gerade die Frauen hier auf das herzlichste zu begrüßen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen) und sie zu einer fruchtbringenden, allerdings ungemein schweren Aufgabe aufrufen, für die sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte in den Dienst der Sache werden stellen müssen.“ (Stenografisches Protokoll, 1. (Eröffnungssitzung-)Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich, Dienstag, 4. März 1919).

Zusammenfassend kann man sagen: Die Erlangung des Wahlrechts ist nicht allein dem Ausbruch und Verlauf des Ersten Weltkrieges geschuldet, sondern in ganz besonderem Ausmaß den Anstrengungen der österreichischen Frauenbewegungen.“ (*Allgemeiner Beifall*)

Ao.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Karin Maria Schmidlechner-Lienhart: Vielen Dank!

Liebe Anwesende, ich darf Ihnen auch von meiner Seite einen schönen Nachmittag wünschen. Es freut mich sehr, dass ich heute die Gelegenheit habe, im Rahmen der **LAND.HAUS.GESPRÄCHE** zu sprechen. Dabei möchte ich Sie mit meinen Ausführungen auf die regionale Ebene führen und – da ich mich ja sehr intensiv mit der Geschichte der Frauen in der Steiermark auseinandergesetzt habe – Ihnen das Thema 100 Jahre Frauenwahlrecht aus der Sicht der Steiermark präsentieren. Diesbezüglich sei zunächst festgestellt, dass es über das Thema Frauenwahlrecht in der Steiermark bedauerlicherweise nicht annähernd so viele Informationen gibt, wie beispielsweise über die internationale oder die Wiener Situation. Fest steht, dass in Akzeptanz der bestehenden Geschlechterordnung, der zufolge der öffentliche Raum den Männern vorbehalten war, Bemühungen der Frauen ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, gesellschaftliche Gleichberechtigung und in weiterer Folge auch politische Gleichberechtigung zu erlangen, auch in der Steiermark nicht geschätzt worden wären. Mit der Verfassung von 1867 gab es für Frauen zwar erstmals die Möglichkeit, Vereine zu gründen, allerdings waren politische Vereine davon ausgenommen. Solche zu gründen, war für die Frauen in der Steiermark allerdings nicht wirklich ein Anliegen. Die bürgerlich-katholischen Frauen gründeten sehr viele Wohltätigkeitsvereine, die Arbeiterinnen einige wenige Arbeiterinnen-Bildungsvereine, über welche es aber nicht sehr viele Informationen gibt. Im Unterschied zur Situation in Wien, wo die Frauen in den Wohltätigkeitsvereinen oder in den Bildungsvereinen aber sehr wohl auch politische Ideen, wenn auch nicht offen, diskutiert haben, war das für die Steiermark überhaupt nicht der Fall. Und auch das Frauenwahlrecht scheint den Frauen in der Steiermark in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, zumindest den vorhandenen Quellen zufolge, noch kein Anliegen gewesen zu sein, wobei dies bei dem damals herrschenden politischen und gesellschaftlichen Klima durchaus verständlich ist.

Wir finden auch um die Jahrhundertwende nur wenige Frauenvereine in der Steiermark, die politische oder gesellschaftspolitische Ziele verfolgten, das waren v. a. die deutschnationalen Vereine. Von den Arbeiterinnen wissen wir auch für diese Zeit sehr wenig, u. a. dass 1892 die erste Arbeiterinnenversammlung in Graz in der sogenannten Steinfelder Bierhalle – das ist damals ein Versammlungslokal für die Arbeiterschaft gewesen – in der Schießstattgasse, stattgefunden hat, weiters, dass auch die Parteienorganisation selbst Arbeiterinnenversammlungen organisiert hat und dass es auch schon vor dem ersten Weltkrieg massive Protestversammlungen von Arbeiterinnen gab, vor allem, wenn es zu Lebensmittelpreiserhöhungen gekommen ist. Die erste Frauenkonferenz der steirischen Sozialdemokratinnen fand am 3. April 1910 – also doch relativ spät – statt. An ihr haben 30 Frauen teilgenommen. Als organisiert galten damals in der ganzen Steiermark etwa 500 Frauen. Bei dieser Veranstaltung wurden verschiedene Themen erörtert, u. a. auch, dass die Frauen innerhalb der Partei nicht ernst genommen wurden. Im selben Jahr finden wir auch im Arbeiterwillen den Ausspruch „Die *Wabn*

brauchen wir nicht in der Politik!“ eines Funktionärs, der sehr gut die damalige Einstellung der Männer – aller ideologischen Richtungen – Frauen gegenüber zeigt.

Bezüglich des Wahlrechts möchte ich zunächst darauf hinweisen, dass in Graz bereits 1869 Frauen – aber nur jenen, die Steuern zahlten – das Recht zu wählen, zugestanden wurde. Dies hat jedoch nichts mit einer Gleichstellung der Geschlechter zu tun gehabt. Die Frauen durften auch gar nicht selber wählen gehen, sondern mussten einen Mann damit bevollmächtigen. Selbstverständlich gab auch es kein passives Wahlrecht. Sehr bald bestand der Verdacht, dass es bezüglich dieser Frauenvollmachten Unregelmäßigkeiten gab und daher wurde das Frauenwahlrecht 1897 abgeschafft. Die Zahl der solcherart wahlberechtigten Frauen betrug zu diesem Zeitpunkt 3.440 von insgesamt 12.413 Wahlberechtigten.

Zurück zum Kampf um das Wahlrecht, wobei dieser „Kampf“ – wenn man überhaupt von einem solchen sprechen will –, in der Steiermark doch eher spät eingesetzt hat. Schließlich haben katholisch-bürgerliche Frauenvereine zunächst gar nicht zu den Befürworterinnen des Wahlrechts gehört und standen diesem eher ablehnend gegenüber. Erst kurz vor dem Ende des ersten Weltkriegs erfolgte diesbezüglich ein Umdenken. In der Steiermark waren es in erster Linie die Sozialdemokratinnen, die das Wahlrecht forderten, nachweisbar auf dem Ersten Internationalen Frauentag, der im Jahre 1911 auf Initiative der Internationalen Sozialdemokratischen Frauen auch von steirischen Sozialdemokratinnen organisiert wurde. Hier sehen wir schon eine deutliche Verzögerung gegenüber dem übrigen Österreich, wo es bereits im Jahre 1905 zur Gründung von Frauenstimmrechts-Comités gekommen ist.

Diese Internationale Frauentage sind auch während des Krieges abgehalten worden. Besonders erwähnen möchte ich den Frauentag von 1916, weil hier auch in der Steiermark von den Sozialdemokratinnen ganz deutlich begründet wurde, warum sie das Frauenwahlrecht forderten und zwar deshalb, weil sie an der zukünftigen Arbeiterinnen-, Mutter-, Kinderschutz- und an der Witwen- und Weisenschutz-Gesetzgebung teilhaben wollten. Legitimiert wurde ihre Forderung mit ihrer Tätigkeit als „Soldaten des Hinterlandes“, also mit den Leistungen der Frauen im Ersten Weltkrieg. Als „Soldaten des Hinterlandes“ hätten die Frauen bewiesen, dass sie ein außerordentlich wichtiger Faktor gesellschaftlichen Wirkens waren. Noch vehementer wurde das Wahlrecht 1917, im Zuge der durch die Russische Revolution hervorgerufenen revolutionären Aufbruchsstimmung gefordert. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf eine Frau hinweisen, die eine besonders aktive Verfechterin des Frauenwahlrechtes war, nämlich Martha Tausk, die 1917 nach Graz gekommen ist einen großen Beitrag zur Erlangung des Wahlrechts geleistet hat.

Bei den ersten Wahlen zum Gemeinderat in Graz war eine sehr hohe Frauen-Wahlbeteiligung festzustellen: 38.000 Frauen, das waren damals 59 % der Wählerschaft, haben ihre Stimme abgegeben. Möglich wurde diese hohe Wahlbeteiligung einerseits dadurch, dass die Sozialdemokratie ihre weiblichen Mitglieder mobilisiert hat, aber noch viel mehr durch die Aktivitäten der katholischen Frauenorganisation. Sie hat ihre Mitglieder zum Wählen motiviert, indem sie nicht nur ausführlich über das Wahlrecht informiert hat, sondern auch viele Aktionen durchgeführt und den Frauen vermittelt hat, dass die Teilnahme an der Wahl eine Gewissenspflicht sei. Motiv dafür war in erster Linie die Angst, dass mehr sozialdemokratische Frauen wählen gehen würden als konservative.

Bei der konstituierenden Gemeinderatssitzung am 13. Juni 1919 wurde „dieses historische Ereignis, weil es zum ersten Mal der Fall ist, dass Damen als gewählte Vertretung der Stadt Graz hier erscheinen“, gewürdigt und in die verschiedenen Vertreterinnen des weiblichen Geschlechtes vor allem ökonomische Erwartungen gesetzt. Und zwar insofern, als gehofft wurde, dass die Frauen „... so wie sie im Kriege durch ihre Mitwirkung im Hinterlande die besten Dienste zum Wohle des Vaterlandes geleistet haben, auch hier im Gemeindehaushalte namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete die ersprießlichsten Erfolge erzielen werden.“

Bezüglich der Gründe für die Einführung des Frauenwahlrechts gibt es unterschiedliche Meinungen. Ob es wirklich die Leistungen der Frauen im Krieg waren, die dazu geführt haben, dass es eingeführt wurde, wage ich zu bezweifeln. Ich glaube eher, dass es die Angst vor einem revolutionären Umbruch in Österreich war, die dazu geführt hat, dass sozialdemokratische Forderungen, zu welchen auch das Frauenwahlrecht gehörte, beschlossen wurden. Hingewiesen werden soll aber auch darauf, dass mit dem Wahlrecht keine unmittelbare stärkere Beteiligung am politischen Leben und an der Macht für Frauen verbunden war. Dafür waren die schon erwähnten Vorbehalte gegenüber politisch wirkenden Frauen zu groß. Die Gewählten waren nicht nur in der Minderheit, sie konnten auch nicht wirklich großen Einfluss erreichen und haben mit wenigen Ausnahmen auch keine politischen Spitzenämter innegehabt. Bis 1934 waren sie aber, auch wenn in sehr bescheidenem Ausmaß, im Nationalrat, im Landtag, und im Gemeinderat vertreten. Nach der Zerschlagung der Demokratie im Jahre 1934 war dies nicht mehr der Fall. Darüber hinaus wurden sehr viele während der 1. Republik erzielte Errungenschaften für Frauen wieder rückgängig gemacht.

Abschließend möchte ich feststellen, dass das Wahlrecht einen unglaublich wichtigen ersten Schritt zur Erlangung der Gleichberechtigung von Frauen darstellt, aber auch, dass es noch sehr, sehr lange dauern sollte, nämlich konkret bis in die 1970er-Jahre mit der Entstehung der zweiten feministischen Frauenbewegung, bis wichtige Maßnahmen zur Erlangung der Gleichberechtigung durchgesetzt wurden, wobei ich der Meinung bin, dass in der politischen Situation der Gegenwart leider Tendenzen erkennbar sind, die diese Gleichberechtigung wieder gefährden. Herzlichen Dank. *(Allgemeiner Beifall)*

Ass.-Prof. Mag. Dr. **Christian Pippan**: Vielen Dank! Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Herr Landesrat in Absenz!

Vielen Dank für diese Einladung und für die Organisation dieser ebenso interessanten wie relevanten Veranstaltung. Ja, ich werde versuchen, Sie jetzt etwas von der lokalen Ebene wieder zu entführen und zwar auf die völkerrechtliche, d. h. internationalrechtliche

Ebene und hoffe, dabei nicht zu technisch zu sein. Das Völkerrecht steht ja selbst unter Juristen im Ruf, gelegentlich etwas esoterisch zu sein. Ich werde versuchen, das nicht zu sein.

100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich – wenn man es genau nimmt, sind es aus heutiger Sicht eigentlich schon 101 Jahre, denn gesetzlich verankert wurde das allgemeine Wahlrecht bereits mit der Wahlordnung für die Konstituierende Nationalversammlung im Dezember 1918 (die Wahl selbst erfolgte gleichwohl erst im Februar 1919). Neben Österreich haben im „Wendejahr“ 1918 auch Deutschland, Polen, Russland, Ungarn und das Vereinigte Königreich das Frauenwahlrecht eingeführt. Zuvor hatten Frauen bereits in Finnland, Norwegen und Dänemark das aktive und passive Wahlrecht erhalten; außerhalb Europas außerdem in Neuseeland (1893; zunächst nur aktiv) und in Australien (1902; jedoch exklusive des indigenen Teils der Bevölkerung).

Der Beitrag des Völkerrechts zur Frage der gleichberechtigten Teilhabe der Frau an politischen Entscheidungsprozessen reicht freilich nicht so lange zurück. In der Satzung des Völkerbundes, der ebenfalls vor genau 100 Jahren gegründet wurde, fand sich noch keinerlei Hinweis auf die Rechte der Frau (obwohl dies vom Internationalen Frauenrat, der ersten weltweit agierenden Frauenrechte-NGO, ausdrücklich gefordert worden war). Zwar wurden während der Ära des Bundes zwei Konventionen zur Bekämpfung des Frauenhandels erarbeitet sowie – im Jahr 1937 – erstmals auch ein internationales Expertenkomitee zur Frage des rechtlichen Status von Frauen ins Leben gerufen. Die Beseitigung der Diskriminierung der Frau und die Herstellung von Geschlechtergleichheit wurden jedoch erst mit der Gründung der Vereinten Nationen im Jahr 1945 graduell zu einem anerkannten Ziel der sich zunehmend organisierenden Staatengemeinschaft und schließlich des Völkerrechts.

Schon die Präambel der UN-Satzung betont die Gleichberechtigung von Mann und Frau (an gleicher Stelle übrigens auch jene von „großen und kleinen Nationen“). Artikel 1 bekräftigt sodann ausdrücklich das Ziel der „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied“ (also auch aufgrund des Geschlechts); eine Bestimmung, die in der Folge zum zentralen Ausgangspunkt des damals erst im Entstehen begriffenen internationalen Menschenrechtsschutz werden sollte. Garantiert wird in der Satzung im Übrigen auch die völlige Gleichberechtigung von Männern und Frauen hinsichtlich der Bekleidung von Positionen in den Organen der Vereinten Nationen – auch dies eine durchaus bemerkenswerte Neuerung auf dem Gebiet des damals noch sehr überschaubaren institutionalisierten Völkerrechts.

1946, nur ein Jahr nach der Gründung der UN, schuf deren Generalversammlung die Kommission für die Rechtsstellung der Frau (*Commission on the Status of Women*), ein aus 45 StaatenvertreterInnen bestehendes Gremium, dessen Mitglieder nach einem regionalen Verteilungsschlüssel für jeweils 4 Jahre von der GV gewählt werden. Die Kommission tritt jährlich unter Beteiligung von Frauenorganisationen aus aller Welt zu einer mehrwöchigen Sitzung in New York zusammen und steht bis heute im Zentrum der politischen Aktivitäten der Vereinten Nationen im Bereich der Geschlechtergleichstellung. Auf einschlägige Initiativen der erwähnten Kommission gehen nicht nur sämtliche der bislang vier Weltfrauenkonferenzen der UN zurück (die letzte in Peking 1995), sondern auch die wichtigsten sich spezifisch dieser Thematik widmenden universellen Dokumente und Rechtsinstrumente.

Die überragende Bedeutung, die dabei seit jeher v. a. der gleichberechtigten Teilhabe der Frau an den öffentlichen Angelegenheiten eines Landes zugemessen wird, zeigt sich bereits darin, dass das erste verbindliche Frauenrechte-Abkommen der UN exklusiv diesem Thema gewidmet war. Das Übereinkommen über die politischen Rechte der Frau von 1952 garantiert Frauen das aktive und passive Wahlrecht und bestimmt, dass Frauen ohne jede Diskriminierung unter den gleichen Bedingungen wie Männer das Recht haben, alle öffentlichen Ämter zu bekleiden. Beide Aspekte sind heute selbstverständlicher Bestandteil des internationalen Menschenrechtskanons. Wie dringlich und zugleich kontrovers diese Postulate aber noch zu Beginn der 1950er Jahre des letzten Jahrhunderts waren, wird ersichtlich, wenn man sich vor Augen führt, dass zum Zeitpunkt der Gründung der UN nur etwa die Hälfte der ursprünglich 51 Mitglieder Frauen nach nationalem Recht die gleichen politischen Rechte wie Männern zugestanden hatte.

Im Jahr 1966 räumte sodann der sog. Weltzivilpakt (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte), eines der normativen Zentralgestirne des Menschenrechtsschutzes auf UN-Ebene, allen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern das Recht ein, sowohl aktiv (als WählerIn) wie auch passiv (als KandidatIn) an unverfälschten, periodischen, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen teilzunehmen. Darüber hinaus garantiert Art. 25 des Paktes allen StaatsbürgerInnen das Recht, ohne Unterschied an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten direkt oder mittelbar durch gewählte VertreterInnen teilzunehmen. Der Ausschuss für Menschenrechte, das zur Überwachung des Paktes eingesetzte Expertengremium, legt den Begriff der „öffentlichen Angelegenheiten“ dabei weit aus und bezieht ihn nicht nur auf die Ausübung politischer Macht im engeren Sinne, sondern auch auf die legislativen, exekutiven und administrativen Aspekte und Institutionen der Staatsgewalt. Der Pakt ist 1976 in Kraft getreten und wurde bis heute von 172 Staaten ratifiziert. Z. T. wurden dabei staatliche Vorbehalte angemeldet; insbesondere im Hinblick auf Art. 25 halten sich diese aber in Grenzen bzw. sind gewissermaßen „außer Mode“ gekommen.

Nachdem sie 1967 bereits eine entsprechende (allerdings unverbindliche) Erklärung angenommen hatte, konnte die UN Generalversammlung schließlich im Jahr 1979 – also vor 40 Jahren – ein einheitliches, umfassendes und rechtsverbindliches Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau verabschieden (CEDAW). Die Konvention trat 1981 in Kraft; bis heute wurde sie von nicht weniger als 189 Staaten ratifiziert, wenn auch vielfach mit z. T. weitreichenden Vorbehalten (dazu sogleich mehr). Das Übereinkommen gilt – nach der Kinderrechtskonvention von 1989 – hinsichtlich seiner grundsätzlichen Akzeptanz mithin als das „zweit-erfolgreichste“ Menschenrechtsabkommen der UN. Nicht ratifiziert haben es bislang der Iran, Palau, Somalia, Sudan, Tonga und – einigermaßen überraschend – die USA (dbzgl. Anläufe im US-Senat sind wiederholt gescheitert).

Die Konvention verfolgt einen umfassenden Ansatz und bezweckt die Beseitigung jeder Form von Geschlechterdiskriminierung zu Lasten der Frau – in der Politik und Öffentlichkeit ebenso wie auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Dabei geht es nicht bloß um eine *de iure*-Gleichstellung von Frauen und Männern, sondern um faktische Gleichheit. Vertragsstaaten zur Konvention sind daher u. a. verpflichtet, die Änderung oder Aufhebung nicht nur von Gesetzen, sondern auch von „Gebräuchen und Praktiken“ zu gewährleisten, die eine Diskriminierung der Frau darstellen. Darüber hinaus haben sie alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Beseitigung von Vorurteilen und Praktiken zu bewirken, „die auf der Vorstellung von der Unterlegenheit oder Überlegenheit des einen oder des anderen Geschlechts oder der stereotypen Rollenverteilung von Mann und Frau [beruhen]“ (Art. 5). Die Verpflichtungen der Konvention greifen damit über den staatlichen Bereich hinaus; geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau sind auch gegen private Personen, Organisationen oder Unternehmen zu ergreifen.

Das Recht der Frau auf politische Partizipation ist in Art. 7 der Konvention verankert. Dass es sich dabei um eine Kernbestimmung des gesamten Abkommens handelt, bringt schon dessen Präambel zum Ausdruck. In ihr wird u. a. festgehalten, dass die gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen Voraussetzung für die „vollständige Entwicklung“ eines Landes ist und darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Friedenssicherung leistet. Letzteres wurde im Jahr 2000 auch vom Sicherheitsrat der UN aufgenommen und zum Gegenstand einer eigenständigen Resolution zum Thema „Frauen, Friede und Sicherheit“ gemacht (UNSR Res. 1325 v. 31.10.2000).

Art. 7 bekräftigt die schon durch Art. 25 IPbürgR allgemein garantierten politischen Rechte, erweitert diese aber um das Recht der Frau auf gleichberechtigte Mitwirkung an der „Ausarbeitung und Durchführung der Regierungspolitik“ sowie das Recht auf Mitarbeit in „nichtstaatlichen Organisationen und Vereinigungen, die sich mit dem öffentlichen und politischen Leben eines Landes befassen“ (also etwa Parteien, Gewerkschaften usw.). Die Verpflichtungen, die sich für die Vertragsstaaten im Einzelnen aus Art. 7 ergeben, wurden nachfolgend vom Überwachungsorgan der Konvention – dem sog. CEDAW-Ausschuss – im Wege einer durchaus progressiven und dynamischen Auslegung herausgearbeitet. Besondere Bedeutung kommt dabei nicht zuletzt auch der „Allgemeinen Empfehlung Nr. 23“ des Ausschusses zum Recht auf politische Partizipation der Frau aus dem Jahr 1997 zu.

Trotz dieser umfassenden und mehrfach abgesicherten internationalen Gewährleistung des Rechts der Frau auf gleichberechtigte Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, Ämtern und Funktionen zeigte sich selbst die Generalversammlung der UN in einer – ohne Gegenstimme angenommenen – Entschließung zum Thema „Frauen und politische Partizipation“ aus dem Jahr 2011 höchst besorgt darüber, „dass Frauen im Bereich der Politik nach wie vor in jedem Teil der Welt weitgehend an den Rand gedrängt werden“. Verantwortlich hierfür seien u. a. diskriminierende Gesetze, Praktiken und stereotype Rollenbilder; also z. T. gerade jene Punkte, zu deren Bekämpfung und Beseitigung sich nahezu alle Staaten in der UN-Frauenrechtskonvention feierlich verpflichtet haben. Wie lässt sich dies erklären?

Eine juristische Teilantwort geben zunächst die zahlreichen Vorbehalte, die Staaten anlässlich der Unterzeichnung bzw. Ratifikation des Abkommens angebracht haben. In der Tat gibt es kaum ein anderes Menschenrechtsabkommen der UN, das mehr staatliche Vorbehalte aufweist, als CEDAW. Zumeist verweisen diese Vorbehalte auf nationales Verfassungsrecht und/oder religiöse Vorschriften, wie die Scharia, denen gegenüber den Bestimmungen der Konvention Vorrang eingeräumt wird. Nach dem allgemeinen Völkervertragsrecht (wie auch nach Art. 28 der Konvention selbst) sind Vorbehalte zu völkerrechtlichen Verträgen prinzipiell zulässig; dies jedoch nur, soweit sie mit dem „Ziel und Zweck“ des Vertrages vereinbar sind. Wann dies im Einzelnen der Fall bzw. nicht (mehr) der Fall ist, ist völkerrechtlich umstritten. Generell werden aber Vorbehalte, die sich undifferenziert auf das gesamte Abkommen (nicht nur auf einzelne Bestimmungen) beziehen sowie Vorbehalte, die im Ergebnis zentrale Anliegen des Vertrages in Frage stellen, als unzulässig betrachtet. Einige (insb. europäische) Staaten haben in diesem Sinne explizit Widerspruch gegen bestimmte, von anderen Staaten angebrachte Vorbehalte zu CEDAW erhoben und betrachten diese daher im bilateralen Verhältnis zwischen ihnen und den betreffenden Staaten als nicht unbeachtlich. In Summe haben jedoch nur etwa 10 % der Parteien derartige Widersprüche gegen Vorbehalte anderer Staaten zur Konvention erhoben.

Ein zweiter Aspekt, der rechtlich besehen für die nach wie vor mangelhafte Verwirklichung der in der Konvention verankerten Postulate verantwortlich ist, betrifft den relativ schwach ausgebildeten Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismus. CEDAW selbst verlangt von den Vertragsparteien nur die regelmäßige Vorlage eines Staatenberichts zur Umsetzung der Konvention (alle 4 Jahre), der vom erwähnten Expertenausschuss (aus 23 unabhängigen Mitgliedern) geprüft und in öffentlicher Sitzung mit dem jeweiligen Staat diskutiert wird. Die „Abschließenden Bemerkungen“ des CEDAW-Komitees zu diesen Berichten haben lediglich empfehlenden Charakter.

Im Jahr 1999 wurde ein Fakultativprotokoll zur Konvention verabschiedet, das im Jahr darauf in Kraft trat und bis heute von 112 der (insg. 189) CEDAW-Vertragsparteien ratifiziert wurde. Diese haben damit die Zuständigkeit des von der Konvention eingerichteten Ausschusses akzeptiert, auch individuelle Mitteilungen über behauptete Vertragsverletzungen entgegenzunehmen und zu prüfen. Das Protokoll ermächtigt den Ausschuss darüber hinaus, im Falle zuverlässiger Informationen über „schwere und systematische“ Verletzungen auch von sich aus eine Untersuchung zu veranlassen (Art. 10 des Protokolls eröffnet den Staaten hier zwar eine „Opting-out“-Möglichkeit, bisher haben davon aber nur wenige Staaten Gebrauch gemacht).

Auch die im Rahmen der Verfahren nach dem Fakultativprotokoll erstellten Berichte und Anmerkungen des CEDAW-Komitees sind als solches nicht unmittelbar verbindlich. Unter anderem gestützt auf Art. 24 CEDAW, der die Vertragsparteien zur „vollen Verwirklichung“ der Konventionsrechte auf nationaler Ebene verpflichtet, hat zuletzt allerdings der Oberste Gerichtshof Spaniens in einer Entscheidung vom 17. Juli 2018 den Ansichten („Views“) des Komitees zu Individualbeschwerden dennoch rechtliche Wirksamkeit zuerkannt. Spanische

Gerichte und Behörden müssen daher künftig in einschlägigen Fällen den Ansichten des CEDAW-Ausschusses zwingend Beachtung schenken – eine aus der Perspektive des internationalen Menschenrechtsschutzes ausgesprochen bemerkenswerte (nationale) Rechtsentwicklung. Damit möchte ich schließen. *(Allgemeiner Beifall)*

Moderatorin Dr.ⁱⁿ Elisabeth Holzer: Angesichts der fortgeschrittenen Stunde haben wir uns gerade überlegt, dass wir nur eine ganz, ganz kurze, schnelle Diskussionsrunde machen werden mit drei Fragen an jeden Impulsgeber, die mir so aufgefallen sind.

Das Erste, Frau Professor Bader-Zaar, wir haben vorhin, also vor der Diskussion schon einmal kurz gesprochen, diese unterschiedlichen Wahlkuverts, hellgrau, blaugrau, Männer, Frauen – ich meine, DSGVO schau herunter, heutzutage darf man in Wahllokalen nicht einmal mehr fotografieren lassen. Weiß man eigentlich, ob Männer und Frauen damals wirklich unterschiedlich gewählt haben?

Ass-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Birgitta Bader-Zaar: Ja, das ist eine sehr interessante Vorgabe für die Zwischenkriegszeit. Wir haben tatsächlich Statistiken über das Wahlverhalten von Männern und Frauen, zumindest für die Nationalratswahlen, und diese zeigen uns eine leicht konservative Tendenz von Frauenstimmen. Allerdings müssen wir da regional unterscheiden: Im „schwarzen“ Westen – Tirol, Vorarlberg – haben mehrheitlich Frauen und Männer „schwarz“ gewählt, im „roten“ Wien haben Frauen und Männer mehrheitlich „rot“ gewählt, auch Industrieregionen wählten eher sozialdemokratisch. Die regionale Unterscheidung ist doch sehr wichtig und sollte genauer angeschaut werden in dieser Hinsicht. Insgesamt müssen wir festhalten, dass diese Wahlen, also auch schon 1919, nicht so abgelaufen sind, wie wir uns das vorstellen, wie das eben heute der Fall ist. Von einem wirklich geheimen Stimmrecht können wir nicht sprechen. Es war nämlich so, dass in einer Art Kontinuität zur Habsburgermonarchie die Wähler und Wählerinnen die Stimmzettel mitbringen durften. Es gab nicht nur amtliche Stimmzettel, sondern man konnte sich diese aus der Zeitung ausschneiden. Auch Parteien haben Stimmzettel verteilt, oder man nahm einfach ein weiches weißes Papier – das musste formal so sein – und hat selber den Namen der gewählten Partei oder des/r gewünschten Abgeordneten hingeschrieben. Natürlich hat dies auch Beeinflussungen hervorgerufen. Genauso wie schon in der Habsburgermonarchie wurden diese Stimmzettel von Arbeitgebern kontrolliert, auch von der Kirche muss man sagen. Wir haben Beispiele von Frauen, die das erzählt haben, dass sie vom Arbeitgeber den Stimmzettel in die Hand gedrückt bekommen haben und mit diesem zur Wahl gehen mussten. Die Aussagekraft des Wahlverhaltens ist dadurch wirklich beschränkt.

Moderatorin Dr.ⁱⁿ Elisabeth Holzer: Steilvorlage! Gab es so etwas wie eine Wählerrevidenz? Hat jemand kontrolliert, ob Person XY schon bei der Wahl war mit dem Stimmzettel aus der Zeitung oder mit dem eigenen weichen Papier?

Ass-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Birgitta Bader-Zaar: Die Wahl 1919 war noch sehr chaotisch. Frau Ziegerhofer hat dazu ja ein paar Zitate gebracht. Es mussten ja in einer unglaublichen Schnelligkeit Wählerlisten erstellt werden und dann gerade im Raum Wien, Niederösterreich, wo es mehrere Wahlsprengel gab, händisch abgeschrieben werden. Da sind natürlich auch Fehler passiert, und Frauen sind plötzlich nicht auf der Wählerliste gewesen, als sie zum Wahllokal kamen, aber auch einzelne Männer nicht. Die Wahlberechtigten sind natürlich kontrolliert worden. Es mussten auch die Wählerlisten für einen bestimmten Zeitraum aufliegen, sodass man nachschauen konnte, ob man überhaupt im Wählerregister aufgenommen worden war. Bei der Wahl im Wahllokal selber musste man sich ausweisen und dann ist abgestrichen worden, ob man schon bei der Wahl war.

Moderatorin Dr.ⁱⁿ Elisabeth Holzer: Und die wirklich amtlichen Stimmzettel, wie wir sie kennen, wird es wahrscheinlich erst ab der Zweiten Republik geben.

Ass-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Birgitta Bader-Zaar: Es gab sie auch für die Erste Republik. Sie lagen in den Wahllokalen auf, aber man musste sie nicht zwingend verwenden. Und die Wahlzelle, die ja erstmals flächendeckend in Österreich 1919 eingeführt wurde, ist eigentlich nur verwendet worden, um den Stimmzettel in das Kuvert zu stecken, das war ihre einzige Funktion. Staatskanzler Karl Renner hatte das alles so nicht gewollt, er hatte ein geheimes Wahlrecht mit Stimmzettelausgabe erst im Wahllokal usw. geplant, aber da haben dann die anderen Parteien gesagt: „Nein, wir müssen die ‚ländlichen‘ Verhältnisse berücksichtigen.“ Wie es eben in der Monarchie üblich gewesen war, so sollte das weitergeführt werden.

Moderatorin Dr.ⁱⁿ Elisabeth Holzer: Frau Professor Schmidlechner, Karin, du hast etwas angemerkt: Wahlrecht muss jetzt nicht unbedingt quasi als Dankeschön für die Leistung der Frauen gesehen werden, revolutionäre Strömung – könnte man das vielleicht auch so interpretieren, dass man sagt, endlich ist irgendjemand von den Männern auf die Idee gekommen: „Na, Hoppla, Frauen sind doch Wählerstimmenpotential. Wieso nutzen wir das nicht?“

Ao.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Karin Maria Schmidlechner-Lienhart: Das war sicherlich auch eine Überlegung. Aber ich glaube, dass die Vorbehalte, die wir auch gehört haben, dass Frauen zu dumm und emotional nicht fähig seien, zu wählen, zunächst sicherlich eine größere Rolle gespielt haben. Letztendlich haben die Parteien und dabei vor allem die christlich-soziale Partei aber dann schon erkannt, dass Frauen ein großes Potential darstellen und dementsprechend gehandelt.

Moderatorin Dr.ⁱⁿ Elisabeth Holzer: Stichwort Slogans und personalisierte Werbung: Verstehe ich jetzt eigentlich richtig, dass man eigentlich schon damals, als man erkannt hat: „Frauen, Wählerpotential, die können wir brauchen“, man die auch schon in der Wahlwerbung extra angesprochen hat, anders als Männer? Weiß man da etwas darüber?

Ao.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Karin Maria Schmidlechner-Lienhart: Ja, natürlich sind Frauen speziell angesprochen worden und zwar je nach ideologischer Linie mehr oder weniger auf ihre biologische Funktion als Mütter und als Bewahrerinnen oder Hüterinnen der Nation. Auch die Sozialdemokratie war davon ja nicht unbeeinflusst, aber in der Sozialdemokratie war die Klassenfrage dann doch wichtiger.

Moderatorin Dr.ⁱⁿ Elisabeth Holzer: Ich mache jetzt einen großen Sprung zum einzigen Mann in unserer Runde. Stichwort CEDAW: USA und Iran stehen mehr oder weniger auf einer Ebene. Warum der Iran nicht ratifiziert, kann ich mir durchaus vorstellen. Warum tut es eigentlich die USA nicht, und das schon seit so vielen Jahren? Mit welcher Begründung?

Ass.-Prof. Mag. Dr. Christian Pippan: Das ist im Einzelnen gar nicht so einfach zu sagen. Allgemeine Vorbehalte insbesondere konservativer Kreise in den USA gegenüber internationalen Überwachungsinstrumenten mischen sich hier mit religiösen und gesellschaftspolitischen Argumenten. Ein zentraler Aspekt in der Debatte ist aber wohl das der Konvention zugrundeliegende Prinzip der individuellen Selbstbestimmung der Frau, soweit es sich auch auf Fragen der Fortpflanzung und Familienplanung bezieht. Das Recht der Frau auf Zugang zu Aufklärungs- und Beratungsdiensten auf dem Gebiet der Familienplanung ist Vertretern konservativer Bundesstaaten dabei ebenso ein Dorn im Auge, wie etwa die Verpflichtung der Konventionsstaaten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile sicherzustellen.

Paradoxerweise waren die USA unter Präsident Jimmy Carter eines der ersten Länder, die das Abkommen auf politischer Ebene unterzeichnet hatten. Zuständig zur Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge ist nach der US-Verfassung aber der Senat, also die zweite Kammer des Kongresses neben dem Repräsentantenhaus. Und ebendort, im US-Senat, ist der Versuch, einen Beschluss zur Ratifizierung des UN-Frauenrechteübereinkommens zu fassen, bislang bereits fünfmal gescheitert. Der letzte derartige Versuch erfolgte unter der Obama-Administration im Jahr 2010; auch er blieb aber am Ende erfolglos. CEDAW ist freilich nicht das einzige völkerrechtliche Abkommen, das zunächst von Seiten der US-Regierung mitverhandelt und unterzeichnet, letztlich jedoch vom Senat nicht ratifiziert und für die USA damit völkerrechtlich niemals verbindlich wurde. Ich hatte eingangs die Satzung des Völkerbundes erwähnt. Auch dieses nach dem Ende des Ersten Weltkrieges so grundlegende Dokument erlitt das beschriebene Schicksal. Aufgrund der Ablehnung des Statuts durch den Senat wurden die USA nie Mitglied des Völkerbundes; dies, obwohl der damalige US-Präsident, Wilson, der eigentliche Erfinder dieser Einrichtung war. Aus jüngerer Zeit lässt sich i.d.Z. auch auf das Statut zur Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs verweisen. Präsident Clinton unterzeichnete das sog. Rom-Statut im Jahr 2000; wegen der Aussichtslosigkeit seiner Ratifizierung unterließ er aber schließlich dessen formale Weiterleitung an den Senat. Auch im Bereich des Menschenrechtsschutzes im engeren Sinn lassen sich weitere ähnliche Beispiele finden. So unterzeichnete etwa Präsident Obama 2009 feierlich die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die bis heute nicht weniger als 178 Vertragsparteien aufweist – die Zustimmung des US-Senats zur Ratifizierung dieses Übereinkommens durch die USA steht jedoch weiterhin aus.